



32. Jahresbericht

des Präsidenten

2013

Allgemeine Innere Verwaltung
 Bundeswehrverwaltung
 Wetterdienst
 Kriminalpolizei
 Finanzen
 Nachrichtendienste
 Sozialversicherung
 FH Bund
 Landwirtschaftliche
 Sozialversicherung
 Bundespolizei
 Auswärtige
 Angelegenheiten



32. Jahresbericht

des Präsidenten

2013



Vorwort des Präsidenten	4
Hochschule im Dialog mit ...	7
Senat	14
Senatswahl 2013	14
Die Arbeit des Senats im Jahr 2013	19
Gründungsminister zum Ehrensensator bestellt	23
Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2013	25
Mitglieder der Studienplankommission	31
Studiengang Verwaltungsinformatik	32
Hochschulzentrum	37
Gut aufgestellt	37
Familiengerechte Hochschule	40
Master of Public Administration	42
Dekanat am Zentralbereich	45
Praxisberichte der Dozentinnen und Dozenten des Zentralbereichs	52
Projektbericht der Studierenden im Grundstudium am Zentralbereich	61
Der Wissenschaftliche Dienst	74
Zentralbibliothek	80
Marketing	82
Servicezentrum und Gebäudemanagement	84
Interessenvertretung	95
FH Bund Alumni e. V.	98

Aus den Fachbereichen 105

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung	105
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten	115
Fachbereich Bundespolizei	120
Fachbereich Bundeswehrverwaltung	150
Fachbereich Finanzen	210
Fachbereich Kriminalpolizei	226
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung	249
Fachbereich Nachrichtendienste	253
Fachbereich Sozialversicherung	262
Fachbereich Wetterdienst	269

Anlagen 274

Daten und Zahlen der Fachhochschule des Bundes	274
Veröffentlichungen 2013	278
Übersicht der Fachbereiche und deren Dekaninnen und Dekane	329

Vorwort des Präsidenten für den 32. Jahresbericht



Thomas Bänders

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ich freue mich, Ihnen heute meinen 32. Jahresbericht präsentieren zu können. Dieser Jahresbericht gibt Ihnen einen Überblick über die Entwicklungen und die Aktivitäten an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im Jahr 2013.

Das Jahr 2013 war rückblickend für die Fachhochschule des Bundes ein gutes Jahr. So konnte ich im September ihren Gründungsminister zum Ehrensenator der FH Bund ernennen. Bundesminister a.D. Gerhart R. Baum nahm diese Ehrung gern an und wird der FH Bund in Zukunft, wie auch in der Vergangenheit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Der erste Studienjahrgang des Studiengangs Master of Public Administration konnte im Oktober 2013 sehr erfolgreich verabschiedet werden. Zwanzig Absolventinnen und Absolventen konnte ich den akademischen Mastergrad verleihen und mich vorher bereits von den erbrachten Leistungen überzeugen. Das Studium war eine besondere Herausforderung, deren Bewältigung ein Höchstmaß an Disziplin und Engagement erforderte; dennoch haben die Mitglieder des ersten Studienjahrgangs eindrucksvoll bewiesen, dass ein berufsbegleitendes Studium gemeistert werden kann.

Darüber hinaus fiel im letzten Jahr die Entscheidung darüber, den Aufstiegsstudiengang MPA zu öffnen und damit auch Studierende außerhalb des Aufstiegsverfahrens zuzulassen. Obwohl der geöffnete Studiengang mit Studiengebühren verbunden ist, kein Rechtsanspruch auf Freistellung durch die jeweiligen Bundesbehörden besteht und eine spätere Verwendung im höheren Dienst rechtlich nicht gesichert ist, haben über 60 Bedienstete der Bundesverwal-

tung sich verbindlich angemeldet. Nach Durchführung eines Auswahlverfahrens werden die ersten 25 Studierenden am 1. Mai 2014 ihr Studium an der FH Bund aufnehmen.

Auch der seit 2012 neu eingerichtete Studiengang „Verwaltungsinformatik“ erfreute sich großer Beliebtheit; im August 2013 haben zwei neue Kurse am Zentralbereich in Brühl ihr Grundstudium begonnen. Auf Grund des enormen Interesses der Bundesbehörden an diesem Studiengang steht für 2014 und 2015 eine Ausweitung der Studienplätze auf der Agenda der Hochschule.

Auch die Entwicklung der Bewerberzahlen auf die zur Verfügung stehenden Studienplätze an der Fachhochschule des Bundes kann sich sehen lassen. Ein Studienplatz an der FH Bund im Jahr 2013 war 25-fach überzeichnet. Der positive Trend, der auch in der Vergangenheit bereits verzeichnet werden konnte, wurde damit auch 2013 fortgesetzt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass sich die positive Bewerberlage auch in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Zum einen verzeichnen duale Studiengänge hochschulweit einen immensen Zuwachs, zum anderen werden die negativen Folgen des demographischen Wandels die Hochschulen erst sehr spät erreichen, was der ständig steigenden Hochschulberechtigtenquote pro Geburtsjahrgang geschuldet ist. Wenn wir also „die Richtigen“ aussuchen, wird der beamtete Nachwuchs der Bundesverwaltung auch in Zukunft gesichert sein.

In einer Zeit, in der wir durch sich stetig weiterentwickelnde Kommunikationstechnik jederzeit erreichbar sind und von einer Vielzahl von Einflussfaktoren ständig gefordert werden, ist es wichtig, einen Ausgleich zu finden. Ein solcher Ausgleich ist für viele die eigene Familie.

Damit Familie aber ihre ausgleichende Wirkung entfalten kann, ist es notwendig, gerade in dieser schnelllebigen Zeit, sie zu fördern.

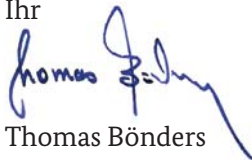
Familienförderung ist aber nicht nur eine Aufgabe des Sozialstaates. Auch der Arbeitgeber ist gefordert, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein angemessenes Familienleben zu ermöglichen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten.

Aus diesem Grund hat die FH Bund in den vergangenen Jahren vielfältige Möglichkeiten entwickelt, um Beruf und Familie zu vereinbaren und sich als „familiengerechte Hochschule“ zertifizieren lassen.

Dieses zurückliegende Engagement für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Studierende am Zentralbereich und am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung führte in 2013 zu der Reauditierung zur „familiengerechten Hochschule“ durch die berufundfamilie gGmbH.

Die Fachhochschule des Bundes kann auch für das vergangene Jahr auf Weiterentwicklung und Festigung bewältigter Herausforderungen zurückblicken. Eine ausführliche Darstellung der Veränderungen und Entwicklungen bietet mein 32. Jahresbericht. Er soll Zeugnis geben über die Aktivitäten und Projekte des Jahres 2013 und gleichzeitig Beleg sein für eine attraktive und zukunftsorientierte Hochschule. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr



Thomas Bönders

Präsident der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Hochschule im Dialog mit ...



Veranstaltungsreihe

Hochschule im Dialog mit ...



Auch im Jahr 2013 wurde die bislang sehr erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Hochschule im Dialog mit ...“ fortgeführt.

Die Veranstaltungsreihe „Hochschule im Dialog mit ...“ nimmt den Dialog mit Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft auf und ermöglicht den direkten Kontakt zu Entscheidungsträgern. Hierdurch eröffnet die Fachhochschule des Bundes ihren Studierenden die Möglichkeit, direkt an aktuelle Hintergrundinformationen aus erster Hand zu gelangen und damit die praktische Umsetzung der theoretischen Studieninhalte aktiv zu hinterfragen.

Darüber hinaus nutzt die FH Bund die Veranstaltungsreihe aber auch, um sich der Öffentlichkeit zu präsentieren und damit zu zeigen, dass Bildung - auch an einer



internen Hochschule - nicht hinter verschlossenen Türen stattfindet. Die Erfahrungen und vor allem die durchweg positiven Rückmeldungen haben gezeigt, dass der FH Bund dies gelungen ist:



Hochschule im Dialog mit ... Dr. Hans-Georg Maaßen

„Die Neuausrichtung des Verfassungsschutzes – zukünftiger Einsatz von V-Leuten“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz müsse Flagge bekennen und sich als „Frühwarnsystem der Demokratie“ klar nach außen darstellen, so der Präsident Dr. Hans-Georg Maaßen. Er selbst habe deshalb im Dezember 2012 ein Behördenschild an der Behörde in Köln anbringen lassen. Der Verfassungsschutz könne nur so seine Glaubwürdigkeit wiedererlangen.

Dr. Hans-Georg Maaßen während seines Vortrags.



Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Hochschule im Dialog mit ...“ stellte Dr. Hans-Georg Maaßen am 18. Juni 2013 in der Fachhochschule des Bundes in Brühl die Neuausrichtung des Verfassungsschutzes vor. Angefangen mit der grundsätzlichen Fragestellung „wofür Verfassungsschutz?“ über „wo bestehen Defizite und wo bestehen Stärken des Verfassungsschutzes?“, sei ein Modernisierungsprogramm mit 14 Themenbereichen erarbeitet worden. Dieses interne Reformprogramm für das Bundesamt für Verfassungsschutz werde seit September 2012 fortlaufend umgesetzt. Dr. Maaßen führte die Aktenführung, den Umgang mit V-Leuten und die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bund und in den Ländern beispielhaft als Themenbereiche an. Zudem müsse die Kooperation mit den Ländern besser gestaltet werden.

Dieses Modernisierungsprogramm sei aber nur der Anfang, auf politischer Ebene seien noch weitere Entscheidungen und Abstimmungen mit den Ländern erforderlich. Er sprach sich jedoch klar gegen eine Abschaffung des Verfassungsschutzes aus, wie es von einigen politischen Akteuren gefordert worden sei. Er selbst sei angetreten, um das Bundesamt für Verfassungsschutz zu stärken.



V-Leute seien für den Verfassungsschutz unverzichtbar, bekräftigte Dr. Maaßen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz habe in den vergangenen Monaten die internen Regelungen zum Umgang mit V-Leuten verschärft. Menschliche Quellen seien fast die einzigen Zugänge zu Informationen, so könnten sie Strukturen aufdecken und aufzeigen, wer beispielsweise mit wem kommuniziert.

Laut Dr. Maaßen ist die Alternative zur Informationsbeschaffung mittels V-Leuten nur der Einsatz von verdeckten Ermittlern. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stehe der verdeckten Ermittlung grundsätzlich offen gegenüber, es müsse jedoch immer klar sein, was man von eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verlangen kann und man sollte sie keiner Gefahr aussetzen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz selbst habe in der Vergangenheit negative Erfahrungen mit dem Einsatz von verdeckten Ermittlern gemacht.

Abschließend machte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz deutlich, dass der Verfassungsschutz ein wichtiger Bestandteil in der deutschen Sicherheitsarchitektur sei, „nicht außen, sondern in der Mitte“.

Der Präsident der Fachhochschule des Bundes, Thomas Bönders, leitete die anschließende Diskussionsrunde mit dem Angebot ein, gemeinsam in der Frage der Ausbildung voranzuschreiten.

Angesprochen auf die Aussichten zum Verbotsverfahren der Länder in Sachen NPD berichtete Dr. Maaßen, dass er sich die rund 1.000 Seiten umfassende Dokumentation selbst angeschaut habe und diese nach der bisherigen Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichts ausreichend sei.



Präsident Bönders leitet die
 Diskussion mit dem Publikum.

Von der Möglichkeit mit Herrn Dr. Maaßen in einen Dialog zu treten machten einige Gäste der Fachhochschule des Bundes Gebrauch.

Hochschule im Dialog mit ... Carl-Ludwig Thiele

„Die Rolle der Bundesbank im Eurosystem“

Gerade Institutionen wie die Deutsche Bundesbank seien auf Vertrauen angewiesen. Dennoch wüssten viele Bürgerinnen und Bürger nicht, welche Aufgaben die Deutsche Bundesbank wahrnimmt. Da Vertrauen auch durch persönlichen Austausch untereinander geschaffen wird, habe er die Einladung der Fachhochschule des Bundes sehr gern angenommen.

Carl-Ludwig Thiele, das für Bargeld, Zahlungsverkehr und Abwicklungssysteme zuständige Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank war am 9. Dezember 2013 zu Gast an der FH Bund. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Hochschule im Dialog mit ...“ stellte er die Organisation und Aufgaben der Deutschen Bundesbank vor. Unter dem Titel „Die Rolle der Bundesbank im Eurosystem“ ging er unter anderem auf den größten Wirtschaftsraum der Welt und dessen Währungssystem ein.

Carl-Ludwig Thiele während seines Vortrags.



Auch die Konsequenzen aus der Finanzkrise und die aktuelle Debatte zur Bankenunion waren Gegenstand seines Vortrags. So habe die Europäische Union die Finanzkrise ganz ordentlich gemeistert, es bestünden aber noch gewisse Risiken dahinter. Um diese Risiken einzudämmen, sei die Einigung auf eine Bankenunion erforderlich. Thiele sprach sich klar für die Pläne des Bundesfinanzministers aus.

Durch den Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum, kurz SEPA, würden die Kosten für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr gesenkt und der Zahlungsverkehr selbst effizienter gestaltet. Die Umstellung auf SEPA und die damit verbundene Verwendung der IBAN und der BIC im Zahlungsverkehr entwickle sich in Europa sehr unterschiedlich. Deutschland habe im Jahr 2010 einen SEPA-Rat gegründet, um die Umstellung zu begleiten. Informationen hierzu lägen derzeit in so ziemlich allen Briefkästen der Republik.

Thiele erläuterte die Hintergründe für SEPA und den zukünftigen Zahlungsverkehr. Er berichtete über seinen ersten Versuch, eine SEPA-Zahlung online anzuweisen. Dies habe zweimal nicht geklappt, erst nachdem er die



Prüfziffer geändert habe, hätte er auch die Zahlung anweisen können. Er erläuterte an diesem Beispiel gleichzeitig, dass Fehlüberweisungen mit Hilfe der Prüfziffer auch reduziert werden könnten.

Thiele ermutigte die Gäste der FH Bund sich SEPA nicht zu verschließen. Die Umstellung würde größtenteils die Wirtschaftsunternehmen betreffen. Privatpersonen seien nur gering betroffen. Dies sei beispielsweise bei Überweisungen oder Lastschriftvereinbarungen der Fall. Dennoch stellte Thiele klar, dass SEPA alle am Zahlungsverkehr beteiligten Protagonisten betreffe und nicht nur grenzüberschreitend tätige Unternehmen oder Bürgerinnen und Bürger.

In der anschließenden Diskussion standen SEPA, die Finanzkrise, die Bankenunion und der Zinsskandal im Mittelpunkt.

Abschließend merkte Thiele in Richtung Studierende an, dass die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank in der nächsten Zeit verstärkt auf Nachwuchssuche gehen müssten.

Senat

Senatswahl 2013

Am 19. Februar 2013 fand die Wahl zum Senat der Fachhochschule des Bundes statt. Turnusgemäß wurden alle Mitglieder neu gewählt. Die Wahl mit über 3.800 Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von insgesamt 37,8 % fand zeitgleich an allen zehn Fachbereichen und am Zentralbereich der FH Bund statt.

Aus der Wahl gingen folgende Mitglieder des Senats hervor:

Wählergruppe I - Professorinnen und Professoren sowie gleichgestellte hauptamtlich Lehrende

- **RD Dr. Günter Schmidt**
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
- **Prof. Dr. Joachim Lippott**
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten
- **Prof.in Dr. Anke Borsdorff**
Fachbereich Bundespolizei
- **Prof. Dr. Eckart Lang**
Fachbereich Bundeswehrverwaltung

- **Prof. Dr. Knut Ruschmeier**
Fachbereich Finanzen
- **RR Jörg Mohr**
Fachbereich Kriminalpolizei
- **VOR Klaus Merle**
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- **Prof. Dr. Jan-Hendrik Dietrich**
Fachbereich Nachrichtendienste
- **Prof. Dr. Friedhelm Wallbaum**
Fachbereich Wetterdienst
- **Priv. Doz. RD Dr. Andreas Lamers**
Zentralbereich

Wählergruppe II - Hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben und sonstige Beschäftigte

- **Angelika von Dewitz**
Zentralbereich
- **Bernhard Eckstein**
Fachbereich Sozialversicherung
- **RAR'in Martina Kühchen**
Fachbereich Nachrichtendienste
- **LRDir Reiner Beck**
Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Wählergruppe III - Studierende

- **Janine Plahl**
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
- **Annie Höhne**
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten
- **Dino Broers**
Fachbereich Bundespolizei
- **Tino Keltsch von Bruck**
Fachbereich Bundeswehrverwaltung



Mitglieder des Senats

- **Mathias Foit**
Fachbereich Finanzen
- **Dr. Julia Stehle**
Fachbereich Kriminalpolizei
- **Christian Rieck**
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- **N. N.**
Fachbereich Nachrichtendienste
- **Juliane Klose**
Fachbereich Sozialversicherung
- **Theresa Kneißl**
Fachbereich Wetterdienst

Darüber hinaus gehörten dem Senat folgende Mitglieder kraft Amtes an:

- **Präsident Thomas Bönders**
Vorsitzender
- **em. Universitätsprofessor Dr. jur. Dr. rer. pol.**
Klaus König
Ehrensensator
- **Staatssekretär a. D. Johann Hahlen**
Ehrensensator
- **Bundesminister Peter Altmaier, MdB**
Ehrensensator
- **Bundesminister a.D. Gerhart R. Baum**
Ehrensensator

Dekaninnen und Dekane der Fachbereiche

- **Ltd. RD Dr. Wolfgang Harmgardt**
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
ab 1. September 2013 Ltd. RD'in Dr. Yvonne Dorf

- **VLR Matthias Hansen**
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten
- **Präsident Bernd Brämer**
Fachbereich Bundespolizei
- **Direktor Rudolf Junger**
Fachbereich Bundeswehrverwaltung
- **AD Dr. Rüdiger Nolte**
Fachbereich Finanzen
- **Prof. Dr. Thorsten Heyer**
Fachbereich Kriminalpolizei
- **LtdVerwD Karl Friedrich Köhler**
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- **DirBND Dr. Hans Dieter Denk**
Fachbereich Nachrichtendienste
- **AD'in Gudrun Dannhauer**
Fachbereich Sozialversicherung
- **RD Harald Wollkopf**
Fachbereich Wetterdienst

Teilnehmende ohne Stimmrecht

- **AP Claus Hoffmann**
Kanzler
- **Prof.in Dr. Sabine Leppek**
Dekanin am Zentralbereich

Die Arbeit des Senats im Jahr 2013

Im Jahr 2013 fanden drei Sitzungen des Senats der FH Bund statt:

- 18. März 2013
- 16. und 17. Juli 2013
- 12. und 13. November 2013.

In diesen drei Sitzungen befasste sich der Senat u.a. mit folgenden Themen:



Rahmenleitbild der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Die Entwicklung eines Rahmenleitbildes für die FH Bund nahm eine ganz entscheidende Position auf der Tagesordnung des Senats im Jahr 2013 ein.

Bereits im Jahr 2012 beauftragte der Senat die Studienplankommission damit, einen ersten Vorschlag für ein Rahmenleitbild zu entwickeln.

Die Studienplankommission erarbeitete unter Mitwirkung verschiedener Fachbereiche und Mitgliedern des Senats in mehreren Sitzungen einen ersten Vorschlag. Allen Fachbereichen wurde dieser Entwurf zur Diskussion in den jeweiligen Gremien zur Verfügung gestellt. Die Rückmeldungen der Fachbereiche wurden in einer erweiterten Sitzung der Studienplankommission, zu der wiederum alle Senatsmitglieder und die Fachbereiche eingeladen waren, in den Vorschlag eingearbeitet. In seiner Novembersitzung verabschiedete der Senat das von der Studienplankommission erarbeitete Rahmenleitbild der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Das Rahmenleitbild gibt jedem Fachbereich und dem Zentralbereich die Möglichkeit, ein eigenes, speziell auf dessen Gegebenheiten zugeschnittenes Leitbild zu entwickeln und darauf aufbauend Steuerungsinstrumente zu entwickeln.

Studentensprecherkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst

Vom 10. bis 12. April 2013 hat an der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung in Meißen die erste Studentensprecherkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst stattgefunden.

Ziel dieser Konferenz ist die Bildung eines Netzwerkes der verschiedenen Studentenvertretungen aller Einrichtungen in Deutschland, die für den öffentlichen Dienst ausbilden.

An der ersten Studentensprecherkonferenz in Meißen nahmen über 30 Studentenvertreterinnen und –vertreter teil. Die Fachhochschule des Bundes war durch Frau Anni Höhne vom Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

Frau Höhne berichtete in der Juli-Sitzung des Senats über die Konferenz unter anderem darüber, dass eine zweite Konferenz stattfinden soll.

Präsident Bönders begrüßte die Teilnahme der FH Bund an dieser Konferenz ausdrücklich und sprach ihr darüber hinaus eine Einladung nach Brühl an den Zentralbereich der FH Bund aus.

Berufsbegleitendes Fernstudium am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung führt zum 1. April 2014 einen neuen berufsbegleitenden

Fernstudiengang für den Aufstieg in den gehobenen Dienst der Bundesverwaltung ein. Der Fachbereich möchte den bisherigen Präsenzstudiengang durch einen Fernstudiengang für die berufsbegleitende Qualifizierung von Beamtinnen und Beamten im mittleren Dienst sowie von vergleichbaren Tarifbeschäftigten ergänzen.

Der Senat begleitete die Konzeption dieses neuen Studiengangs auch im Jahr 2013 beratend. So waren beispielsweise die Studienpläne für Fern- und Präsenzstudium zu beschließen.

Der Senat wird auch die Einführung des Studiengangs im Jahr 2014 begleiten.

Weiterentwicklung des Studiengangs Master of Public Administration

Der bislang allein im Rahmen des Aufstiegsverfahrens angebotene Masterstudiengang MPA wird ab dem Jahr 2014 geöffnet und durch Zahlung von Studiengebühren in Höhe von 360,00 EURO monatlich auch von Beschäftigten in der Bundesverwaltung, die nicht an einem Aufstiegsverfahren teilnehmen, absolviert werden können.

Einen Rechtsanspruch auf einen anschließenden Aufstieg in den höheren Dienst erwerben diese Studierenden allerdings nicht.

Der Senat begleitet diese Weiterentwicklung beratend.

Darüber hinaus fasste der Senat in seiner Novembersitzung einen Beschluss über die Änderung der Evaluationsordnung für den Studiengang Master of Public Administration.

Weitere Arbeitsschwerpunkte

Der Senat befasste sich darüber hinaus mit der Geschäftsordnung des Fachbereichsrats des Fachbereichs Kriminalpolizei und der Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Fachbereichs Kriminalpolizei. Auch Beschlussfassungen über Personalangelegenheiten, die Änderung der Studienpläne für Grund- und Hauptstudium am Fachbereich Finanzen und die Neuwahl der Mitglieder der Studienplankommission standen auf der Tagesordnung des Senats im Jahr 2013.

Im Rahmen der Berichte des Präsidenten wurde der Senat eingehend über Schwerpunkte der Hochschule informiert. Schwerpunkte dieser Berichte waren beispielsweise:

- die Ergebnisse aus den Sitzungen des Kuratoriums der FH Bund
- die Entwicklung der Revision der Grundordnung der Fachhochschule des Bundes
- die Neuregelung der Professorenbesoldung
- die Entwicklung des Studiengangs Verwaltungsinformatik
- die Marketing-Konzeption 2013
- Besuche und Gespräche zur Weiterentwicklung der FH Bund.

Neben den Sitzungen des Senats haben im Jahr 2013 zahlreiche Sitzungen der Fachbereichsräte und des Zentralbereichsrates stattgefunden, bei denen fachbereichs- bzw. zentralbereichsspezifische Themenbereiche erörtert worden sind.

Gründungsminister zum Ehrensенator bestellt

Am 16. September 2013 überreichte Präsident Bönders Gerhart R. Baum die Ehrensенatorenurkunde und bestellte ihn damit offiziell zum Ehrensенator der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. „Ich freue mich sehr über die Ehre, die mir damit zu Teil wird.“, sagte der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart R. Baum, als er die Bestellungsurkunde aus den Händen des Präsidenten der FH Bund erhielt.

Dieser Bestellung war ein Beschluss des Senats im Juli 2013 vorausgegangen. Mit dem Beschluss des Senats, Herrn Baum zum Ehrensенator zu bestellen, erkennt der Senat in besonderer Weise an, dass sich der Bundesminister a.D. in verschiedenen Funktionen, Regierung und Parlament, außerordentlich für den Bestand und die Fortentwicklung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung verdient gemacht hat.

Gerhart R. Baum hat sich nicht nur um die Gründung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung verdient gemacht. Als damaliger Bundesminister des Innern war Gerhart R. Baum einer der Verfechter zur Gründung einer Fachhochschule des Bundes.

Am 16. Oktober 1979 hielt Baum die Festrede auf dem

Gerhart R. Baum als damaliger Bundesinnenminister auf dem Festakt zur Gründung der FH Bund 1979.



Präsident Bönders übergibt die Ehrensенatorenurkunde an Gerhart R. Baum.



GRÜNDUNGSMINISTER ZUM EHRENSENATOR BESTELLT

Bundesminister a.D. Baum während seines Vortrags
anlässlich des 30-jährigen Jubiläums im Jahr 2009.



Bundesminister a.D. Baum als Zuhörer bei der Sondervorlesung im Jahr 2010.

Festakt zur Gründung der FH Bund in der Bonner Beethovenhalle. Der Gründungsminister hat die Entwicklung der FH Bund nach eigener Aussage immer auch im Auge behalten. Zum 30-jährigen Jubiläum der FH Bund bezeichnete Baum die Entwicklung der Hochschule in seinem Festvortrag am 10. März 2009 als „Erfolgsstory“ und betonte, dass er stolz sei an dieser „Erfolgsstory“ beteiligt zu sein. Baum hat auch mehrere Termine außerhalb größerer Veranstaltungen an der FH Bund wahrgenommen. So war er beispielsweise im Jahr 2010 bereit zu einer Sondervorlesung, bei der er den Studierenden in einem persönlichen Gespräch berichten konnte.

Bundesminister a.D. Gerhart R. Baum ist neben Kanzleramtsminister Peter Altmaier, dem Staatssekretär a.D. Johann Hahlen und dem em. Universitätsprofessor Dr. jur. Klaus König der vierte Ehrensensator der FH Bund, der dem Senat und der Hochschule mit Rat und Tat zur Seite steht.

Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2013

Die Studienplankommission (StPK) ist - als Unterkommission des Senats der Fachhochschule des Bundes (FH Bund) - beauftragt, grundsätzliche Fragen des Studiums an der FH Bund zu beraten und den Senat durch die Erarbeitung von Beschlussvorschlägen zu unterstützen. Ihre Mitglieder werden vom Senat jeweils aus den vier Statusgruppen „Dekaninnen und Dekane“, „Professoren und hauptamtlich Lehrende“, „Sonstige

Beschäftigte und Lehrende für besondere Aufgaben“ sowie „Studierende“ gewählt. Die oder der Vorsitzende wird von den Mitgliedern der StPK direkt gewählt. Die Geschäftsstelle der StPK ist im Wissenschaftlichen Dienst (Referat W) am Zentralbereich der FH Bund angesiedelt.

Die Arbeit des Jahres 2013 war vor allem geprägt durch die Erarbeitung eines Rahmenleitbildes und die Beschäftigung mit dem Fernstudiengang Verwaltungsmanagement des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung. Darüber hinaus befasste sich die StPK mit den Studienplänen für das Grundstudium der Nachwuchskräfte des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Zollverwaltung und des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung sowie den Korridoranteilen und Kompetenzen in der Zwischenprüfung und dem Modulhandbuch des Fachbereichs Bundespolizei.

Bereits am 20. Dezember 2012 hatte die Studienplankommission in einer ersten „erweiterten“ Sitzung, zu der alle Fachbereiche und der Zentralbereich eingeladen waren, den Auftrag des Senats vom 21. November 2012 in Angriff genommen, ein „Rahmenleitbild“ für die FH Bund zu erstellen, das insbesondere die Alleinstellungsmerkmale der FH Bund deutlich macht. Dabei wurden verschiedene Themenbereiche identifiziert, die von Arbeitsgruppen zur nächsten Sitzung konkretisiert werden sollten.

Zu Beginn der Sitzung am 5. Februar 2013 stellte der Projektleiter Prof. Dr. Heimann vom Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung anhand einer Präsentation „Berufsbegleitendes Studium Verwaltungsmanagement für Aufstiegsbewerber“ die Kernpunkte des neuen berufsbegleitenden Studiengangs vor. In einer kurzen Aussprache wurde festgestellt, dass dieser Studiengang

teilweise deutlich vom bisherigen Präsenzstudium abweicht. Fortgesetzt wurde die Sitzung als „erweiterte“ Sitzung, zu der alle Fachbereiche und der Zentralbereich eingeladen waren. Darin wurde das Thema „Rahmenleitbild“ intensiv diskutiert und beraten. Grundlage der Beratungen waren Rückmeldungen der Fachbereiche und die Ergebnisse der im Dezember 2012 gebildeten Arbeitsgruppen.

In der zweiten „erweiterten“ Sitzung des Jahres am 28. Februar 2013 wurden die von den Arbeitsgruppen erstellten Textvorschläge besprochen und zusammengeführt. Abgeschlossen wurde die Sitzung mit der Erstellung eines Entwurfs des Rahmenleitbildes der FH Bund inklusiv einer Präambel. Beschlossen wurde, dem Senat zu empfehlen, diesen Entwurf in die Fachbereiche (über die Dekaninnen und Dekane) zur Erörterung in den entsprechenden Gremien (Fachbereichs-/Zentralbereichsrat) zu geben. Die Rückmeldungen sollten bis September 2013 erfolgen und anschließend von der StPK erörtert und entsprechend in den Entwurf des Rahmenleitbildes eingearbeitet werden.

Da der Senat der FH Bund am 19. Februar 2013 neu gewählt worden war, mussten in der konstituierenden Senatssitzung am 14. März 2013 auch die Mitglieder sowie stellvertretenden Mitglieder der Studienplankommission neu gewählt werden. Einige „neue“ Senatsmitglieder wurden in die StPK gewählt.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde in der dritten Sitzung des Jahres am 17. April 2013 wurden Vorsitz (Dr. Lamers) und stellvertretender Vorsitz (Dr. Heyer) der StPK neu gewählt. Die weitere Sitzung wurde als „erweiterte“ Sitzung durchgeführt. Die eingegangenen Anmer-

kungen zum erarbeiteten Entwurf des Leitbilds wurden diskutiert. Danach wurden alle Abschnitte des Entwurfs des Rahmenleitbildes ausführlich besprochen und kleinere textliche Veränderungen vorgenommen. Die Geschäftsführung wurde beauftragt, den überarbeiteten Entwurf in den Zentralbereich und die Fachbereiche (über die Dekaninnen und Dekane) zur Erörterung in den entsprechenden Gremien (Zentralbereichsrat/ Fachbereichsräte) zu geben. Die Rückmeldefrist wurde auf den 2. September 2013 terminiert.

Wichtigstes Thema der vierten Sitzung am 1. Juli 2013 war die Beratung des Studienplans Grundstudium und Modulhandbuch des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung. Hierzu erläuterte der Projektleiter Prof. Dr. Heimann anhand einer Power-Point-Präsentation den neuen Fernstudiengang „Verwaltungsmanagement“. Hierfür gebe es einen großen Bedarf; ca. 60 % der Studierenden kommen aus Berlin. Die StPK benannte nach intensiver Diskussion noch zu lösende Probleme und bat Herrn Prof. Dr. Heimann, den Studienplan für Präsenz- und Fernstudiengang getrennt vorzulegen und dem Fernstudiengang eine Zeitaufteilung beizufügen.

Nächstes Thema war die Beratung des Studienplans für das Grundstudium der Nachwuchskräfte des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Zollverwaltung; hierzu konnte dem Senat die Beschlussfassung empfohlen werden. Den Abschluss der Sitzung bildete eine kurze Information über den Studienplan des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung sowie eine Beratung über eine Anfrage der Dekanin am Zentralbereich zum Thema „Korridoranteile in der Zwischenprüfung/Kompetenzen“. Zu diesem Thema fasste die StPK die wesentlichen Eckpunkte aus der Geschäftsordnung und einschlägigen Senatsbe-

schlüssen zusammen; die Antwort wurde der Dekanin durch die Geschäftsführung schriftlich übermittelt.

Die fünfte Sitzung des Jahres 2013 fand am 17. Juli 2013 im Anschluss an die Senatssitzung statt. Wichtigster Punkt war die Beratung des Studienplanes und des Modulhandbuchs des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung. Festgestellt wurde, dass insbesondere zum Fernstudiengang noch einige Fragen nicht beantwortet waren. Die Ergebnisse der Beratung wurden durch die Geschäftsführung der StPK als Konkretisierungsauftrag schriftlich an den Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung übermittelt.

In der sechsten Sitzung am 12. September 2013 wurde kurz über das Modulhandbuch des Fachbereichs Bundespolizei berichtet. Eine aktuelle Version lag vor, allerdings sollten auf Anregung der Dekanin am Zentralbereich noch Änderungen eingearbeitet werden. Anschließend wurden die Rückmeldungen der Fachbereiche und des Zentralbereichs zum Rahmenleitbild intensiv diskutiert; in einem Fall wurde Gesprächsbedarf festgestellt. Beschlossen wurde, den Entwurf in einer erweiterten Sitzung mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fachbereiche zu erörtern und deren Änderungswünsche ggf. einzuarbeiten.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Beratung des Grundstudiums (Fernstudium) des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung. Herr Prof. Dr. Heimann war zeitweise als Gast anwesend und konnte einige Fragen klären, z. B. über das geplante Verfahren zur Qualitätssicherung. Die Mitglieder der StPK stellten fest, dass wesentliche Fragen damit beantwortet sind und formulierten einen Beschlussvorschlag für den Senat. Zur Bewertung der Studierbarkeit des Fernstudiengangs wurde empfohlen,

die Umsetzung des Betreuungskonzepts, die Anzahl der Module und Anzahl und Verteilung der Leistungsnachweise zu beobachten und der StPK darüber zu berichten.

Die siebte Sitzung am 15. Oktober 2013 fand als „erweiterte“ Sitzung zum Thema „Rahmenleitbild“ am Zentralbereich statt; die Einladung an alle Fachbereiche und den Zentralbereich erfolgte über den Präsidenten der FH Bund. Die Rückmeldungen aus den Fachbereichen wurden einzeln durchgegangen und in intensiver Diskussion ggf. in den vorliegenden Entwurf eingepasst. Einige Aspekte wurden kontrovers diskutiert; festgestellt wurde, dass das Rahmenleitbild bewusst so gefasst wurde, dass alle Fachbereiche „damit leben können“. Weitere Aspekte könnten in einem auf dem Rahmenleitbild aufbauenden fachbereichseigenen Leitbild zum Ausdruck gebracht werden. Beschlossen wurde, das Rahmenleitbild mit einer Erläuterung dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen. Angeregt wurde eine grafische Aufbereitung nach Beschlussfassung durch den Senat.

Mitglieder der Studienplankommission

Gruppe der Dekaninnen und Dekane

- **Prof. Dr. Thorsten Heyer**
(Fachbereich Kriminalpolizei)
- **Direktor Rudolf Junger**
(Fachbereich Bundeswehrverwaltung)

Gruppe der Professorinnen und Professoren sowie der gleichgestellten hauptamtlich Lehrenden

- **Priv. Doz. RD Dr. Andreas Lamers, Vorsitzender**
(Zentralbereich)
- **VOR Klaus Merle**
(Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung)

Gruppe der Lehrenden für besondere Aufgaben und sonstigen Beschäftigten

- **LRDir Reiner Beck**
(Fachbereich Bundeswehrverwaltung)

Gruppe der Studierenden

- **Tino Keltsch von Bruck**
(Fachbereich Bundeswehrverwaltung)
- **Mathias Foit**
(Fachbereich Finanzen)

Studiengang Verwaltungs- informatik

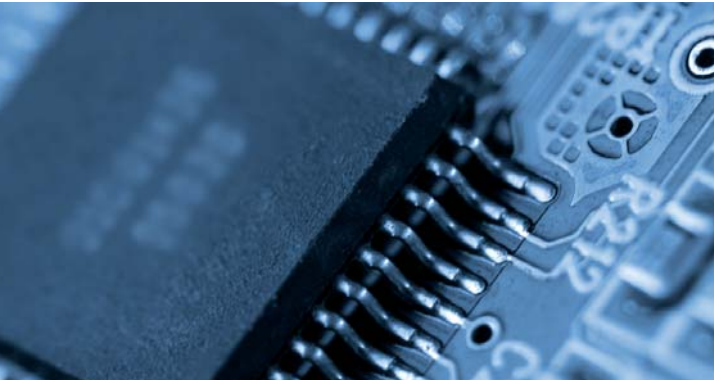


Studiengang Verwaltungsinformatik

Wissenschaftliche Leitung:	RD'in Dr. Dorothee Goldner (Zentralbereich) Ltd. RD Richard Stüwe (Fachbereich Finanzen)
Standorte:	Zentralbereich Brühl (Grundstudium) Fachbereich Finanzen Münster (Hauptstudium)
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(-in) (FH) – Schwerpunkt Verwaltungsinformatik
Studierendenzahl:	97
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	50



Der Umfang an IT-Aufgaben der Bundesverwaltung wächst stetig. Die Gewinnung qualifizierter Kräfte hingegen ist schwierig und steht in Konkurrenz zu Arbeitgebern der freien Wirtschaft. Bundesbehörden erwarten neben Planungssicherheit insbesondere fachlich gut auf die Anforderungen der Verwaltung vorbereitetes Personal. Der Studiengang Verwaltungsinformatik hat sich zur Aufgabe gestellt, im Grenzbereich zwischen IT und Verwaltung auszubilden: Die Vermitt-



lung fundierter IT-Kenntnisse und IT-Wissen macht etwa 50 % der Inhalte aus, während Elemente des Verwaltungsmanagements mit 30 % und der allgemeinen Verwaltungslehre mit 20 % vertreten sind.

Die erste Studiengruppe des VIT-Studiengangs hat nach Absolvierung des Grundstudiums die Zwischenprüfung im Januar 2013 bewältigt. Insgesamt konnten 45 Studierende die Prüfung mit Erfolg ablegen und die nächsten Studienabschnitte beginnen. An das Grundstudium schloss sich zunächst das fünfmonatige Verwaltungspraktikum (P 1) an. Die Studierenden sollten die in der Theorie gelernten Querschnittsaufgaben der öffentlichen Verwaltung (Organisation, Personalwesen, Haushalt) in der Praxis kennen lernen. Dazu erfolgte ein Einsatz in den Querschnittsbereichen der IT dienstleistenden Behörden, aber auch im Geschäftsbereich der jeweiligen Einstellungsbehörde. Im Verlauf des ersten Praktikums erhielten die Studierenden einen praktischen Einblick in IT-Organisation und Aufgabenbereiche. Sie wurden dazu etwa dem Rechenzentrumsbetrieb, der IT-Netzadministration oder der Softwareentwicklung zugewiesen.



Sitz des Fachbereichs Finanzen

Im Juli begann am Fachbereich Finanzen das erste Hauptstudium des Studiengangs „Verwaltungsinformatik“. Die Studierenden wurden von elf unterschiedlichen Bundesbehörden entsandt. Den „Löwenanteil“ stellte mit 23 Studentinnen und Studenten das Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik der Bundesfinanzverwaltung (ZIVIT).

Im Hauptstudium, das am Fachbereich Finanzen durchgeführt wird, liegen die Ausbildungsschwerpunkte auf der Informationstechnik und den verwaltungswissenschaftlich geprägten Lehrinhalten. Die Studienfächer sind u.a.



Betriebssysteme, IT-Architekturen und Rechnernetzwerke, Informations- und Wissensmanagement, IT-Sicherheit sowie Web-Technologie und Portallösungen. Aber auch Verwaltungsmanagement sowie Rechts- und Verwaltungslehre werden vertieft vermittelt, um die technischen Inhalte im Kontext ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge darstellen zu können. Die ganzheitliche und interdisziplinäre Vermittlung und Erarbeitung der einzelnen Wissenschaftsgebiete ist wesentliches Element des Studiengangs. Ziel des Studiums ist es, nicht in erster Linie „reine“ Informatikerinnen und Informatiker auszubilden, sondern insbesondere auch das notwendige Personal für die Schnittstellen zwischen der Informatik und den IT-basierten Fachverfahren der Verwaltungspraxis.

Von den angebotenen sieben Modulen wurden in vier Fächern abschließende Modulprüfungen erfolgreich durchgeführt. In den übrigen Studiengebieten mussten die Studierenden Teilleistungen erbringen. Insgesamt sind in den drei Abschnitten des Hauptstudiums 16 Module zu absolvieren, von denen mindestens 14 bestanden werden müssen.

Im August des Jahres 2013 konnte am Zentralbereich der zweite Jahrgang begrüßt werden. 50 Studierende – davon 10 Studentinnen – aus 11 Behörden haben das Grundstudium aufgenommen und sich auf die Zwischenprüfung im Januar 2014 vorbereitet.

Der Studiengang wird von den mehr als 200 potentiellen Einstellungsbehörden ausgesprochen gut angenommen. In den nächsten Jahren wird – auch infolge der weiter zunehmenden Bedeutung der modernen Informationstechnologie für die Aufgabenerfüllung der öffentlichen Verwaltung – mit steigenden Studierendenzahlen gerechnet. Im August 2014 werden mindestens 61 Studierende das Studium aufnehmen. Damit sind die gegenwärtig vorhandenen Ressourcen allerdings erschöpft. Angesichts des nachhaltigen Bedarfs des öffentlichen Sektors an gut qualifiziertem, praxisorientiert handelndem IT-Personal stellte eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten sicherlich eine denkbare strategische Option dar.

Die Studierenden des zweiten Jahrgangs mit RD'in Dr. Goldner (Mitte).



Hochschul- zentrum



Gut aufgestellt

Claus Hoffmann,

Kanzler der Fachhochschule des Bundes für öffentliche
 Verwaltung

Die Zentrale Hochschulverwaltung der FH Bund hat im Jahr 2013 einmal mehr bewiesen, dass sie gut aufgestellt und auch anspruchsvollen Herausforderungen gewachsen ist.

So galt es im vergangenen Jahr u. a., im Zuge der Modularisierung einzelner Studiengänge sowie der Aufnahme des Studienbetriebs im Studiengang Verwaltungsinformatik das Prüfungsamt neu auszurichten und die einzelnen Prüfungsbereiche zu harmonisieren.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2012 die Professorenbesoldung für verfassungswidrig erklärt und der Deutsche Bundestag im Juni 2013 das „Professorenbesoldungsneuregelungsgesetz“ beschlossen hatte, waren darüber hinaus die veränderten Bestimmungen der Professorenbesoldung rückwirkend zum 1. Januar 2013 umzusetzen. Die wesentlichen Neuerungen erstrecken sich auf

- die Erhöhung der Grundgehälter der Besoldungsgruppe W 2 und W 3 BBesO,
- die Festsetzung von Erfahrungsstufen und
- die (teilweise) Anrechnung von Berufungs- und Bleibebezügen auf das neue Grundgehalt.

Eine weitere Herausforderung brachten die Vorbereitungen zur Implementierung eines berufsbegleitenden Fernstudiengangs am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung mit sich. Während die inhaltliche Konzeption des Studiengangs in den Händen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lag, war die Hochschulverwaltung an entscheidenden Punkten der Realisierung erheblich gefordert, so z. B. bei der Erstellung eines Betreuungskonzepts und der Erarbeitung einer neuen Prüfungsordnung, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Im Rahmen des verantwortungsvollen Budgetmanagements wurde bereits im Jahr 2012 die Idee einer Bewirtschaftungskonferenz geboren. Hintergrund hierfür war der erhebliche Aufgabenzuwachs in den vergangenen Jahren, ohne dass damit ein adäquater Ressourcenaufwuchs verbunden gewesen wäre. Ziel dieser mehrfach jährlich stattfindenden Konferenz ist es, in allen betroffenen Organisationseinheiten das Bewusstsein für die jeweilige Haushaltssituation bei veränderten Rahmenbedingungen und zunehmend knapper werdenden Haushaltsmitteln zu schärfen und einen verantwortungsvollen Umgang mit den verfügbaren Haushaltsmitteln sicher zu stellen. Dazu gehört nicht zuletzt die Erarbeitung von Einsparpotenzialen mit dem Ziel, im Wege von Umschichtungen Haushaltsmittel für innovative neue Projekte zu gewinnen. Die Bewirtschaftungskonferenzen fanden auch im Jahr 2013 regelmäßig statt.

Außerdem war es notwendig, das Betriebssystem für Lehre und Verwaltung am Standort Brühl von Windows XP auf Windows 7 umzustellen, um so dem auslaufenden Support für Windows XP entgegenzutreten.

Darüber hinaus wurde in 2013 die umfassende Sanierung und Renovierung der Wohnheime auf dem Campus Brühl fortgesetzt.

Im Rahmen der Aktionen „Girls´ Day - Mädchen-Zukunftstag“ und „Boys´ Day - Jungen-Zukunftstag“ erlaubte die Zentrale Hochschulverwaltung der FH Bund auch im Jahr 2013 wieder insgesamt 14 Jugendlichen einen kleinen Einblick in ihr Alltagsgeschäft in Brühl - den Mädchen in die technischen Berufsfelder an der Hochschule, den Jungen in einen Arbeitstag in der Zentralbibliothek.

Das Jahr 2013 hat wieder einmal gezeigt, dass auch das Alltagsgeschäft in Zeiten stetig steigender Arbeitsdichte bei gleichbleibend hohem Qualitätsanspruch und zunehmend knapperen Ressourcen schnell zu einer dauerhaften Herausforderung werden kann. Die Zentrale Hochschulverwaltung der FH Bund hat im vergangenen Jahr, wie auch schon in den Jahren zuvor, bewiesen, ein verlässlicher Partner zu sein. Sie trägt damit wesentlich zum Erfolg dieser Hochschule bei.



Familiengerechte Hochschule

Im Frühjahr 2013 hat sich die Fachhochschule des Bundes für eine erneute Auditierung durch die beruf- undfamilie gGmbH entschieden. Im Rahmen der Auditierung fanden zwei Workshops zu Erarbeitung neuer Ziele und Maßnahmen statt, die in einer weiteren Zielvereinbarung festgeschrieben und durch die beruf- undfamilie gGmbH geprüft wurden. Im August 2013 hat diese das Zertifikat „Audit familiengerechte Hochschule“ für weitere 3 Jahre bestätigt.

Mit der Re-Auditierung Optimierung überprüft die FH Bund ihre bereits langjährig bestehenden Angebote zur besseren Vereinbarkeit und baut diese kontinuierlich weiter aus. Ziel ist es, eine tragfähige Balance zwischen Hochschul- und Beschäftigteninteressen sowie Studierendenbelangen zu stärken und Zeitsouveränität, Arbeitszufriedenheit und damit die Arbeitseffizienz aller Beteiligten zu verbessern. Dazu gehört auch, die gegenseitige Rücksichtnahme auf allen Seiten sowie eine Kultur des „Gebens und Nehmens“ zu fördern. Verwaltungsbeschäftigte, Lehrende und Studierende sollen für ein breit verstandenes Familienbewusstsein im Sinne der Vereinbarkeit des Berufs mit einer langfristigen sozialen Verantwortung für andere Personen sensibilisiert werden.

So wird eine nachhaltige familiengerechte Kultur in der Hochschule etabliert, die als positiver Imagefaktor nach innen und nach außen wirkt.

Zahlreiche Maßnahmen, wie z.B. die

- Evaluation der alternierenden Telearbeit
- Weiterentwicklung in Hinsicht auf Priorisierung und Arbeitsorganisation
- Kontinuierliche Berücksichtigung von Vereinbarkeitsaspekten bei der Studienorganisation

- Auswertung des Masterstudiengangs und des Fernstudiengangs am Fachbereich AIV in Bezug auf flexibilisierte Studienverläufe
- Einsatz von E-Learning-Elementen in Präsenzstudiengängen
- Mobiles Arbeiten in Ausnahmefällen
- Ausbau der Informationsangebote für Studierende
- Verstetigung der internen wie externen Information und Präsentation als familiengerechte Hochschule
- Führungskräfte-Workshops zu Thema „Familienbewusstes Führen“
- kontinuierliche Verankerung von Vereinbarkeitsaspekten in den Führungskräfte-Fortbildungen
- Auswertung der Kindernotfallbetreuung
- Ausbau vereinbarkeitsbezogener Dienstleistungen

sollen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie die Studentinnen und Studenten künftig Beruf und Familie noch besser vereinbar machen.

Master of Public Administration

Im Jahr 2013 konnte bereits der dritte Jahrgang des Masterstudiengangs „Master of Public Administration“ an der Fachhochschule des Bundes begrüßt werden. Der Masterstudiengang hat damit erstmals seinen „Vollbetrieb“ mit drei parallel laufenden Studienjahrgängen aufgenommen.

Der erste Studienjahrgang 2011 absolvierte ab April 2013 das sog. Mastermodul. Innerhalb eines viermonatigen Zeitraums mussten die Studierenden ein anspruchsvolles verwaltungstypisches Problem selbstständig und vertieft nach wissenschaftlichen Grundsätzen untersuchen und die Ergebnisse umfassend in einer Masterarbeit dokumentieren. Die Masterarbeitsphase endete Anfang September 2013 mit der mündlichen Verteidigung der Masterarbeit.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Alle 20 Studierenden des ersten Studienjahrgangs bestanden die Masterprüfung mit Bravour. Sie dürfen daher mit Stolz auf einen überaus erfolgreich abgeschlossenen Lebensabschnitt zurückblicken.

Staatssekretärin Rogall-Grothe während ihrer Festrede.



Ebenfalls im September 2013 unternahm der erste Studienjahrgang unter der Leitung von Professor Dr. Klaus Erdmann eine gemeinsame Studienfahrt nach Bosnien-Herzegowina. Ziel des Projekts war es, das durch das Masterstudium erworbene Wissen vor allem in den Bereichen „Public Governance“, „Public Management“, „Human Resources Management“ und „Public Finance“ zu vertiefen und den Studierenden einen Fachaustausch auf internationaler Ebene zu ermöglichen. In zahlreichen Workshops, Diskussionen und Vorträgen vor Ort konnten sich die Studierenden im Austausch mit anderen Nachwuchsführungskräften intensiv weiter fortbilden. Breiten Raum nahm dabei die künftige Entwicklung der

Europäischen Union ein, die der Beitritt der Westbalkanstaaten vor große politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen stellt.

Am 11. Oktober 2013 konnte Präsident Bönders den Absolventinnen und Absolventen schließlich in einem vom Bundespolizeiorchester Hannover musikalisch umrahmten feierlichen Festakt den akademischen Grad „Master of Public Administration“ verleihen. Als Festrednerin beglückwünschte die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Cornelia Rogall-Grothe, die Absolventinnen und Absolventen und würdigte die besondere Attraktivität des Masterstudiengangs. Zugleich dankte sie den Verantwortlichen der FH Bund, insbesondere dem Präsidenten Thomas Bönders und der wissenschaftlichen Leiterin, Dr. Yvonne Dorf, für das herausragende Engagement und die hohe Professionalität bei der Konzeption, Akkreditierung und Implementierung des neuen Studiengangs.

Der zweite Studienjahrgang nahm im Jahr 2013 bereits Anlauf für die Schlussphase des Masterstudiums. Themen für die Masterarbeiten mussten gesucht, Erst- und Zweitkorrektorinnen und -korrektoren gewonnen werden. In verschiedenen Informationsveranstaltungen über die Technik wissenschaftlichen Arbeitens und den Prüfungsablauf erhielten die Studierenden das notwendige Rüstzeug, um das anspruchsvolle Projekt „Masterarbeit“ erfolgreich bewältigen zu können. Zudem begannen die Vorbereitungen für eine gemeinsame Studienfahrt zum Abschluss des Studiums.

Der dritte Studienjahrgang begann am 1. Mai 2013 das berufsbegleitende Studium „Master of Public Administration“. Insgesamt 13 Studierende konnten dazu in der Fachhochschule des Bundes begrüßt werden. Sie stammen

ebenfalls aus den unterschiedlichsten Bereichen der Bundesverwaltung. Genannt werden können etwa das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und das Bundesamt für Güterverkehr. Zuvor waren die Studierenden in einer viertägigen Einführungsveranstaltung in der bereits in den vergangenen zwei Jahren bewährten Form mit der Hochschule und dem Studium vertraut gemacht worden. Eine Anleitung zu einem guten Zeit- und Selbstmanagement, eine Einführung in die Nutzung der Bibliothek und der Lernplattform ILIAS sowie ein zweitägiges Lesetraining „Improved Reading“ verschafften den Studierenden Schlüsselkompetenzen, die für ein anspruchsvolles berufsbegleitendes Fernstudium unerlässlich sind.

Der kommende Jahrgang wird sein Studium am 1. Mai 2014 aufnehmen. Erstmals werden dann auch sog. Nicht-Aufsteiger zum Studium zugelassen. Es handelt sich um Beschäftigte des Bundes, die den Masterstudiengang außerhalb eines Aufstiegsverfahrens absolvieren und dafür Studiengebühren in Höhe von 360 Euro pro Monat an die FH Bund entrichten müssen. Sowohl die Bedarfsmeldungen der Behörden für ihre Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamten als auch die Anzahl der Bewerbungen der Nicht-Aufsteiger, die im Laufe des Jahres 2013 eingingen, sprengten alle Erwartungen. Mit voraussichtlich rund 60 Studierenden werden im Jahr 2014 deshalb sogar zwei Kurse angeboten werden. Die Verfahren zur Auswahl der Studierenden des Studienjahrgangs 2014 begannen im Oktober 2013 und werden im März 2014 abgeschlossen.

Eindrucksvoll bestätigt wird damit die große Anerkennung, die sich der Masterstudiengang der Fachhochschule des Bundes bereits im dritten Jahr seines Bestehens in der Bundesverwaltung erworben hat.

Dekanat am Zentralbereich

Studierendenzahlen

Insgesamt absolvierten 470 Studierende aus 6 Fachbereichen in 2013 ihr Grundstudium am Zentralbereich, davon 198 Aufsteigerinnen und Aufsteiger vom mittleren in den gehobenen Dienst der Bundespolizei.

Lehrgang zum Praxisaufstieg

Auch in 2013 fand wieder ein Lehrgang zum Praxisaufstieg in den gehobenen Dienst statt. Die sieben Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die aus unterschiedlichen Behörden zu dem zehn Wochen dauernden Lehrgang zusammenkamen, äußerten sich abschließend sehr positiv zu Lehrinhalten und Umfeld.

Praxisaufenthalte

Mehrere Lehrende des Zentralbereichs absolvierten im Sommer- und Wintersemester 2013 ihre Praxisaufenthalte in Bundesbehörden. Die Seiten am Ende dieses Kapitels bieten einen Überblick über ihre Einsatzgebiete und gemachten Erfahrungen.

Projektwochen

Im Rahmen der Projektwochen konnten 2013 insgesamt 17 Projekte angeboten werden. Sie wurden überwiegend von studentischer Seite initiiert und organisiert. Die Studierenden beschäftigten sich dabei schwerpunktmäßig mit den internationalen Polizeiaufgaben sowie mit verfassungs- und verwaltungsrechtlichen, europa- und sicherheitspolitischen, polizeilichen, geschichtlichen und weiteren ausbildungsnahen Themenstellungen. Die

angebotenen Projekte fanden unter anderem in London, Budapest, Athen, Rom und auf Gran Canaria statt.

Personalien

Herrn Prof. Dr. Schneider und Herrn Prof. Dr. Kania wurden am 22. Januar 2013, Herrn Prof. Dr. Sauerland am 21. November 2013 die Eigenschaft eines Beamten auf Lebenszeit verliehen.

Prof. Dr. Konrad Walz trat mit Ablauf des 30. September 2013 in den Ruhestand ein.

Herr Jacob Nübel wurde ab 1. Februar 2013 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dekanat eingestellt.

Zertifikatsprogramm „Professionelle Lehre an der FH Bund“

Die hochschuldidaktischen Einrichtungen insbesondere der Fachhochschulen in Deutschland verfolgen bereits seit längerem ein gemeinsames Ziel: die Etablierung einer qualifizierten Lehrkompetenz als festen Bestandteil der akademischen Personalentwicklung. Innerhalb der Hochschulen für den öffentlichen Dienst nimmt die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung dabei eine Vorreiterrolle ein. Mit ihrem Weiterbildungsprogramm „Professionelle Lehre an der FH Bund“ bietet sie eine fundierte didaktische Grundqualifizierung an, die mit einem bundesweit anerkannten Zertifikat abschließt.

Im Rahmen des Zertifikatsprogramms haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, ihre hochschuldidaktischen Handlungskompetenzen in den Bereichen „Lehren und Lernen“, „Prüfen und Bewerten“, „Studierende beraten“, „Evaluieren“ sowie „Innovationen in Studium und Lehre“ in Bezug auf die sich ständig ändernden Anforderungen in der Lehre zu erweitern und zu professionalisieren. Die Inhalte des Programms lassen

sich dabei flexibel nach den individuellen Bedürfnissen und Interessen der teilnehmenden Dozentinnen und Dozenten gestalten, da die Veranstaltungen auch anderer Hochschulen aus dem Netzwerk „hochschuldidaktik nrw“ genutzt werden können.

Die Weiterbildung besteht aus drei inhaltlich aufeinander abgestimmten Modulen und schließt mit einem Gesamtzertifikat ab. Das Programm umfasst insgesamt 200 Arbeitseinheiten, wobei eine Arbeitseinheit einer Unterrichtseinheit von 45 Minuten entspricht. Jedes Modul umfasst 60 bis 80 Arbeitseinheiten.

Mit den Professoren Dr. Harald Kania und Dr. Thomas Sauerland vom Zentralbereich der FH Bund haben sich zwei Hochschullehrer das ehrgeizige Ziel gesteckt, nicht nur einzelne Schulungen zu besuchen, sondern berufsbegleitend das gesamte Zertifikatsprogramm zu durchlaufen. Im März 2014 ernten sie die ersten Früchte ihrer Anstrengungen, wenn ihnen vom Präsidenten der FH Bund Thomas Bönders als erste Professoren die Zertifikate für das sog. Basismodul überreicht werden. Im Laufe des Jahres 2014 wollen Harald Kania und Thomas Sauerland das Erweiterungs- und Vertiefungsmodul und damit das gesamte Weiterbildungsprogramm abgeschlossen haben. Von ihren gewonnenen Erfahrungen werden die Studierenden am Zentralbereich und im Masterstudiengang „Master of Public Administration“ mit Sicherheit profitieren.

Psychosoziale Beratungsstelle

Das Studium bietet viele neue Chancen, kann aber auch eine große Herausforderung sein. Durch den neuen Lebensabschnitt an der Hochschule ergeben sich oft ungewohnte Situationen: Es gilt selbstverantwortlich zu lernen, Prüfungen zu bewältigen und den Abschluss zu

schaffen. Erschwerend kommt oft hinzu, dass Vertrautes plötzlich fehlt oder nicht mehr richtig funktioniert. Diese Komponenten können dafür sorgen, dass Studierende ernste psychische Belastungen erfahren.

Seit dem Wintersemester 2011/2012 bietet der Zentralbereich gemeinsam mit dem Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung eine Psychosoziale Beratungsstelle für Studierende als Serviceleistung an.

Die Psychosoziale Beratungsstelle hilft den Studierenden bei der Bewältigung von aktuellen persönlichen und studienbedingten Problemen wie z. B.

- Lernschwierigkeiten
- Stressbewältigung
- Einsamkeit und Heimweh
- Gefühle von Traurigkeit
- Sucht und Abhängigkeit

Als familienfreundliche Hochschule stehen die Beraterinnen und Berater insbesondere bei Problemen zur Verfügung, die sich durch das Studieren mit Kind / Kindern ergeben.

Eine reguläre Psychotherapie kann natürlich nicht angeboten werden – bei schwerwiegenden Problemen wird aber selbstverständlich an externe Fachkräfte vermittelt.

Um bei Beratungsgesprächen, falls gewünscht, den Kontakt zu einem gleichgeschlechtlichen Berater gewährleisten zu können, wird die Beratungsleistung von einer Psychologin und einem Psychologen angeboten.

Evaluation am Zentralbereich

RD Dr. Andreas Lamers (Evaluationsbeauftragter)

Seit Aufnahme des Regelbetriebs des Evaluationssystems EvaSys der Fa. Electric Paper GmbH am 1. Mai 2012 wurde der bisher verwendete Fragebogen des Zentralbereichs durch die im Oktober 2011 vom Zentralbereichsrat eingesetzte Arbeitsgruppe „Evaluation“ intensiv diskutiert und zwei alternative „schlanke“ Fragebogenvarianten entwickelt, die in einem Pilotversuch erprobt werden sollten. Dieser Prozess wurde durch statistische Auswertungen (Faktorenanalyse) von Prof Dr. Kania unterstützt.

Der Pilotversuch mit beiden Varianten, die sich nur durch die Platzierung der „offenen“ Fragen („Was gefällt Ihnen ...?“, „Welche Vorschläge haben Sie ...?“) unterscheiden, war auf der Sitzung des Zentralbereichsrats im November 2012 beschlossen worden. Dabei wurde betont, dass der Pilotversuch auf freiwilliger Basis erfolgen müsse und dass insbesondere der Wunsch der W-Professorinnen und W-Professoren auf Weiternutzung des bisherigen Fragebogens zu respektieren sei. In der Sitzung der Arbeitsgruppe „Evaluation“ am 28. Januar 2013 bestand Einigkeit darüber, aus Gründen der Vergleichbarkeit auch die Lehrbeauftragten mit dem bisherigen Bogen zu evaluieren und den Pilotversuch nur mit denjenigen hauptamtlichen Lehrenden durchzuführen, die sich in einer E-Mail-Umfrage dazu bereit erklärt hatten.

Dieser Pilotversuch wurde ab Beginn des Sommersemesters 2013 durchgeführt; in einer Zeit, in der relativ wenige Kurse im Hause waren. Ebenfalls im Sommersemester 2013 gab es einzelne Probleme mit dem Rücklauf von Fragebögen. Einige Bögen waren möglicherweise nicht

rechtzeitig zugestellt oder nach einer unterrichtsfreien Periode vergessen worden. In einem Fall waren die Bögen wegen einer unbegründeten Angst vor der „Identifizierbarkeit“ der Person bei Veröffentlichung der Evaluationsergebnisse nicht zurückgegeben worden. In den meisten Fällen konnten die Gründe für fehlende Rückläufe in Gesprächen des Evaluationsbeauftragten mit den betreffenden Lehrenden aufgeklärt werden. Die unbegründeten datenschutzrechtlichen Bedenken konnten mit dem Hinweis darauf, dass nur zusammengefasste Ergebnisse veröffentlicht werden, überwiegend ausgeräumt werden.

Weiterentwicklung der Evaluation am Zentralbereich

Eine kursorische Auswertung der ersten Ergebnisse des Pilotversuchs hat noch keine grundsätzliche Überlegenheit einer der beiden Fragebogenvarianten gezeigt. Ein statistischer Vergleich von Umfragen mittels t-Test hat beispielsweise nur in sehr wenigen Fällen schwach signifikante Abweichungen aufgezeigt; diese Abweichungen können aber möglicherweise durch unterschiedliche Lerngruppen bzw. Einstellungsbehörden begründet sein. Weitergehende statistische Methoden, mit denen die Wirkungen („Effekte“) unterschiedlicher Fächer bzw. unterschiedlicher Einstellungsbehörden berücksichtigt werden können, konnten aus Zeitgründen noch nicht durchgeführt werden. Auffällig ist jedoch eine verhältnismäßig hohe Antwortquote bei den offenen Fragen im Pilotversuch, insbesondere für die Fragebogenvariante A, bei der die offenen Fragen am Anfang des Fragebogens stehen. Dies ist ein Indiz für die These, dass ein „schlanker“ Fragebogen mit verbalen Fragen am Anfang zu einer höheren Antwortqualität führt. Ob die Antworthäufigkeit und Antwortqualität signifikant besser als bei dem bisherigen Fragebogen ist, konnte noch nicht geprüft werden. Ebenfalls aus Zeitgründen konnte noch kein zusammen-

fassender Evaluationsbericht über die Ergebnisse der mit EvaSys durchgeführten Auswertungen erstellt werden. Gründe dafür sind neben einem vollen Lehreinsatz (100 %) die starke Belastung des Evaluationsbeauftragten durch die Arbeit in der Studienplankommission und der Wegfall der früher vorhandenen verwaltungsmäßigen Unterstützung bei der Erstellung dozenten- und fächerspezifischen Zusammenfassungen und Vergleiche. Nach Wegfall dieser Unterstützung, u. a. wegen datenschutzrechtlicher Bedenken, müssen die Zusammenfassungen und Vergleiche von dem oder der Evaluationsbeauftragten persönlich erstellt und ausgewertet werden, was einen erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeutet.

Ausblick

Evaluation ist ein wichtiges Instrument zur ständigen Verbesserung der Qualität des Lehrens und Lernens an der Fachhochschule des Bundes. Auch für die Akkreditierung bzw. Reakkreditierung von Studiengängen, beispielsweise am Fachbereich Kriminalpolizei, ist Evaluation unverzichtbar. Allerdings sind noch nicht alle Evaluationsebenen umgesetzt worden; die noch fehlenden Fragebögen konnten – wegen hoher Arbeitsbelastung und teilweise längerfristiger Abwesenheiten von Mitgliedern der AG Evaluation – noch nicht fertiggestellt werden.

Voraussetzung für den langfristigen Erfolg der Evaluation wird auch sein, die vereinzelt sichtbar gewordene Nachlässigkeit bzw. Skepsis in Fragen der Evaluation zu überwinden, um so die Qualität des Lehrens und Lernens an der Fachhochschule des Bundes stetig weiterzuentwickeln.

Praxisberichte der Dozentinnen und Dozenten des Zentralbereichs

Praxisaufenthalt im Bundesverwaltungsamt für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 31. März 2013

ORR'n Dr. Ulrike Krüger
Studienbereich BWL

Die Anforderungen an qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundesverwaltung hinsichtlich des Verwaltungsmanagements bzw. der Organisation von Prozessen in der Praxis sind zunehmend verknüpft mit einer fundierten IT- Kompetenz. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, bietet die Fachhochschule des Bundes seit 2012 einen Studiengang Verwaltungsinformatik an. In der Folge gewinnt die Weiterentwicklung der IT-Kompetenz auch auf Seiten der Dozentinnen und Dozenten zunehmend an Bedeutung. Mit der Möglichkeit der Praxisaufenthalte für Dozentinnen und Dozenten bietet sich die Gelegenheit, ebensolche aktuellen, praxisorientierten Kompetenzen aufzubauen bzw. weiterzuentwickeln.

Der Praxiseinsatz im ersten Quartal 2013 erfolgte vor diesem Hintergrund auf eigenen Wunsch in der Bundesstelle für Informationstechnik (BIT) im Bundesverwaltungsamt. Dem voran gingen bereits zwei Praxisaufenthalte eben dort in den Jahren 2005 und 2007. War der erste Praxisaufenthalt noch dem Kennenlernen der allgemeinen Verwaltungstätigkeit in der Bundesverwaltung gewidmet, so fokussierte der Praxisaufenthalt in der Bundesstelle für Informationstechnik im Jahre 2007 bereits die Prozessoptimierung mittels Informationstechnik und im Zuge dessen das Projektmanagement mittlerer und großer IT-Projekte in verschiedenen Behörden der Bundesverwaltung. Daran anknüpfend

erweiterte der aktuelle Praxisaufenthalt diese Erfahrungen um die derzeitigen Neuerungen und Trends im Bereich der IT der Bundesverwaltung. Der wiederholte Aufenthalt in der BIT machte es möglich, die organisatorischen Modifikationen in der BIT, als Reaktionen auf diese Innovationen, im Zeitablauf beobachten zu können.

Das BVA schuf die Möglichkeit, den Praxisaufenthalt im Referat „BIT A 4 – IT-Beratung, IT-Standards und –Methoden, Kompetenzzentrum Open Source Software“ zu realisieren. Der Aufgabenkatalog des Referats erstreckt sich über die Themen:

- V-Modell XT
- Architekturmanagement
- Open Source Software
- XÖV
- WiBe
- Drei-Partner-Modell
- IT-Beratung und Großprojektmanagement.

Da die thematische Bandbreite des Referats sehr umfassend ist, konnten in der begrenzten Zeit nur einzelne Themen in den Blick genommen werden.

Beim V-Modell XT handelt es sich um ein Vorgehensmodell, das eigens für Softwareentwicklungen entstanden ist. Speziell ist es ein für die Entwicklung von IT-Systemen des Bundes verbindlicher Standard. Die Weiterentwicklung und Pflege des Konzepts obliegt dem sog. WEIT e.V. Das Referat BIT A 4 entsendet regelmäßig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Arbeitsgruppen des Vereins. Die hieraus resultierenden Erfahrungen und Schilderungen der Kolleginnen und Kollegen konnten einen Einblick in die Probleme und zukünftig anstehenden Anforderungen an das Konzept in der Praxis vermitteln.

Das Drei-Partner-Modell stellt ein vertragliches Konstrukt zur Abwicklung von Beratungsdienstleistungen im Rahmen von IT-Projekten durch interne wie externe Dienstleister dar. Es ist dadurch charakterisiert, dass die Vertragsbeziehung zwischen einem Auftraggeber („Bedarfsträger“) und einem Auftragnehmer nicht mehr bilateral angelegt ist, sondern durch das Bundesverwaltungsamt als drittem Partner ergänzt wird. Das Bundesverwaltungsamt nimmt dabei nicht nur eine Mittlerrolle ein, sondern übernimmt in der Vertragsbeziehung konkrete Aufgaben des Projektmanagements. Hierzu zählen Aufgaben im Bereich der Projektsteuerung wie bspw. die Prüfung der Qualifikation der Berater laut Angebot, die Qualitätssicherung, Eskalation, etc., aber auch das Projektcontrolling und die Projektdokumentation. Zudem bietet das Bundesverwaltungsamt in Zusammenarbeit mit dem Beschaffungsamt des Bundes weitreichende Rahmenverträge gemäß Vergaberecht an, die von Behörden der Bundesverwaltung (partiell) in Anspruch genommen werden können. Auf diese Weise werden für die Auftraggeber-Behörde eine aufwendige Ausschreibung und die Aneignung des oftmals sehr spezifischen



Wissens zur Bewertung und Auswahl eingehender Angebote im Einklang mit dem Vergaberecht obsolet. Ein neu gestartetes Vergabeverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb befand sich während des Praxisaufenthaltes in der Bewertungsphase. Dieses Bewertungsverfahren fußt auf einem zusammen mit dem Beschaffungsamt ausgearbeiteten Bewertungskriterienkatalog, der die nach strengen Fragen- und Aufgabenkatalogen eingereichten Bewerbungsunterlagen evaluiert. Das Drei-Partner-Modell wurde bereits während des Praxisaufenthaltes in der BIT im Jahr 2007 durchgeführt.

Ein Vergleich der Abwicklungsmodalitäten damals und heute zeigt einige, durch Erfahrungen und organisatorische Restriktionen bedingte Reformen des Konzepts. Beispielsweise wurden damals vielfach auch Beratungsleistungen durch interne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BVA durchgeführt, was heute nur noch in stark begrenztem Umfang möglich ist. Die Finanzierung der Projekte kann also nicht mehr aus „zentralen Mitteln“ erfolgen, vielmehr ist die Finanzierung auf Selbstzahlerbasis der Bedarfsträger heute der Regelfall.

Schon 2007 zeichnete sich ab, dass aufgrund der spezifischen Anforderungen an das Projektmanagement von IT-Großprojekten der Aufbau eines hierauf spezialisierten Kompetenzzentrums unausweichlich war. Mit dem Beginn des Praxisaufenthaltes wurde diese Aufgabe personell neu besetzt, was aus den organisatorischen Neuordnungen und personellen Umsetzungen aufgrund der IT-Konsolidierung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern resultierte.

Zum Jahresanfang wurde im Rahmen der IT-Konsolidierung der IT-Betrieb des Statistischen Bundesamtes der BIT zugeschlagen. Aufgrund der Aktualität der Ereignisse konnte der Praxisaufenthalt auch Einblick in dieses übergreifende und zugleich den gesamten Geschäftsbereich betreffende Thema gewähren. Neben der Umstellung der operativen Prozesse an den Schnittstellen zwischen BVA /BIT und den einzelnen Behörden sind auch die personellen Aspekte unmittelbar spürbar, denn sowohl der Weggang einiger Kolleginnen und Kollegen nach Wiesbaden wie auch die Gewinnung „neuer“ Kolleginnen und Kollegen aus den vormaligen Organisationseinheiten des Statistischen Bundesamtes für das BVA in Köln strukturiert die Personallandschaft in beiden Behörden neu.

Die mich selbst betreffenden „personellen Aspekte“ gestalteten sich so, dass ich sehr herzlich von den Kolleginnen und Kollegen im Referat aufgenommen wurde und mich dort sehr bald sehr wohl fühlte. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Auch organisatorisch hat das BVA mir „mit sofortiger Wirkung“ meines Erscheinens einen vollständig ausgestatteten Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt und auf meinen Wunsch auch die „Tunnelverbindung“ zur FH Bund möglich gemacht. Auch das war sehr professionell und angenehm. Das Bild zeigt meinen Arbeitsplatz. Der Laptop hängt an der „Nabelschnur“ nach Brühl, sodass ich auch im BVA immer in Brühl „life“ dabei war.

Der Praxisaufenthalt hat sehr eindrucksvoll die verschiedenen Tätigkeitsbereiche der Kolleginnen und Kollegen in der BIT demonstriert. Deren Vielfalt, aber deren Komplexität bei zunehmender Relevanz des Themas IT und deren Sicherheit hat für mich die absolute Notwendigkeit einer hierzu passenden Ausbildung bestätigt. Sowohl der Studiengang Verwaltungsinformatik aber auch die Ausbildung in betriebswirtschaftlichen, bzw. organisationstheoretischen Fragen im Grundstudium müssen dieser Entwicklung auf Dauer Rechnung tragen. Der Praxisaufenthalt konnte hierzu erste Türen öffnen und mir als Dozentin eine Sensibilität für das Thema vermitteln. Auch die hier geknüpften Kontakte legen eine Basis für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Studienbereich BWL und der BIT, von der letztendlich unsere Studierenden profitieren.

Praxishospitation Bundespolizeidirektion Koblenz – August/September 2013

Prof. Dr. Marc Wagner

Studienbereich Verwaltungsrecht

Inspektion Trier

Die 280 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizeiinspektion Trier nehmen an den Standorten Trier, Koblenz, Prüm und am Flughafen Hahn die Aufgabenfelder „Bahnpolizei“, „Außengrenze“, „Fahndung“ und „Besondere Einsatzlagen“ wahr.

Bahnpolizeiliche Einsatzschwerpunkte bilden gegen Vandalismus, Eigentums- und Gewaltkriminalität sowie gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr gerichtete Präventions- und Strafverfolgungsaufgaben auf den Bahnhöfen und Bahnanlagen. Auf dem Verkehrsflughafen Hahn werden Flugpassagiere, die die Außengrenzen des Schengen-Raumes überschreiten, einer Grenzkontrolle unterzogen. Im Rahmen der fahndungspolizeilichen Ausrichtung wird die grenzüberschreitende Kriminalität entlang der Landesgrenzen zu Luxemburg und Belgien bekämpft. Schwerpunkte sind die Verhinderung irregulärer Migration und die Bekämpfung der Schleusungskriminalität. Bestimmte polizeiliche Lagen – Fußballfanreisen, Reiseverkehre im Rahmen von Großveranstaltungen – werden unter Einbeziehung weiterer Kräfte bearbeitet. Über diese Erkenntnisse und entsprechende Einblicke hinaus möchte ich Folgendes herausheben:

- Teilnahme an einer grenzpolizeilichen Schleierfahndung an der Kontrollstelle „Dicke Buche“ auf der B 52; zugleich Einweisung in das Informationssystem der Bundespolizei (INPOL)

- Einweisung durch das Fachgebiet „Einsatz/Auswertung“ in besondere Gefahrenlagen „Bahn- und Einsatzlagen“ sowie in das Kräfte- und Ressourcenmanagement im Zusammenhang mit wöchentlichen Fußballlagen unter besonderer Berücksichtigung der Problemfanzene
- Vorstellung der Aufgaben des Ermittlungsdienstes am Flughafen Hahn unter Bezugnahme auf Schleusungskriminalität auf dem Luftweg
- Besuch der US-Airbase Spangdahlem – die mit Transportflugzeugen der U.S.-Air Force (C 17) reisenden Passagiere unterliegen als „retired“ (ehemalige Militärs und deren Angehörige) dem Aufenthaltsgesetz und den dort statuierten Voraussetzungen für die Einreise nach Deutschland. Hiervon ausgenommen sind die dem NATO-Truppen-Statut unterliegenden US-Militärs und deren Angehörige
- Besuch des „Haus des Jugendrechts Trier“ – im Haus des Jugendrechts Trier arbeiten die Polizei Trier, die Staatsanwaltschaft Trier, die öffentliche Jugendhilfe (Jugendgerichtshilfe; Jugendschutzbeauftragte) und nicht zuletzt die Bundespolizeiinspektion Trier als Kooperationspartner. Durch die räumliche Nähe der Kooperationspartner sollen staatliche Reaktionen auf sozial auffälliges und delinquentes Verhalten abgestimmt erfolgen und die Bearbeitungszeit verkürzt werden. Unterstützende Hilfestellung und Leistungen der Jugendhilfe, schnelle Durchführung von Diversionsverfahren, erzieherische Konsequenzen durch ambulante Maßnahmen und soziale Trainingskurse sollen möglichst großen Einfluss auf den jungen Menschen nehmen und zur Entkriminalisierung von Jugendlichen und Heranwachsenden führen. Die Bundespolizeiinspektion Trier ist im Rahmen ihrer bahnpolizeilichen und grenzpolizeilichen Aufgaben für die Jugendsachbearbeitung in den Landgerichts-

bezirken Trier und Koblenz zuständig

- Fahndungseinsätze mit der „Fahndungsgruppe Koblenz“, einer eigenständigen Dienstgruppe der Inspektion Trier, deren Beamte – in Zivilkleidung - im Wesentlichen § 22 Abs. 1a-Fahndungen wahrnehmen sowie zur Observation im Kontext von Buntmetalldiebstählen sowie Fahrkartenautomatenaufbrüchen eingesetzt werden. Außerdem wird im sog. ersten Angriff insbesondere Betäubungsmittelkriminalität auf der Bahnstrecke zwischen Emmerich und Koblenz verfolgt. Bei einem entsprechenden Einsatz konnte ich der Ansprache, Fesselung, Durchsuchung einer Person beiwohnen, die 25 Gramm Kokain (!) mit sich führte und die anschließend an die Landespolizei übergeben wurde

Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ)

Die Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit der Bundespolizeidirektion Koblenz (MKÜ) ist eine multifunktionale Einsatzeinheit, die sowohl verbands- als auch einzeldienstliche Aufgabenbereiche bedient. Die MKÜ Koblenz setzt sich neben dem Leiter aus einem Führungstrup und drei sog. Zügen zusammen. Hiervon sind zwei Züge am Dienstort Bexbach (Saarland) und einer am Dienstort Koblenz stationiert. Jeder Zug besteht ausweislich des Dienstpostenplans aus 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mit allen Zügen war ich sowohl im Regeldienst – Unterrichtungen, Fortbildungen etc. - wie auch im Einsatz zusammen. Besonders erwähnenswert waren folgende Anlässe:

- Fahndungseinsätze nach § 22 Abs. 1a BPolG auf der Bahnstrecke zwischen Koblenz und Remagen zur Unterstützung der Inspektion Trier
- Fortbildung über aktuelle natürliche wie synthetische Betäubungsmittel, in Sonderheit die sog. „legal high“,

„Kath“ und „chrysal meth“

- Präventionseinsätze am Hauptbahnhof Frankfurt/Main und den umliegenden S-Bahnhöfen
- Stationärer Schutz am Hauptbahnhof Mainz anlässlich des Bundesligafußballspiels Mainz-Schalke
- Erörterung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher Zusammenhänge vor Mitarbeitern des 1. Zuges unter besonderer Berücksichtigung praktischer Gegebenheiten
- Stationärer Schutz am Hauptbahnhof Mainz anlässlich des DFB-Pokalspiels zwischen Mainz-Köln; zu der Begegnung bin ich aus Köln mit fankundigen Beamten der Inspektion per Entlastungszug angereist. Der Entlastungszug, der von dem 1. Zug der 1. Einsatzhundertschaft St. Augustin begleitet wurde, transportierte ca. 450 Fans (u.a. Wilde Horde; Coloniax; Boyz)

Bundespolizeidirektion Koblenz

Die Bundespolizeidirektion Koblenz verantwortet die Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei in Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland. Als Dienst- und Fachaufsichtsbehörde über die nachgeordneten Dienststellen (Inspektionen und Reviere) obliegt der Behörde die Steuerung, Unterstützung, Koordination und Erfassung der operativen Aufgabenwahrnehmung als auch der Vertretung vor Gericht. Einen intensiven wechselseitigen Austausch hatte ich über mehrere Tage hinweg mit folgenden Sachbereichen (Referaten):

- Sachbereich 13 (Kräfte-Management)
- Sachbereich 14 (Gefahrenabwehr)
- Sachbereich 15 (Kriminalitätsbekämpfung)
- Sachbereich 31 (Justitiariat)
- Sachbereich 36 (Aus- und Fortbildung)
- Stabsbereich

Projektbericht der Studierenden im Grundstudium am Zentralbereich

Die Studierenden müssen im Rahmen ihres Grundstudiums am Zentralbereich ein Projekt im Umfang von 20 Lehrveranstaltungsstunden belegen. Die Projekte sind einerseits durch einen besonderen Bezug zur Verwaltungspraxis andererseits durch besondere Lehr- und Lernformen gekennzeichnet. Projekte können teilweise von den Studierenden eigeninitiativ vorgeschlagen werden. Die Aktivität der Studierenden soll sich nicht nur auf die Mitarbeit an den Projekten beschränken, sondern sie haben die Möglichkeit, eigene Projektideen zu entwickeln, vorzuschlagen und an der Vorbereitung und Organisation mitzuwirken. Über jedes Projekt ist ein schriftlicher Projektbericht zu fertigen.

Auf den folgenden Seiten ist ein Auszug eines solchen Projekts von Studierenden des Fachbereichs Bundespolizei dargestellt.

Internationale Polizeiarbeit am Beispiel Gran Canaria

8. – 13. April 2013

Projektbericht von Lena Heinrich, 69. SJ am Fachbereich Bundespolizei

Einleitung

Im Rahmen des Grundstudiums an der FHB Brühl sollen alle Bundespolizeianwärterinnen und Bundespolizeianwärter an einem Projekt teilnehmen. Das Curriculum beinhaltet in Modul 5 „Nationale und Internationale Aufgaben der Polizei“ unter anderem die Projektwoche. Lernziel dabei ist es, die in Bezug auf polizeiliche Aus-

landeseinsätze erworbenen Kenntnisse am Beispiel einer Organisation oder Institution mit internationalen Polizeiaufgaben zu erleben.

Vorgabe der FHB war es, sich in einer Gruppe von mindestens zehn Personen zusammenzufinden und das Projekt innerhalb Europas zu planen. Begleitet werden sollte die Fahrt von einer Lehrkraft der FHB.

Als Ziel dieses Projektes wurde Gran Canaria ausgewählt. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Angabe der Uhrzeiten um eine Stunde von der deutschen Ortszeit abweicht.

Besonders über die Problematik afrikanischer Flüchtlinge, die auf ein neues Leben in Europa hoffen, wollte die Gruppe mehr erfahren. Dazu besuchten sie auf Gran Canaria folgende Institutionen:

- das Deutsche Konsulat
- die Guardia Civil
- die Policia National und
- ein Flüchtlingslager

Die Projektgruppe: Armin Gehrke, Lena Heinrich, Martin Bleicher, Malte Findorff, Tim Schmidiger, Marc-André Mincke, Benjamin Schön, Sina Hübner, Christoph Reil, Anna Rokahr, Ann-Cathrin Kux und der Studienbegleiter POK Jörn Fredrich (v.l.n.r.).



Gran Canaria im Überblick

Gran Canaria ist eine spanische Insel und gehört somit zu Europa, liegt aber wesentlich südlicher als das europäische Festland.

100 - 500 km westlich von Marokko, sind die kanarischen Inseln inmitten des Atlantischen Ozeans wiederzufinden. Zu dieser Inselgruppe gehören Teneriffa, Fuerteventura, Gran Canaria, Lanzarote, La Palma, La Gomera und El Hierro.

Gran Canaria befindet sich zwischen Fuerteventura und Teneriffa, 150 km westlich von Südmarokko. Die Hauptstadt, im Nordosten der Insel, heißt Las Palmas.

Durch die geografische Nähe zu Afrika wird Gran Canaria zu einem Ziel von afrikanischen Flüchtlingen. Diese Problematik wird im Folgenden näher erläutert.

Das deutsche Konsulat auf Gran Canaria

Calle Albareda 3- 2°
E-35007
Montag bis Freitag 9.00-12.00Uh
Tel: (0034) 928 49 18 80
Fax: (0034) 928 26 27 31

Konsul: Peter Schmid

Aufgaben: Zuständig für deutsche Bürgerinnen und Bürger auf Gran Canaria in Rechts- und Verwaltungsfragen sowie in der Außenwirtschaftsförderung.
Weitere Zuständigkeiten liegen in der kulturellen Zusammenarbeit und in der Öffentlichkeitsarbeit.

Im Gegensatz zu Botschaften haben Konsulate einen begrenzten Amtsbezirk und pflegen keine politischen Beziehungen.

Die Guardia Civil

Calle Alicante 5
35016 Las Palmas
Tel.: +34 928 31 55 78

- ist eine spanische paramilitärisch ausgerichtete Polizeieinheit
- untersteht dem Ministerio del Interior (Innenministerium) und dem Ministerio de Defensa (Verteidigungsministerium)

Aufgaben: „Zum Schutz der freien Ausübung der Rechte und sowie Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit“ (Art. 104.1 Constitución – spanische Verfassung)

- Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung
- Präventive und repressive Aufgaben, wie z.B.
 - Präsenz in kleineren Städten, auf Autobahnen und an Flughäfen
 - Überwachung des Meeres zur Bekämpfung illegalen Drogenhandels und Verhinderung illegaler Einwanderungen
 - Gefangenentransport und Waffenangelegenheiten

Die Policia Nacional

Calle Miguel de Cervantes, 2,
35002 Las Palmas de Gran Canaria
Tel.: +34 928 37 24 30

- auch genannt Cuerpo Nacional de Policia
- untersteht dem Staat

Aufgaben:

- Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
- Präventive und repressive Aufgaben, wie z.B.
 - Glücksspielkontrolle
 - Passkontrolle
 - Präsenz in großen Städten
 - Kooperation mit der Guardia Civil
 - Aufklären und Verfolgen von Strafanzeigen
 - Einsatz bei Notrufen
 - Gebäudeschutz
 - Personenschutz
 - Terroristenverfolgung

Die Projektberichte

Das Deutsche Konsulat auf Gran Canaria

Am Dienstag, den 9. April 2013 besuchte die Projektgruppe das deutsche Konsulat in Las Palmas.

Der Termin begann um 9.00 Uhr mit einer Begrüßung durch Konsul Peter Schmid. Er schilderte der Gruppe kurz seinen Lebenslauf und ging dann auf die Aufgaben des Konsulats ein.

Das Konsulat dient in erster Linie als Ansprechpartner für deutsche Staatsangehörige auf Gran Canaria.

Ca. 200.000 Deutsche befinden sich auf der Insel. Dazu gehören sowohl Dauerresidenten, als auch Touristen. Unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften nimmt ein Konsulat also Serviceleistungen für die deutschen Bürgerinnen und Bürger wahr.

Diese Serviceleistungen werden sowohl im Bereich des Erbrechts, als auch in Form von amtlichen Beglaubigungen verschiedener Dokumente, sowie in der Ausstellung eines Reiseausweises als Passersatz (RAP) getätigt.

Inbesondere ist mit Erbrecht, das Vorgehen im Todesfall deutscher Staatsangehöriger auf Gran Canaria gemeint. Das Konsulat ist dann zuständig für die Beurkundung von Testamenten und Erbverträgen, sowie für die Abnahme eidesstattlicher Versicherungen.

Im weiteren Verlauf wurde die Projektgruppe durch das Konsulat geführt und erhielt so praxisbezogene Eindrücke.

Die Projektgruppe besuchte auch weitere Büroräume der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie stellten sich und ihre Tätigkeit kurz vor.

Zuerst ging die Projektgruppe in das Büro der stellvertretenden Konsulin von Herrn Schmid. Sie erläuterte, dass sie im ständigen Dialog mit den deutschen Behörden steht. Vor allem benötige sie Informationen von Standesämtern, um den deutschen Bürgerinnen und Bürgern auf Gran Canaria weiter zu helfen.

Abschließend wurde die Projektgruppe dann in den Servicebereich des Konsulats geführt, wo zwei Mitarbeiter tätig waren. Diese haben direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Bei ihren Anliegen geht es meist um die Ausstellung eines RAP.

Um 11.30 Uhr wurde die Projektgruppe von dem Konsul verabschiedet.

Guardia Civil

Am Mittwoch, den 10. April 2013 erhielt die Projektgruppe einen Einblick in die Arbeit der Guardia Civil.

Während des Besuchs wurde uns die Arbeit der Guardia Civil an mehreren Standorten gezeigt. Neben dem Hauptgebäude besuchten wir auch das Centro Coordinacion Regional (CCR) und ein Schiff am Hafen von Las Palmas.



Die Projektgruppe vor dem CCR.



Schiff der Guardia Civil.

Um 9.30 Uhr begann der Tag bei der Guardia Civil im Centro Coordinacion Regional Las Palmas. Dort stellte ein spanischer Polizist die Guardia Civil zunächst anhand einer Präsentation vor. Bei diesem Vortrag

ging es insbesondere um die Flüchtlingsproblematik auf den Kanaren. Vor diesem Hintergrund erläuterte uns der spanische Polizist, dass mittels technischer Systeme versucht wird, die Flüchtlinge auf dem Meer zu entdecken. Man spricht hier von SIVE-Systemen.

Auch die Zusammenarbeit mit der Organisation Frontex, die für die Sicherung der EU-Außengrenzen verantwortlich ist, wurde betont.

Danach wurde der Projektgruppe ein Raum mit verschiedenen technischen Systemen gezeigt. Jedes Gerät wurde von den Polizisten der Guardia Civil erläutert. Das Meer wird mittels Kameras, Radar und auch GPS systematisch überwacht.

Nach dem Besuch im Centro Coordinacion Regional ging die Gruppe in das Hauptgebäude, die Dirección General de la Guardia Civil. Dort wurde ein weiterer Vortrag über die Aufgaben der Guardia Civil in Bezug auf die Problematik illegaler Einwanderer gehalten.

Die Aufgaben bestehen darin, dass zunächst versucht wird, jedes verdächtige Boot mit Hilfe von Radarsystemen und Kameras aufzuspüren. Wird ein Boot, beispielsweise wegen seiner speziellen Geschwindigkeit, als eines mit illegalen Einwanderern identifiziert, fährt die Guardia Civil auf das Meer, um die Flüchtlinge zu stellen. Außerdem leitet die Guardia Civil die Informationen an die Policia Nacional weiter. Diese ist dann für weiteres Vorgehen an Land verantwortlich.

Die meist unterkühlten und von der Fahrt geschwächten Afrikaner werden dann von Hilfsorganisationen betreut und gegebenenfalls ärztlich versorgt.

Darauffolgend zeigten die Polizisten der Guardia Civil der Projektgruppe ein weiteres Kontrollzentrum mit einer Leinwand. Auf der Leinwand war ein Kreisschichtmodell eines Radarsystems zu sehen.

Das spanische Radarsystem ist so weit entwickelt, dass es an Boote und Schiffe, die bis zu 20 Seemeilen entfernt sind, heranzoomen kann. Scharfe Bilder erhält man jedoch nur im Bereich des Fünf-Meilen-Radius.

Anschließend fuhr die Projektgruppe mit einem Bus zum Hafen.

Am Hafen besichtigte die Gruppe ein Schiff der Guardia Civil. Die Besatzung fährt mit diesem Schiff auch nach Afrika, um illegaler Einwanderung vorzubeugen. Diese Fahrten sind nur aufgrund von Verträgen zwischen Spanien und den jeweiligen afrikanischen Ländern möglich.

Nach dem Besuch des Schiffs fuhr die Projektgruppe mit dem Bus wieder zurück zum Hauptgebäude und wurde dort um 16.30 Uhr verabschiedet.

Die Policia Nacional

Am Freitag, den 12. April 2013 fuhr die Projektgruppe um 8.00 Uhr zur Policia Nacional in Las Palmas.

Zuerst wurde die Projektgruppe in die oberste Etage des neuen Glasgebäudes geführt, wo sie von dem C.N.P. Polizeichef begrüßt wurde.

Anschließend hielt ein spanischer Polizist einen Vortrag über die Problematik illegaler Einwanderer auf den Kanaren. Die illegalen Einwanderer, die vor allem aus

dem Senegal und aus Mauretanien kommen, fahren in kleinen, oft überbesetzten Booten nach Europa. Diese Boote werden Cayucos und Pateras genannt. Je nach Herkunft sind sie dann ein bis sieben Tage unterwegs.

Im Gegensatz zu Pateras sind Cayucos kanuförmiger und werden nur durch Paddeln angetrieben. Ein Patera hat einen flachen Boden und verfügt darüber hinaus über einen Motor. Die spanische Polizei stellt die Herkunft der Flüchtlinge anhand des verwendeten Bootes fest. Cayucos werden in Mauretanien und im Senegal gebaut und somit auch nur von deren Bevölkerung verwendet. Pateras stammen aus Marokko und werden folglich von Marokkanerinnen und Marokkanern zur Überfahrt benutzt.

Im Jahr 2006 wurden die meisten, nämlich 31.541, Flüchtlinge auf den Kanaren gezählt. Seit dem ist ein stetiger Fall der illegalen Einwanderungsrate zu beobachten. Grund dafür ist die Arbeit der spanischen Polizei, die mit Hilfe von technischen Geräten und mit dem Einsatz spanischer Polizisten in Afrika versucht, die Routen zu schließen.

Als nächstes wurde die Projektgruppe mit einem Bus zum Besuch eines Auffanglagers gefahren. Das frühere und nun umgebaute Gefängnis liegt am Rand von Las Palmas auf einem Berg.

Erst eine Woche vor Ankunft der Projektgruppe kam ein Boot mit 25 Flüchtlingen auf Las Palmas an. Die Projektgruppe bekam einen Eindruck davon, wie die Flüchtlinge die 60 Tage, die sie in dem Auffanglager verbringen müssen, aussehen. Sie sah die Mehrbettzimmer, eine Bibliothek und den Innenhof.

Die spanische Polizei ist vorwiegend daran interessiert, die Organisatoren der Flüchtlingsfahrten zu verhaften, da hier, im Gegensatz zu Deutschland, die illegale Einreise keinen Straftatbestand erfüllt.

Die Organisatoren planen und strukturieren die Fahrt, das heißt sie sind u.a. für die Ausgabe von Nahrung auf See verantwortlich. Kommt das Boot vom Weg ab, so behält der Organisator die Nahrung für sich und nimmt den Tod anderer Flüchtlinge billigend in Kauf. In Spanien können diese Organisatoren dann bis zu 20 Jahre Haft bekommen.

In diesem Zusammenhang wurde der Projektgruppe erklärt, wie die spanische Polizei vorgeht, um aufzudecken, wer auf dem Boot welche Rolle hatte. Beispielsweise werden Fotos angesehen, Flüchtlinge vernommen oder ermittelt, wer einen afrikanischen Pass und afrikanisches Geld bei sich trägt. Denn diese Person will ja zurück nach Afrika, um weitere Fahrten zu organisieren.

Weiter führte der Weg zum Hafen von Las Palmas. Ein kurzer Besuch bei den Polizisten dort lieferte der Gruppe einen Einblick in die Tätigkeit am Hafen. Insbesondere wurde auf Geräte eingegangen, mit denen Visa ausgestellt werden.

Abschließend fuhr die Gruppe wieder zum Hauptgebäude der C.N.P. und verabschiedete sich dort um 14.00 Uhr.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Projektwoche sowohl das Verständnis der Bundespolizeianwärterinnen und Bundespolizeianwärter über internationale Polizeiarbeit in Bezug auf die Flüchtlingsproblematik erweitert hat, als auch, dass der Zusammenhalt innerhalb der Gruppe gestärkt wurde.

Das Erläutern der spanischen Polizeiarbeit und den damit verbundenen technischen Systemen erweiterte das Wissen der Projektgruppe über illegale Einwanderer aus Afrika.

Besonders interessant war der Besuch in dem Auffanglager und der Besuch des Schiffes der Guardia Civil, da der Gruppe so ein klarer Praxisbezug vor Augen geführt wurde.

Darüber hinaus stellte die Gruppe Parallelen und Unterschiede zur deutschen Polizeiarbeit fest. Gemeinsamkeiten liegen zum Beispiel in der Wahrnehmung der Aufgaben, die zur Wiederherstellung bzw. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienen. Die spanische Polizeiarbeit wird ebenso wie in Deutschland auf verschiedene Polizeibehörden verteilt. In Spanien spricht man von der Guardia Civil, der Policia Nacional und der Policia Local, in Deutschland von Landespolizei und Bundespolizei. Ein wesentlicher Unterschied bei dieser Aufteilung liegt jedoch in der Verteilung der Zuständigkeiten. Während die spanische Polizei die Zuständigkeit in Abhängigkeit der Bevölkerung aufteilt, wird in Deutschland nach bestimmten Gebieten sortiert.

Im Rahmen internationaler Polizeiarbeit, zum Schutz der europäischen Außengrenzen, arbeiten europäische Polizeibehörden für Frontex miteinander. Es besteht also für spanische und für deutsche Polizistinnen und Polizisten die Möglichkeit zusammen tätig zu werden.

Danksagung

Die Projektwoche ist das Ergebnis der Zusammenarbeit vieler Personen. Unser Dank gilt in erster Linie dem Verbindungsbeamten Herrn Rauch. Er war derjenige, der den Kontakt zu den spanischen Polizeibehörden herstellte.

Ein weiterer Dank gilt der Übersetzerin Barbara Leeb und unserem Studienbegleiter Jörn Fredrich.

Ohne das Engagement dieser Personen wäre die Gestaltung der Projektwoche in diesem Rahmen nicht möglich gewesen.

Der Wissenschaftliche Dienst

Hochschuldidaktische Weiterbildungsveranstaltungen und Programme

Nach dem Start erster hochschuldidaktischer Weiterbildungsveranstaltungen in 2011 hat der Wissenschaftliche Dienst sein Weiterbildungsangebot kontinuierlich in mehreren Schritten ausgebaut. Gestartet wurde in 2011 mit dem Weiterbildungsprogramm ‚Professionelle Lehrkompetenz für die Hochschule‘. Um dieses zertifizierte Weiterbildungsprogramm anbieten zu können, wurde die Fachhochschule des Bundes 2012 assoziiertes Mitglied im Universitätsnetzwerk Hochschuldidaktik NRW. In 2013 ist die FH Bund dann als Vollmitglied im Universitätsnetzwerk Hochschuldidaktik NRW aufgenommen worden. Somit kann die FH Bund als erste Fachhochschule nun aktiv die Weiterbildungsstandards im deutschen Hochschulsektor mitgestalten und für die Lehrenden der FH Bund die stets aktuellsten Seminare und thematischen Trends anbieten und gleichzeitig sicherstellen, dass die neuesten wissenschaftlichen Standards in der Weiterbildung gesichert sind. Das Weiterbildungsprogramm ‚Professionelle Lehrkompetenz für die Hochschule‘ erfreute sich bereits in 2012 einer großen Nachfrage bei den Lehrenden. Wie bereits im Jahr zuvor haben Lehrende am Zentralbereich, an den Fachbereichen oder an im Netzwerk Hochschuldidaktik NRW kooperierenden Hochschulen Veranstaltungen zu den Themen ‚Veranstaltungsplanung‘, ‚Selbststudium fördern‘ und ‚eLearning in der Lehre‘ besucht. Dieser Trend zeigt die starke Ausrichtung der Lehrenden der FH Bund an einer lernerorientierten und aktivierenden Lehre.

In 2013 wurde von den Lehrenden im Rahmen des Zertifikatsprogramms ‚Professionelle Lehre an der FH

Bund' vor allem der umfangreiche, viertägige Grundlagenworkshop ‚Lehren und Lernen‘ mit integrierter Praxisphase besonders stark besucht. Im Rahmen dieses Seminars setzten sich die Lehrenden in Teams in den ersten beiden Tagen mit der Frage auseinander, was ‚wissenschaftliches Lehren‘ an Hochschulen bedeutet, welche Anforderungen und Qualitätskriterien Hochschullehre aufweisen sollte und wie gute Lehre in den unterschiedlichen Fachdisziplinen gelingen kann. In der darauf folgenden Praxisphase führten die Lehrenden dann gegenseitige Lehrhospitationen durch mit dem Ziel bewährte Lehr-/Lernarrangements auszutauschen und gemeinsam neue und innovative wissenschaftliche Lehr-/Lernsettings zu entwickeln. Den Abschluss bildeten wiederum zwei Seminartage, in denen die Lehrenden die gegenseitigen Hospitationen auswerteten und sich darüber hinaus mit den lernpsychologischen Grundlagen des Lernens von Studierenden auseinandergesetzt haben. Weitere Themen waren zudem die Motivierung von Studierenden und deren Aktivierung in der Lehre, Förderung des Selbststudiums sowie Grundlagen der Lehrevaluation.

Nebst der regen Teilnahme an den hochschuldidaktischen Seminaren ist besonders erfreulich, dass die ersten Lehrenden am Zentralbereich und an einigen Fachbereichen mit Ablauf des Jahres 2013 bereits die geforderten Weiterbildungsstunden für das Basismodul des Zertifikatsprogramms abgeschlossen haben und in 2014 somit das erste Teilzertifikat erhalten.

Der Wissenschaftliche Dienst hat über dieses erste Weiterbildungsprogramm hinaus, seit Anfang 2012, seine Angebote in der hochschuldidaktischen Weiterbildung kontinuierlich ausgebaut mit dem Ziel umfangreiche personen- und themenspezifische Weiterbildungen an der FH Bund anbieten zu können.

Alle Informationen rund um die hochschuldidaktischen Programme und Seminare finden Sie auf den Webseiten des Wissenschaftlichen Dienstes unter:

www.fhbund.de/hochschuldidaktik

**„Coaching (in) Diversity“
Fachtagung in Kooperation mit der Fachhochschule Köln,
der Universität Duisburg-Essen, der Hans Böckler Stiftung
und dem Netzwerk Wissenschaftscoaching**



Weiterbildungsprogramm der FH Bund

Programme für Lehrende

- Professionelle Lehre FH Bund
- Wissenschafts-Coaching FH Bund

Programm für Lehrbeauftragte

- Praxis in die Lehre

Angebote für Studienfächer, Arbeitsgruppen und Lehrteams

- Studiengangs- und Curriculumentwicklung

Die Bedeutung von Beratung innerhalb des Aufgabenspektrums der Hochschule als Gesamtorganisation wächst außerordentlich. Hochschulische Arbeitseinheiten (Wissenschaft sowie Management) und einzelne Hochschulmitglieder sind herausgefordert, parallel und gleichrangig auf verschiedenen Reflexions-, Handlungs- und Kompetenzentwicklungsebenen zu agieren. Professionelle Beratung mit unterschiedlichem Profilkokus kommt hier zum Tragen, z.B. in der Studiengangsentwicklung, im hochschulischen Qualitätsmanagement für Studium und Lehre, in Präsidialbüros, in Studienberatungen oder in der Personalentwicklung. Vor diesem Hintergrund veranstaltete der Wissenschaftliche Dienst der FH Bund, in Kooperation mit dem Zentrum für Kompetenzentwicklung für Diversity Management an Hochschulen -KomDiM- (Verbundprojekt der Fachhoch-

schule Köln und der Universität Duisburg-Essen), der Hans Böckler Stiftung sowie dem Netzwerk Wissenschaftscoaching vom 7. bis 9. März 2013 die dreitägige Fachtagung „Coaching (in) Diversity – Vielfalt und Integration von Beratungsverfahren an Hochschulen“.

Auf dieser Fachtagung haben sich über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus mehr als 15 verschiedenen Universitäten, Fachhochschulen und Hochschulen aus dem ganzen Bundesgebiet mit 25 Expertinnen und Experten im Bereich Beratung zu den vielfältigen Verfahren innerhalb des Coachings ausgetauscht. Forschungsschwerpunkt war dabei der erstmalige wissenschaftliche Vergleich von Beratungsverfahren und deren Potentiale für diversitätssensible Entwicklungsprozesse im Kontext Studium und Lehre.

Erstes Ergebnis der erfolgreichen Fachtagung war, nebst einem synoptischen Verfahrenvergleich und einer Korrelation von Beratungsverfahren zu Beratungsanliegen und Hochschulbereichen, die Bildung von Expertise-zirkeln zu konkreten Beratungsverfahren und Beratungsanliegen im Kontext Hochschule, die sowohl in Onlinenetzwerken als auch in weiteren hochschulübergreifenden Expertentreffen und Folgetagungen zusammenarbeiten werden. Der Wissenschaftliche Dienst der FH Bund wird dazu im kommenden Jahr die Leitung eines Expertisezirkels übernehmen und damit die Forschung und Vernetzung im Bereich des Wissenschaftscoachings weiter vorantreiben.

Informationen rund um Aufbau, Forschungsschwerpunkte, Referenten und Teilnehmer der Tagung finden Sie auch auf den Internetseiten des Wissenschaftlichen Dienstes unter:

www.fhbund.de/coachingdiversity

Innovationen in Studium und Lehre: Ansätze und Prozesse

Die Lehrenden am Zentralbereich und vieler Fachbereiche der FH Bund sind zudem mit einer Vielzahl von Veränderungs- und Innovationsprozessen in Studium und Lehre befasst, bei denen der Wissenschaftliche Dienst am Zentralbereich unterstützend und beratend tätig ist. So wurden beispielsweise umfassende Veränderungsprozesse im Bachelorstudiengang des Fachbereichs Kriminalpolizei für die Reakkreditierung des Studiengangs in 2014 vorgenommen. Schwerpunkt der Veränderungen waren hierbei vor allem die Reduktion der Gesamtmodule und die damit verbundene Reduzierung von Prüfungen. Die Prüfungslast wurde im Bachelorstudiengang jedoch nicht nur reduziert, sondern auch hinsichtlich der Formate und Verfahren stärker auf die Lernprozesse in den jeweiligen Modulen bezogen, um eine noch praxisorientiertere und kompetenzfokussierte Ausbildung der Studierenden zu erreichen. Neben einer neuen Modulreihenfolge – um die gesamten Studieninhalte und Schwerpunkte noch besser aufeinander abstimmen zu können – wurden auch große Teile der praktischen Ausbildung reformiert und stärker auf die Lehre am Fachbereich bezogen. Zudem wurden auch die Übergänge zwischen dem Grundstudium am Zentralbereich und dem Hauptstudium am Fachbereich, gemeinsam mit allen Beteiligten in Lehre und Verwaltung in Brühl sowie in Wiesbaden, hinsichtlich Lehrinhalten und Prüfungsmodalitäten weiter optimiert.

Neben der Weiterentwicklung bestehender Studiengänge wurde zudem eine Vielzahl von Studiengangsentwicklungen durch den Wissenschaftlichen Dienst beraten und begleitet. Der neue berufsbegleitende Fernstudiengang des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung wurde beispielsweise durch Weiterbildungsveranstaltungen im Bereich eLearning und Blended-Learning unterstützt, und

bei der Erstellung der Modulhandbücher und Prüfungsordnungen beraten. Auch Konzepte an anderen Fachbereichen zur Weiterentwicklung bestehender Studiengänge oder zur möglichen Implementierung neuer Studiengänge bzw. Studienstrukturen wurden vom Wissenschaftlichen Dienst systematisch in Studiengangs- und Curriculumsentwicklungsprozessen je nach Bedarf am Zentralbereich der FH Bund oder auch direkt vor Ort an den jeweiligen Fachbereichen unterstützt.

In all diesen Innovationsprozessen haben der Wissenschaftliche Dienst, die Fachbereiche und die jeweiligen Lehrenden sich einerseits die Qualitätsstandards guter Lehre gemäß der ‚Charta guter Lehre‘ des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft (veröffentlicht in 2013) und andererseits die aktuellsten Empfehlungen des Wissenschaftsrates (WR) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zu Lehre, Forschung und dualem Studium an Fachhochschulen zu Grunde gelegt und somit einem fachbereichsübergreifendem Qualitätsmanagement in Studium und Lehre Rechnung getragen. Dieses gemeinsame Vorgehen in Studium und Lehre soll auch in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.

Publikationen

Im Jahr 2013 wurden in den Reihen der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung insgesamt vier Schriften publiziert. In den Schriften zur Bundespolizei erschien als Band 14 „Sicherheitsarchitektur des Bundes – aktuell. Luftsicherheit – Polizeien des Bundes und “neue Sicherheit” – Werthebach-Kommission“ herausgegeben von Prof. Martin H.W. Möllers und Dr. Robert Chr. van Ooyen. Die Beiträge zur inneren Sicherheit wurden durch Band 30 „Afghanistan – Land ohne Hoffnung? Kriegsfolgen und Perspektiven in einem verwundeten Land. 3., überar-

beitete und ergänzte Auflage“ herausgegeben von Horst Schuh und Homeira Heidary aktualisiert. Ebenfalls in den Schriften zur Bundespolizei erschien als Band 15 „Rechtsgrundlagen für Auslandseinsätze der Bundespolizei. Grundlagen und Einsatzbereiche“ von Sabine Brakemeier und Volker Westphal. Wie schon in den vergangenen Jahren, so erschien auch in 2013 in den Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013“ herausgegeben von Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber.

Zentralbibliothek

Auch in 2013 hat die Zentralbibliothek am Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl sich für eine optimale Unterstützung der Lernenden eingesetzt – schöner Beleg hierfür ist ein Schreiben der Studiensprecher des Jahrgangs 10-2 am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung:

**„Wir möchten uns herzlich für Ihr studen-
tenfreundliches und unbürokratisches
Engagement in den letzten drei Jahren
bedanken. Dank Ihrer Hilfe wurden uns
Referate und vor allem die Erstellung der
Diplomarbeit sehr erleichtert“.**



Studierende des Fachbereichs Bundespolizei

Die statistische Bilanz des Jahres 2013 kann sich entsprechend sehen lassen: 890 Nutzeranmeldungen, 98 aufgewendete (Zeit-) Stunden für Einführungsveranstaltungen und Benutzerschulungen sowie 47 Literatur- und Rechercheanfragen für Hochschullehrende und Hausangehörige mit einem Zeitaufwand von einer bis zu 6 Stunden. Insbesondere die Absolventinnen und Absolventen der Fachbereiche im Hause, aber auch die ersten Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs Master of Public Administration

nutzten die Unterstützung durch die Bibliothek. Unterlegt werden diese Aussagen durch eine deutlich höhere Anzahl von Fernleihvorgängen gegenüber dem Vorjahr - ein fast 100%-iger Zuwachs bei der gebenden Fernleihe.

Als weitere Hilfestellung zum Erstellen von Diplom- und Masterarbeiten wurde die Homepage der Bibliothek im Hinblick auf Informationsangebote, Suchdienste und Datenbanken überarbeitet und ergänzt. Im Zeitschriftenverzeichnis wurden – soweit vorhanden – Links zu Verlagsarchiven und online-Ausgaben gesetzt, so dass bei einer Aufsatzsuche Artikel direkt aufgerufen werden können. Damit einhergehend wurden die Schulungsveranstaltungen zur Vorbereitung auf die Diplomarbeit entsprechend angepasst.

Seit dem Frühjahr 2013 erstrahlt die Bibliothek in neuem Glanz, nachdem Fußboden und Wände im Eingangsbereich der Bibliothek renoviert wurden. Somit verschwanden zahlreiche Spuren, die sich seit Eröffnung des Standortes in Brühl angesammelt hatten.



Der Ausleihbereich vor der Renovierung

Die Mitglieder des Kuratoriums während einer Führung durch die Bibliothek.



Die Mitarbeit im Bibliotheksportal des Bundes nahm den ihr angemessenen Zeitanteil auch in 2013 in Anspruch - einige Arbeitskreissitzungen sowie die aktive Mitarbeit in der AG-Datenbanken standen an.

Marketing

Das Marketingkonzept 2013 hatte die Ziele für das Jahr vorgegeben: der Bekanntheitsgrad der FH Bund ist zu steigern und die Nachwuchsgewinnung für alle Fachbereiche und die Suche nach Studierenden ist fortzuführen. An diesen Zielen richteten sich die Marketing-Aktivitäten des Referats H am Zentralbereich der FH Bund aus. Durch verschiedene gezielte Maßnahmen wurden die Vorzüge eines Studiums an der FH Bund dargestellt und damit zielgruppengerecht auf die Angebote der FH Bund aufmerksam gemacht.



Die FH Bund bedient sich Maßnahmen des Online- und Offline-Marketings, um mit diesem crossmedialen Ansatz die Effizienz der durchgeführten Maßnahmen zu unterstützen, Streuverluste zu verringern und die Informationen auf verschiedenen Wegen zu transportieren. Der Mix der Informationsbeschaffung ist damit wesentlich für die Auswahl der Marketing-Maßnahmen.

Im Bereich der Offline-Aktivitäten stehen die (personen-gebundene) Vorstellung der FH Bund ebenso wie Print-Erzeugnisse und die Schaffung einer Bindung durch Streu- und Werbeartikel im Vordergrund. Der persönliche Kontakt zu Studieninteressierten ist von großer Bedeutung um das Interesse an einem Studium zu wecken und Fragen rund um Ausbildung und Karriere zu klären. So wurden auch 2013 die Studienangebote der FH Bund an verschiedenen Veranstaltungen im Bundesgebiet vorgestellt.

Im Rahmen der Messen „Einstieg Köln“ (1. und 2. Februar 2013) und „Einstieg München“ (11. und 12. Oktober 2013) informierten sich zahlreiche Abiturientinnen und Abiturienten über die Studiengänge, die spezifischen Zugangsvoraussetzungen und die beruflichen Perspektiven. Von großem Vorteil war die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung und dem Bundesnachrichtendienst: in gemeinsamen Messepräsenzen konnten Synergieeffekte genutzt und jede noch so detaillierte Frage beantwortet werden.

Aber auch bei kleineren Veranstaltungen war der Stand der Fachhochschule des Bundes ein gut besuchter Anziehungspunkt um sich über die vielfältigen Karriere-möglichkeiten des öffentlichen Dienstes auf Bundesebene zu informieren. Beispielhaft ist die Coesfelder Veranstaltung „CoEMBO“ am 16. November 2013 zu nennen: viele Jugendliche und andere Interessierte nahmen die Gelegenheit wahr, direkt mit den Ansprechpartnern der FH Bund vor Ort in Kontakt zu treten und Fragen zu Karriere-möglichkeiten im öffentlichen Dienst zu stellen.





Insbesondere an diesen Veranstaltungen von regionalem Charakter wurde deutlich, dass das Interesse an einem fundierten und praxisorientierten Studium und einer herausfordernden Tätigkeit im öffentlichen Dienst ungebrochen ist.

Eine andere Zielgruppe stand mit der Veranstaltung „Zukunftskongress Staat und Verwaltung“ im Fokus. Der Kongress fand am 25. und 26. Juni 2013 in Berlin statt und richtete sich an Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Dienstes und Unternehmen, denen die vielfältigen Aufgabenfelder vertraut sind.

Servicezentrum und Gebäudemanagement

Das mit Abstand größte Referat der FH Bund am Zentralbereich in Brühl sorgt mit seinen vielfältigen Arbeitsbereichen dafür, dass in den Gebäuden der FH Bund:

- angehende Beamtinnen und Beamte studieren können
- Beschäftigte des Bundes und der Länder an Seminaren und Tagungen teilnehmen können
- viele von ihnen auf dem Campus wohnen können
- und schließlich die Dozentinnen und Dozenten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter für sie alle im Einsatz sein können.



Tagungen und Seminare

Auch im Jahr 2013 fanden an der FH Bund Tagungen und Kongresse mit weit gefächerten Themengebieten, initiiert von Behörden und anderen Einrichtungen, statt.

Als Beispiele einige teilnehmerstarke Veranstaltungen, deren Durchführung, bedingt durch langjährige Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die konsequente Einhaltung von Ablaufplänen, als Erfolg verbucht werden konnten:

- mehrere Auswahlverfahren und Prüfungen für die FH Bund und andere Behörden (mit rund 400 Teilnehmende je Verfahren)
- 32 Veranstaltungen der Bundeswehr
- Deutscher Familiengerichtstag (ca. 400 Teilnehmende)
- 14 Veranstaltungen der Bundespolizei

- eine Tagung (Zukunftsforum Islam) der Bundeszentrale für politische Bildung (mit ca. 100 Teilnehmenden)
- Tagung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik und der AFCEA Bonn e. V. (ca. 200 Teilnehmende)
- zwölf Veranstaltungen des Bundeskriminalamtes, eine davon mit mehr als 100 Teilnehmenden
- Vertreterversammlung der Volks- und Raiffeisenbank (ca. 600 Teilnehmende)
- zwei Tagungen der Brühler Akademie (ca. 150 Teilnehmende)
- 19 Veranstaltungen für das Technische Hilfswerk, davon drei mit mehr als 100 Teilnehmenden
- drei Veranstaltungen für das Bundesministerium der Verteidigung
- zwei Veranstaltungen für das Bundesamt für Verfassungsschutz
- eine Tagung der Deutschen Steuergewerkschaft mit mehr als 100 Teilnehmenden
- 14 Veranstaltungen für das Bundesamt für Güterverkehr
- Sommerliches Musikfest der Kunst- und Musikschule der Stadt Brühl (ca. 600 Teilnehmende)
- zehn Veranstaltungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- Jahrestagung der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften mit mehr als 100 Teilnehmenden
- Kreisfeuerwehrtag der Freiwilligen Feuerwehr Brühl (ca. 200 Teilnehmende)
- Konzert des Männergesangsvereins Brühl Pingsdorf (ca. 500 Teilnehmende)
- Fachbereichstag des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung
- Veranstaltung zum Thema: Wissenschaftscoaching – Beratungsverfahren an Hochschulen (ca. 100 Teilnehmende)

Damit waren es insgesamt:

- 144 Tagungen und Veranstaltungen anderer Behörden
- 20 Veranstaltungen zum Masterstudiengang

die an der FH Bund stattgefunden haben. Die Anzahl der Tagungen ist somit etwas zurückgegangen, das liegt vor allem an den Renovierungsarbeiten in einem unserer Wohnhäuser. Hierdurch fehlen pro Jahr durchweg rund 100 Zimmer, die einen Großteil der Infrastruktur der FH Bund ausmachen.

Geschäftsstelle Fortbildung

Die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Innern (BAkÖV) hat als zentrale Fortbildungseinrichtung des Bundes die Aufgabe, durch gezielte Fortbildungsmaßnahmen das Leistungspotenzial der Bundesbediensteten zu erhalten und zu erweitern.

Im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft wird die BAkÖV hierbei durch die Kolleginnen in der Geschäftsstelle Fortbildung (GeFo) unterstützt.

In 2013 wurden von insgesamt 1.508 geplanten Veranstaltungen 1.351 Seminare mit 16.264 Teilnehmenden durchgeführt; davon fanden 219 Veranstaltungen am Standort Brühl statt.

Um den Reisekostentitel zu entlasten, wurden im Berichtsjahr 56 dezentrale Veranstaltungen im Deutschen Patent- und Markenamt München, Statistischen Bundesamt Wiesbaden und Hauptzollamt Hannover (Leitbehörden) durchgeführt. An diesen Seminaren können nur Bundesbedienstete teilnehmen, deren Dienstsitz sich in unmittelbarer Nähe zu dem jeweiligen Standort befindet.

Die Teilnehmerorganisation erfolgt ausschließlich durch diese Leitbehörden; die FH Bund ist hier lediglich für die Seminaerausstattung zuständig.

Im Jahr 2009 hat die BAKöV in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle Fortbildung mit der Neugestaltung des interaktiven Fortbildungssystems für die Bundesverwaltung (IFOS BUND) begonnen. Ziel des Redesigns ist die verbesserte Zusammenarbeit zwischen allen am Fortbildungsprozess Beteiligten. Im Berichtsjahr sollte die GeFo verstärkt in die Testphase eingebunden werden. Dies wurde nunmehr um ein weiteres Jahr verschoben, da der Zeitplan nicht eingehalten werden konnte.

Wohnheimverwaltung

Appartements für Studierende an der Fachhochschule (Campus)

2013 konnte die Wohnheimverwaltung 873 angehenden Beamtinnen und Beamten sowie Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamten vom mittleren in den gehobenen Dienst (Vorjahr 729 Studierende) ein Appartement an der FH Bund Brühl zur Verfügung stellen.

Ein Blick auf den Campus in Brühl



Die zu mietenden Appartements befinden sich in den vier dem Zentralgebäude der FH Bund angegliederten Wohnhäusern. Die Einzelappartements haben eine Größe von ca. 17 qm mit Bad und sind voll möbliert.

Das gesamte Zimmerkontingent von 667 Appartements umfasst auch 20 Mehrraumwohnungen mit insgesamt 42 Einzelzimmern. 19 davon verfügen über 2 Einzelzimmer, 1 Duschbad und einen kleinen Gemeinschaftsraum ohne Küche.

Eine Mehrraumwohnung verfügt über 4 Einzelzimmer, 2 Duscbäder und einen großen Gemeinschaftsraum ohne Küche.

Zusätzlich gibt es in den Wohnhäusern 3 und 4 insgesamt 5 behindertengerecht eingerichtete Appartements sowie 4 sogenannte „Mutter- bzw. Vater- und Kind-Wohnungen“. Diese haben ca. 40 qm, verfügen über 2 Zimmer, eine voll ausgestattete Küche und ein Bad.

Zur weiteren Ausstattung gehören ein Computer mit Softwareausstattung und Internetzugang, Zimmertelefon, abschließbares Kühlfach in einer der 38 Gemeinschaftsküchen und ein dem Appartement zugeordneter Briefkasten. Antennenanschlüsse für Fernseh- und Rundfunkempfang sind auf den Zimmern vorhanden, entsprechende Endgeräte jedoch nicht.

Daneben gibt es diverse Fernsehzimmer und Aufenthaltsräume sowie pro Wohnhaus je 2 Waschräume, die mit Waschmaschinen und Trocknern ausgestattet sind.

Insgesamt konnten trotz Fortführung der Renovierungsarbeiten in den Wohnhäusern die Reservierungswünsche von Studierenden im Grundstudium und in den Haupt-

studiengängen der Fachbereiche Allgemeine Innere Verwaltung und Nachrichtendienste berücksichtigt werden.

Freizeit- und Sportangebot

Nur ca. 10 Minuten entfernt ist der Heider Bergsee sowie ein großes zusammenhängendes Waldstück, die Ville, gelegen. Diese Umgebung lädt zum Joggen und zu Spaziergängen ein. In ca. 20 Minuten ist die Stadtmitte Brühl zu Fuß zu erreichen.



Sportanlagen auf dem Campus Brühl

Außerhalb der Lehrveranstaltungen können und sollen die Studierenden die Sportstätten der Fachhochschule nutzen. Hier haben sie nicht nur verschiedenste Angebote in der großen Sporthalle, sie haben auch die Möglichkeit, auf zwei

Plätzen mit Allwetterbelag Tennis zu spielen. Daneben gibt es einen Rasensportplatz sowie zwei Leichtathletikanlagen.

In den Wohnhäusern selbst stehen den Studierenden darüber hinaus Kraft- und Fitnessräume zur Verfügung. Auch die Kegelbahn im Zentralgebäude erfreut sich gegen eine geringe Gebühr großer Beliebtheit.

Kegelbahn



Heider Bergsee



Fitnessraum

Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, sich kostenlos Fahrräder auszuleihen.

Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Renovierung und Teilsanierung von Wohnhaus 3

Nachdem das erste Wohnhaus, Haus 4, im März 2013 komplett saniert, renoviert und neu möbliert den neuen Bewohnern übergeben werden konnte, gingen die Baumaßnahmen ab Juli 2013 im Wohnhaus 3 weiter. Wieder wurde mit der Sanierung aller Versorgungsschächte begonnen und der Brandschutz erneuert.

Im Rahmen der Sanierungsarbeiten erfolgt gleichzeitig - analog zu Wohnhaus 4 - die Renovierung der Apartments, Küchen, Nebenräume sowie der Flure. Neben neuen Anstrichen in den jeweiligen Räumen wird auch der Fußbodenbelag in den Fluren ausgetauscht.

Das Gleiche gilt für die Möblierung. Diese ist seit der Erstausstattung des Wohnheims im Jahr 1994 nicht verändert worden. Nach 20 Jahren intensiver Nutzung schien auch hier eine Neumöblierung zwingend geboten. Nach Evaluation des Farb- und Ausstattungskonzeptes



Neumöbliertes Wohnheimzimmer im Wohnhaus 3

von Haus 4, u. A. durch Befragung der Studierenden, wurde die Gestaltung der Appartements in Wohnhaus 3 noch einmal überarbeitet.

Die gesamten Arbeiten in Wohnhaus 3 werden voraussichtlich im August 2014 abgeschlossen sein.

Aufenthaltsräume Wohnhaus 3 und 4

Darüber hinaus wurde auch für die großen Aufenthaltsräume in den B-Teilen der Wohnhäuser 3 und 4 ein neues Ausstattungskonzept erarbeitet. Nach Abschluss der Renovierungsarbeiten in Wohnhaus 4 wurde der Aufenthaltsraum inzwischen neu möbliert und steht den Studierenden wieder zur Verfügung.

Aktuell wird auch der Aufenthaltsraum in Wohnhaus 3B von Grund auf renoviert und zukünftig in einen Fernseh-, Lern- und Lesebereich unterteilt. Auch dieser Raum wird dabei mit neuen Möbeln ausgestattet werden und wird den Studierenden voraussichtlich nach Abschluss der Sanierungsarbeiten in Wohnhaus 3 Ende August 2014 zur Verfügung stehen.

Einrichtung eines zweiten Fluchtweges in den Wohnhäusern

Anlässlich geänderter brandschutzrechtlicher Vorgaben wurde es erforderlich, einen zweiten Fluchtweg in den Wohnhäusern einzurichten. Aufgrund dessen wurden in allen vier Wohnhäusern die Fassaden der B-Bauteile erneuert und um ein Fluchttreppenhaus ergänzt.

Gleichzeitig wurden die Flure bis zu den neuen Fluchttreppenhäusern verlängert, wodurch die bisherigen 10 Vier-Personen-Gruppenwohnungen getrennt wurden

Neumöblerter Aufenthaltsraum



und insgesamt 18 neue Zwei-Personen-Gruppenwohnungen entstanden.

Neue Mutter- bzw. Vater- und Kind-Wohnungen in den Wohnhäusern 2 und 3

Aufgrund der Einrichtung des zweiten Fluchtweges in den Wohnhäusern und der daraus resultierenden Umwandlung der großen Gruppenwohnungen zu Zwei-Personen-Gruppenwohnungen wurden gleichzeitig auch zwei neue und dringend benötigte Mutter- bzw. Vater- und Kind-Wohnungen in den Wohnhäusern 2 und 3 vorgesehen.

Diese Wohnungen werden zukünftig aus einer eigenen Küche mit Küchenzeile, einem Duschbad, einem Schlaf- sowie einem kleinen Wohn- und Arbeitszimmer bestehen.

Fluchttreppe



Nach Abschluss der Umbauarbeiten und Neumöblierung stehen diese neuen Wohnungen voraussichtlich ab April 2014 zur Verfügung. Somit verfügt die FH Bund ab diesem Zeitpunkt in jedem der 4 Wohnheime über eine ebenerdige Mutter- bzw. Vater- und Kind-Wohnung.

Umwidmung Behindertenzimmer

Langjährige Erfahrung hat gezeigt, dass die vorhandenen 11 Behindertenzimmer in den Wohnheimen nicht in vollem Umfang benötigt werden. Um die Engpässe bei der Unterbringung von Studierenden zu mildern, wurden aufgrund dessen in insgesamt 6 Appartements die behindertengerechten Einbauten in den Bädern entfernt, die Zimmer mit eigenen kleinen Single- Kühlschränken ausgestattet und für die normale Belegung durch Studierende freigegeben.

Instandsetzung des Sonnenschutzes auf dem Campus

Zug um Zug werden die nach 20 Jahren z.T. sehr verwitterten Außenjalousien an den Wohnhäusern und am Zentralgebäude gegen Jalousien mit zusätzlicher Wärmedämmung ausgetauscht. Die Ostseite von Wohnhaus 3 wurde bereits vollständig erneuert, im Frühjahr 2014 soll die Südseite des Zentralgebäudes folgen.

Interessenvertretung

Örtlicher Personalrat

Der örtliche Personalrat der Fachhochschule des Bundes stand im zurückliegenden Jahr vor umfassenden Veränderungen. Nach dem Rücktritt des bisherigen Personalrats fand am 16. und 17. Juli 2013 eine Neuwahl der Personalvertretung statt. Hierzu haben sich 2 Beschäftigte zur Wahl gestellt: Frank Simon (Vorsitzender) und Dörte Hein (Stellvertretende Vorsitzende) bilden nun den neuen örtlichen Personalrat. Die Amtsperiode der neu besetzten Interessenvertretung währt bis zur Neuwahl aller Personalvertretungen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums des Innern (BMI) im Frühjahr 2016.

Die Beschäftigung mit internen, personellen Angelegenheiten war wesentlicher Bestandteil der Zusammenarbeit der Personalvertretung mit der Dienststelle – über Details kann an dieser Stelle natürlich nicht berichtet werden. Zur Wahrung der Interessen der Beschäftigten führte der Personalrat u.a. regelmäßige Gespräche mit der Hochschulleitung und war an zahlreichen Auswahlverfahren beteiligt.

Schwerbehindertenvertretung

Maßnahmen im Gebäude und am Arbeitsplatz

2013 konnten mehrere Maßnahmen zur Barrierefreiheit abgeschlossen werden. So ist der Zugang zum Zentralgebäude auch für Menschen im Rollstuhl oder mit starker Körperbehinderung erleichtert worden. Weiterhin wurden auf mehreren Etagen elektronische Türöffner installiert. Bei zwei Kolleginnen fand eine Begutachtung der Arbeitsplätze durch den Landschaftsverband und einer Vertreterin

des zuständigen Integrationsamtes statt, woraufhin Verbesserungen in der behindertengerechten Ausstattung erfolgten. Für eine gehörlose Mitarbeiterin wurde in Zusammenarbeit mit dem Integrationsfachdienst ein Meldesystem angeschafft, mit dem sie sich im Falle des Steckenbleibens im Aufzug verständigen kann. Weitere Einzelmaßnahmen werden im Jahr 2014 verwirklicht.

Teilnahme an Auswahlverfahren und Prüfungen

Die Schwerbehindertenvertretung hat auch im vergangenen Jahr wieder an zahlreichen Personalauswahlverfahren, sowohl von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch von Studierenden teilgenommen. Neu hinzugekommen ist die Teilnahme an der Auswahl der Studierenden für den neuen Fernstudiengang *Verwaltungsmanagement*. Ebenso war die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen während der mündlichen



Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen, Wilhelm Bories.

Prüfungen im Rahmen der Laufbahnprüfung des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung anwesend und freut sich über den erfolgreichen Abschluss zweier schwerbehinderter Studierender. Ebenso erfreulich ist auch die Tatsache, dass sich im Auswahlverfahren für die neuen Auszubildenden zwei junge Menschen mit Schwerbehinderung durchsetzen konnten.

Kunsausstellung „Was ist schon normal? – Alltägliches und unAlltägliches“

„Was ist schon normal? - Alltägliches und unAlltägliches“, unter diesem Titel war im Oktober 2013 eine besondere Kunsausstellung am Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes zu besichtigen.

In Kooperation mit der WMB - Wohnen für Menschen mit Behinderung gGmbH wurden Zeichnungen und Malereien von geistig behinderten Erwachsenen gezeigt.

Die Künstlerinnen und Künstler gehören der Kunstgruppe des Wohnhauses Hoffnungsthal der WMB in Rösrath an. Diese Kunstgruppe besteht seit 2003 in wechselnder Zusammensetzung.

Gezeigt wurde eine Farb- und Formenwelt der Künstlerinnen und Künstler, die einerseits gegenständlich und andererseits abstrakt ist. Neben zahlreichen ungegenständlichen Werken wurden also auch Bilder präsentiert, die sich mit konkreten Themen der Lebenswirklichkeit und des Alltags der Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnhauses Hoffnungsthal auseinandersetzen.



Eröffnung der Kunsausstellung durch Präsident Bänders.

FH Bund Alumni e. V. Gastbeitrag des Vorsitzenden



Das Jahr 2013 stand auch für den FH Bund Alumni e. V. unter dem Stern der Weiterentwicklung.

Bereits Ende 2012 trat die FH Bund an den Verein mit dem Vorschlag heran, den Initiativkreis in die Vereinsstrukturen zu übernehmen und ihn damit hinreichender zu würdigen, als es bisher der Fall war.

Daraufhin befassten sich Vorstand und Mitgliederversammlung intensiv mit dieser Fragestellung. Die 5. Mitgliederversammlung beauftragte den Vorstand Verhandlungen mit der FH Bund aufzunehmen, an deren Ende eine Kooperationsvereinbarung stehen sollte.



Herr Winter und Präsident Bönders während der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung (v.l.).

Die Vernetzung von Alumni und Studierenden ist ein Ziel des Vereins. Die Gründung einer Abteilung „Initiativkreis“ innerhalb des FH Bund Alumni e.V. kann erheblich dazu beitragen, den Kontakt zwischen den Absolventinnen und Absolventen und den Studierenden sowie Beschäftigten zu intensivieren.

Die Verhandlungen führten schnell zu einem Erfolg, sodass die Kooperationsvereinbarung zwischen Verein

und FH Bund am 31. Januar 2013 von dem Vorsitzenden des FH Bund Alumni e. V., Steve Winter, und Präsident Bönders unterzeichnet werden konnte.

Ziel der Kooperationsvereinbarung ist die Zusammenarbeit zwischen Verein und FH Bund bei Veranstaltungen des Initiativkreises.

Nachdem die Kooperationsvereinbarung mit der FH Bund besiegelt war, konnte der Initiativkreis als Abteilung in den Verein integriert werden. Hierzu wurde mit den beiden bisherigen und zukünftigen Vertreterinnen des Initiativkreises, Angelika von Dewitz und Marina Landsch eine Geschäftsordnung vereinbart. Gleichzeitig begrüßte der Vorsitzende Steve Winter die beiden als neue Mitglieder des Vereins und besiegelte damit die zukünftige Zusammenarbeit.

Darüber hinaus wurde 2013 die Liste der Mentoren des Vereins aktualisiert und den Studierenden zur Verfügung gestellt.

Das Mentorenprogramm ist ein spezielles Betreuungs- und Beratungsprogramm für die Studierenden der FH Bund. Dieses Programm wurde 2008 von dem FH Bund Alumni e. V. initiiert und hat das Ziel, die Studierenden bei Fragen und Problemen zu unterstützen. In den vergangenen Jahren wendeten sich einige Studierende mit verschiedenen Fragen an das Mentorenprogramm.

Im Jahr 2013 fanden zudem zwei Berliner Stammtischtreffen statt. Das Berliner Stammtischtreffen findet bereits im vierten Jahr statt. Der Austausch über das Studium an der FH Bund oder den beruflichen Alltag in den unterschiedlichsten Behörden steht im Vordergrund dieses Treffens. Herzlich eingeladen sind nicht nur die Vereinsmitglieder,



Steve Winter begrüßt Marina Landsch und Angelika von Dewitz.

sondern alle Ehemaligen der FH Bund sowie Studierende, die vielleicht gerade ein Praktikum in Berlin absolvieren.

Mit dem Wechsel im Amt der Fachbereichsleitung des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung gab es auch einen Wechsel im Vorstand des FH Bund Alumni e. V.. Gemäß § 9 II der Satzung des FH Bund Alumni e. V. ist die Leitung des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung geborenes Mitglied im Vorstand des Vereins. Als neues Mitglied im Vorstand konnte im September 2013 Frau Dr. Yvonne Dorf begrüßt werden.

Der Verein möchte zukünftig den Kontakt zu den Studierenden der FH Bund noch weiter intensivieren. Der Alumni-Verein lebt durch seine Mitglieder. Seine Ziele lassen sich nur mit ihrer Unterstützung verwirklichen. Der FH Bund Alumni e. V. freut sich daher auf ein immer größer werdendes Netzwerk und auf ein Wiedersehen bei einer der Veranstaltungen des Vereins.

Initiativkreis

Immer wieder Karneval - dies dient der nationalen Verständigung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Karnevalsfeier an der FH Bund kommen aus allen deutschen Bundesländern und kostümieren sich, wie man sieht, gern.

Nach dem Karneval folgt die Passionszeit, in der eine Passionsandacht mit Chormusik und einer Filmpredigt gestaltet wurde. Die Andacht über den Hauptmann von Köpenick, „wovor haben sie Angst?“, wurde von Dr. Lars Esterhaus gehalten.

Ebenso eine schöne Tradition ist die kleine Kunstausstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von FH Bund und BAKöV sowie der Studierenden des Hauses. Zur diesjährigen Ausstellung im März 2013 stellten die Kollegen Alexander Glass, Prof. a. D. Nikolaus Jaworsky, Dr. Andreas Lamers und Wolfgang Diwisch von der BAKöV ihre Kunst aus.

Eröffnet wurde die Kunstausstattung durch die Studierendenband „Cherry Pie“.





Chor des Initiativkreises



Dr. Lars Esterhaus während seiner Predigt.

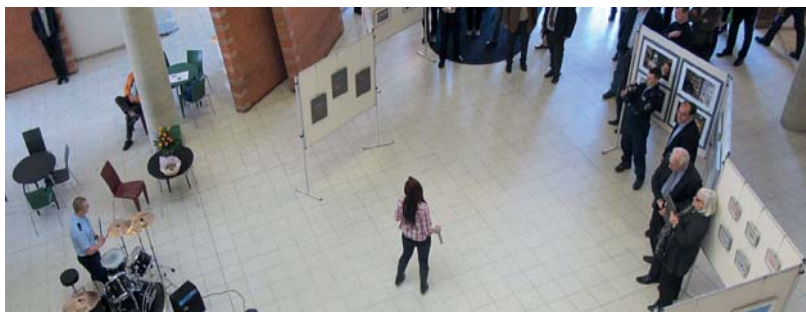
In den Monaten Januar, April, Juli, Oktober und Dezember fanden natürlich auch die traditionellen großen Feten statt.

Auch wie in jedem Jahr, wurden zahlreiche Domführungen und „Kölscher Klüngel“ - Touren angeboten und genutzt.

Im Oktober wurde zum 2. Mal das Oktoberfest gefeiert und wie sie sehen auch in passender Kleidung.

Im Jahr 2013 fand auch wieder ein Tanzkurs statt, der im November mit einem schönen Abschlussball mit Tanzturnier endete.

Herr Diwisch, Herr Dr. Lamers
 und Prof. a. D. Jaworsky (v.l.)



Eröffnung der Kunstausstellung im März 2013



Die Sieger des Tanzturniers – Franziska Sturm und Kai Neuber.



Miss Dirndl 2013

Am Jahresende fand die Weihnachtsfeier der FH Bund und der BaköV im Audimax statt. Der Chor rundete diese gemütliche Veranstaltung begleitet von einer Studierendenband ab. Höhepunkt der Weihnachtsfeier war die traditionelle Tombola, bei der Erlöse von 700,00 EUR zusammenkamen. Diese werden dem Hospizverein Brühl und dem Übergangwohnheim in der Nachbarschaft des Zentralbereichs in Brühl übergeben.

Der langjährige Tanzlehrer Michael Esser mit Partnerin Stefanie Drensek.



Aus den Fachbereichen



Diplomierung des Studienjahrgangs 10-2, Präsident Bönders überreicht die Diplomierungsurkunden.

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Leitung:	Ltd. RD'in Dr. Yvonne Dorf
Sitz / Standorte:	Brühl
Studiengang:	Verwaltungsmanagement
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(-in) (FH)
Studierendenzahl:	257
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	85
Hauptamtlich Lehrende:	7

Erfolgreiches Ende eines dreijährigen Studiums

Im Jahr 2013 haben insgesamt 75 Studierende das Studium Verwaltungsmanagement erfolgreich gemeistert.

Am 28. März 2013 und 30. September 2013 verlieh die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im Rahmen eines Festakts den Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs „Verwaltungsmanage-

ment“ den akademischen Grad Diplom-Verwaltungswirtin (FH) bzw. Diplom-Verwaltungswirt (FH). Gleichzeitig wurde ihnen die Befähigung zur Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes zuerkannt.

Der Präsident der FH Bund, Thomas Bönders, überreichte den Diplomandinnen und Diplomanden ihre Urkunden und gratulierte ihnen zur bestandenen Laufbahnprüfung. Mit durchschnittlich 11,2 (März 2013) bzw. 11 Rangpunkten (September 2013) erzielten die Studierenden „gute“ Ergebnisse.

Im März 2013 würdigte Oberregierungsrat Dr. Alexander Block, Dozent am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung (AIV), die Leistungen der Absolventinnen und Absolventen mit einem Festvortrag zum „Whistleblowing“. Der damalige Leiter des Fachbereichs, Leitender Regierungsdirektor Dr. Wolfgang Harmgardt, überbrachte die Glückwünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs und dankte in seiner Begrüßungsrede den Praktikumsbehörden für ihr Engagement und dem Bundesministerium des Innern für die sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit.

In ihrer Begrüßungsrede im September 2013 gratulierte die neue Fachbereichsleiterin, Leitende Regierungsdirektorin Frau Dr. Yvonne Dorf, den Absolventinnen und Absolventen zu ihrer bestandenen Laufbahnprüfung. Sie würdigte insbesondere die überzeugende Praxisrelevanz der vorgelegten Diplomarbeiten und dankte allen Beteiligten, die das gute Ergebnis möglich gemacht haben.

In ihrer Festansprache hob Prof.in Dr. Elke Driller, hauptamtlich Lehrende am Fachbereich AIV, die große Bedeutung des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der öffentlichen Verwaltung hervor.

Am 2. April 2013 sowie am 1. Oktober 2013 begann für die frisch gekürten Beamtinnen und Beamten der herausfordernde Berufsalltag. Ihr Dienstantritt erfolgte u. a. im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, im Bundespräsidialamt, im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, im Deutschen Patent- und Markenamt und im Bundesamt für Verfassungsschutz.

Musiker der Kunst- und Musikschule der Stadt Brühl verliehen der Veranstaltung am 28. März 2013 mit Kompositionen für Trompete und Klavier von Johann Nepomuk Hummel, Eugène Bozza, Thomas Albioni, Wolfgang Amadeus Mozart und Georg Philipp Telemann einen festlichen Rahmen.

Am 30. September 2013 wurde die Feier von Frau Lisa Schmidt und Herrn Johannes Schmidt mit Kompositionen von Georg Friedrich Händel, Johannes Nitsch und Fritz Kreisler musikalisch festlich umrahmt.



Lisa Schmidt



Ltd. RD'in Dr. Yvonne Dorf während ihrer Begrüßung.

Studienjahrgang 13-1



Studienjahrgang 13-2

Willkommen an der Fachhochschule

Am 2. April 2013 und 1. Oktober 2013 nahmen insgesamt 85 Studierende, unter ihnen neun Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamte, ihr Studium im Studiengang Verwaltungsmanagement am Fachbereich AIV auf.

In feierlichen Festakten wurden die Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber zu Beamtinnen und Beamten auf Widerruf ernannt und traten in ein Beschäftigungsverhältnis mit der Fachhochschule des Bundes ein. Die Studierenden setzten sich erfolgreich in einem mehrstufigen Auswahlverfahren mit über 1.600 Bewerberinnen und Bewerbern durch.

In ihrer Begrüßung ging die Fachbereichsleitung auf die Studienbedingungen auf dem Campus der FH Bund in Brühl ein. Sie betonte die im Vergleich zu anderen Hochschulen herausragenden Studienbedingungen wie z. B. eine intensive Lernatmosphäre in kleinen Kursen. Außerdem erläuterte sie exemplarisch die mit dem Beamtenstatus erworbenen Rechte und Pflichten der Studierenden. In dem modularisierten Studiengang Verwaltungsmanagement werden die Studierenden in einem breiten Spektrum auf die sich ständig ändernden Anforderungen in der Berufspraxis vorbereitet. Fachtheo-

retische Studienzeiten (insgesamt 24 Monate einschließlich Diplomarbeit) und berufspraktische Studienzeiten, verteilt auf zwei Praktikumssemester, wechseln hierbei einander ab.

In einer jeweils einwöchigen Einweisungsveranstaltung lernten die Studienanfängerinnen und Studienanfänger die FH Bund und ihren Aufbau ausführlicher kennen. Sie beschäftigten sich nicht nur mit der Modulstruktur des Studiengangs, sondern konnten sich auch eingehend mit den Nutzungsmöglichkeiten der Bibliothek vertraut machen. Verschiedene Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs boten den Studienanfängerinnen und Studienanfängern einen Einblick in den Studienverlauf und einen Ausblick auf die Zeit nach dem Studium.

Praktikum

Neben den obligatorischen Inlandspraktika, die Studierende in einer Bundesbehörde absolvieren, bietet der Fachbereich AIV besonders leistungsstarken Studierenden seit dem Sommersemester 2011 ein Auslandspraktikum (mit bis zu dreimonatiger Dauer) an. Im Jahr 2013 konnten insgesamt 9 Studierende ein solches Auslandspraktikum in folgenden Institutionen absolvieren:

- Deutsches Historisches Institut in London
- Deutsches Historisches Institut in Paris
- Deutsches Forum für Kunstgeschichte in Paris
- Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU in Brüssel
- Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU in Brüssel

Zukünftig werden Auslandspraktika auch im

- Deutschen Historischen Institut in Warschau und im
- Deutschen Historischen Institut in Rom angeboten.

Berufsbegleitender Fernstudiengang Verwaltungsmanagement

Der Fachbereich entwickelte in 2013 den am 1. April 2014 startenden neuen berufsbegleitenden Fernstudiengang Verwaltungsmanagement. Die Dauer des Fernstudiums beträgt drei Jahre und führt nach erfolgreichem Studium zu dem Abschluss Diplom-Verwaltungswirtin (FH) oder Diplomverwaltungswirt (FH) und zur Laufbahnbefähigung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes.

Eine Besonderheit des Fernstudiengangs besteht darin, dass neben Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes auch vergleichbare Tarifbeschäftigte daran teilnehmen können. Dadurch soll insbesondere den Auswirkungen der demografischen Entwicklungen langfristig entgegengewirkt werden. Zudem kann mit dem berufsbegleitenden Fernstudium eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden.

Das modularisierte Studium ist in vier Studienabschnitte à neun Monate gegliedert und besteht aus Phasen des Selbststudiums, aus berufspraktischen Studienzeiten und sog. Präsenzphasen. Für die Lern- und Präsenzzeiten werden die Studierenden in Höhe von ca. 48 % ihrer Arbeitszeit freigestellt.

Bereits die Bedarfsabfrage Anfang des Jahres 2013 hat gezeigt, dass für den neuen Fernstudiengang seitens der

Bundesbehörden eine große Nachfrage besteht. Die von den Behörden benannten 203 Aufstiegsbewerberinnen und Aufstiegsbewerber haben im Zeitraum von September bis November 2013 am Auswahlverfahren für den Fernstudiengang teilgenommen. Die Zulassung der 40 erfolgreichsten Kandidatinnen und Kandidaten zum Studium am 1. April 2014 erfolgt durch die jeweiligen Bundesbehörden.

Der berufsbegleitende Fernstudiengang Verwaltungsmanagement wird jedes Jahr zum 1. April am Fachbereich AIV angeboten. Die Präsenzphasen werden sowohl in Brühl als auch in Berlin stattfinden.

Bewerbungskampagne 2013

Messen und Informationsveranstaltungen

Der Fachbereich hat auch im Jahr 2013 wieder große Anstrengungen unternommen, um potentielle Bewerberinnen und Bewerber für die Aufnahme eines Studiums am Fachbereich AIV zu interessieren.

Messestand auf der „Horizon“ in Erfurt



So präsentierte der Fachbereich sein Studienangebot gemeinsam mit dem für das Hochschulmarketing zuständigen Referat H am Zentralbereich auf der „Einstieg“ in Köln, einer der bundesweit größten Bildungsmessen. Ferner beteiligte sich der Fachbereich AIV wie in den Vorjahren auf der „Horizon – Messe für Studium und Ausbildung“ in Erfurt, Münster und Stuttgart mit einem Stand, an dem sich gezielt junge Leute mit Hochschul- oder Fachhochschulreife über den Studiengang „Verwaltungsmanagement“ beraten lassen konnten.

In zahlreichen berufskundlichen Informationsveranstaltungen an Schulen und Berufsinformationszentren der Arbeitsagentur im gesamten Bundesgebiet warb der Fachbereich ebenfalls um Nachwuchskräfte.

Die Bewerbungskampagne für die Besetzung der Studienplätze stand unter dem Motto „Studieren – Gestalten – Verändern“ und setzte wiederum einen Schwerpunkt auf die Gewinnung Studieninteressierter mit Migrationshintergrund. Hierbei wurden Gymnasien mit einer großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund gezielt durch ein Schulmailing angesprochen.

Darüber hinaus wurden die Stellenausschreibungen an alle Gymnasien und Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe in Deutschland versandt. Diese kostengünstige Marketingmaßnahme hat sich als sehr erfolgreich bewiesen.

Das Online-Bewerbungsverfahren sowie die gezielte Auswahl von Messebeteiligungen und Informationsveranstaltungen sorgten dafür, dass auch im Jahr 2013 die Gesamtbewerberzahl mit knapp 1.500 Bewerbungen nahezu gehalten werden konnte.

4. Fachbereichstag zum Studiengang „Verwaltungsmanagement“ an der FH Bund

Die Erfolge der vorangegangenen Fachbereichstage ermutigten den Fachbereich, am 13. September 2013 einen weiteren Fachbereichstag des Fachbereichs AIV an der FH Bund anzubieten. Eingeladen waren wieder Auszubildende und ehemalige Auszubildende in der Bundesverwaltung, die die Hochschulzugangsberechtigung besitzen, Bewerberinnen und Bewerber für ein Studium im Jahr 2014 sowie Schülerinnen und Schüler aus einem Umkreis bis zu 100 km. Darüber hinaus hatten auch aktuell Studierende die Möglichkeit, sich bei potentiellen Praktikums- und Einstellungsbehörden zu informieren.

Rund 300 junge Menschen, angereist aus ganz Deutschland, nutzten die Gelegenheit, sich ausführlich über Studienbedingungen und Studienmöglichkeiten zu informieren:

- Lehrende und ein Studierender des Fachbereichs stellen in „Schnuppervorlesungen“ ihre Studiengebiete anhand interessanter Fälle vor
- Fragen rund um das Bewerbungs- und Auswahlverfahren wurden in einer Veranstaltung ausführlich beantwortet



Besucherinnen und Besucher des Fachbereichstages

- Lehrende, Verwaltungsangehörige, Studierende und auch Absolventinnen und Absolventen beantworteten Fragen zum Studium, zu den Praktika und zum Leben auf dem Campus
- Praktikums- und Einstellungsbehörden (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bundesamt für Justiz, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesverwaltungsamt, Bundeskriminalamt, Deutsches Patent- und Markenamt, Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin) stellten sich vor und informierten über den Praktikumsverlauf, die Aufgaben ihrer Behörden und die späteren beruflichen Möglichkeiten.

Die „Schnuppervorlesungen“ waren so gut besucht, dass die Hörsäle fast aus allen „Nähten“ platzten. Insbesondere auch die Informationsveranstaltung zum Bewerbungsverfahren stieß auf großes Interesse. Am Informationsstand des Fachbereichs AIV nutzten die Interessentinnen und Interessenten vor allem auch das Angebot, mit Studierenden zu sprechen.

Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Leitung:	Vortragender Legationsrat Matthias Hansen
Sitz / Standorte:	Berlin
Studiengang:	gehobener Auswärtiger Dienst
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	96 (91 KSA, 5 Praxis-/VST-Aufsteiger)
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	43
Hauptamtlich Lehrende:	17

Die KSA 2010 wurden im August 2013 - nach ihrem Hauptstudium II, ihrer Lehrbesichtigungsfahrt nach Wien und ihrer von allen 39 im ersten Anlauf bestandenen Laufbahnprüfung zu Konsultssekretärinnen und Konsultssekretären ernannt und verabschiedet – die allermeisten von ihnen (80%) ins Ausland. Viele von ihnen haben gleich Verantwortung auf Posten mit schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen übernommen – stellvertretend für viele seien hier Lagos, Kinshasa oder Islamabad genannt.

Die KSA 2011 waren von Februar bis Oktober in ihrem Auslandspraktikum und wurden nach ihrer Rückkehr mit dem traditionellen gemeinsamen Abend von den Studierenden der anderen Jahrgänge, den Dozentinnen und Dozenten und der Ausbildungsleitung willkommen geheißen. Die Rückmeldungen zeigen, dass das Praktikum – wie in den Vorjahren – nicht nur von beiden Seiten als kollegialer Gewinn empfunden wurde, sondern dass auch die Vertiefung des Studienstoffs an den Botschaften und Konsulaten gut funktioniert. Inzwischen liegt auch die Diplomarbeit schon hinter den Kolleginnen und Kollegen, und sie sind mit dem Jahreswechsel auf die „Zielgerade“ ihrer Ausbildung eingebogen.

Die KSA 2012 und 2013 absolvierten im Jahr 2013 ihre Inlandssemester an der Akademie in Tegel, in der Zentrale des Auswärtigen Amts sowie am Fachbereich Rechtspflege der HWR Berlin. Besonders gefreut hat sich der Fachbereich über die Kombination aus den Ausbildungserfolgen der KSA und ihrem vorbildlichen extra-curricularen Engagement, sei es bei der Nachwuchsgewinnung auf Abiturientenmessen, beim Tag der offenen Tür oder auch im Kulturprogramm an der Akademie: An Auftritte wie an den hinreißend komischen Willkommens-Chor der 12er zur Vereidigungsfeier der 13er („Muss nur noch kurz das Amt retten...“) wird der Fachbereich bestimmt lange und gern zurückdenken, auch an ihr spektakuläres „Thriller“-Horror-Ballett zum Bunten Abend 2013, an dem man sich an der Akademie kurzzeitig von Tegel nach Transsylvanien versetzt wähen durfte.

Vereidigung der KSA 2013 durch den
Leiter der Zentralabteilung des Auswärtigen Amts, Dr. Hans Carl von Werthern.



Zu den Höhepunkten der Ausbildung zählten neben den Praktika an unseren Auslandsvertretungen wie in jedem Jahr die Lehrbesichtigungsfahrten. Die Reise der KSA 2012 zum Abschluss ihres Grundstudiums beinhaltete nicht nur Besuche bei den Vertretungen in Brüssel und den dort ansässigen EU-Institutionen, sondern auch einen Abschlusstag in Bonn mit Besuch der dort verbliebenen AA-Dienststelle sowie der im Bonner UN-Campus ansässigen Sekretariate der Vereinten Nationen. Die Abschlussfahrt der KSA 2010 im Juli führte nach Wien, zu den dortigen Vertretungen, zu den Vereinten Nationen und der OSZE.

Ende Oktober trafen die KSA 2012 mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des alljährlichen „Kanzlerseminars“ zusammen, den Verwaltungsleiterinnen und Verwaltungsleitern deutscher Auslandsvertretungen weltweit. Diese Gelegenheit zum abendlichen Austausch fand – wie in den Vorjahren - auf beiden Seiten großen Anklang und wurde wieder lange über das offizielle Ende der Veranstaltung hinaus fortgesetzt.

Jahrgang KSA 2012 am Vereidigungstag vor der Villa Borsig, Tegel.



Gleichzeitig freute sich der Dekan über die Möglichkeit, diesem angesehenen Forum erfahrener Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes, die in dem Auswärtigen Amt eine beträchtliche Multiplikatorwirkung haben, ein Briefing nebst reger Diskussion zur Nachwuchs- und Studienentwicklung am Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten geben zu können.

Im Verlauf des Jahres 2013 schloss – neben unseren KSA – auch der Praxisaufsteiger erfolgreich seinen zweijährigen Ausbildungszyklus ab. Für seine vier Lehrgangskolleginnen aus dem Angestelltenaufstieg („VST-Aufstieg“) steht im Frühjahr 2014 die Prüfung an. Sie alle haben im abgelaufenen Jahr den siebenmonatigen theoretischen Teil ihrer Ausbildung in Tegel und dann ihre Auslandspraktika in Warschau, Amsterdam, Manila, Kopenhagen und Stockholm absolviert. Die Arbeit mit dieser kleinen, hochmotivierten Gruppe dienst erfahrener Kolleginnen und Kollegen, die sich bewusst auch neben Rotation und Familie nochmal für den Aufbruch zu neuen Ufern entschieden haben, gefällt auch den Dozentinnen und Dozenten immer wieder sehr.

Im Jahr 2014 werden die KSA 2013 ihre erste Zwischenprüfung, ihr Inlandspraktikum und ihr Hauptstudium absolvieren, die KSA 2012 in ihr Auslandspraktikum gehen und ihre Diplomarbeit schreiben, und die KSA 2011 ihr Hauptstudium II und ihre Laufbahnprüfung ansteuern. Die Fachbereichsleitung freut sich gespannt darauf, sie auf diesem Weg zu begleiten, und wünscht ihnen schon jetzt alles Gute und viel Erfolg.

An den Werbemaßnahmen des Fachbereichs wirkten auch 2013 wieder zahlreiche KSA mit. Auf Abiturmessen in Karlsruhe, Frankfurt, Hamburg, Dortmund, München und Berlin sowie beim Tag der Offenen Tür im Auswärtigen Amt warben sie gemeinsam mit der Fachbereichsleitung um Nachwuchs. Generell wurde das Thema

„Nachwuchssicherung“ - am Fachbereich wie an der Akademie insgesamt - über die letzten zwei Jahre zu einem Arbeitsschwerpunkt entwickelt. So wurden gezielt Investitionen in das gesamte Spektrum der Nachwuchsgewinnung verdoppelt – in Gestalt neuer Messeauftritte sowie verstärkter Präsenz in Print- und elektronischen Medien.

Als Innovation soll in 2014 erstmals ein Französisch-Brückenkurs angeboten werden, um Bewerberinnen und Bewerber, die das Auswahlverfahren mit einer anderen Zweitsprache erfolgreich bestanden haben, eine gezielte Vorbereitung auf den obligatorischen Französisch-Grundlagentest zu ermöglichen. Damit soll vor allem die wachsende Zahl der Spanisch-Zweitsprachlerinnen und Spanisch-Zweitsprachler an den Gymnasien gezielter angesprochen werden, als bisher.

Im Rahmen der laufenden Studienentwicklung wurde unter anderem

- in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Dienst am Zentralbereich eine hochschuldidaktische Kombination aus wissenschaftlich-methodischem Kurzseminar, aktuellen Arbeitsmaterialien sowie Vorgesprächen mit Ausbildungsleitung und Dozentinnen und Dozenten erarbeitet, um die Studierenden gezielt auf die Diplomarbeitssituation vorzubereiten;
- gemeinsam mit dem psychologischen Dienst des Auswärtigen Amtes ein Coaching-Zyklus über die drei Studienjahre hinweg entwickelt, der den KSA angeboten wird, um – in Vorbereitung auf ihre spätere Verantwortung und die Spezifika des Dienstes – persönliche Erfahrungen während der verschiedenen Ausbildungsphasen, besonders aus In- und Auslandspraktikum, gezielt und gewinnbringend für ihre

- künftige Arbeit zu reflektieren;
- im Hinblick auf die wachsende Zahl derjenigen KSA, die gleich nach der Laufbahnprüfung auf Posten mit schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen entsandt werden, ein gemeinsames Krisen- und Sicherheitstraining kurz vor der ersten Auslandsvertretung in den Studienzyklus integriert.

Schließlich gab es zur langfristigen Studienentwicklung ein großes Thema, das den Fachbereich seit dem Sommer 2012 lange und intensiv beschäftigt hat: die Frage Bachelor vs. FH-Diplom. Eine Arbeitsgruppe des Fachbereichsrats hat sich über ein Jahr hin mit den Vor- und Nachteilen beider Studienformen befasst – übrigens mit engagierter und fachkundiger Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen vom Wissenschaftlichen Dienst sowie aus den beiden umgestellten Fachbereichen Kriminalpolizei und Sozialversicherung, denen an dieser Stelle ganz herzlich gedankt sei. Im Oktober 2013 hat sich der Fachbereichsrat nach sorgfältiger Abwägung dafür entscheiden, dem Auswärtigen Amt die Beibehaltung und Weiterentwicklung des FH-Diplomstudiengangs zu empfehlen, mit der Maßgabe einer Evaluation 2015. Zwar sieht der Fachbereichsrat eine „Bachelorisierung“ durchaus als realistische Option und hat – gerade aus den Gesprächen mit den genannten Kolleginnen und Kollegen – keine Zweifel an den Chancen, die das Bologna-System im Hinblick auf Qualitätssicherung und Stringenz des Studiums bietet. Er hat sich aber bewusst für den Versuch entschieden, diese Impulse im Rahmen einer neuen, ständigen AG „Studienentwicklung“ aufzunehmen und in den bestehenden Diplomstudiengang zu integrieren. Denn nach der am Ende einmütigen Einschätzung überwiegen – jedenfalls für den Moment – dessen Vorteile im Hinblick

auf Fachdidaktik und Studiensituation. Die Zentralabteilung des Auswärtigen Amts hat die Empfehlung des Fachbereichsrats inzwischen gebilligt. Aber ganz unabhängig von diesem Ergebnis: Es dürfte am Fachbereich kaum jemanden geben, der den vorausgegangenen Reflexionsprozess nicht als Gewinn betrachtet. Er hat den Fachbereich weitergebracht und ist hoffentlich eine gute Grundlage für die Entwicklung in den kommenden Jahren.



Vereidigung des 70. Studienjahrgangs

Fachbereich Bundespolizei

Leitung	Präsident Bernd Brämer
Sitz / Standorte:	Lübeck
Studiengang:	gehobener Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Durchschnittliche Studierendenzahl:	1.007
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	200
Hauptamtliche Lehrpersonal:	31

Zahlen zum Studium am Fachbereich Bundespolizei

Am Fachbereich Bundespolizei der Fachhochschule des Bundes studieren aktuell 986 Studierende in verschiedenen Studiengängen zum gehobenen Dienst (Stand: 31. Dezember 2013).

Im Einzelnen gliedert sich diese Gesamtzahl wie folgt:

3-jährige Studiengänge:

930 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon 314 Aufsteigerinnen und Aufsteiger aus dem mittleren Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei, deren Studium nur 26 Monate andauert gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 GBPolVDVDV, sowie 3 Stipendiaten aus Palästina.

2-jährige Ausbildungsgänge:

56 Aufsteigerinnen und Aufsteiger aus dem mittleren Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei.

An den 2 Laufbahnprüfungen sowie der Wiederholungsprüfung im Jahr 2013 nahmen in den verschiedenen Studiengängen insgesamt 289 Studierende erfolgreich teil und erwarben so die Laufbahnbefähigung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst.

Durch noch ausstehende erforderliche Nachhol- bzw. Wiederholungsprüfungen wird sich die Zahl der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen des 67. Studienjahrgangs im Verlauf des ersten Halbjahres 2014 voraussichtlich noch erhöhen.

Bei der **Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst** im Rahmen des **Masterstudiengangs** endete der Studienjahrgang 2011/2013 (28. RAL / 1. Gemeinsamer Ratlehrgang "GRAL") mit 4 Teilnehmern der BPOL am 26. August 2013 an der Deutschen Hochschule der Polizei. Die erfolgreichen Teilnehmer haben mittlerweile Führungsaufgaben in den Dienststellen der Bundespolizei übernommen.

Der Studienjahrgang 2012/2014 (29. RAL/ 2. GRAL) hat, wie sein Vorgängerlehrgang, als Studiengemeinschaft mit dem BKA am 1. Oktober 2012 mit -14 Teilnehmerinnen



13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer
des 3. GRAL (2013/2015)

und Teilnehmern begonnen. Der Lehrgang setzt sich aus 8 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Bundeskriminalamtes sowie 5 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bundespolizei zusammen und wird durch einen Stipendiaten aus Russland ergänzt. Seit Oktober 2013 befinden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im 2. Studienjahr an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

Der Studienjahrgang 2013/2015 (30. RAL/ 3. GRAL) befindet sich seit dem 1. Oktober 2013 mit 10 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der BPOL und 4 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des BKA im ersten Studienjahr an der FH Bund in Wiesbaden bzw. Lübeck.

Insgesamt hospitieren somit, mit einem Teilnehmer am 2. GRAL und drei beim 68. Studienjahrgang, vier ausländische Stipendiaten an Studiengängen am Fachbereich Bundespolizei.

Die Unterrichtung der Studierenden erfolgt derzeit durch 31 Dozentinnen und Dozenten, davon

- 9 Professorinnen und Professoren,
- 20 Fachhochschullehrer,
- 1 Lehrbeauftragter,



Studierende vor dem Holstentor in Lübeck



hinzu kommen

- 1 Fachlehrer (gehobener Dienst),
- 4 Studienbegleiter zgl. Fachlehrer,
- 16 zugeordnete Polizeitrainer.

Diese hielten im Berichtsjahr ca. 22.290 Lehrveranstaltungsstunden und bewerteten 2.739 Prüfungsklausuren sowie 299 Diplomarbeiten.

"Neues Jahr – neue Gesichter am Fachbereich Bundespolizei"

Anfang Januar 2013 reisten 413 Angehörige des 68. Studienjahrgangs nach 16 Monaten ihres Studiums erstmals zum Fachbereich Bundespolizei nach Lübeck an.

Der Fachbereichsleiter, Präsident Bernd Brämer, begrüßte den Studienjahrgang am 14. Januar 2013 zum Hauptstudienabschnitt I. Neben der offiziellen Vorstellung der Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs stimmte der Fachbereichsleiter die Zuhörerinnen und Zuhörer konkret auf die nun bevorstehenden anspruchsvollen Hauptstudienabschnitte ein. Dabei betonte er noch einmal besonders die Notwendigkeit intensiver selbstständiger Studienanstrengungen als wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluss des für den

Blick auf den 68. SJ bei der Begrüßung zum Hauptstudium I am 14. Januar 2013 in der Sporthalle der Liegenschaft Dr. Robert-Lehr in der Bundespolizeiakademie Lübeck.



Vorbereitungsdienst für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei neu eingeführten modularisierten Studiengangs.

Studierende des Fachbereichs zu Gast beim Neujahrsempfang des Landtagspräsidenten Klaus Schlie in Kiel

Auf Einladung des Schleswig-Holsteinischen Landtagspräsidenten Klaus Schlie nahm der Fachbereichsleiter, Präsident Bernd Brämer, mit sechs seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Studierenden des Fachbereichs Bundespolizei am 23. Januar 2013 am traditionellen Neujahrsempfang im Kieler Maritim Hotel "Bellevue" teil.

Bei dieser Veranstaltung, an der insgesamt 280 Angehörige der Bundeswehr, der Landes- und Bundespolizei, des Bundesfreiwilligendienstes und der Katastrophenschutzeinheiten teilnahmen, machte Landtagspräsident Klaus Schlie in seiner Rede einmal mehr deutlich, welchen besonderen Stellenwert er den von diesem Personenkreis geleisteten Diensten an unserer Gesellschaft zumisst und bedankte sich ausdrücklich dafür. Zugleich wünschte er sich mehr Anerkennung in der Öffentlichkeit für die Helferinnen und Helfer. Nachdenklich stimme ihn auch die besorgniserregende Entwicklung der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein und dass allzu viele Mitbürgerinnen und Mitbürger es mitt-



Eindrücke vom Neujahrsempfang aus dem Maritim-Hotel "Bellevue"

lerweile als „Berufsrisiko“ abtäten, wenn Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten oder Angehörige von Zoll und Feuerwehren im Dienst verletzt würden. „Diese Gleichgültigkeit und diese Kultur des Wegschauens muss unsere Gesellschaft überwinden“, sagte Klaus Schlie. „Denn gerade in schwierigen Zeiten braucht unser Land Menschen, die nicht nur an sich denken.“

Dozenten des Fachbereichs BPOL in den "Lübecker Nachrichten"

Die Lübecker Nachrichten (LN), eine der größten Tageszeitungen Schleswig Holsteins, stellt auf ihrer "Hochschulseite" im Verlauf des Jahres Dozentinnen und Dozenten Lübecker Hochschulen mit ihren jeweiligen Fachgebieten vor. In dieser Publikationsreihe war die Fachhochschule des Bundes im zurückliegenden Jahr mit zwei Dozenten des Fachbereichs Bundespolizei vertreten.

So berichtete die LN zunächst über die Arbeit von Herrn Polizeioberstabsrat Jürgen Kepura, M.A. Er lehrt Kriminalistik und Kriminologie am Fachbereich Bundespolizei. Während seiner mehrjährigen praktischen Tätigkeit in Ermittlungsdiensten der Bundespolizei entwickelte er eine ausgeprägte persönliche Affinität zur Kriminalistik. Berufsbegleitend studierte Jürgen Kepura in dieser Zeit Erziehungs-, Politik- und Rechtswissenschaft.



POR Christian Poppendieck mit Studierenden



POR Jürgen Kepura

Nach Leitung einer Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung reizte es ihn, seine Praxiskenntnisse wissenschaftlich zu reflektieren und seine Erfahrungen in der Ausbildung an Studierende weiterzugeben. „Ich möchte den Studierenden die Beweisführungsphilosophie vermitteln“, wurde Herr Kepura von der LN zitiert, „ihren Entdeckergeist anregen, die Sensibilität für Tatorte vermitteln.“ „Wir sind die Sammler unter den Jägern“, stellte er weiterhin fest und verdeutlichte damit, dass die Arbeit des Kriminalisten in der Bundespolizei überwiegend am Schreibtisch stattfindet. Rund 3.000 Bundespolizisten sind täglich rein kriminalistisch tätig und bearbeiteten im letzten Jahr rund 312.000 Straftaten.

Auch die Arbeit von Herrn Polizeioberrat Christian Poppendieck, Dozent im Fach Einsatzlehre, wurde in den Lübecker Nachrichten vorgestellt. Nachdem er 1993 zum Polizeikommissar ernannt wurde, entwickelte er sich in den folgenden Jahren zum Experten für Luftsicherheitsfragen „...denn 1998 wurde ich zum Flughafen München versetzt, der mit knapp 40 Millionen Passagieren im Jahr zu den größten in Deutschland gehört“, führte er im Interview der LN aus. Die Kernaufgaben für die Bundespolizei liegen dort in der Durchführung von Grenzkontrollen und der Gewährleistung der Luftsicherheit. „Vor allem das Auffinden von herrenlosem Gepäck schafft immer wieder Situationen, deren Beherrschung nicht einfach ist“, erläuterte er. Deshalb sei es wichtig, mit der Zeit „ein Gefühl für den Moment“ auszubilden - „geht von dem nicht zuzuordnenden Gegenstand zum Beispiel eine unmittelbare Gefahr aus, oder nicht? Welche Maßnahmen müssen sofort eingeleitet werden?“ Fünf Jahre lang hatte Christian Poppendieck sein umfangreiches Praxiswissen als Dozent an die angehenden Polizeikommissare weitergegeben. Seit Januar 2013 verrichtet er nun seinen Dienst im Bundespolizeipräsidium in Potsdam.



Präsentation des Fachbereichs



Der Fachbereich Bundespolizei beim gemeinsamen Jahresempfang der norddeutschen Bundespolizeibehörden

Beim gemeinsamen Jahresempfang der Bundespolizei in Norddeutschland am 7. Februar 2013 in Lübeck begrüßte Präsident Bernd Brämer im Namen der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, der Bundespolizei-Fliegerstaffel Fuhlendorf, der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg, der Bundespolizeiakademie und dem Fachbereich Bundespolizei die anwesenden Gäste. Der Einladung waren rund 470 Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft, des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens, von benachbarten Behörden und Institutionen sowie zahlreiche in- und ausländische Partner gefolgt. Dabei präsentierte sich auch der Fachbereich Bundespolizei mit seinen aktuellen Studiengängen.

DKMS-Aufruf - 135 neue potentielle Stammzellenspender typisiert!

Alle 45 Minuten wird für einen Patienten in Deutschland die Diagnose „Leukämie“ gestellt. Trotz der derzeit 2,8 Millionen in der deutschen Knochenmarkspenderdatei (DKMS) erfassten Personen bleibt die Suche nach einer passenden Spenderin oder einem passenden Spender für jeden fünften Patienten erfolglos.

Besondere Gäste zusammen mit den vier Gastgebern waren u.a. der Vizepräsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Franz Palm (1. v.l.); Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Torsten Albig (4. v.l.); der damalige Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Klaus-Dieter Fritsche (6. v.l.); der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Andreas Breitner (7. v.l.); der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Klaus Schlie (8. v.l.); der damalige Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Uwe Schünemann (9. v.l.); Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck, Kirsten Fehrs (10. v.l.); der ehem. Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Björn Engholm (11. v.l.); der Senator für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg, Michael Neumann (12. v.l.).

Im Kampf gegen Leukämie zeigte der Fachbereich Bundespolizei der Fachhochschule des Bundes Anfang März 2013 Flagge. Bei einer an der Bundespolizeiakademie in Lübeck durchgeführten Typisierung nahmen insgesamt 135 Kolleginnen und Kollegen - überwiegend Studierende des Fachbereichs - teil und ließen sich anschließend beim Polizeiarztlichen Dienst als potentielle Stammzellenspenderrinnen und Stammzellenspender registrieren. Die Deutsche Knochenmarkspenderdatei bedankte sich mit der Aushändigung einer Urkunde für bis dahin insgesamt 473 Typisierungen im Gesamtbereich der Bundespolizeiakademie bei Herrn Präsident Brämer.

Ein Vertreter der DKMS und eine Spenderin bei einem der Vorträge über die Möglichkeiten der Knochenmarkspende vor Studierenden des 68. Studienjahrgangs und Angehörigen des Fachbereichs.



Urkunde für den Fachbereich



Studierende des 68. SJ und Angehörige des Fachbereichs



Auch der Präsident des Bundespolizeipräsidiums Dr. Dieter Romann, der die besondere Kooperation mit der Deutschen Knochenmarkspenderdatei initiiert hatte, würdigte die Ergebnisse: "Jeder von uns kann einen kleinen Beitrag im Kampf gegen Leukämie leisten. Wir alle können Leben retten."

Der Bundespräsident - ein Mann zum „Anfassen“

Aus Anlass des Antrittsbesuchs des Bundespräsidenten, Joachim Gauck, in Schleswig-Holstein richteten am 22. März 2013 der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein einen gemeinsamen Empfang in der Reithalle des Schlosses Gottorf in Schleswig aus.

Eingeladen waren rund 150 Gäste. Neben dem Präsidenten der Bundespolizeiakademie und Leiter des Fachbereichs Bundespolizei der Fachhochschule des Bundes, Bernd Brämer, welcher mit Studierenden des 68. SJ teilnahm, fanden sich unter den Gästen auch Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Kirche, der Bundeswehr, der Bundes- und Landespolizei, Hilfsorganisationen, Richter, und viele Ehrenamtler. Bundespräsident Joachim Gauck hob in seiner Eröffnungsrede u.a. hervor, dass ihm die Begegnung und das Gespräch mit den vielen Menschen, die sich für unser Land engagieren, besonders am Herzen lägen. Seine Rede schloss er mit den Worten: „Ich bin hier zum Angucken, Anfassen und zum Anstoßen,

Als Vertreter des FB BPOL waren der Fachbereichsleiter Präsident Brämer (1. v. r.), Prof. Dr. Huzel (3. v. l.), POM Baumgartner (3. v. r.), PKA'in Kunst (4. v. r.) sowie POM Voigt (2. v. l.) vom 68. Studienjahrgang anwesend.



also los.“ Seinen Worten ließ er dann auch gleich Taten folgen und jeder, der wollte, konnte mit ihm plauschen und anstoßen.

In diesem Sinne war der Bundespräsident dann auch gern bereit, sich einem Gruppenfoto mit Präsident Brämer und den mitgeladenen Angehörigen der Bundespolizei zu stellen. Hier gab es für jeden die Gelegenheit, das eine oder andere Wort mit dem Bundespräsidenten zu wechseln und ihm die Hand zu schütteln.

Für alle Beteiligten stand fest, dass dies ein toller Abend war und man den Bundespräsidenten mit Sicherheit in absehbarer Zeit wohl persönlich nicht wieder so hautnah erleben werde.

Grenzüberschreitender Fahndungserfolg während der „Praktischen Verwendung“

Während der "Praktischen Verwendungen" als Kontroll- und Streifenbeamte im Bereich der bahn- und grenzpolizeilichen Aufgaben sowie im Aufgabenfeld der Luftsicherheit erhalten die Studierenden im Rahmen des modularisierten Studiengangs die Gelegenheit, bislang erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten im polizeilichen Dienstalltag anzuwenden und zu vertiefen.

Dabei ergibt sich für die Studierenden häufig auch in besonderen Einzelfällen die Gelegenheit, ihre bereits gefestigte Praxisfähigkeit nachzuweisen.

So gelang es Frau PKA'in Bredewald, mittlerweile erfolgreiche Absolventin des 67. Studienjahrgangs, am 5. April 2013 als Angehörige einer Streifenwagenbesatzung der Bundespolizeiinspektion Kleve, zusammen mit ihrem Praktikums-

betreuer, EPHK Geurtz, einen flüchtigen Straftäter aus dem Drogenmilieu zu stellen und festzunehmen.

Vorausgegangen war ein Fahndungsunterstützungsersuchen der niederländischen Nationale Politie Limburg nach dem Fahrer eines deutschen PKW, welcher bereits im Vorfeld längerfristig observiert worden war und der sich bei einem Anhalteversuch auf niederländischem Hoheitsgebiet der Kontrolle durch Flucht entzogen hatte. Es konnte dort lediglich der Beifahrer festgenommen und 100 Gramm Kokain sichergestellt werden.

In solchen besonderen Einzelfällen erbringen die Studierenden immer wieder den Nachweis, dass sie während der Studienzzeit gut auf die Anforderungen der polizeilichen Praxis vorbereitet werden und sich, nach erfolgreicher Laufbahnprüfung, mit dem entsprechenden Selbstvertrauen ihren polizeilichen Aufgaben als Polizeikommissarinnen und Polizeikommissare in den Dienststellen der Bundespolizei stellen können.

PKA'in Bredewald (67. SJ) und EPHK
Thomas Geurtz (Dienstgruppenleiter
der DG 4 der BPOLI Kleve)



Palästinensische Studierende
bei der Prüfung



ORR'in Mehrings und
Studierende des 68.
Studienjahrgangs bei
der Prüfung



Prof. Dr. Möllers bei der Prüfung des Moduls 11



Neue Modulprüfungen am Fachbereich

Für jedes der 20 Einzelmodule des neu eingeführten Studiengangs für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei ist eine gesonderte Modul- bzw. Modulabschlussprüfung vorgesehen.

Im Zusammenhang mit veränderten Schwerpunkten im Zielbild des Studiums und in den Studieninhalten finden nun Einzelprüfungen statt, die es in dieser Form früher nicht gab.

So fand beispielsweise am 17. und 18. April 2013 für 412 Studierende des 68. Studienjahrgangs die Modulprüfung 11 statt. Dabei wurde jede der 138 Prüfgruppen von jeweils einem hauptamtlich Lehrenden des Fachbereichs Bundespolizei nach Vorgabe des Modulhandbuchs im Rahmen eines 30-minütigen mündlichen Leistungsnachweises geprüft. Auch die derzeit am Fachbereich hospitiierenden palästinensischen Kollegen stellten sich dieser Herausforderung.

Die nunmehr im Rahmen einer Modulabschlussprüfung 20 nachzuweisende körperliche Leistungsfähigkeit wurde im Zeitraum vom 17. Juni 2013 bis 8. Juli 2013 erstmals für den 67. Studienjahrgang durchgeführt.



Dabei mussten die Studierenden ihre Fähigkeiten bei der Sprint- und Ausdauerfähigkeit abschließend unter Beweis stellen.

Die Bewertung erfolgte durch jeweils zwei Prüfende je Studierender oder Studierendem. Gegenstand, Verlauf und Ergebnis der praktischen Leistungsabnahmen der Prüfung wurden protokolliert und zur Prüfungsakte genommen.

Im Endergebnis konnten sich die Studierenden, bis auf eine Ausnahme, über das Bestehen dieser Prüfung freuen.

Studierende des Fachbereichs bei Ausstellungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Am 15. Mai 2013 eröffnete die Ausstellung "**Die missbrauchte Religion - Islamisten in Deutschland**", die bis zum 23. Mai 2013 in der Bundespolizeiakademie aufgebaut und auch öffentlich zugänglich war. Der Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Bernd Eulenesch, führte nach der Eröffnung, an der auch der damalige Erste Stellvertretende Stadtpräsident der Hansestadt Lübeck, Peter Sünnewold, teilnahm und die vom NDR medial begleitet wurde, in die Ausstellung ein.



Die Studierenden des Fachbereichs hatten im Anschluss an die Eröffnung die Möglichkeit als erste die Ausstellung zu besichtigen.

Die erste Führung durch die Ausstellung, die vom 13. bis 21. Juni 2013 für interessierte Bürgerinnen und Bürger geöffnet war, fand erneut mit den Studierenden des Fachbereichs statt.

Diese Wanderausstellung des BfV verfolgte das Ziel sachlich, differenziert und anschaulich über das Thema "Islamismus in Deutschland" aufzuklären und Möglichkeiten des Verfassungsschutzes den Gefahren des Islamismus entgegenzuwirken, aufzuzeigen und Strategien zur Abwehr darzustellen.

„Es betrifft Dich! Demokratie schützen – Gegen Extremismus in Deutschland“ war der Titel einer weiteren Ausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) bei der Bundespolizeiakademie in Lübeck, die die Besucherinnen und Besucher umfassend über die Gefahren aller Extremismusformen in der Bundesrepublik Deutschland aufklärte.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten und Fachbereichsleiter Bernd Brämer und einem Grußwort des damaligen Ersten Stellvertretenden Stadtpräsidenten der Hansestadt Lübeck, Peter Sünnewold, eröffnete der damalige Direktor beim BfV, Thomas Haldenwang, die Ausstellung, erläuterte den Gästen die Aufgaben des BfV und ging auf die Bedeutung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden ein.

Beide Veranstaltungen des BfV boten den Studierenden eine eindrucksvolle Gelegenheit, die in den Lehrveranstaltungen vermittelten Studieninhalte anschaulich zu vertiefen.



Torsten Albig im Gespräch mit
Präsident Brämer.

Besuch des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Torsten Albig beim Fachbereich Bundespolizei

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig besuchte am 8. Juli 2013 bei strahlendem Sonnenschein die Bundespolizeiakademie sowie den Fachbereich Bundespolizei der Fachhochschule des Bundes. Nachdem Herr Albig bereits im Februar beim Jahresempfang zu Gast in Lübeck war, nutzte er diesen Besuch, um



sich vor Ort über die genauen Aufgaben und die praktische Durchführung der Aus- und Fortbildung in der Bundespolizeiakademie und am Fachbereich BPOL zu informieren.

Bei einem Rundgang mit dem Fachbereichsleiter durch die Liegenschaft konnte sich der Ministerpräsident auch über die Leistungsfähigkeit junger Studierender sein eigenes Bild machen. Auf dem Sportplatz fanden die Leistungsabnahmen im Rahmen der Modulabschlussprüfung 20 im Sprint statt. Im Weiteren erläuterte ihm Polizeioberkommissar Torsten Meyer als Fachkoordinator für das Polizeitraining am Fachbereich BPOL die Zielsetzungen dieses Studienfachs sowie die Schwerpunkte der einzelnen demonstrierten Trainingssituationen. Herr Albig zeigte sich dabei sichtlich beeindruckt über die dabei von den Studierenden des 67. Studienjahrgangs gezeigten polizeipraktischen Fertigkeiten.

Studierende des 67. Studienjahrgangs beim Drachenbootrennen in Hamburg



Die Mannschaft des 67. Studienjahrgangs nach der Siegerehrung.

Am Wochenende 10. und 11. August 2013 fand in Hamburg das 10. Internationale Drachenbootfestival unter dem Motto „Enter the Dragon“ statt.

Studierende des 67. Studienjahrgangs nahmen neben vierzig anderen Mannschaften an diesem Event teil. Nach nur dreimaligem Training ging es für das Team "GOLDEN EAGLE" am Samstag und Sonntag nach Hamburg an die Binnen-

alster. Der Lohn für zwei sportlich anstrengende und spannende Tage waren ein 1. Platz über die 250- Meterdistanz sowie ein 2. Platz auf der 1.200- Meterstrecke.

Rückblickend stellte das Team fest, dass Sport und Spaß nicht nur für jeden Aktiven persönlich einen wichtigen Ausgleich zum Studium darstellen können, sondern die Teilnahme an solchen Veranstaltungen das Gemeinschaftsgefühl intensiv fördert und sich auf das zukünftige gemeinsame Erreichen des Studienziels mit Sicherheit zusätzlich positiv auswirken wird.

Erstmals gemeinsame Ernennung von zwei Studiengängen am Fachbereich Bundespolizei

Der Fachbereichsleiter Präsident Bernd Brämer begrüßte am 29. August 2013 die rund 900 Anwesenden in der Sporthalle der Bundespolizeiakademie zu einer Veranstaltung, die in dieser Form einmalig war. Erstmals wurden mit dem 67. Studienjahrgang und dem Aufstiegslehrgang 68a zwei Lehrgänge gleichzeitig verabschiedet. Zudem war der Lehrgang 68a der letzte zweijährige Aufstiegslehrgang und der 67. Studienjahrgang der erste Lehrgang, der nach dem neuen modularisierten Studienplan ausgebildet worden war.



Ehrung der Lehrgangsbesten des LG 68 a und des 67 SJ.



Ehrung der serbischen Kollegin Mima Jagodic, die als Hospitantin am Studium des 67. Studienjahrgangs teilnahm durch PSt Dr. Schröder und Präsident Brämer.



Im Rahmen der feierlichen Veranstaltung, die musikalisch in bewährter Form vom Bundespolizei-Orchester Berlin, unter der Leitung von Jan Diller begleitet wurde, hielt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, die Festrede. Es schlossen sich Grußworte von Jürgen Schubert, Vizepräsident des Bundespolizeipräsidiums, Thomas Bönders, Präsident der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und Klaus Puschadel, Erster Stellvertreter der Stadtpräsident der Hansestadt Lübeck, an. Zum Abschluss der Redebeiträge fassten die beiden Lehrgangssprecher Robin Krug (67. SJ) und Erwin Baumann (LG 68a) die persönlichen Eindrücke der Absolventinnen und Absolventen über das Studium bzw. die Aufstiegsausbildung zusammen.

Anschließend ehrten Dr. Ole Schröder, Vizepräsident Jürgen Schubert und Präsident Bernd Brämer die beiden Lehrgangsbesten. Beim Lehrgang 68a war dies Polizeiobermeisterin Dagmar Seifert und beim 67. Studienjahrgang Polizeihauptmeister Manuel-Oliver Krticzka.

Im Anschluss an die Feierstunde konnten 278 erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen durch Vertreter der aufnehmenden Bundespolizeidirektionen und des Bundespolizeipräsidiums zu Polizeikommissarinnen und Polizeikommissaren bzw. Polizeioberkommissaren ernannt

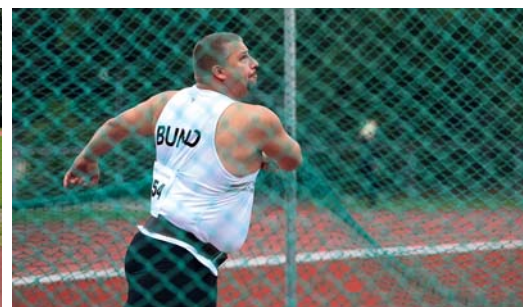
werden. Während die Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamten zum Großteil in ihre Stammdienststellen zurückkehrten, fanden die Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber ihre neue dienstliche Heimat vorrangig in den Direktionen München, Stuttgart und dem Flughafen Frankfurt/ Main. Dort werden sie zunächst als Kontroll- und Streifenbeamte ihre einzelpolizeilichen Kenntnisse und Fertigkeiten im Dienstalltag festigen und vertiefen, um dann im weiteren Verlauf ihrer Karriere in der Bundespolizei schrittweise Führungsaufgaben zu übernehmen.

Studierende des Fachbereichs bei der 34. Deutschen Polizeimeisterschaft Leichtathletik in Lübeck

Am 4. und 5. September 2013 fanden die Wettkämpfe der 34. Deutschen Polizeimeisterschaft in der Leichtathletik im traditionsreichen und frisch renovierten Stadion "Buniamshof" im Herzen der Hansestadt Lübeck statt. 270 Aktive aus allen Polizeien der Länder und des Bundes beteiligten sich an 30 Einzel-, zwei Mehrkampf- und 6 Staffeldisziplinen.

Neben Polizisten, die ihren Sport selbständig und überwiegend außerhalb der Dienstzeit betreiben, nahmen auch Athleten der internationalen Spitzenklasse, wie zum Beispiel der zu dieser Zeit gerade frisch gekürte Weltmeis-

Sören Voigt, Studierender des
 68. Studienjahrgangs.



ter im Kugelstoßen, David Storl von der Bundespolizei-sportschule Kienbaum an der Meisterschaft teil.

Auch zwei Studierende des Fachbereichs Bundespolizei hatten sich trotz des für beide laufenden Studiums und damit verbundenen sehr eingeschränkten Trainingsmöglichkeiten für die Wettkämpfe qualifiziert. Tobias Fischer, Teilnehmer des 67. SJ, trat über die "Stadionrunde" an, Sören Voigt, Angehöriger des 68. SJ nahm am Diskuswerfen teil. Beide vertraten den Fachbereich Bundespolizei unter den gegebenen Umständen mit einer Laufzeit von 58,78 Sekunden bzw. einer Weite von 43,47 Metern bei starker Konkurrenz sehr respektabel.

Lübeck begrüßt den 70. Studienjahrgang

Die erhöhten Einstellungszahlen der Bundespolizei führten zu einigen Änderungen in der aktuellen Gesamtorganisation der Ausbildung in der Bundespolizei. Während die knapp 800 Angehörigen des mittleren Polizeivorbereitungsdienstes wie gewohnt ihre Ausbildung in den fünf Aus- und Fortbildungszentren der Bundespolizeiakademie absolvieren, ergab sich für 199 Polizeikommissaranwärterinnen und Polizeikommissar-

Ernennung der Studierenden des 70. SJ zu Beamtinnen und Beamten auf Widerruf durch Präsident Bernd Brämer.



Präsident Brämer während seiner Begrüßung



anwärter des 70. Studienjahrgangs ein Novum: sie begannen ihr Studium am 2. September 2013 zwar ebenfalls in den Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentren, doch schon ab dem 9. September 2013 hieß ihre neue dienstliche Heimat zunächst Lübeck, wo der Fachbereichsleiter, Präsident Bernd Brämer, sie begrüßte. Nach erheblichen organisatorischen, logistischen und personellen Anstrengungen konnte an diesem Tag erstmals eine Basisausbildung in einer Liegenschaft der Bundespolizeiakademie in der Hansestadt beginnen.

Am 19. Oktober 2013 wurden die 199 Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger des 70. SJ dann feierlich in Lübeck vereidigt. Die Lübecker Marienkirche war zum Ökumenischen Gottesdienst mit knapp 950 Personen gefüllt. Familienangehörige aus dem ganzen Bundesgebiet sowie Gäste aus Politik, Kultur und dem öffentlichen Leben waren der Einladung der Bundespolizeiakademie gefolgt. Der Gottesdienst, der gemeinsam vom evangelischen Pfarrer Christian Kiesbye und vom katholischen Pfarrer Georg Ischler gestaltet wurde, war der Auftakt der Vereidigung des 70. Studienjahrganges.

"So eine Veranstaltung hat es seit 35 Jahren in Lübeck nicht mehr gegeben", sagte der Fachbereichsleiter, Präsident Bernd Brämer, mit Blick auf die 199 Dienstan-



fängerinnen und Dienstanfänger, die aus knapp 3.800 Bewerberinnen und Bewerbern ausgewählt worden waren, bei der anschließenden Vereidigungszeremonie in der Sporthalle der Bundespolizeiakademie. In seiner Festansprache rief er den jungen Studierenden noch einmal die besonderen Ansprüche an Polizeibeamte und spätere Führungskräfte in das Bewusstsein:



Präsident Brämer während seiner Festansprache.



"Wir brauchen Leute, die nicht wegschauen, sondern aufmerksam hinschauen. Die erkennen, wenn etwas nicht in Ordnung ist, die dann handeln, die dabei eigenverantwortlich als Führungskräfte zugleich auch für ihre Kolleginnen und Kollegen entscheiden können, was zu tun ist, und die das dann auch tun. Die das auch und gerade in schwierigen, ja sogar gefährlichen Situationen tun. Die gerade in solchen Situationen Haltung zeigen und kompetent reagieren. Die auch unter Gefahr für sich selbst bereit sind, andere zu retten.", so Präsident Brämer.

Bernd Küpperbusch, Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Innenministerium, überbrachte in seinem Grußwort die besten Wünsche des schleswig-holsteinischen Innenministers Andreas Breitner, gratulierte den Dienstanfängerinnen und Dienstanfängern zu ihrer Berufswahl und wünschte ihnen viel Erfolg für ihr dreijähriges Studium. Diesen Wünschen schloss sich Björn Engholm, ehemaliger Bundesratspräsident, Bundesminis-

ter für Bildung und Wirtschaft und Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein in seinem Grußwort an.

Abschließend schilderten Polizeikommissaranwärterin Julia Thiel und Polizeikommissaranwärter Lucas Müller, beide selbst Angehörige des 70. Studienjahrgangs, den anwesenden Gästen ihre ersten Eindrücke vom Studium und der Basisausbildung in der Bundespolizei, die naturgemäß vom Eingewöhnen in bislang unbekannte Lebensumstände beim Zusammenleben in der Gemeinschaftsunterkunft und dem anstrengenden Erlernen erster polizeihandwerklicher Grundfertigkeiten geprägt waren.



Demonstration einer Ausbildungssituation im Fortbildungszentrum Kriminalitätsbekämpfung vor Angehörigen der Dienstanfänger/-innen am Vortag der Vereidigung.

Im Anschluss nahm der Leiter der Basisausbildung, Polizeioberrat Olaf Strietzel, die Vereidigungszeremonie vor, bei der die jungen Studierenden des 70. SJ den Eid auf das Grundgesetz leisteten. Mit der Nationalhymne, gespielt vom Bundespolizeiorchester Berlin, endete diese Veranstaltung.

Abenteuerspielplatz Bahnanlagen? - 4. "MiniMaster"- Veranstaltung am Fachbereich Bundespolizei

Neunzig Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren fanden am Samstag, 28. September 2013, den Weg zum Fachbereich Bundespolizei, um die nunmehr vierte Veranstaltung der beliebten Reihe "MiniMaster Lübeck" zu erleben.

Dieses Jahr stand die Darstellung der Gefahren im Bahnbereich im Mittelpunkt. "Abenteuerspielplatz Bahnanlagen? – Warum Bahngleise kein Spielplatz sind!" lautete das Thema, das Prof. Dr. Erhard Huzel und POK Torsten Meyer vom Fachbereich Bundespolizei den



interessierten Kindern in einer Mischung aus Vorträgen, Rollenspielen und Videovorführungen näherbrachten.

Unterstützt von Studierenden des 68. Studienjahrganges, gelang es, den Kindern die besonderen Gefahren im Bahnbereich anschaulich und eindrucksvoll zu verdeutlichen.

Mitwirkung des Fachbereiches Bundespolizei an einer "FRONTEX-Onlineveranstaltung"

Am 18. Oktober 2013 war die Bundespolizeiakademie Gastgeberin für die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX. Grund war der europäische Tag des Grenzschutzes und die damit verbundene Aufbereitung des Themas "trafficking of human beings" durch den belgischen Fachmann für Migrationsfragen Commissioner Dirk Calemyn.

Justyna Jurczak



Die 90-minütige englischsprachige Veranstaltung wurde erstmals live via Satellit ins Internet eingestellt und in alle 18 europäischen Frontex- Partnerakademien übertragen. An diesem Vortrag nahmen vor Ort 95 Zuhörerinnen und Zuhörer, vorrangig Studierende des 68. Studienjahrgangs, teil.

Moderiert wurde die Veranstaltung von POR Hennings, hauptamtlich Lehrender des Fachbereichs Bundespolizei und Frau Justyna Jurczak, vom FRONTEX- Pressebüro.

Nach dem Vortrag von Herrn Calemyn wurden die Fragen des Internetpublikums und der Anwesenden diskutiert. Obwohl in den verfügbaren neunzig Minuten nicht alle bestehenden Fragen in ihrer ganzen Tiefe zu beantworten waren, so gelang es doch, die länderübergreifende Dimension des Deliktsbereichs "Menschenhandel" zu verdeutlichen.

Aufgrund der übereinstimmend positiven Rückmeldungen aller Teilnehmer könnte diese zunächst außergewöhnliche Veranstaltung am Beginn vergleichbarer deutschlandweiter Online-Seminare der Bundespolizei stehen.

Fachbereich Bundespolizei unterstützt Spendenaktion für die Lübecker Kinderklinik und den Verein KinderSeelen-Not e.V. Lübeck

Wie im letzten Jahr war das Benefiz-Gala-Konzert der Bundespolizeiakademie am 14. November 2013 ein gut besuchter Unterhaltungsabend in der Lübecker Musik- und Kongresshalle (MuK).

Ein gut gelaunter Moderator Matthias Killing, bekannt aus dem Frühstückfernsehen von SAT. 1, führte souverän mit Witz und Charme durch das zweieinhalbstündige Pro-



Bundespolizei Orchester Hannover

Chefdirigent Gerard Oskamp



Francisca Urio

gramm. Das Bundespolizei Orchester Hannover, unter der Leitung des amtierenden Musikdirektors und Chefdirigenten der Mitteldeutschen Kammerphilharmonie in Schönebeck, Gerard Oskamp, präsentierte sein breitgefächertes Repertoire mit einer musikalischen Zeitreise durch verschiedene Jahrzehnte. Eine große Anzahl von Studierenden des 68. und 70. Studienjahrgangs ließ sich als Zuhörer in der MuK auf diesen unterhaltsamen Ausflug mitnehmen.

Der Reinerlös aus den Eintrittsgeldern, durch zusätzliche Spendenzahlungen von Studierenden des 68. SJ ergänzt, wurde am Ende der Veranstaltung an Meike Martensen, Vorsitzende des Vereins KinderSeelenNot e.V. Lübeck und den Direktor der Lübecker Kinderklinik, Prof. Dr. Egbert Herting, durch Herrn Präsident Bernd Brämer in Form

Scheckübergabe



Moderator Matthias Killing

Tenor Silvio D'Anza



eines symbolischen Schecks über knapp 7.400 Euro überreicht.

Dankbar nahm Meike Martensen den Scheck entgegen und freute sich darüber, dass der Verein dadurch im nächsten Jahr seinen kleinen Patienten viele zusätzliche Therapien ermöglichen kann.

EURACARE - Großübung am Flughafen Lübeck - Studierende der Bundespolizei waren hautnah dabei

Im Rahmen einer mehrtägigen Großübung am 17. und 18. November 2013 am Flughafen Lübeck, die durch die EU-Organisation „EURACARE – European Assistance Team for Citizens in Areas of Evacuation“ organisiert und durchgeführt wurde, erhielten Studierende des 68. und 70. Studienjahrgangs die Gelegenheit, sich unmittelbar in die Rolle von Flugreisenden und von der Notlandung eines mittelgroßen Flugzeugs Betroffenen zu versetzen. In der Übungslage wurde ein Brand am Luftfahrzeug angenommen und die dadurch notwendigen Evakuierungs- und Rettungsmaßnahmen simuliert.

Dadurch bot sich für die Studierenden die seltene Gelegenheit, aus der ungewohnten Perspektive von Unfallopfern wertvolle Erkenntnisse und Erfahrung zu

Aufnahme Verletzter



Bergung eines Verletzten



Johanniter Transport

Eindrücke vom 10. Lübecker
Hochschultag und vom Stand des
FB BPOL.



Vorführung des Einsatz- und
Situationstrainings durch Studierende
des 68. SJ und Polizeitrainer des
Fachbereichs.

gewinnen, die sie im Rahmen ihres zukünftigen polizeilichen Dienstes bei den Luftsicherheitsaufgaben der Bundespolizei an Flughäfen sicher nutzen können.

Zehnter Lübecker Hochschultag

Der Fachbereich Bundespolizei und die Fachhochschule Lübeck setzten am 28. November 2013 die Tradition des Lübecker Hochschultages fort. Schwerpunkt in 2013 war das Thema "internationale Studiengänge". Dabei wurde die Musik- und Kongresshalle (MuK) zu Lübeck wieder zum Zentrum von Informationen für ca. 800 Studieninteressierten aus den Schulen der Hansestadt Lübeck und dem nahen Umland. In rund dreißig Vorträgen und an mehr als zwanzig Informations- und Experimentierstationen stellten sich die Fachhochschulen vor.

An den Ständen im Foyer der MuK berieten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschulen über die Voraussetzungen für eine Einstellung, den Verlauf des Studiums und über Karrierechancen nach einem erfolgreichen Abschluss. Sie informierten aber auch über neueste Erkenntnisse aus speziellen Forschungsbereichen und deren Anwendungsgebiete in der Praxis.

Am Stand der FH Bund, Fachbereich Bundespolizei konnten interessierte Schülerinnen und Schüler umfangreiche Grundsatzinformationen zum Studium erhalten. Diese wurden durch Erläuterungen von Angehörigen des 68. Studienjahrgangs ergänzt. Der unmittelbare Kontakt zu unseren Studierenden und deren authentische Darstellungen zum Studium boten den Besucherinnen und Besuchern die seltene Gelegenheit, auch detaillierte Fragen zu stellen und so aus erster Hand wertvolle Hintergrundinformationen zu erhalten.

Das Informationsangebot der Bundespolizei wurde durch zusätzliche Stände der Bundespolizeiakademie, an denen Details zu den Einstellungsvoraussetzungen sowie zum Auswahlverfahren erläutert und Auslandsmissionen der Bundespolizei dargestellt wurden, abgerundet.

Darüber hinaus fanden an zwei weiteren Stationen Demonstrationen berufspraktischer Elemente aus dem Studiengang statt. Neben kriminalistischer Tatortarbeit beeindruckten die Darstellungen des Einsatz- und Situationstrainings mit den dabei gezeigten Fertigkeiten unserer Studierenden die jungen Besucherinnen und Besucher besonders.

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung waren interessante Vorträge von hauptamtlich Lehrenden des Fachbereichs. So beleuchtete Prof. Dr. Erhard Huzel in seiner Veranstaltung das Thema Graffiti - unter der Fragestellung "Kunst oder Straftat?". Prof. Dr. Thomas Spohrer erläuterte in seinem Vortrag die Anforderungs- und die Eignungsvoraussetzungen an eine Bewerberin oder einen Bewerber bei der Bundespolizei. PD Drewes brachte interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern das Thema „Soziale Netzwerke - Chancen und Risiken" und der sich daraus resultierenden Bedeutung für eine bewusster Nutzung dieser Netzwerke näher. Schließlich informierte POR Hennings, dem Motto der Gesamtveranstaltung entsprechend, über Kooperationsmöglichkeiten der Bundespolizei im Ausland.



Prof. Dr. Huzel

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Leitung:	Direktor Rudolf Junger
Sitz / Standorte:	Mannheim
Studiengang:	gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(-in) (FH)
Studierendenzahl:	436
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	115
Hauptamtlich Lehrende:	29



Fachhochschule im Grünen

Personelle Situation

Am Fachbereich Bundeswehrverwaltung (FB BWV) der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund) studierten im Jahr 2013 insgesamt 436 junge Nachwuchsbeamtinnen und Nachwuchsbeamte in zehn Studiengängen der Laufbahnausbildung und des Praxisaufstiegs für den gehobenen nichttechnischen Verwal-

tungsdienst. An mehreren Fortbildungslehrgängen nahmen 70 Angehörige der Bundeswehrverwaltung teil.

Die operativen Aufgaben in Lehre und Prüfungen und die Weiterentwicklung neuer, an den Auslandseinsätzen und an der Modernisierung der Bundeswehr orientierter Studieninhalte wurden von Lehrkräften und Hochschulverwaltung in enger Abstimmung und vertrauensvoller Zusammenarbeit erfüllt.

Dozenten, Hochschulverwaltung

Zum Jahresende 2013 lehrten am Fachbereich Bundeswehrverwaltung 29 hauptamtlich Lehrende. Die Lehre auf vakanten Dozenten-Dienstposten konnte durch den Einsatz von wissenschaftlich und didaktisch ausgewiesenen Beamtinnen und Beamten aus der Wehrverwaltung als Lehrbeauftragte und durch externe Gastdozenten sichergestellt werden. Insgesamt haben im Jahr 2013 elf fachbereichsexterne Kolleginnen und Kollegen am Fachbereich Bundeswehrverwaltung durch Übernahme von Lehrverpflichtungen als Lehrbeauftragte gelehrt und damit eine sowohl wissenschaftlich fundierte als auch praxisbezogene Lehre gesichert.

Die Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs erarbeiteten im Jahr 2013 zahlreiche wissenschaftliche Publikationen. Insgesamt veröffentlichten sie 41 Werke - darunter Lehrbücher, Kommentare, Monographien und Aufsätze in renommierten Fachzeitschriften.

Studierende

Im Jahr 2013 begannen insgesamt 115 Studierende die dreijährige Laufbahnausbildung für den gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwal-

tung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung. Am 1. April 2013 nahmen 42 Studierende (68. Studiengang) und am 1. Oktober 2013 73 Studierende (69. Studiengang) das Studium auf - darunter 6 Tarifbeschäftigte, die an der Aufstiegsausbildung gemäß § 33a Abs. 6 BLV (aF) teilnehmen.

In den zwei Laufbahnprüfungen im Jahr 2013 schlossen 165 Studierende die Ausbildung erfolgreich ab (97 weibliche Studierende - 59% - und 68 männliche Studierende - 41% -). Damit haben seit Gründung des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung im Jahr 1979 insgesamt 7.133 Studierende die Laufbahnausbildung erfolgreich absolviert.

Am 21. März 2013 schlossen 8 Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes im Rahmen des Praxisaufstiegs ihre zweijährige Einführung mit der Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab.

Ausbildung, Fortbildung, Beratung, Forschung und Entwicklung

Laufbahnausbildung

Die Laufbahnausbildung in Zahlen

Seinen zentralen Auftrag - die Ausbildung der Nachwuchsbeamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung (vgl. § 13 Abs. 1 BLV, § 3 Abs. 1 Grundordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung - GO-FH Bund - vom 15.01.2008 - GMBI 2008 S. 116) - erfüllte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Jahr 2013 durch die Lehrveranstaltungen in 19 Studienfächern in acht Studiengängen der Laufbahnausbildung (62. bis 69. Studiengang).

Neben den Lehrveranstaltungen führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung insgesamt sechs Prüfungen durch.

An den beiden Zwischenprüfungen im April und Oktober 2013 nahmen 73 Studierende des Grundstudiums erfolgreich teil (67. und 68. Studiengang). Die Laufbahnprüfung am 21. März 2013 bestanden 67 Studierende (62. Studiengang), die Laufbahnprüfung am 26. September 2013 98 Studierende (63. Studiengang).

Die 8 Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, die im Jahr 2012 den 10-wöchigen wissenschaftlichen Lehrgang Teil I für den Praxisaufstieg (vgl. § 33b BLV (aF)) besucht hatten, nahmen vom 21. Januar bis 21. März 2013 an dem ebenfalls 10-wöchigen Teil II dieses Lehrgangs teil. Alle Teilnehmer dieses 8. Einführungslehrgangs schlossen am 21. März 2013 die Prüfung zur Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab.

Vom 13. Mai bis 19. Juli 2013 besuchten weitere 11 Beamte des mittleren Dienstes des 9. Einführungslehrgangs den Teil I des wissenschaftlich ausgerichteten Lehrgangs für den Praxisaufstieg. Alle Teilnehmer schlossen diesen Lehrgangsteil am 18. Juli 2013 mit einer Prüfung erfolgreich ab.

Die Fremdsprachenausbildung als integraler Bestandteil des Studiums

Die mit der Studienreform 2004 eingeführte Fremdsprachenausbildung in Englisch hat sich erfolgreich entwickelt. Die Sprachausbildung schafft die Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten in einem englischsprachig geprägten Umfeld, wie es für die Arbeit in internationalen Stäben und bei Auslandseinsätzen typisch ist.

Die Sprachausbildung in Englisch führt das Bundessprachenamt (BSprA) mit einer am Fachbereich Bundeswehrverwaltung eingerichteten Sprachlehrergruppe durch. Kern der Fremdsprachenausbildung ist die zweimonatige Pflichtsprachausbildung (200 Lehrveranstaltungsstunden) am FB BWV. Zur Vorbereitung auf die Pflichtsprachausbildung dient die fremdsprachliche Vorausbildung (90 Std.) sowie die freiwillige Sprachausbildung (20 Std.).



Die Absolventinnen des Französisch-Lehrgangs im 64. und 65. Studiengang nach Rückkehr vom Bundessprachenamt mit Direktor Junger, Regierungsamtsrat Seitz und dem Leiter der Sprachlehrergruppe, Herrn Vogel.

Ziel der Pflichtsprachausbildung ist – je nach den Ausgangsvoraussetzungen der Studierenden – das Bestehen der Sprachprüfung mit dem Standardisierten Leistungsprofil (SLP) 3332 („weit fortgeschrittene Kenntnisse“) oder mit dem SLP 2221 („fortgeschrittene Kenntnisse“). Die seit Einführung verzeichneten positiven Ergebnisse der Fremdsprachenausbildung haben sich im Jahr 2013 verstetigt. Das Bundessprachenamt bescheinigt der Ausbildung einen außergewöhnlich guten Lernerfolg.

Bisher haben die Studierenden von 15 Studiengängen die Sprachausbildung absolviert und mit einer Sprachprüfung abgeschlossen (51. bis 65. Studiengang). Von den insgesamt

857 Studierenden erreichten 801 Teilnehmende (= 94 %) die Ausbildungsziele. 443 Teilnehmende (= 52 %) erreichten das SLP 3332 und besser, 358 Teilnehmende (= 42 %) erreichten das SLP 2221 und besser. Damit verfügen nun fast 20 % des Personalkörpers des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehr über diese fortgeschrittenen Kenntnisse in Englisch.

Seit dem Jahre 2012 (63. Studiengang) können Studierende vor Beginn der Fremdsprachenausbildung in Englisch an einer vorgezogenen Sprachprüfung teilnehmen. Wenn sie das Ausbildungsziel SLP 3332 in Englisch erreichen, können sie eine weitere Fremdsprache erlernen. Dabei kommen nach § 25 Abs. 1 LAP-gntDBWVV sämtliche Amtssprachen der NATO-Mitgliedstaaten in Betracht.

Im Jahr 2013 haben vier Studierende des 64. und 65. Studiengangs Sprachlehrgänge in Französisch beim Bundessprachenamt in Hürth besucht und Sprachprüfungen der Stufen SLP 3332 und SLP 2221 erfolgreich bestanden. Insgesamt haben seit 2012 zwölf Studierende nach dem Erwerb des Englisch-SLP 3332 erfolgreich Französisch-Lehrgänge besucht.

Das Fremdsprachenprogramm in Französisch stößt bei den Studierenden auf lebhaftes Interesse; es wird in den folgenden Studiengängen fortgesetzt. Mit den Französisch-Lehrgängen verwirklicht der Fachbereich Bundeswehrverwaltung – zusammen mit dem Bundessprachenamt – den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Elysée-Vertrag – vom 22. Januar 1963. Der Elysée-Vertrag sieht auf dem Gebiet der Verteidigung u. a. die Verstärkung des Sprachunterrichts vor.

Die Fremdsprachenausbildung in Englisch, nun zusätzlich in Französisch und künftig ggf. in weiteren NATO-Sprachen, erhöht die Verwendungsmöglichkeiten der Absolventinnen und Absolventen für multinationale Dienststellen und für Auslandseinsätze erheblich. Die Fremdsprachenausbildung ist ein besonderes Attraktivitätsmerkmal für das Studium am Fachbereich Bundeswehrverwaltung.

Die einsatzbezogene Ausbildung

Die einsatzbezogene Ausbildung wird als Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung von Aufgaben der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr interdisziplinär und in einem eigenen Ausbildungsabschnitt, den „Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen III - Die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz“ durchgeführt.

Seit 2011 fester Bestandteil der Planübung:
Niederländische Soldaten des I. D/NL Korps.



Mit Engagement dabei: Studierende der OTH Regensburg – Studiengang „International Relations and Management“.

Der Fachbereich Bundeswehrverwaltung wurde im Jahr 2013 wie im Vorjahr durch die Mitwirkung von Soldatinnen und Soldaten und Beamtinnen und Beamten des I. Deutsch-Niederländischen Korps (I. D/NL Korps) aus Münster (im Mai und November 2013), von Soldaten der Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr (SFJg/StDstBw) aus Hannover (im Mai 2013) sowie von

Studierenden der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg – Studiengang „International Relations and Management“ - (im Mai und November 2013) unterstützt.

Die Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen (PL) III haben das Ziel, einsatzbezogene Lehrinhalte interdisziplinär in einem Kontext zu vermitteln, der für die Arbeit in den Einsatzkontingenten der Bundeswehr typisch ist. Sie gliedern sich in drei Wochen Vermittlung theoretischer Grundlagen und eine abschließende einwöchige Planübung.

Die Lehrveranstaltungen werden in engem Zusammenwirken der Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs mit einsatzerfahrenen Beamtinnen und Beamten der Wehrverwaltung und Soldatinnen und Soldaten der Streitkräfte gestaltet.



In der Planübung vertiefen die Studierenden das theoretisch erworbene Wissen durch eigenverantwortliche praktische Wahrnehmung der Aufgaben. Dazu bildet jede Hörsaalgemeinschaft eine eigene „Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF – Standortservice Kunduz (Übung)“ in der Planübung im Mai 2013 und in der Planübung im November 2013 - bedingt durch die Übergabe des

Hier ist Englisch gefordert: Mitarbeiter des Standortservice weisen eine Delegation aus dem NATO-Hauptquartier (dargestellt durch den italienischen Oberstleutnant Mazzarella vom I. D/NL Korps und Herrn Conidi, Referatsleiter S 3 des Bundessprachenamts) in die aktuelle Lage ein.



Eine neue Erfahrung: Leiterinnen und Leiter der vier Standortservices als Teilnehmer an der Stabsbesprechung.

Provincial Reconstruction Teams Kunduz am 6. Oktober 2013 an die afghanischen Sicherheitskräfte und aufgrund didaktischer Erfordernisse - eine fiktive „Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF – Standortservice Aybak (Übung)“. Eine der wesentlichen Herausforderungen für die Studierenden ist die interne Organisation ihrer „Dienststelle“. Dies umfasst nicht nur die eigenständige Besetzung aller Dienstposten vor Übungsbeginn, sondern auch die Festlegung von Arbeitsabläufen und die Verteilung von Aufgaben während der gesamten Übungsphase. Ein aus Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs sowie zahlreichen einsatzerfahrenen zivilen und militärischen Gastdozentinnen und Gastdozenten gebildeter Leitungsstab koordiniert zentral die parallel laufenden Einzelübungen jeder Hörsaalgemeinschaft.

Neben der fachlichen Bearbeitung von Einzelvorgängen steht dabei vor allem das enge Zusammenwirken aller Arbeitsbereiche als Voraussetzung für eine erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung im Mittelpunkt. Einsatztypisch wird bei der Planübung ein hoher Anteil der Korrespondenz und Telefonate in Englisch geführt. Die in der Fremdsprachenausbildung vermittelten Kenntnisse werden aufgefrischt, durch einsatzspezifische Sprachinhalte ergänzt und durch praktische Anwendung gefestigt.

Zentrales Thema jeder Planübung ist die Kommunikation und Zusammenarbeit mit afghanischen Führungspersonlichkeiten, Geschäftspartnern, beim Einsatzkontingent beschäftigten Ortskräften und neuen Bewerberinnen und Bewerbern. Bei zahlreichen Rollenspielen haben die Studierenden die Gelegenheit, in komplexen Gesprächssituationen und Verhandlungen ihre Kommunikationsfähigkeit in Deutsch und Englisch sowie ihre interkulturelle Kompetenz unter Beweis zu stellen.

Ihre Gesprächspartner in der Übung sind Angehörige des Bundessprachenamts, die aus dem Einsatzland stammen und regelmäßig als Sprachmittler bei ISAF eingesetzt werden. Durch ihre Teilnahme an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind sie mit den Besonderheiten vor Ort umfassend vertraut, bringen aktuelle Entwicklungen in das Übungsszenario ein und geben den Studierenden wertvolle Hinweise für den Umgang mit einheimischen Gesprächspartnern in Afghanistan. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung in den Einsatzkontingenten der Wehrverwaltung.

Als Verwirklichung des bundeswehrgemeinsamen Ansatzes (Soldaten und zivile Mitarbeiter gemeinsam im Einsatz und in der Ausbildung) stößt die Grundlagenausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung auf großes Interesse in der gesamten Bundeswehr. Vertreterinnen und Vertreter ziviler und militärischer Dienststellen aus dem In- und Ausland haben die Möglichkeit, die Übung nicht nur als Zuschauer, sondern als Mitwirkende aktiv zu erleben. Am Besuchertag bilden sie eine Delegation aus dem BMVg, aus einer Kommandobehörde, einem Amt oder aus einem NATO-Stab. Als solche werden sie beim Standortservice angekündigt und sind damit Teil der Übung. Wie in der Realität werden sie

Bundeswehrgemeinsame und multinationale Aufgabenwahrnehmung als gelebte Realität: der Leitungsstab der Planübung.

Umgang mit afghanischen Würdenträgern und Geschäftspartnern: hier ist Interkulturelle Kompetenz und Fingerspitzengefühl bei der Kommunikation gefordert.



durch die Leiter über Lage, Auftrag und Schwerpunkte in den einzelnen Aufgabenbereichen unterrichtet und haben anschließend die Gelegenheit, mit einzelnen Mitarbeitern des Standortservice Fachfragen zu erörtern.

Die Planübungen 2013

Offiziersanwärter des militärfachlichen Dienstes von der Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr sowie niederländische Offiziere und Unteroffiziere vom I. Deutsch-Niederländischen Korps waren bei der Planung der 63. Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen III im Mai 2013 neben den afghanischen Rollenspielern die Hauptdarsteller. Zusätzlich nahmen noch Oberstleutnant Pasquale Mazzarella (Italien) und zwei deutsche Verwaltungsbeamte vom I. D/NL-Korps an der Übung teil. Zwei Studierende der OTH Regensburg – Studiengang “International Relations and Management“ repräsentierten die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA). Multinationale Aufgabenwahrnehmung wurde für die Studierenden so zur unmittelbar erfahrbaren Realität.

Eine neue Erfahrung: Videokonferenz während einer Stabsbesprechung mit der UNAMA (Übung).



Multinationale Stabsbesprechung am ersten Tag der Planübung: ein niederländisches und ein deutsches Vorkommando sowie ein Vorkommando der UNAMA trifft zu Abstimmungsgesprächen im Standort Kunduz ein.



Die deutschen und niederländischen Soldaten trugen in ihrer Rolle als Vorkommando einer zusätzlich nach Kunduz zu verlegenden Bundeswehreinheit bzw. eines in Kürze eintreffenden NL-Kontingents umfangreiche

Forderungen nach Unterbringung und Versorgung ihrer Truppe an jeden der vier Standortservices heran. Hinzu kam die Anfrage nach Unterstützungsleistungen durch die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA). Damit waren bei der Planübung mehrere Hauptaufträge parallel zu bewältigen. Für die 101 Studierenden des 63. Studiengangs eine höchst anspruchsvolle und herausfordernde Aufgabe, die aber gemeinsam mit viel Engagement, den nötigen englischen Sprachkenntnissen und dem richtigen Maß an interkultureller Kompetenz zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst werden konnte.

Besonderheit der Planübung im 63. Studiengang war die Verzahnung mit einer parallel laufenden Übung an der OTH Regensburg zur United Nations Assistance Mission in Afghanistan. Ein UNAMA-Verbindungskommando (Übung) aus zwei Studierenden der OTH Regensburg bei der Planübung in Mannheim fungierte als Bindeglied zwischen den beiden Übungen, brachte Lagen in die Planübung in Mannheim ein, gab Aufträge an die Kommilitoninnen und Kommilitonen in Regensburg, deren Arbeitsergebnisse wiederum Grundlage für die weitere Arbeit der Studierenden in Mannheim waren. Regelmäßige Videokonferenzen dienten der Abstimmung und Koordinierung.

Die Erfahrung der Zusammenarbeit sehr unterschiedlicher Institutionen unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel über weite Entfernungen und mit entsprechenden zeitlichen Verzögerungen waren ein wichtiger Beitrag zur Vermittlung einsatztypischer Kommunikation und Arbeitsbedingungen sowie den damit verbundenen Herausforderungen.

Herr Präsident Eiben, Präsident des Truppendienstgerichts Süd in München, Herr Oberstleutnant Petry, stv.

Kommandeur Luftwaffenausbildungsbataillons in Germersheim, Herr Colonel Smits, Abteilungsleiter ACOS/G8 beim 1. GE/NL-Corps in Münster, Herr Oberstleutnant Mazzarella und Herr Regierungsdirektor Kawik, G 8 – Abteilung des 1. GE/NL-Corps, Frau Oberamtsrätin Langner, BMVg – Referat P II 4 in Bonn, Herr Regierungsoberamtsrat Schell, NATO Headquarters German Delegation, Brussels, Herr Conidi, Referatsleiter S 3 im Bundessprachenamt in Hürth, Herr Abteilungsdirektor Lang, Abteilungsleiter I im Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim, Frau Ministerialrätin Bartelmann, Abteilungsleiterin III im Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim und Herr Regierungsamtmann Koch, Referat II B 3, Bundesverwaltungsamt, Außenstelle Berlin, überzeugten sich am Besuchertag am 16. Mai 2013 vom Erfolg der Ausbildung in den 63. PL III.

Besucher als Teil der Übung: die Leiterin eines Standortservice Kunduz (Übung) beim Briefing vor hochrangigen Vertretern aus nationalen und multinationalen Dienststellen zur Lage und zu aktuellen Herausforderungen der Übung.



Die Besuchergruppe am Besuchertag der Planübung im Mai 2013.



Bei der Planübung im November 2013 mussten sich die Übungsteilnehmer des 64. Studiengangs (64. PL III) mit zwei international geprägten Hauptaufträgen auseinandersetzen. Sowohl das Vorkommando eines NL-Kontingents zur Vorbereitung einer Polizeimission als auch das Verbindungskommando der UN-Mission UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan)

versuchten bei den zwei Standortservices, ihre Forderungen bezüglich Unterbringung, Verpflegung und sonstiger Unterstützung erfolgreich durchzusetzen. Die im Mai 2013 erstmals erprobte Verzahnung einer Übung an der OTH Regensburg mit der Planübung in Mannheim konnte unter Nutzung der gewonnenen Erfahrungen auch im November 2013 erfolgreich verwirklicht werden.

Eine herausfordernde Aufgabe: Bundeswehr, Niederländische Streitkräfte und Vereinte Nationen gemeinsam an einem Tisch bei der Stabsbesprechung.



Ganzheitliche Erfahrung: Exkursion zur Einsatzvorbereitenden Ausbildung für Konfliktverhütung und Krisenbewältigung (EAKK) in der Luftwaffe beim Luftwaffen- ausbildungsbataillon in Germersheim - ab Oktober 2013 fester Bestandteil der einsatzbezogenen Ausbildung am Fachbereich.

Bei den intensiven Verhandlungen mussten die Studierenden sich nicht nur auf die völlig unterschiedliche Mentalität ihrer militärischen und zivilen Gesprächspartner einstellen, sondern ihre Aufgaben auch parallel zu ersten Maßnahmen im Rahmen der Rückverlegung des deutschen Einsatzkontingents bewältigen. Dennoch konnte diese umfangreiche und anspruchsvolle Aufgabe von den beiden Hörsaalgemeinschaften mit ausgezeichnetem Fachwissen und intensiver Teamarbeit neben allen anderen Aufträgen vorbildlich gelöst werden.

Ein Höhepunkt der Planübung des 64. Studiengangs war eine Videokonferenz mit dem Headquarter ISAF in Kabul, das im Übungszeitraum durch das 1. GE/NL-Korps gestellt wurde. Das Briefing in englischer Sprache und die anschließende Aussprache über Einzelaspekte der

Unterstützung des niederländischen Kontingents wurden nach der Auswertung durch die Mitwirkenden des Headquarters ISAF mit überzeugendem Erfolg professionell gelöst.



Übung trifft Einsatz: Videokonferenz in englischer Sprache mit dem Headquarter ISAF in Kabul.



In der Pflicht: Vortrag der Arbeitsergebnisse zum Hauptauftrag „Aufnahme eines niederländischen Kontingents“ durch den Leiter des Standortservice Herrn Aybak am letzten Übungstag.

Herr Oberst i. G. Tränapp, BMVg - Referatsleiter P I 1, Herr Oberst i. G. Ohl, BMVg - Referatsleiter P I 2, Herr Ministerialrat Schäfer, BMVg - Referatsleiter P I 5, Herr Ministerialrat Kretschmer, BMVg - Referatsleiter IUD II 2 aus Berlin, Herr Oberamtsrat Froese, BMVg - Referat IUD II 2, Herr Regierungsdirektor Koppa, BMVg - Referat P II 4 aus Bonn, Herr Major Eijerkamp und Herr Warrant-Officer van Dijk, School MAT&PERSLOG, Soesterberg, Niederlande, Herr Leitender Regierungsdirektor Lorkowski, Leiter des Einsatzführungszentrums (EinsFüZ) IUD im Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Bonn, Herr Leitender Regierungsdirektor Dr. Schablowksy, Unterabteilungsleiter VI 4 im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) mit Herrn Regierungsoberamtsrat Caßon, BAPersBw - Referatsleiter VI 4.1, Herrn Regierungsamtsrat Reinhold, BAPersBw - Referatsleiter VI 4.2, und Frau Regierungsamtfrau Link, BAPersBw - Referat VI 4.1, aus Siegburg, Herr Conidi, Referatsleiter S 3 im Bundessprachenamt, Hürth, Herr

Oberstleutnant Rizzoli, stv. Kommandeur des ABC-Abwehrregiments 750, Bruchsal, Herr Oberstleutnant Mantey, stv. Kommandeur des Spezialpionierbataillons 464, Speyer, Herr Oberstleutnant Petry, stv. Kommandeur des Luftwaffenausbildungsbataillons, Germersheim, Herr Major Scherer, Chef Stabskompanie des Führungsunterstützungsregiments 29, Dillingen a. d. Donau, Frau Oberregierungsrätin Schittenhelm, BAPersBw – Abt. V Servicezentrum Süd, Stuttgart, Sachgebietsleiterin 1, Frau Regierungsoberamtsrätin Geuder, BAPersBw - Abt. V - Servicezentrum Süd - Ausbildungsleiterin für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst, nahmen am 7. November 2013 am Besuchertag der Planübung der 64. PL III teil.

Direktor Junger, Oberst i. G. Ohl, Oberst i. G. Tränapp und Ministerialrat Kretschmer bei der Planübung am 7. November 2013.



Eine Lehrveranstaltung, die in der Bundeswehr und bei Verbündeten auf großes Interesse stößt: die Besuchergruppe bei der Planübung im November 2013.

Personalwerbliche Kommunikation und Personalgewinnung

Auch im Jahr 2013 intensivierte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung die im Jahr 2011 eingeführte Ausbildung in dem zweiwöchigen Praktikum am Fachbereich „Personalwerbliche Kommunikation“. Durch intensive Zusammenarbeit der Fachdozenten Frau Prof.:in Dr. Schäffer-Külz und Herr Prof. Dr. Manz mit Praktikern aus den Karrierecentern der Bundeswehr wird eine optimale Kombination der Vermittlung der erforderlichen Fachkenntnisse mit den langjährigen Erfahrungen aus der

Praxis sichergestellt. Die Lehrveranstaltung bereitet auf die nachfolgende Praktikumsstation im Karrierecenter vor; sie schafft die Voraussetzungen, dass die Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss der Laufbahnausbildung in der Personalgewinnung, aber auch im Berufsförderungsdienst von Beginn ihrer Berufstätigkeit an qualifiziert arbeiten können.

Dieser Studienabschnitt ist als interdisziplinäre anwendungsorientierte Kompaktlehrveranstaltung gestaltet und hat das Ziel, bereits in der Laufbahnausbildung Grundfähigkeiten und -fertigkeiten für künftige Verwendungen in der Personalgewinnung zu vermitteln.

Die Arbeitsgebiete „Personalgewinnung“ und „Berufsförderung“ sind für die Bundeswehr als Freiwilligenarmee von existenzieller Bedeutung. Deswegen ist diese Kompaktlehrveranstaltung außerordentlich wertvoll, soll mit ihr doch das Ausbildungsziel der Berufsbefähigung in diesen Arbeitsgebieten erreicht werden.

Am 15. Oktober 2013 informierten sich 31 militärische und zivile Karriereberaterinnen und Karriereberater des Karrierecenters der Bundeswehr Stuttgart über Struktur, Inhalt und Rahmenbedingungen des Studiums an der FH Bund – Fachbereich Bundeswehrverwaltung in Mannheim

Personalwerbliche Kommunikation
in der Ausbildung ...



... und in der Praxis.



Eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit: Direktor Junger und Oberstleutnant Jakobeit mit den Karriereberaterinnen und Karriereberatern des Karrierecenters Stuttgart bei der Informationsveranstaltung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung ...



... und zwei Studentinnen des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung nach erfolgter Ausbildung bei der Messe „Bildung 2013“ am 9. November 2013 in Göppingen.

und über die Ausbildung zum Thema „Personalgewinnung“. Als Ergebnis der Veranstaltung wurde eine Intensivierung der Zusammenarbeit durch noch stärkere Einbringung der Praxiserfahrung der Karriereberaterinnen und Karriereberater in die Ausbildung verabredet. Im Gegenzug unterstützt der Fachbereich Bundeswehrverwaltung das Karrierecenter Stuttgart und die Karriereberatungsbüros mit Studierenden, die bei geeigneten Veranstaltungen mitwirken und dabei die in der Ausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten unmittelbar einsetzen.

Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie Kriegsopferfürsorge

Mit dem „Gesetz zur Übertragung der Zuständigkeiten der Länder im Bereich der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach dem Dritten Teil des Soldatenversorgungsgesetzes auf den Bund“ (BGBl I S. 2416) gehen die bisher von den Ländern wahrgenommenen Zuständigkeiten für die Versorgung der wehrdienstbeschädigten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nach Beendigung ihres Wehrdienstverhältnisses sowie die Versorgung ihrer Hinterbliebenen ab 1. Januar 2015 in die Zuständigkeit der Bundeswehrverwaltung über.

Bisher ist die Zuständigkeit für die Versorgung wehrdienstbeschädigter Soldatinnen und Soldaten, gleichgestellter Zivilpersonen und ihrer Hinterbliebenen nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Für die Versorgung während des Wehrdienstverhältnisses sind die Behörden der Bundeswehrverwaltung zuständig. Die Beschädigtenversorgung für die Zeit nach Beendigung des Wehrdienstverhältnisses und die Hinterbliebenenversorgung werden im Auftrag des Bundes von den Behörden der Länder durchgeführt, die für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) zuständig sind.

Zur Erfüllung der neuen Aufgaben wurde im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BA-PersBw) am Standort Düsseldorf das Referat I 2.3.4 mit zahlreichen Dienstposten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes eingerichtet, das am 1. Januar 2015 die Aufgaben übernehmen wird. Durch die Übernahme und Wahrnehmung der neuen Aufgaben der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung durch die Bundeswehr entsteht ein erheblicher Ausbildungsbedarf – sowohl für die Einführungsausbildung und Fortbildung als auch für die Laufbahnausbildung.

In einer Besprechung Ende April 2013 haben die Referate – P I 5 - und - P III 3 – des BMVg mit dem Fachbereich Bundeswehrverwaltung der FH Bund in Mannheim den Ausbildungsbedarf erörtert. Ergebnis der Besprechung war der Auftrag an den Fachbereich Bundeswehrverwaltung, einen Studienplan für die Themen der Beschädigtenversorgung zu erarbeiten und die erforderliche Fachkompetenz für die Lehre aufzubauen.

Mitte Juni 2013 erörterten der Fachbereichsleiter, Direktor Junger, Leitender Regierungsdirektor Beck und Regie-

rungsoberamtsrat Holstein, Fachdozent für Besoldungs- und Versorgungsrecht, mit der Fachbereichsleitung und den Fachdozentinnen des Fachbereichs Sozialverwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern in Wasserburg am Inn die komplexe Thematik. In der mehrtägigen Arbeitstagung identifizierten sie die für die künftige Laufbahnausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung relevanten Lerninhalte. Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Sozialverwaltung - ist die einzige deutsche Hochschule, die diese spezifischen versorgungsrechtlichen Themen als Studieninhalt in einem praxistauglichen Umfang vermittelt.

Dank der außergewöhnlich kollegialen Unterstützung durch die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Sozialverwaltung - erarbeitete der Fachbereich Bundeswehrverwaltung zügig ein Konzept für die Einführung der neuen Ausbildungsinhalte in die Laufbahnausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehrverwaltung und legte im Juli 2013 dem BMVg einen ausgearbeiteten Studienplan für das neue Studienfach „Soziales Entschädigungsrecht“ im Umfang von 134 Lehrveranstaltungsstunden vor.

Der Fachbereich Bundeswehrverwaltung schlug in dem Bericht die Einführung des neuen Studienfachs in die Laufbahnausbildung im Zuge der Neufassung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vor. Da es gerade im Interesse der Versorgungsberechtigten dringlich ist, die neuen Studieninhalte möglichst schnell zu vermitteln, schlug der Fachbereich Bundeswehrverwaltung eine

Übergangslösung vor, die ab dem 67. Studiengang (1. Oktober 2012 – 30. September 2015) durchgeführt werden kann. Inhalt dieser Übergangslösung sind nahezu die identischen Lehrinhalte der Ziellösung, d. h. des neuen Studienfachs im Umfang von 134 Stunden. Die Übergangslösung nutzt den Zeitraum von fünf Wochen, der durch den Wegfall der berufspraktischen Ausbildungszeiten in der Personalabrechnung entstanden ist. Mit Erlass vom 18. September 2013 hat BMVg den Ausbildungsrahmenplan für die Übergangslösung genehmigt und den Fachbereich beauftragt, ab dem 67. Studiengang die Studieninhalte des „Sozialen Entschädigungsrechts“ im Umfang von 134 Stunden zu lehren.

Seit Dezember 2013 lehrt der Fachbereich Bundeswehrverwaltung als erstes Lehrinstitut der Bundeswehr das „Soziale Entschädigungsrecht“ mit den Lehrinhalten der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie der Kriegsopferfürsorge. Der 67. Studiengang, der die Laufbahnausbildung Ende September 2015 abschließen wird, ist der erste Studiengang, der diese Ausbildung in vollem Umfang absolviert.

Die kurzfristige Aufnahme der Lehre in dem komplexen und für die Bundeswehr weitgehend neuen Rechtsgebiet

Wesentliche Voraussetzung für den schnellen Einstieg in die Ausbildung: der Referatsleiter Soziales Entschädigungsrecht beim LSJV Rheinland-Pfalz, Regierungsdirektor Rippel, bei der Einweisung von Regierungsoberamtsrat Holstein und Regierungsoberamtsrat Arff in Koblenz.



des „Sozialen Entschädigungsrechts“ war nur durch die tatkräftige und engagierte Unterstützung von Experten aus Lehre und Praxis möglich. Dank der intensiven Zusammenarbeit mit den Fachdozentinnen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Sozialverwaltung -, der Bereitstellung von Unterlagen und der Ermöglichung einer Hospitation von Herrn Regierungsoberamtsrat Holstein an Lehrveranstaltungen konnten rasch die Grundlagen aus dem Blickwinkel der Lehre geschaffen werden.

Unerlässlich ist die Unterstützung durch die Berufspraxis. Hier erfährt der Fachbereich Bundeswehrverwaltung wertvolle Unterstützung durch das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (LSJV). Als Ergebnis einer Besprechung mit Herrn Präsidenten Keggenhoff, dem Präsidenten des LSJV in Mainz, und Herrn Regierungsdirektor Rippel, dem Referatsleiter Soziales Entschädigungsrecht, organisierte das LSJV eine zweiwöchige Grundeinweisung in das Soziale Entschädigungsrecht und in die Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz für zwei Dozenten des Fachbereichs.

Regierungsoberamtsrat Holstein und Regierungsoberamtsrat Arff, bisher Fachdozent für Verpflegungswirtschaft und Beschaffung, erhielten in dem Referat in Koblenz vom 18. bis 29. November 2013 eine umfassende Grundeinweisung. Zwölf Referenten und Sachbearbeiter des LSJV wiesen die beiden Dozenten an ihren Arbeitsplätzen mit vorbildlichem Engagement in die praktischen Arbeitsabläufe ein.

Die Einweisungen durch die bayerische Fachhochschule in Wasserburg am Inn und durch das Landesversorgungsamt in Koblenz schufen die unerlässlichen Voraussetzungen

dafür, dass der Fachbereich Bundeswehrverwaltung bereits ab Dezember 2013 mit eigenen Dozenten und Lehrbeauftragten sowie Vortragenden aus der Praxis mit der Ausbildung zu den neuen Studieninhalten beginnen konnte.

Für die Einführungsausbildung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamts für das Personalmanagement der Bundeswehr, die ab 1. Januar 2015 die neuen Aufgaben der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie Kriegsopferfürsorge in Düsseldorf bearbeiten sollen, ist das Bildungszentrum der Bundeswehr (BiZBw) zuständig. Zur Qualifizierung der Lehrkräfte des BiZBw ermöglicht es der Fachbereich Bundeswehrverwaltung der FH Bund den Fachlehrern der Lehrbereiche Berlin-Grünau und Oberammergau des BiZBw, an den Lehrveranstaltungen der Laufbahnausbildung teilzunehmen. Zwei Fachlehrer des BiZBw – Lehrbereich Oberammergau - hospitieren in den Lehrveranstaltungen des Fachbereichs im 67. Studiengang.

Zur Sicherstellung der für 2014 geplanten Einführungsausbildung und Fortbildung der künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAPersBw leistet der Fachbereich Bundeswehrverwaltung einen Beitrag, indem er ein zweiwöchiges Seminar zu den Grundlagen des Sozialen Entschädigungsrechts durchführt, auf das die anschließende Einführungsfortbildung aufbauen kann.

Arbeiten mit integrativen Managementsystemen

Die Nutzung des integrativen Managementsystems „Standard-Anwendungs-Software-Produktfamilien“ in der Bundeswehr prägt auch die Laufbahnausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechni-



schen Verwaltungsdienstes der Bundeswehrverwaltung. Die Vermittlung der Fachinhalte ist nicht von der Vermittlung der SASPF-Inhalte zu trennen. Die Prozessorientierung der Aufgabenwahrnehmung überträgt sich auf die Studieninhalte, wie auch die Anforderungen an die Vermittlung der Studieninhalte.

Im Rahmen der Laufbahnausbildung sind SASPF-Inhalte in allen Studienabschnitten und in den Lehrinhalten nahezu aller Studienfächer vom Grundstudium bis zur Laufbahnprüfung enthalten. Die Ausbildung erfolgt im Sinne einer studienfächerübergreifenden Grundlagenausbildung anhand von exemplarischen anwendungsbezogenen interdisziplinären Elementen zur SASPF-Nutzung im Kontext des jeweiligen Studienfachs.

Die SASPF-bezogene Ausbildung verzahnt die Lerninhalte der Fachstudien eng mit der berufspraktischen Ausbildung. Vor dem Praktikum I bereitet ein einwöchiges Praktikum I am Fachbereich Bundeswehrverwaltung auf die berufspraktische Ausbildung in den Dienststellen der Bundeswehr durch das Üben von Szenarien der Logistik-Schiene („L-Schiene“) von SASPF mit Inhalten aus Infrastrukturmanagement/ Facility Management der Bundeswehr, aus Finanzen und Rechnungswesen sowie aus der Beschaffung vor.

Ein ebenfalls einwöchiges Praktikum II am Fachbereich Bundeswehrverwaltung bereitet auf die Ausbildung im Praktikum II in den Dienststellen der Bundeswehr durch das Üben von Szenarien aus dem Personalmanagement unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen in der Personalabrechnung vor („Z-Schiene“). Diese Übungsszenarien bauen auf den in den einzelnen Studienfächern in den Studienabschnitten Grundstudium, Hauptstudium I und Hauptstudium

II vermittelten Lerninhalten zum integrativen Managementsystem SASPF und SASPF-bestimmten Prozessen auf; sie ergänzen und vertiefen sie.

Verzahnung von Theorie und Praxis

Als Teil einer Hochschule für angewandte Wissenschaften leistet der Fachbereich Bundeswehrverwaltung eine wissenschaftlich hochwertige Laufbahnausbildung, die die Studierenden zugleich praxisbezogen und anwendungsorientiert auf die künftige Aufgabenwahrnehmung in einer modernen, sich auf die sich rasch wandelnden gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen einstellenden Bundeswehr vorbereitet.

Zur Unterstützung dieses Bildungsauftrags erhalten die Studierenden auch während der Fachstudien die Möglichkeit, theoretische Studieninhalte in der praktischen Umsetzung in der Bundeswehr, bei internationalen Einrichtungen und bei NATO-Partnern zu erfahren und erworbene Kenntnisse vor Ort anzuwenden und zu erproben. Ein wichtiges Element zur Erreichung dieses Ausbildungsziels sind regelmäßige Studienfahrten und Exkursionen. Im Jahr 2013 haben die Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung mit den Studierenden unterschiedlicher Studienabschnitte zahlreiche Exkursionen durchgeführt. Hervorzuheben sind insbesondere:

■ Exkursion zur 12. Berliner Sicherheitskonferenz

An der 12. Berliner Sicherheitskonferenz vom 26. bis 27. November 2013 zum Thema „Post-Afghanistan - neue Anforderungen und Möglichkeiten für Politik, Militär und Industrie“ nahmen drei Studierende des 65. Hauptstudiums II und Frau Professorin Dr. Wittinger, Professorin



Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik direkt verfolgen – Frau Professorin Dr. Wittinger und drei Studierende des 65. Hauptstudiums II auf der 12. Berliner Sicherheitskonferenz.



Empfang in der britischen Botschaft: Frau Professorin Dr. Wittinger im Gespräch mit Botschafter Thomas McDonald (3. v. links).
 Foto: BS/Dombrowsky.

rin für Staats- und Europarecht am Fachbereich Bundeswehrverwaltung, teil. Rund 1.000 Teilnehmer aus europäischen und außereuropäischen Ländern trafen sich in der Bundeshauptstadt, um über die aktuelle Entwicklung der Europäischen Verteidigungspolitik zu debattieren. Der Teilnehmerkreis erfasste insbesondere Spezialisten aus Ministerien und Verwaltungen, Soldaten, Wissenschaftler, Politiker und Manager der Rüstungsindustrie. Kernthemen waren die Erfahrungen aus zwölf Jahren Einsatz in Afghanistan, die Zukunft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der EU und der NATO, die militärische und rüstungstechnische Kooperation in Europa, die Herausforderungen für die Sicherheit im Internet („Cyber War“) und die Zukunft multinationaler Einsätze.

■ Exkursionen im Rahmen „Internationale Zusammenarbeit/Austausch“ 2013

Mit den 33 Studierenden des 64. Studiengangs fanden vom 17. bis 19. April 2013 zwei Exkursionen statt. Den Teilnehmern sollte die Gelegenheit gegeben werden, Bundeswehrverwaltungsstellen im Ausland, nationale Verbände anderer NATO-Partner und auch andere Bundesressorts kennenzulernen, die bei Auslandseinsät-



Erlebte deutsch-amerikanische Sicherheitspartnerschaft: Regierungsdirektor Ermer dankt dem Kommandeur der US-Streitkräfte auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr für die eindrucksvolle Veranstaltung.



Eine einmalige Chance: Der damalige Bundesminister Niebel stellt das intensive Zusammenwirken der einzelnen Bundesressorts bei der Stabilisierung und Entwicklung Afghanistans vor und stellt sich den Fragen der Studierenden.

zen eng mit dem Bundesministerium der Verteidigung zusammenarbeiten, um dadurch Beispiele für die enge europäische Zusammenarbeit im nichtmilitärischen Bereich zu erhalten.

Für eine Gruppe unter Leitung der Dozenten Regierungsdirektor Ermer und Regierungsoberamtsrat Arff standen Truppenteile und Einrichtungen der US-Streitkräfte auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie das Bundesministerium der Verteidigung auf dem Programm.

Der damalige Bundesminister für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit Dirk Niebel empfing die Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung und stellte das deutsche Engagement in Afghanistan vor. Thema war insbesondere die Zusammenarbeit der einzelnen Bundesressorts bei der Stabilisierung und Entwicklung, bei der humanitären Hilfe sowie beim Aufbau der afghanischen Polizei.

Die Exkursion der zweiten Gruppe stand ganz im Zeichen der deutsch-französischen Partnerschaft. Mit den Einzelzielen Verdun, Metz und Paris reichte das Spektrum von Stätten historischer Ereignisse, deren Erfahrung für die europäische Zusammenarbeit grundlegend war, wie der Zitadelle von Verdun, Fort Douaumont und dem Beinhaus von Verdun, über Einrichtungen, die maßgebend sind für die Zusammenarbeit im deutsch-französischen Grenzland bis zum politischen Zentrum Frankreichs, Paris.

Im Herbst fanden vom 21. bis 25. Oktober 2013 mit den 35 Studierenden des 65. Studiengangs weitere zwei Exkursionen statt. Ziel war es, nationale und multinationale



Dienststellen und Truppenteile, eine Bundeswehrverwaltungsstelle im Ausland sowie zivile Institutionen in Frankreich kennenzulernen, die eng mit Deutschland zusammenarbeiten sowie Einrichtungen des österreichischen Bundesheeres und der Vereinten Nationen in Wien.

Deutsch-französische Freundschaft
 konkret: Exkursion des 64.
 Studiengangs mit zahlreichen
 Vorträgen, Aussprachen und
 Besichtigungen nach Verdun, Metz
 und Paris – hier beim Besuch des
 Instituts für nationale Verteidigung
 IHEDN bei der École militaire, Paris.

Eine Gruppe unter der Leitung von Regierungsoberamtsrat Tito und Regierungsoberinspektor Kühl führte eine Exkursion nach Frankreich durch. Bei der Bundeswehrverwaltungsstelle Frankreich in Illkirch-Grafenstaden bei Straßburg, konnten die Studierenden einen Eindruck von den zahlreichen interessanten Aufgaben gewinnen, die bei den Bundeswehrverwaltungsstellen im Ausland von Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes wahrgenommen werden. Ein Vortrag des französischen Standortältesten ermöglichte einen eindrucksvollen Einblick in Organisation, Infrastruktur und Versorgung am Standort Illkirch-Grafenstaden.

Eine weitere Station der Exkursion war die Hauptstadt der „Région Lorraine“ Metz. Hier ermöglichte der Besuch bei einem französischen Aufklärungs- und Panzerabwehrverband der Deutsch-Französischen Brigade und

zugleich einem traditionsreichen Regiment der französischen Streitkräfte - dem 3e Régiment des Hussards „Esterhazy“ – Eindrücke von der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Streitkräfte. Höhepunkt des Besuchs war ein Gespräch mit dem Regimentskommandeur, Colonel Bourdeau de Fontenay.

Der Besuch beim Regionalrat der Region Lothringen ergänzte zivile Aspekte der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Vorträge der Vizepräsidentin Josiane Madelaine des Regionalrats der Region Lothringen zur dezentralen Verwaltungskooperation und internationaler Zusammenarbeit, von Generaldirektor Joel Berger zur französischen Verwaltung und von Monsieur Grégory Dufour, dem Beauftragten der Region Lothringen für die deutsch-französischen Beziehungen sowie für die militärischen Angelegenheiten, ermöglichten einen umfassenden Eindruck der französischen Staatsorganisation und der engen deutsch-französischen Beziehungen in der Grenzregion. Ein Besuch des Schlachtfelds und der Gedenkstätten von Verdun, der Minentunnel von Vauquois aus dem ersten Weltkrieg und - anlässlich des 50. Jahrestages der Versöhnungsmesse mit dem Präsidenten der Republik Frankreich Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahr 1963 - der Kathedrale und dem Palais du Tau der Stadt Reims rundeten das informative Programm ab.

Hautnah und zum Anfassen:
Dozenten und Studierende bei der
Vorstellung von Aufklärungs- und
Panzerabwehreinheiten des 3e
Régiment des Hussards in Metz.



An historischer Stätte: Die Exkursionsteilnehmerinnen
und Exkursionsteilnehmer in Reims.

Exkursionsziel der zweiten Gruppe unter Leitung von Regierungsoberamtsrat Arff und Regierungsoberamtsrat Feucht war Wien. Erste Station der Exkursion war die Heereslogistikschule des österreichischen Bundesheeres. Eindrucksvoll war der Grundsatzvortrag des Schulkommandeurs, Herrn General Jocham, zum österreichischen Bundesheer und dem Verhältnis des österreichischen Bundesheeres zur deutschen Bundeswehr. Interessant ist die Vielzahl von Gemeinsamkeiten der beiden Streitkräfte, die bei genauerer Betrachtung sichtbar wird. Danach stellten sich die einzelnen Institute vor. Praktische Vorführungen mit der Möglichkeit, eigene Erfahrungen an den einzelnen Ausbildungsstationen zu machen, rundeten das Programm ab. Weitere Stationen des Exkursionsprogramms waren das Heeresgeschichtliche Museum, mit zahlreichen Exponaten zu Schlüsselereignissen der europäischen Geschichte, und der Stadtteil mit den zahlreichen UNO-Einrichtungen („UNO-City“).

Der stellvertretende Leiter der „Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den internationalen Organisationen in Wien“ stellte die Dienststelle und ihre Aufgaben vor und beantwortete zahlreiche Fragen zur Arbeit mit den internationalen Organisationen in Wien und den zahlreichen internationalen und UN-Einrichtungen in der UNO-City. Die erörterten Themen reichten von den Besonderheiten der Zusammenarbeit in der UN über Sicherheitspolitik am Beispiel aktueller Krisenherde bis zur Energie- und Weltraumpolitik. Eine Vorstellung und Besichtigung des Internationalen Zentrums Wien („Vienna International Center“, VIC), einem der vier Amtssitze der Vereinten Nationen und Sitz verschiedener UN-Einrichtungen, ergänzte das Programm und ermöglichte einen eigenen Einblick in die komplexen Strukturen.



Ein breites Spektrum an Aufgaben und zahlreiche Gemeinsamkeiten mit der Bundeswehr: General Jocham, Kommandeur der Heereslogistikschule des österreichischen Bundesheeres in Wien mit Offizieren der Schule, den Delegationsleitern Regierungsoberamtsrat Feucht und Regierungsoberamtsrat Arff und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Exkursion.

Das Vienna International Center VIC, einer der vier Amtssitze der Vereinten Nationen und Exkursionsziel im Oktober 2013.



Fortbildung

Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung hat der Fachbereich Bundeswehrverwaltung mehrere fachbezogene Fortbildungslehrgänge durchgeführt (vgl. § 3 Abs. 4 GO-FH Bund).

Im Auftrag des Bundesrechnungshofs und mit Zustimmung des BMVg entwickelte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung einen Kompaktlehrgang „SASPF in der Bundeswehrverwaltung – Schwerpunkt Logistik“ zur Einführung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesrechnungshofs in die Thematik, der vom 8. bis 12. April 2013 am Fachbereich stattfand.

Der einwöchige Lehrgang „Vergabe von Bildungsleistungen durch den Berufsförderungsdienst“ richtet sich an Angehörige des Berufsförderungsdienstes (BFD). Ziel des Lehrgangs ist es, die Kenntnisse zu vermitteln, um praktikable und effiziente Lösungen bei der Vergabe von Dienstleistungen auf dem Bildungsmarkt zu finden. An den Lehrgängen im August und Oktober 2013 nahmen 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von verschiedenen Berufsförderungsdiensten erfolgreich teil.

Direktor Junger mit Dozentinnen und Dozenten der interdisziplinären Lehrveranstaltung „SASPF in der Bundeswehrverwaltung – Schwerpunkt Logistik“ und den Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmern des Bundesrechnungshofs.

Vorbereitung auf eine spannende Aufgabe: Direktor Junger, Leitender Regierungsdirektor Beck, Frau Professorin Dr. Wittinger und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Prüferinweisungsseminars für Prüferinnen und Prüfer von Diplomarbeiten im Mai 2013.



Neben diesen Fortbildungslehrgängen führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung die „Einweisungsseminare für Prüferinnen und Prüfer von Diplomarbeiten“ fort. Ziel dieses Seminars ist es, den Prüferinnen und Prüfern die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, um Diplomarbeiten nach deren wissenschaftlichem Anspruch, im Hinblick auf die Praxisrelevanz und im Hinblick auf materielle Kriterien sowie formale Vorgaben bewerten zu können. An den Prüferinweisungsseminaren im Mai und September/ Oktober 2013 nahmen 20 Angehörige der Wehrverwaltung, der Streitkräfte und bundeswehrexterner Stellen teil. Sie bewerteten die Diplomarbeiten des 63. und 64. Studiengangs als Zweitprüfende.

Beratung, Forschung und Entwicklung

Neben der zentralen Aufgabe der Laufbahnausbildung und den übertragenen Fortbildungslehrgängen nimmt der Fachbereich Bundeswehrverwaltung Forschungs-, Beratungs- und Entwicklungsaufgaben (vgl. § 3 Abs. 3 GO-FH Bund) wahr.

DAAD-Seminar an der Universität Sousse/ Tunesien,
 Rechtswissenschaftliche Fakultät.



Teilnehmer des DAAD-Seminars
 an der Universität Sousse.



Im Jahr 2013 arbeitete Frau Professorin Dr. Wittinger – wie bereits im Vorjahr – an mehreren Projekten mit, die die Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) in enger Zusammenarbeit mit

dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Justiz für Führungskräfte in den Staaten veranstaltet, die sich in der Transformation zu Demokratie und Rechtsstaat befinden („Rechtsstaatsdialog“).



Seminar in Nakhichevan/
Aserbaidshan.

Im Rahmen eines Projekts der IRZ mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zum Verwaltungsrecht in Tunesien hielt Frau Prof.in Dr. Wittinger in einem Seminar, das vom 4. bis 6. September 2013 an der Universität Sousse stattfand, mehrere

verfassungs- und staatsrechtliche Vorträge, u.a. zur deutschen Wehrverfassung und Wehrverwaltung.

Im Rahmen eines Projekts der IRZ mit der Aserbeidschischen Juristenvereinigung und der dortigen Justizakademie hat Frau Prof.in Dr. Wittinger an Seminaren in Nakhichevan und Baku zum Menschenrechtsschutz vom 28. bis 31. Oktober 2013 teilgenommen. Sie hielt dort Vorträge zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Vom 4. bis 6. Dezember 2013 nahm Frau Prof.in Dr. Wittinger im Rahmen des Rechtsstaatsdialogs zwischen der Bundesrepublik und Vietnam am deutsch-vietnamesischen Erfahrungsaustausch in Hanoi teil, der am Menschenrechtsinstitut der Nationalen Akademie für Politik und öffentliche Verwaltung stattfand und dem Schutz und der Durchsetzung der Menschenrechte in Vietnam dienen soll. Gegenstand der Diskussionen war vor allem die reformierte Verfassung Vietnams, die aus rechtsstaatlicher Sicht noch Defizite aufweist. Frau Prof.in

Dr. Wittinger referierte über die Mechanismen zum Schutz von Grund- und Menschenrechten in Deutschland, über die Herausforderung für Asien, einen regionalen Menschenrechtsvertrag zu schaffen, und stellte die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Meinungs- und Religionsfreiheit vor.

Frau Professorin Dr. Wittinger im Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung in Vietnam.



Rechtsstaatsdialog in Vietnam.

Durch Frau Prof.in Dr. Wittinger ist der Fachbereich Bundeswehrverwaltung ferner in der Ausbildung junger Juristen und des Verwaltungs- und Richternachwuchses engagiert. Frau Prof.in Dr. Wittinger nimmt als Jury-Mitglied regelmäßig an simulierten Gerichtsverhandlungen für Studierende (sog. „Moot Courts“) der rechtswissenschaftlichen Fakultäten Baden-Württembergs teil. Diese Übungen werden vom Landesjustizprüfungsamt Baden-Württemberg und vom Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Baden-Württemberg in Form eines jährlichen Wettbewerbs am VGH Baden-Württemberg veranstaltet, im Jahr 2013 am 22. Juli. Auf Einladung der IRZ und des Nationalen Instituts der Magistratur in Rumänien hat Frau Prof.in Dr. Wittinger außerdem einen „Moot Court“ zur Europäischen Menschenrechtskonvention konzipiert, der vom 21. bis 22. Oktober 2013 in Bukarest stattfand.

Auch im Jahr 2013 arbeitete der Fachbereich Bundeswehrverwaltung aktiv im „Akademischen Expertennetzwerk Interkulturelle Kompetenz“ mit. Die Themen „Interkulturelle Kompetenz“ (IkK) und „Interkulturelle Einsatzberatung“ (IEB) sind für die Bundeswehr mit ihren zahlreichen multinational organisierten Stäben und Auslandseinsätzen zur Friedenssicherung und Katastrophenhilfe weltweit von besonderer Bedeutung. Das „Akademische Expertennetzwerk Interkulturelle Kompetenz“ ist organisatorisch der „Zentralen Koordinierungsstelle Interkulturelle Kompetenz“ (ZKIkK) am Zentrum für Innere Führung (ZInFü) in Koblenz zugeordnet. Deren Aufgabe ist neben der Betreuung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Kompetenzentwicklung im Gesamtbereich der Bundeswehr auch die Vernetzung mit Experten innerhalb und außerhalb der Bundeswehr.

„Moot Court“ am VGH Baden-Württemberg, in der Mitte VGH-Präsident Ellenberger.



„Moot Court“ am Nationalen Institut der Magistratur, Bukarest.

Das Thema interkulturelle Kompetenz ist ein Ausbildungsschwerpunkt der sozialwissenschaftlichen Studienfächer am Fachbereich Bundeswehrverwaltung. Es ist ein wichtiger Bestandteil der bedarfsgerecht und einsatzorientiert ausgerichteten Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehr.

Viele Beratungs- und Entwicklungsaufgaben am Fachbereich Bundeswehrverwaltung werden im Rahmen von Projektarbeiten und von Diplomarbeiten und damit unter intensiver Beteiligung der Studierenden wahrgenommen. Mehrere Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs leisten im Rahmen ihrer Studienfächer regelmäßig Beratung und führen Fortbildungen innerhalb der Bundeswehr durch.

Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Hochschulen, Partnerschaften

Die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern als Kernelement der Laufbahnausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Die Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr ist geprägt von enger Zusammenarbeit mit verbündeten Nationen in multinationalen Stäben, multinationalen Rüstungsprojekten und multinationaler Zusammenarbeit bei friedensichernden und friedenschaffenden Auslandseinsätzen und Katastrophenhilfeeinsätzen weltweit. Um die Aufgaben der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung in diesen Bereichen wahrnehmen zu können, sind interkulturelle Kompetenz, interkulturelle Kommunikation und fundierte Kenntnisse in den Grundlagen internationaler Zusammenarbeit sowie eigene praktische Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Alliierten notwendige Voraussetzung.

Die Zusammenarbeit mit multinational organisierten Stäben und ausländischen Hochschulen ist für die Weiterentwicklung des Studiums am Fachbereich Bundeswehrverwaltung von grundlegender Bedeutung. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Austausch von Erfahrungen,

dem Fördern des Verständnisses für den jeweiligen Partner, der Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Lehrenden und Studierenden, dem Üben in interkultureller Kommunikation und dem Gewinnen von Anregungen für die Weiterentwicklung der Wehrverwaltung. In diesem Kontext ist für den Fachbereich Bundeswehrverwaltung die enge Zusammenarbeit mit Hochschulen, die ebenso wie der Fachbereich Bundeswehrverwaltung für die Bundeswehr das Führungspersonal der Militärverwaltung der Streitkräfte der jeweiligen Nation ausbilden, besonders wertvoll. Sie ermöglichen den Studentinnen und Studenten der beiden Partnerhochschulen den Kontakt und Austausch in derselben Lebensphase und mit einem ähnlichen Erfahrungshorizont.

Eine ideale Ergänzung ist die Zusammenarbeit mit inländischen Hochschulen, die ihre Absolventinnen und Absolventen auf Verwendungen im internationalen Bereich vorbereiten und oder ähnliche Studieninhalte wie der Fachbereich Bundeswehrverwaltung vermitteln.

Die Zusammenarbeit mit Verwaltungshochschulen der französischen Streitkräfte – eine Beziehung mit Tradition

Seit 2008 arbeitet der Fachbereich Bundeswehrverwaltung eng mit Verwaltungshochschulen der französischen Streitkräfte zusammen.

Von 2008 bis 2010 tauschte sich der Fachbereich Bundeswehrverwaltung intensiv und in zahlreichen Projekten mit der Ecole Militaire Supérieure d'Administration et de Management de l'Armée de Terre (E.M.S.A.M.), der Hochschule des französischen Heeres für Verwaltung und Management in Montpellier, aus, zu der eine Partnerschaft bestand. Neben dieser Partnerschaft arbeitete der Fachbereich Bundeswehrverwaltung auch mit der

Verwaltungshochschule der französischen Luftwaffe, Ecole des Commissaires de l'Air (ECA) in Salon-de-Provence, zusammen. Nach Auflösung der EMSAM wurde die Verbindung mit der Ecole d'Administration Militaire (E.A.M.) im Verbund der Offiziersschulen in Saint-Cyr Coëtquidan fortgeführt, die in einer Übergangsphase die Ausbildung der Offiziere des Verwaltungsdienstes („Commissaires“) des französischen Heeres übernahm.

Im Jahr 2012 hat das französische Verteidigungsministerium die Organisation und Ausbildung des Verwaltungsdienstes in den Streitkräften neu geordnet.

Per 1. Januar 2013 ist der „Service du commissariat des armées“ als neuer Organisationsbereich der französischen Streitkräfte gegründet worden. Er besteht selbständig neben Heer, Luftwaffe, Marine und Nuklearstreitmacht. Er fasst die bis dahin den einzelnen Teilstreitkräften angehörenden Organe der Administration, Unterstützung und Rechtsberatung zu einem selbständigen Organisationsbereich zusammen. Der „Service du commissariat des armées“ entspricht weitgehend der bisherigen deutschen Wehrverwaltung.

Der „Service du commissariat des armées“ ist eine militärische Organisation. Leitende Funktion bei der Wahrnehmung der administrativen Aufgaben (Verwaltung, Finanzen, Recht, Beratung, Revision, Logistik, Umwelt) üben die 1.600 Offiziere des Verwaltungsdienstes („Commissaires“) aus. Dem Dienst gehören neben Soldaten auch Zivilbedienstete an.

Dieser einheitlichen streitkräftegemeinsamen Organisation entspricht die nun einheitliche Ausbildung aller Offiziere des Verwaltungsdienstes. Die bisher getrennte Ausbildung der Commissaires der französischen Teil-



Das Wappen der Ecole des Commissaires des Armées (ECA) in Salon-de-Provence.

Ein Zeichen enger Verbundenheit: am 3. Oktober – dem Tag der deutschen Einheit – hisste die ECA zu Ehren der deutschen Delegation die deutsche Flagge auf ihrem zentralen Platz.

streitkräfte wurde zusammengefasst. Die Ausbildung wird nun am Standort der bisherigen Verwaltungshochschule der französischen Luftwaffe in Salon-de-Provence streitkräftegemeinsam durchgeführt.

In Salon-de-Provence wurde im Jahr 2013 die Ecole des Commissaires des Armées (ECA) neu gegründet - die Hochschule der französischen Streitkräfte für die Ausbildung der Offiziere des Verwaltungsdienstes („Commissaires“). Dort werden seit September 2013 die Commissaires des neuen „Service du commissariat des armées“ ausgebildet.

Seit Ende 2012 arbeitet der FB BWV mit der neu gegründeten Ecole des Commissaires des Armées (ECA), der Verwaltungshochschule der französischen Streitkräfte in Salon-de-Provence, zusammen. Rechtsgrundlage ist der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Elysée-Vertrag – vom 22. Januar 1963. Der Elysée-Vertrag sieht auf dem Gebiet der Verteidigung den Personalaustausch zwischen den Streitkräften, insbesondere zwischen Lehrkräften und Schüle-



rinnen und Schülern, und die Verstärkung des Sprachunterrichts vor.

Erste Gespräche über die künftige Zusammenarbeit führten die Leiter der beiden Hochschulen beim Besuch einer französischen Delegation unter Führung von General Legendre, Kommandeur der ECA, und Oberst Steinmyller, Chef des Stabes der ECA, im November 2012 am Fachbereich Bundeswehrverwaltung. In einer weiteren Besprechung beim ersten Besuch des Fachbereichsleiters Direktor Junger und von Regierungsdirektor Spieß, Dozent für Wehr- und Einsatzrecht sowie Internationale Zusammenarbeit, vom 2. bis 5. Oktober 2013 bei der Ecole des Commissaires des Armées (ECA) in Salon-de-Provence wurde die Zusammenarbeit konkretisiert. Kern der Zusammenarbeit sind gemeinsame Ausbildungsvorhaben und ein Austauschprogramm für Dozentinnen und Dozenten sowie für die Studierenden. Im Jahr 2014 werden vier gemeinsame Ausbildungsvorhaben (Seminare, Studienfahrten, Übungen) durchgeführt.

Während des Aufenthalts in der Provence hatte die deutsche Delegation auch die Gelegenheit, das Deutsch-Französische Heeresfliegerausbildungszentrum TIGER in Le Luc zu besuchen. Nach der Begrüßung und Vorstellung des Hubschrauberprojekts TIGER durch den Kommandeur

Eine neue Ausbildung für eine neue Militärverwaltung: General Legendre stellt die neugestaltete Ausbildung der Commissaires des Armées vor.

Eine Hochschule auf historischem Boden: General Legendre und Direktor Junger bei der Vorstellung der Liegenschaft.





Eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Tradition: Direktor Junger, Regierungsdirektor Spieß und die Französische Delegation beim Deutsch-Französischen Heeresfliegerausbildungszentrum TIGER in Le Luc.

Oberst Klein besichtigten die Besucher die Simulatoranlage und die Hangars mit den Tiger-Maschinen.

Der Besuch bei der ECA in Salon ist ein wichtiger Schritt zur Begründung einer engen Zusammenarbeit der beiden Lehrinstitute. Die Partnerschaft bietet viele interessante Perspektiven für gemeinsame Ausbildungsvorhaben und für den Austausch von Studierenden und Lehrkräften. Unter dem Blickwinkel möglicher friedenserhaltender oder friedenschaffender Einsätze der Bundeswehr in Afrika erhält die deutsch-französische Zusammenarbeit und damit auch die Partnerschaft der beiden Hochschulen eine besondere Bedeutung.

Partnerschaft mit dem I. Deutsch-Niederländischen Korps

Seit 2011 bestehen enge Beziehungen zwischen dem Fachbereich Bundeswehrverwaltung und dem I. Deutsch-Niederländischen (D/NL) Korps. In der G8-Abteilung (Haushalt/Finanzen) des Korps sind Beamte der Bundeswehrverwaltung zusammen mit Verwaltungsoffizieren aus anderen Nationen eingesetzt. Zahlreiche Themen aus dem Studium

am Fachbereich Bundeswehrverwaltung sind in Auftrag und Dienstbetrieb des I. D/NL-Korps tägliche gelebte Praxis. Die Zusammenarbeit mit dem I. D/NL-Korps ist daher für die Erreichung des Ausbildungsziels der Laufbahnausbildung, der Erreichung der Berufsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen, von grundlegender Bedeutung.

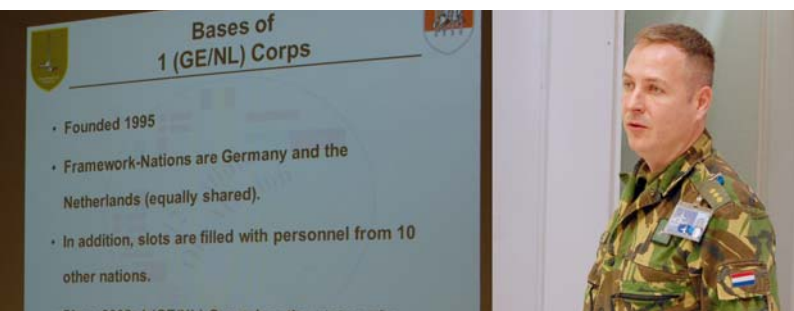
Durch Vorträge und die regelmäßige und engagierte Teilnahme von deutschen, niederländischen und italienischen Angehörigen des I. D/NL-Korps werden für die Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung Sicherheitspartnerschaft in der NATO und in Europa, erworbene Erfahrungen bei Auslandseinsätzen, multinationale Aufgabenwahrnehmung, die Bedeutung von interkultureller Kompetenz und - Kommunikation für ein erfolgreiches Arbeiten im In- und Ausland aber auch Fachfragen wie die Finanzierung multinationaler Stäbe im Studium konkret und an Beispielen aus der Praxis erfahrbar.

Durch die Mitwirkung von Leitungsangehörigen und Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung kann das I. D/NL-Korps auf die breite Fachkompetenz in allen streitkräfte relevanten Verwaltungsbereichen zurückgreifen und diese in Übungen und Ausbildungsvorhaben integrieren. Zugleich ermöglicht die Mitwirkung an Übungen des I. D/NL-Korps den



Der Leitspruch des I. Deutsch-Niederländischen Korps: „Communitate Valemus“ (Gemeinsam sind wir stark).

Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Erfolge: Direktor Junger, Colonel Smits, Abteilungsleiter G 8 im I. D/NL-Korps und Regierungsdirektor Kawik, G 8 - Abteilung des I. D/NL-Korps bei der Planübung im Mai 2013.



Internationale Zusammenarbeit in der Praxis: Captain Stroch, I. D/NL Korps stellt bei einer Vortragsveranstaltung am Fachbereich das I. D/NL Korps vor.

Angehörigen des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung nicht nur Einblicke in das Übungsszenario, die Organisation und den Ablauf dieser militärischen Großprojekte, sondern gibt auch wertvolle Anregungen für die Weiterentwicklung der eigenen PL III-Planübungen.

Ziele und Einzelvorhaben der hervorragenden Zusammenarbeit wurden 2013 in der durch Generalleutnant Ton van Loon und Direktor Junger am 12. Februar 2013 in Münster geschlossenen Kooperationsvereinbarung zwischen dem I. Deutsch-Niederländischen Korps und der Fachhochschule des Bundes – Fachbereich Bundeswehrverwaltung zusammengefasst.

Für das Jahr 2014 ist geplant, die Beziehungen mit dem I. Deutsch-Niederländischen Korps weiter zu intensivieren.

Das Dokument einer engen Partnerschaft: die Kooperationsvereinbarung zwischen dem I. Deutsch-Niederländischen Korps und der FH Bund – Fachbereich Bundeswehrverwaltung vom 12. Februar 2013.



Generalleutnant Ton van Loon und Direktor Junger am 12. Februar 2013 nach der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung in Münster.

Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg

Im Jahr 2012 begannen die Hochschule Regensburg (HSR) – Studiengang International Relations and Management - und der Fachbereich Bundeswehrverwaltung der FH Bund mit

einem intensiven fachlichen Austausch. Der Studiengang International Relations and Management bereitet die Absolventinnen und Absolventen auf Organisations-, Koordinations-, Kommunikations- und Leitungsaufgaben in einem internationalen Umfeld bei Unternehmen oder Organisationen mit internationalem Bezug vor.

Der Studiengang weist zahlreiche Parallelen zur Laufbahnausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes am Fachbereich Bundeswehrverwaltung auf. Zu nennen sind hier insbesondere Ausbildungsschwerpunkte in einer intensiven Sprachausbildung und in interkultureller Kompetenz und ein breites Spektrum an wissenschaftlichen Grundlagen, die zur Übernahme von zahlreichen Aufgaben im späteren Berufsleben befähigen. Auch Sicherheitspolitik, internationale Stabilisierungsoperationen und die Planung und Durchführung von humanitären Einsätzen sind Bestandteil des Studiums, wobei der Schwerpunkt auf zivil-militärischer Zusammenarbeit liegt.

Seit 1. Oktober 2013 trägt die Hochschule die Bezeichnung „Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg“ (OTH Regensburg). Die neue Bezeichnung ist das Ergebnis der erfolgreichen Teilnahme an dem Wettbewerb um den Titel „Technische Hochschule“ unter den bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften, ausgerufen vom bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Die Zusammenarbeit der Hochschule Regensburg/OTH Regensburg, Studiengang International Relations and Management und des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung der FH Bund hat ihren Ursprung in der gemeinsamen Teilnahme an der multinationalen Großübung „PEREGRINE SWORD“ des 1. Deutsch-Niederländischen



Hochschulen im Dialog – der Studiengang International Relations and Management der „OTH“ und der Studiengang am Fachbereich Bundeswehrverwaltung der FH Bund bieten zahlreiche gemeinsame Studieninhalte für eine intensive Zusammenarbeit.

Korps im September 2012, zu dem beide Hochschulen intensive Beziehungen pflegen.

Studierende des Studiengangs International Relations and Management wirken seit November 2012 an der Planübung im Rahmen der einsatzbezogenen Ausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung mit. Die Integration eines Verbindungskommandos der UN-Mission UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) ermöglichte erstmals eine realistische Ausbildung zur Zusammenarbeit der Wehrverwaltung mit internationalen Organisationen, die nicht militärisch geprägt sind, unter einsatznahen Bedingungen. Im Jahr 2013 wurden erstmals zwei parallel laufende Übungen in Mannheim – Übung Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF – Standortservice - und in Regensburg – Übung UNAMA – über ein Verbindungskommando und einsatztypische Kommunikationsmittel koordiniert (s. o.).

Gemeinsame Herausforderungen verbinden: die hervorragende Unterstützung durch den Fachbereichsleiter und die beiden Fachdozentinnen für Soziales Entschädigungsrecht des Fachbereichs Sozialversicherung ermöglichte dem Fachbereich Bundeswehrverwaltung den Aufbau von Fachkompetenz und die Aufnahme des Lehrbetriebs zu Inhalten der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie Kriegsoferfürsorge im Dezember 2013.

Für das Jahr 2014 sind bereits weitere gemeinsame Veranstaltungen der beiden Hochschulen geplant.

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern – Fachbereich Sozialverwaltung

Grundlage für die enge und intensive Zusammenarbeit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Sozialverwaltung in Wasserburg am Inn mit dem Fachbereich Bundeswehrverwaltung ist eine Aufgabenverlagerung. Mit Übertragung der Zuständigkeiten der Länder im Bereich der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach dem Dritten Teil des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) von den Ländern in die Zuständigkeit der Bundeswehrverwaltung zum 1. Januar 2015 bzw. bezüglich der Kriegsoferfürsorge zum 1. Januar 2016 stand der Fachbereich



Bundeswehrverwaltung vor der Herausforderung, in kurzer Zeit zu diesem komplexen Themenbereich Fachkompetenz zu erwerben und Lehrinhalte zu identifizieren.

Dank der engen Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Sozialverwaltung in Wasserburg am Inn - der einzigen deutschen Hochschule, die die o. a. Themen als Studieninhalt in einem praxistauglichen Umfang vermittelt - war es dem Fachbereich Bundeswehr möglich, für diese komplexe Thematik einen auf die Bedürfnisse der Bundeswehr abgestimmten Studienplan zu erarbeiten.

Auch für die Meisterung der weiteren Herausforderung für den Fachbereich Bundeswehrverwaltung, in sehr kurzer Zeit die notwendige Fachkompetenz zu erwerben, um die neuen Lerninhalte auf Hochschulniveau lehren zu können, leisteten die Fachdozentinnen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Sozialverwaltung, einen entscheidenden Beitrag.

Dank der umfassenden Unterstützung konnte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Dezember 2013 als erste Lehreinrichtung der Bundeswehr mit der Lehre zu dem Themenkomplex Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie Kriegsopferfürsorge in dem neuen Studienfach „Soziales Entschädigungsrecht“ im Umfang von 134 Lehrveranstaltungsstunden beginnen.

Die zunächst rein fach- und aufgabenbezogene Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Sozialverwaltung wurde bereits im Oktober 2013 auf den Austausch über andere hochschulspezifische Themen



Austausch über die Vorbereitung von Prüferinnen und Prüfern von Diplomarbeiten: Frau Ganslmeier (1. Reihe, 3. v. l.), stv. Fachbereichsleiterin und Dozentin, und Frau Gabriel (1. Reihe, 4. v. l.), Dozentin am Fachbereich Sozialversicherung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, mit dem Leiter des Prüferinweisungsseminars am Fachbereich Bundeswehrverwaltung, Professor Dr. Lang (1. Reihe, 1. v. l.) und Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern.

ausgedehnt. Bei einem Seminar für die Einweisung von Prüferinnen und Prüfer von Diplomarbeiten am Fachbereich Bundeswehrverwaltung konnte der Dialog der beiden Hochschulen auf die Organisation des Studiums, die Einbindung der Diplomarbeit in den Studienablauf und die Vorbereitung von Prüferinnen und Prüfer aus der Praxis erweitert werden.

Weiterentwicklung des Studiums

Die Weiterentwicklung der Laufbahnausbildung im Kontext von Umstrukturierung und Modernisierung der Bundeswehr

Die für eine Umstrukturierung der Laufbahnausbildung erforderliche Analyse der laufenden Prozesse im Hinblick auf die geänderten Ausbildungserfordernisse, die Erarbeitung von Konzepten zur Umstrukturierung der Laufbahnausbildung und die Erprobung einzelner Studieninhalte in Pilotprojekten waren auch Schwerpunkte der Arbeit des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung im Jahr 2013. Ziel der Arbeiten ist die vorausschauende Neugestaltung des Curriculums parallel zur

Mitarbeit an einer neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehrverwaltung in den Jahren 2014 und 2015. Dabei werden umfassende Veränderungen sicherstellen, dass das primäre Ausbildungsziel der Laufbahnausbildung, die Berufsbefähigung der Absolventinnen und Absolventen, auch in Bezug auf die Anforderungen einer neu strukturierten Bundeswehr erreicht wird.

Aus der grundlegenden und umfassenden Umstrukturierung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee ergibt sich ein neues Anforderungsprofil für künftige Beamtinnen und Beamte des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehr. Die Neuorganisation der Bundeswehr nach dem Spartenprinzip, die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben durch Soldaten und Zivilbedienstete der Bundeswehr und die Abgabe von Aufgaben an andere Ressorts und an externe Dienstleister sowie die Übernahme der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung und der Kriegsopferfürsorge sowie der Unterhaltssicherung von den Verwaltungen der Bundesländer haben erhebliche Auswirkungen auf die von Beamtinnen und Beamten des gehobenen Verwaltungsdienstes wahrzunehmenden Aufgaben und auf die für eine erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Kompetenzen. Entsprechend ändern sich die Anforderungen an die Laufbahnausbildung und die Lerninhalte des Studiums.

Fach- und themenbezogene Hochschultage

Im Jahr 2013 führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung themenbezogene Hochschultage im Bereich Besoldung und Versorgung in der Wehrbereichsverwaltung West in Düsseldorf durch.

Ziele der Hochschultage sind die kontinuierliche Anpassung der Inhalte der Laufbahnausbildung und der Qualifikation der Absolventinnen und Absolventen an die sich verändernden Anforderungen der Bundeswehrverwaltung, die intensive Abstimmung zwischen Lehre und Praxis und die Integration bzw. Berücksichtigung aktueller Entwicklungen und Neuerungen in die Ausbildung im Allgemeinen und in den einzelnen Studienfächern im Besonderen.

Neben aktuellen Entwicklungen im Bereich der Besoldung war das Kernthema der Hochschultage der FH Bund – Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Bereich Besoldung und Versorgung vom 24. bis 28. Juni 2013 in der Wehrbereichsverwaltung West in Düsseldorf die Auswirkung der Abgabe der Personalabrechnung und der Dienstzeitversorgung an das Bundesministerium des Innern bzw. an das Bundesministerium der Finanzen. Die Thematik wurde von Ltd. Regierungsdirektor Beck, Abteilungsleiter und stellvertretender Fachbereichsleiter der FH Bund – FB BWV, und Regierungsoberamtsrätin Gulla, Dozentin für Besoldungsrecht der FH Bund - FB BWV, mit den Ausbildungsbeauftragten in der Personalabrechnung, den Fachlehrern bzw. Fachlehrerinnen der Lehrbereiche des Bildungszentrums der Bundeswehr in Berlin und Oberammergau sowie zwei Mitarbeitern des Bundesverwaltungsamts intensiv erörtert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung waren sich einig, dass Lerninhalte zur Personalabrechnung auch weiterhin Bedeutung für die Laufbahnausbildungen haben. Sie sind insbesondere notwendig als Vorbereitung auf Verwendungen im Personalmanagement, das zahlreiche Entscheidungen mit Auswirkungen in der Personalabrechnung trifft, in der Personalgewinnung, bei der Kenntnisse über Besoldung, Entgelt und Dienstzeitversorgung

zu den Grundlagen der Beratungskompetenz gehören, aber auch als notwendiges Basiswissen für Beamtinnen und Beamte. Der Fachbereich Bundeswehrverwaltung stellte das in ersten Schritten bereits umgesetzte Konzept vor, die Lerninhalte künftig aus der Perspektive des Personalmanagements und der Karriereberaterinnen und Karriereberater zu vermitteln und in der Konsequenz mittelfristig die Studieninhalte zum Personalmanagement, zur Personalabrechnung und zur Dienstzeitversorgung in einem Studienfach zusammenzufassen.

Mit den Hochschultagen der FH Bund – Fachbereich Bundeswehrverwaltung 2013 im Bereich Besoldung und Versorgung endet vorläufig eine der erfolgreichsten Veranstaltungen der Hochschule. Die Hochschultage im Bereich Besoldung und Versorgung wurden seit 2008 einmal jährlich - zunächst am Fachbereich Bundeswehrverwaltung in Mannheim, dann an den Standorten der Personalabrechnung der Bundeswehr, durchgeführt und waren ein anerkanntes und geschätztes Forum, in dem sich die Fachleute aus dem BMVg, der Fachhochschule, den Zentralen Lehrinstituten der Bundeswehr, der

Eine Veranstaltung, die viele Jahre Maßstäbe setzte: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hochschultage 2013 im Bereich der Besoldung und Versorgung in Düsseldorf.



Ausbildungsorganisation der Wehrbereiche und aus der Praxis zur Erörterung aktueller Entwicklungen, Fachfragen und Ausbildungsfragen trafen und stets gemeinsame Lösungen fanden.

Nach Abgabe der Personalabrechnung und der Dienstzeitversorgung an das Bundesministerium des Innern bzw. an das Bundesministerium der Finanzen haben sich die Schwerpunkte und die in der Bundeswehr mit der Thematik befassten Personen geändert. Der Fachbereich Bundeswehrverwaltung wird dem Rechnungstragen und plant neue Hochschultage, die sich im Schwerpunkt mit Fragen des Personalmanagements befassen. Besoldungs- und versorgungsrechtliche Fragen, insbesondere die finanziellen Auswirkungen von Personalmaßnahmen, sollen auch in diesen Hochschultagen fester Bestandteil werden.

Alumni-Hochschultage

Die Alumni-Hochschultage dienen der Institutionalisierung eines ständigen Erfahrungsaustausches zwischen den Absolventinnen und Absolventen der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes und der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung. Sie sind Grundlage gegenseitiger Unterstützung im Sinne einer Netzwerkbildung und zugleich ein wesentliches Element der Hochschulevaluation.

Mit den Alumni-Hochschultagen werden die Absolventinnen und Absolventen unmittelbar in die Weiterentwicklung und Optimierung der Laufbahnausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst eingebunden und leisten einen wichtigen Beitrag zur Berücksichtigung aktueller Entwicklungen, wie dem

Bedürfnis nach verbesserten Bedingungen für ein familienfreundliches Studium.

Die Alumni-Hochschultage sind zugleich ein Mittel der Evaluation des Studiengangs insgesamt oder von Studienabschnitten oder Studieninhalten.

40 Jahre nach Beginn ihrer Laufbahnausbildung konnte der stellvertretende Fachbereichsleiter des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung Absolventinnen und Absolventen der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehrverwaltung am 17. August 2013 zu einem besonderen Alumni-Hochschultag begrüßen. Erstmals nahmen Absolventinnen und Absolventen die Einladung des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung an, die die Laufbahnausbildung noch vor der Gründung der FH Bund und des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung von 1973 bis 1976 an der Bundeswehrverwaltungsschule in Siegen absolviert hatten. Das Treffen wurde von Frau Oberamtsrätin Olga Maikranz organisiert. Die Teilnahme des Stellvertreters des Abteilungsleiters Personal, Herrn Ministerialdirigent Maikranz, ermöglichte erstmals bei Alumni-Hochschultagen einen unmittelbaren Austausch zwischen einem Vertreter der Leitungsebene des BMVg, den Absolventinnen und Absolventen der Laufbahnausbildung und der Hochschule.

In einer kombinierten Vortrags- und Diskussionsveranstaltung begrüßte der stellvertretende Fachbereichsleiter und Abteilungsleiter, Leitender Regierungsdirektor Beck, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellte die FH Bund und den Fachbereich Bundeswehrverwaltung vor. Kernthema des Vortrags waren die kontinuierliche organisatorische und didaktische Weiterentwicklung der

Laufbahnausbildung und die vorausschauende Anpassung der Lerninhalte an das sich wandelnde Anforderungsprofil der Absolventinnen und Absolventen. In einem intensiven Austausch erörterten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Neustrukturierung der Bundeswehr und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Ausbildung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Möglichkeit, die Themen unmittelbar mit einem der Entscheidungsträger der Neustrukturierung, Herrn Ministerialdirigent Maikranz, zu erörtern.

Ein Rundgang durch das Hörsaalgebäude und die überwiegend durch den Fachbereich Bundeswehrverwaltung genutzten Bereiche des Bildungscampus Mannheim ergänzten die Ausführungen und ermöglichten einen ersten Eindruck von den geplanten umfangreichen infrastrukturellen Veränderungen durch den Abriss der Unterakunftsgebäude Q und R und den geplanten Neubau von modernen Unterakunftsgebäuden.

Der Hochschultag „40 Jahre nach Beginn der Laufbahnausbildung“ war nach einhelliger Auffassung eine gelungene Veranstaltung, die allen Beteiligten informative

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Alumni – Hochschultages bei der Erkundung der Infrastruktur des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung.



Eine Ausbildung im kontinuierlichen Wandel – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hochschultages „40 Jahre nach Beginn der Laufbahnausbildung“ informieren sich über den aktuellen Stand der Umgestaltung der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehrverwaltung.



Einblicke in einen fordernden Umgestaltungsprozess aus unterschiedlichen Perspektiven – der Perspektive der Leitung, dem Blickwinkel der Praxis und der Perspektive einer verwaltungsinternen Hochschule - ermöglichte.

Arbeit in den Hochschulgremien

Der Fachbereichsrat und die von ihm bestellten Berufungsausschüsse haben im Jahre 2013 in insgesamt sieben Sitzungen ihre hochschulrechtlichen Aufgaben wahrgenommen. Im Vordergrund der Arbeit standen die hochschulrechtlichen Berufungsverfahren zur Nachbesetzung vakanter Dozentendienstposten und die Arbeit an den Studienplänen im Rahmen der Weiterentwicklung des Studiums.

An den drei Sitzungen des Senats der Fachhochschule nahmen der Fachbereichsleiter, ein Vertreter der Lehrenden, der Abteilungsleiter als gewähltes Mitglied der Gruppe der Sonstigen Beschäftigten und ein Vertreter der Studierenden teil. Der Fachbereichsleiter nahm an den drei Konferenzen des Präsidenten der Fachhochschule mit den Fachbereichsleiterinnen und Fachbereichsleitern teil.

Vier Dozenten des Fachbereichs sind Mitglieder der beim Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes eingerichteten fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppen „Modularisierung von Studiengängen“, „Evaluation“, „Nutzungskonzepte elektronischer Medien“ und „Publikationen“. Fachbereichsleiter und Abteilungsleiter sind gewählte Mitglieder der vom Senat der Fachhochschule eingerichteten Studienplankommission, an deren sieben Sitzungen sie mitarbeiteten.

Hochschulsport, ARGUS

Der Sport am Fachbereich Bundeswehrverwaltung wird von der Studierendenvertretung ARGUS organisiert. Neben den klassischen Angeboten wie Fußball, Volleyball und Basketball werden auch Tischtennis, Laufen, In-line-Skaten, Badminton und Walken angeboten. Ein willkommener Ausgleich zum Lehren und Lernen bieten mehrere vom ARGUS organisierte Sportturniere.

Ein besonderer Höhepunkt der ARGUS-Arbeit ist das traditionelle Sommerfest des Fachbereichs, das Ehemalige seit dem 1. Studiengang, Studierende, Dozentinnen und Dozenten und Angehörige der Bundeswehrverwaltung und Streitkräfte alljährlich im Juli in Mannheim zusammenführt.

Außenbeziehungen, Informationsarbeit

Auf der Bundeswehr-Liegenschaft in Mannheim-Neuostheim waren bisher drei der fünf Zentralen Lehrinstitute (ZLI) der Bundeswehrverwaltung untergebracht: die Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik (BAkWVT), die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung (FH Bund – FB BWV) und die Bundeswehrverwaltungsschule I (Technik) (BWVS I (T)). Diese drei Lehrinstitute ergänzten sich in ihren Aufgaben – der sehr unterschiedlich gestalteten technischen und nichttechnischen Laufbahnausbildung für die Beamtinnen und Beamten aller Laufbahngruppen der Bundeswehr, den äußerst vielfältigen Lehrgängen der Fortbildung und den zahlreichen Sonderveranstaltungen.

Im Zuge der Umstrukturierung und der Neuausrichtung der Bundeswehr wurden per 1. Januar 2013 die Bundes-

akademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik, die Bundeswehrverwaltungsschulen I (T), II (in Berlin-Grünau) und IV (in Oberammergau) zum Bildungszentrum der Bundeswehr (BiZBw) organisatorisch zusammengefasst. Die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung – bleibt eigenständiges Lehrinstitut; sie ist neben den Universitäten der Bundeswehr in Hamburg und München eine der drei Hochschulen der Bundeswehr und unmittelbar dem Bundesministerium der Verteidigung unterstellt.

In Mannheim-Neuostheim sind nun die beiden Bildungseinrichtungen BiZBw und FH Bund – FB BWV untergebracht. Die beiden Lehrinstitute arbeiten eng zusammen; in ihren in eigener Verantwortung wahrgenommenen Bildungsaufträgen unterstützen sie sich in vieler Hinsicht gegenseitig – insbesondere auch durch den wechselseitigen Einsatz der Lehrkräfte.

Besonderer Ausdruck der gemeinsamen Aufgabenerfüllung ist die enge und engagierte Zusammenarbeit der Soldaten des BiZBw mit dem Fachbereich Bundeswehrverwaltung bei der Konzeption und Durchführung der Grundlagenausbildung „Wehrverwaltung im Auslandseinsatz“ (s. o.).

Die beiden Lehrinstitute sind durch zahlreiche dienstliche und außerdienstliche Arbeitsbereiche miteinander verbunden. Der Förderverein des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung e.V. und die Fördergesellschaft des BiZBw „PRO ACADEMIA e.V.“ führen zahlreiche Vortragsveranstaltungen gemeinsam durch.

Die Informationsarbeit des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung umfasst neben der klassischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Präsentation des Fachbereichs

in den elektronischen Medien. Der Fachbereich ist dreifach präsent: im Internetauftritt der Fachhochschule des Bundes, im Internetauftritt der Bundeswehr und im Intranet der Bundeswehr (IntranetBw).

Im Jahr 2013 wirkte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung bei mehreren Veranstaltungen zur Nachwuchswerbung für die Bundeswehr mit.

Beim Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim am 6. Januar 2013 beteiligte sich der Fachbereich im Rahmen der Präsentation der Mannheimer Hochschulen mit einem eigenen Stand. Mehrere Studierende und Angehörige der Hochschulverwaltung sowie Dozentinnen und Dozenten stellten das Studium am Fachbereich der Mannheimer Öffentlichkeit vor.

Im Mai 2013 engagierte sich der Fachbereich Bundeswehrverwaltung auf Deutschlands größter Regionalmesse, dem „Maimarkt Mannheim“, einer Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, an den Messeständen der Bundeswehr. Mit Lehrkräften und Studierenden warb der Fachbereich Bundeswehrverwaltung um Nachwuchs für die Wehrverwaltung.

Förderverein der FH Bund – FB BWV – e.V. / Vortragsveranstaltungen

Der Förderverein der FH Bund – FB BWV e.V., dessen Wirken zum festen Bestandteil der Hochschulsebstverwaltung geworden ist, unterstützte gemäß seinem satzungsmäßigen Auftrag auch im Jahr 2013 auf vielfältige Art und Weise die wissenschaftlichen und kulturellen Aktivitäten am Fachbereich.

Den Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten bildete traditionsgemäß der Neujahrsempfang am 24. Januar 2013. Zwei Tage zuvor hatte sich der Abschluss des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrags – Elysée-Vertrag – vom 22. Januar 1963 zum fünfzigsten Mal gejhärt. So stand der Neujahrsempfang unter dem Motto „50 Jahre Elysée-Vertrag – Deutsch-Französische Freundschaft“.

Fachbereichsleiter Direktor Junger und der Vorsitzende des Fördervereins, Regierungsdirektor Zeumer, dankten den zahlreichen Gästen aus den benachbarten Lehrinstituten, Dienststellen und Truppenteilen für die gute Zusammenarbeit und brachten ihren Willen für eine Fortsetzung und Vertiefung der bestehenden Kooperationen zum Ausdruck - gerade auch mit Blick auf die sich aus der Neuausrichtung der Bundeswehr ergebenden Veränderungen.

Direktor Junger betonte, dass der Fachbereich Bundeswehrverwaltung der FH Bund den Elysée-Vertrag konkret verwirklicht – ihn mit Leben erfüllt. Er führte aus, dass der Fachbereich Bundeswehrverwaltung seit 2008 eine Partnerschaft mit der Verwaltungshochschule der französischen Streitkräfte, zunächst in Montpellier, jetzt in Salon-de-Provence, pflegt. Die Hochschulen führen gemeinsame Übungen und Austausch durch. Der Fachbereich arbeitet mit der Deutsch-Französischen Brigade, mit der Bundeswehrverwaltungsstelle in Straßburg und mit dem I. Multinationalen Korps in Münster zusammen. Exkursionen führen die Studierenden regelmäßig zu Einheiten der französischen Streitkräfte. Neben Sprachunterricht in Englisch lernen die Studierenden seit 2012 auch Französisch.

Erster Bürgermeister Specht wandte sich mit einem Grußwort an die Festversammlung. Er stellte die Bedeutung der Fachhochschule des Bundes - Fachbereich Bundeswehrverwaltung für die Stadt Mannheim und die Hochschulregion heraus. Am Abend hielt auf Einladung des Fördervereins Herr Grégory Dufour, Beauftragter des Regionalrats Lothringen für die deutsch-französischen Beziehungen und für die militärischen Angelegenheiten, Metz, einen Vortrag über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen und über die aktuelle grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Region Lothringen und den angrenzenden Gebieten in Belgien, Luxemburg und Deutschland.



Direktor Junger, Erster Bürgermeister Specht, Regierungsdirektor Zeumer, Ministerialrat Schäfer, Regierungsinpektoranwärterin Sorgenfrei und Präsident Bönders beim Austausch der Gastgeschenke beim Neujahrsempfang.

In seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Dachverbandes der deutsch-französischen Vereinigungen für Europa dankte Herr Dufour Direktor Junger für sein Engagement für die deutsch-französische Freundschaft und überreichte ihm die Erinnerungsmedaille „50 Jahre Elysée-Vertrag“ des Observatoire des relations franco-allemandes pour la construction européenne (ORFACE) in Paris und überbrachte ihm die Glückwünsche des Präsidenten des ORFACE, Monsieur Alexandre Wattin.

Mit einem thematisch breit angelegten Veranstaltungsangebot bereicherte der Förderverein im Jahr 2013 das Leben am Fachbereich. Das Angebot reichte von der Besichtigung namhafter Ausstellungen zur Geschichte der Region und Süddeutschlands über Betriebsbesichtigungen bis hin zu Veranstaltungen geselligen Charakters wie die schon zur Tradition gewordene Weinprobe in der Kellerei der BASF und der Besuch der Eichbaumbrauerei in Mannheim.

Ein wichtiges Anliegen des Fördervereins ist die Unterstützung des Fachbereichs bei der Ausgestaltung der Partnerschaft mit den französischen Hochschulen und Streitkräften. Hier leistete der Verein vielfältige materielle Unterstützung. Zur Ausgestaltung der Exkursionen im Rahmen der Besonderen Lehrveranstaltung „Internationale Zusammenarbeit/ Austausch“ leistete der Förderverein ebenfalls tatkräftige Unterstützung.

Die enge Verbundenheit mit den Studierenden ist für den Förderverein zentrales Leitmotiv seiner Arbeit. Finanzielle Hilfen kamen den von den Studierenden organisierten Veranstaltungen zugute (z. B. für das Sommerfest und den Weihnachtsbasar). Die regelmäßigen Auszeichnungen der besten Absolventinnen und Absolventen von Laufbahn- und Zwischenprüfungen in Form von Bücherschecks unterstreichen die Verbundenheit des Vereins in diesem Sinne.

Fachbereich Finanzen

Leitung:	AD Dr. Rüdiger Nolte
Sitz / Standorte:	Münster
Studiengang:	Zolldienst des Bundes
Studienabschluss:	Diplom-Finanzwirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	1.231
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	297
Hauptamtlich Lehrende:	68

Aktuelles aus dem Fachbereich

Im feierlichen Rahmen fanden für 258 Absolventinnen und Absolventen des Einstellungsjahrgangs 2010 die Abschluss- und Diplomierungsfeiern am Fachbereich Finanzen statt. Von Montag bis Freitag nahmen jeweils bis zu 55 Studierende im Audimax ihre lang ersehnten Diplomurkunden in Empfang. Zu den zahlreichen Gratulantinnen und Gratulanten zählten auch viele Eltern und Freunde der Studierenden.

Große Freude nach bestandener Prüfung und Aushändigung der Diplomurkunden: Die Absolventinnen und Absolventen am Dienstag.





Geschafft! Abkühlung nach der Diplomfeier.



Chinesische Delegation zu Gast am Fachbereich Finanzen; (Vorne,v.r.n.l.) Frau Dr. Annette Wöhner (Prodekanin), Präsident des BWZ Thomas Schoeneck, Frau Yang Jing (Leiterin der chinesischen Delegation), Frau Hang Kempermann (Fachgebiet 41, Psychologie und Wirtschaft) und Dr. Rüdiger Nolte (Dekan).

Auch ausländische Gäste zeigten großes Interesse an dem Studium am Fachbereich, wie die chinesische Delegation, die im Februar 2013 das Bildungs- und Wissenschaftszentrum in Münster besuchte.

Beteiligung des Fachbereichs Finanzen am Studiengang „Master of Public Administration“

Der Fachbereich Finanzen ist mit zwei zollspezifischen Lehrmodulen am Studiengang „Master of Public Administration“ beteiligt. Zum einen handelt es sich hierbei um das Modul 20 „Steuerung und Führung in der Bundesfinanzverwaltung (Zoll)“, das vom Leiter des Fachbereichs Finanzen, AD Dr. Rüdiger Nolte sowie Professor Dr. Malte L. Peters durchgeführt wird. Zum anderen ist Teil des Studiengangs das Modul 21 „Abgabenrecht, Recht der sozialen Sicherung und Zollrecht/Zolltarifrecht“, das von RD Jörg Materna und Professor Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert vom Fachbereich Finanzen betreut wird.

Im Jahr 2013 haben die ersten Studierenden ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Am 11. Oktober 2013 erhielten die sieben Studierenden der Zollverwaltung ihre Zeugnisse und Urkunden als „Master of Public Administration“. Da diese Beamtinnen und Beamten bereits vorher auf Dienstposten des höheren Dienstes eingesetzt waren, konnten

ihnen im Anschluss auch die Ernennungsurkunden zu Regierungsrätinnen bzw. Regierungsräten ausgehändigt werden. Besonders erfreulich aus Sicht des Fachbereichs Finanzen ist, dass der beste Abschluss durch einen ehemaligen Studierenden des Fachbereichs erreicht wurde.

Qualitätsmanagement und Innovation am Fachbereich Finanzen

Im November 2013 trafen sich die Leitungskräfte des Fachbereichs Finanzen in Münster, um eine erneute Standortbestimmung und Positionierung des Fachbereichs vorzunehmen.

Im Rahmen von moderierten Workshops und auf der Basis der Ergebnisse der zuvor durchgeführten Mitarbeiterbefragungen und Evaluierungen wurden insbesondere folgende Themenfelder behandelt:

- Identifizierung von Stärken und Verbesserungsmöglichkeiten in der internen und externen Zusammenarbeit
- Erfahrungsaustausch und Austausch von „Best Practices“ zwischen den Studien- und Lehrbereichen
- Klärung der hochschulgerechten Anforderungen an die Studienbereichsleiterinnen und Studienbereichsleiter sowie die Vertreterinnen und Vertreter als Führungskräfte in der Lehre und
- Qualitätsmanagement und Innovation am Fachbereich Finanzen.

Die Workshops wurden auch dazu genutzt, die Kolleginnen und Kollegen in die Führungs- und Steuerungsaufgaben stärker einzubinden, die ihre Leitungsfunktionen erst vor kurzem übernommen haben. Zudem wurde auch die Sichtweise der Verantwortlichen des neuen Studienganges Verwaltungsinformatik berücksichtigt, da die in diesem Bereich gewonnenen Erfahrungen und Erkennt-

nisse auch für den Fachbereich Finanzen insgesamt interessante Perspektiven eröffnen könnten.

In der Zusammenführung der Ergebnisse der Workshops wurden die Schnittmengen unterschiedlicher Erwartungen herausgearbeitet und in einer Plenumsdiskussion abweichende Sichtweisen und offene Fragen erörtert, um eine gemeinsame Ausrichtung des Fachbereichs Finanzen sicherzustellen. Die wichtigsten Erkenntnisse betrafen hierbei die Zuständigkeiten für die Qualität und Fortentwicklung der Lehre, die Kooperation mit der Außenverwaltung und den Bedarfsträgern sowie die Übernahme von klassischen Führungsaufgaben innerhalb der eigenen Verantwortungsbereiche. Insgesamt ergab sich eine erfreulich hohe Kongruenz des Selbst- und Fremdbildes, so dass das einheitliche Verständnis über die konkreten Anforderungen untermauert werden konnte.

Um die Nachhaltigkeit der Ergebnisse der Workshops zu sichern und eine Klärung zu noch offenen Fragen herbeizuführen, wurde ein so genannter „Themenspeicher“ am Ende der Veranstaltungen in einen Maßnahmenplan umgewandelt. Für die einzelnen Themenfelder wurden konkrete Aufgaben definiert, Verantwortliche benannt und Termine sowie Meilensteine vereinbart. Auf diese Weise sind aus den Workshops heraus selbstorganisierte Arbeitsgruppen entstanden, die zielgerichtet die Ausarbeitung der diskutierten Fragestellungen fortsetzen. Einzelne Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit dem Qualitätsmanagement am Fachbereich Finanzen, der Außendarstellung des Fachbereichs sowie dem Austausch über mögliche Anregungen durch den Studiengang Verwaltungsinformatik für den gesamten Fachbereich.



Regierungsrätin Dr. Stefanie Vogt

Aufgrund der qualitativ hochwertigen und praxistauglichen Ergebnisse sollen die Qualitäts- und Innovationszirkel zu einer regelmäßigen Institution am Fachbereich Finanzen werden, um den Austausch untereinander zu fördern und nachhaltig für eine gemeinsam getragene Entwicklung der Hochschullehre zu sorgen.

Einführung eines neuen Studienfachs „Laufbahntypik“ – erstmals im Grundstudium 2013/2014

Zum Leitbild des Fachbereichs Finanzen und zu den Zielen der Studienreform gehört der Auftrag, sicherzustellen, dass Theorie und Praxis, aber auch die Inhalte des Grundstudiums mit denen des Hauptstudiums sinnvoll verzahnt werden. Vor diesem Hintergrund war der Studienbereich 14 „Europarecht und laufbahntypische Bereiche der Aufgabenerfüllung“ vom Fachbereichsrat beauftragt worden, ein Konzept zur Schaffung eines neuen Studienfachs „Laufbahntypik“ zu entwickeln.

Mit dem Begriff „Laufbahntypik“ werden im Studienplan des Grundstudiums Fächer bezeichnet, die auf das Hauptstudium hinführen und die erste Praxisphase vorbereiten sollen. Dazu gehören das Allgemeine Zollrecht mit Zolltarifrecht, die Grundzüge des Verbrauchsteuerrechts, das Recht der Verbote und Beschränkungen, Handels- und Gesellschaftsrecht, Allgemeines Steuerrecht sowie Europarecht.

Als Ziele des neuen Studienfachs wurden folgende Eckpunkte definiert:

- Vorbereitung der künftigen eigenständigen Klausur „Laufbahntypik“ in der Zwischenprüfung
- Motivation für das Praktikum I: In diesem ersten Abschnitt der praktischen Ausbildung werden die

Studierenden vorwiegend im Zollabfertigungsdienst eingesetzt. Um hier sinnvoll ausgebildet werden zu können, bedarf es der Grundlagen, die begrifflich mit der Laufbahntypik verknüpft sind.

- Verzahnung mit den Fächern des Hauptstudiums: Besonders wichtig ist es, den Studierenden die Erkenntnis zu vermitteln, dass auch die „klassischen“ Fächer des Grundstudiums, wie z.B. Verfassungs- und Verwaltungsrecht oder Volkswirtschaftslehre, für das Hauptstudium und die spätere berufliche Praxis von großer Bedeutung sind.
- Wiederholung und Vertiefung der laufbahntypischen Fächer im Grundstudium (kein neuer Stoff): Kurz vor der Zwischenprüfung fehlte den Studierenden bisher ein ausführlicheres Repetitorium mit weiteren Übungsmöglichkeiten.
- Erstmalige Einführung des Studiengebietes „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FKS) im Überblick: Die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung gehört zwar nicht zur Laufbahntypik im Grundstudium, bei der gestiegenen Bedeutung dieses Berufsfelds bedarf es jedoch schon im frühen Stadium einer grundlegenden „Sensibilisierung“.

Das neue Fach „Laufbahntypik“ wurde am Ende des Grundstudiums – kurz vor der Zwischenprüfung – angesiedelt, also im Januar/Februar eines Jahres. Denn um die o.a. Ziele zu erreichen, ist ein Vorlauf der laufbahntypischen Fächer im Grundstudium zwingend erforderlich.

Methodisch wird ein Teil der 20 zur Verfügung stehenden Lehrveranstaltungsstunden mit praxisnahen fächerübergreifenden Übungen und Fallstudien bestritten (z.B. Fragen der Steuerrechts- und Handlungsfähigkeit von Personenvereinigungen rund um ein Verbrauchsteuerlager; Überführung von Waren, die zugleich Steuergegen-

stände sind, in den zoll- und steuerrechtlich freien Verkehr). Einige Stunden werden der Darstellung der Klausurtechnik und entsprechenden Repetitorien vorbehalten. Bindeglied zwischen allen Vorlesungsstunden ist eine „Übungsfirma“ aus dem Umfeld von Speditionen, Zolldienstleistern und Logistikunternehmen, die für den „roten Faden“ sorgt.

Das Studiengebiet FKS wird durch die Darstellung einer typischen Kontrollsituation im Speditivmilieu eingeführt, anhand derer die Aufgaben der FKS im Überblick aufgezeigt werden können.

Verstärkte Integration des Steuerungskonzepts der Zollverwaltung in das Studium

Im Rahmen der Aktualisierung und Weiterentwicklung der Studieninhalte wurde u.a. der Studienplan für das Fach „Betriebswirtschaftslehre“ erheblich modifiziert. Um dem vermehrten Einsatz besonders zugeschnittener und angepasster betriebswirtschaftlicher Instrumente in der Zollverwaltung Rechnung zu tragen, wurde das bisherige Studienfach „Rechnungswesen der öffentlichen Verwaltung“, dessen ursprüngliche Bezeichnung die inhaltliche Verwendungsbreite moderner betriebswirtschaftlicher Methoden in der Zollverwaltung (Einsatz von Modellierungs-, Controlling- und Steuerungsinstrumenten) nur bedingt widerspiegelt, in „Besondere Betriebswirtschaftslehre in der Zollverwaltung“ (BBWL) umbenannt.

Inhaltlich bedeutet dies, dass den Studierenden die spezifischen Steuerungsinstrumente, ihr Wirkungszusammenhang und die aus ihrem Einsatz resultierenden Effekte vermittelt werden. Thematisch behandelt werden insbesondere die Geschäftsprozessmodellierung, ausgewählte

Instrumente der Kosten- und Leistungsrechnung, der strategische und operative Zielvereinbarungsprozess, die Kosten- und Leistungsplanung sowie das Berichtswesen.

Kontinuierliche Fortführung der Evaluation am Fachbereich Finanzen

Die Evaluation ist am Fachbereich Finanzen unter besonderer Schwerpunktsetzung auf die Wahlpflichtfächer kontinuierlich fortgeführt worden. Evaluiert wurden acht ausgewählte Studienfächer aus allen Studienabschnitten sowie sämtliche Lehrveranstaltungen von Honorar- und Gastdozentinnen und -dozenten. Zudem erfolgte eine Start-up-Befragung der Studierenden des erstmals durchgeführten Studienabschnitts Hauptstudium I des neuen Studiengangs „Verwaltungsinformatik“.

Die Studierenden am Fachbereich Finanzen konnten insgesamt rund 150 Lehrveranstaltungen bewerten und beteiligten sich mit über 3.000 ausgefüllten Fragebögen. Damit stand eine repräsentative Datenbasis zur Qualität der Lehre, die nicht den Zweck einer individuellen Leistungskontrolle verfolgt, für die einzelnen Fachhochschullehrerinnen und Fachhochschullehrer, den Studien- und Lehrbereichsleitungen sowie für den Dekan des Fachbereichs zur Verfügung.

Mittels des am Fachbereich Finanzen seit Mitte 2012 eingesetzten IT-Verfahrens zur Evaluation erstellte der Arbeitsbereich „Zentrale Ressourcensteuerung / Lehrevaluation“ individuelle Ergebnisberichte und übermittelte sie an die Dozentinnen und Dozenten. Weiterhin wurden Auswertungen für die einzelnen Studienfächer und Studienbereiche generiert. Neben der Zusammenstellung und statistischen Auswertung werden die Daten auch

grafisch dargestellt. Durch die in dieser Form aufbereitete studentische Veranstaltungskritik konnten die Fachhochschullehrerinnen und Fachhochschullehrer des Fachbereichs Finanzen ihr Lehrangebot selbst reflektieren. Auf der Basis aggregierter Daten können auch Aussagen zur Qualität der Lehre insgesamt getroffen werden. Die Evaluationsergebnisse wurden am Fachbereich Finanzen 2013 in vielfältiger Weise zur weiteren Qualitätsverbesserung der Lehre genutzt:

- als wertvolle Rückmeldung für die individuelle Lehrverbesserung
- als belastbare Grundlage für die Veranstaltungsanalyse und -optimierung einzelner Studienfächer in den Studienbereichen sowie
- zur Bewertung und Entwicklung von Lehrveranstaltungsformen am Fachbereich Finanzen insgesamt.

Fokus der Evaluation auch auf den Wahlpflichtfächern

Den Schwerpunkt aller Evaluationsmaßnahmen bildete 2013 die Evaluation der Wahlpflichtfächer. Bei den Wahlpflichtfächern handelt es sich um eine konzeptionelle Neuerung der Studienpläne als Ergebnis des in den Jahren 2003 bis 2006 durchgeführten Reformprozesses zur Erneuerung der Laufbahnausbildung für den gehobenen Dienst der Zollverwaltung. Nach der konzeptionellen Idee der Wahlpflichtfächer soll in dieser Lehrveranstaltungsform das eigenständige Lernen der Studierenden gefördert werden. Dies soll durch die Einarbeitung und Erweiterung der Methodenkompetenz unter weitgehender Ablösung des Lehrvortrags- bzw. des Lehrgesprächs mittels einer Vielfalt didaktischer und methodischer Ausbildungsformen (z.B. Referate, Ergebnispräsentation mit „Power-Point“, fachbezogene Diskussionen, Übungen) realisiert werden. So wird in den Wahlpflichtfächern

außerdem Teamteaching als kooperative Lehrmethode eingesetzt. Wegen des am Beginn des Hauptstudiums noch eingeschränkten Fachwissens soll für das Hauptstudium I zunächst die Fähigkeit gefördert werden, ein Problem aus einem komplexen Lebenssachverhalt zu erkennen, um es dann strukturiert zu bearbeiten. Im Hauptstudium II wird auch die Fähigkeit zu wissenschaftlich fundiertem eigenverantwortlichen Arbeiten unterstützt.

Die Wahlpflichtfächer verfolgen das Ziel, Lehrinhalte verschiedener Studienfächer der Studienabschnitte des Hauptstudiums am Fachbereich Finanzen durch fächerübergreifende Aufgaben- und Fallgestaltungen miteinander zu verzahnen. Personell wird die Zielerreichung durch die Zusammensetzung der Lehrendenteams aus unterschiedlichen Studienbereichen gefördert. Strukturell orientieren sich die einzelnen Wahlpflichtfächer an den Hauptprozessen der Zollverwaltung. Als Medium werden die fachlichen Standards der Zollverwaltung eingesetzt und zur Bewertung von Lebenssachverhalten genutzt. Der zeitliche Ansatz liegt bei 36 Lehrstunden im Hauptstudium I und 24 Lehrstunden im Hauptstudium II.

Die Durchführung der Evaluation erfolgte unter Berücksichtigung der besonderen methodisch-didaktischen Zielsetzung der Wahlpflichtfächer: Der standardmäßig zur Veranstaltungsevaluation am Fachbereich Finanzen eingesetzte Evaluationsbogen wurde erheblich modifiziert. Die Studierenden hatten danach die Möglichkeit, zu 21 Aspekten auf einer fünfpoligen Skala die Veranstaltung zu bewerten und ihre Bewertung durch Freitextfeldangaben zu begründen. Zudem konnten in zwei gesonderten Freitextfeldern besonders positive Merkmale der Veranstaltung benannt bzw. konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet werden. Im Zentrum der

Bewertungsmöglichkeiten standen Aspekte zur Wirksamkeit der methodisch-didaktischen Konzeption der Veranstaltungsform, z.B. im Hinblick auf die gewünschte Methodenvielfalt. Die Studierenden konnten die in jeweils zwei Durchgängen abgehaltenen vierzehn Wahlpflichtfächer der Studienabschnitte Hauptstudium I und Hauptstudium II bewerten. Insgesamt lagen über 1.100 ausgefüllte Fragebögen zur Auswertung vor.

Die Gesamtergebnisse zeigten im zeitlichen Vergleich der insgesamt vier evaluierten Durchgänge einen geradezu idealtypischen Verlauf. Der jeweils zeitlich folgende Veranstaltungsdurchgang zeigte durchgängig verbesserte Bewertungen und dokumentierte damit eindrucksvoll auch die Wirksamkeit der Evaluation als Instrument der Verbesserung der Qualität der Lehre. Zudem belegten die aggregierten Daten deutlich die eingesetzte Methodenvielfalt und dokumentierten insbesondere bei den konzeptionellen Kernmerkmalen der Wahlpflichtfächer (z.B. Praxisbezug, fächerübergreifende Problemlösungskompetenz) eine hohe Akzeptanz des Lehrangebots bei den Studierenden. Der Evaluationsbeauftragte des Fachbereichs Finanzen, RD Arnd Hilwig, stellte ausgewählte Evaluationsergebnisse auf der Dozentenkonferenz des Fachbereichs Finanzen im Juni 2013 vor.

Evaluationsbeauftragter RD Arnd Hilwig präsentiert die Ergebnisse der Evaluation.



Der Fachbereich Finanzen als „Wiege der internationalen Verständigung im Zollwesen“

Vor 25 Jahren entwickelten zwei Professoren des Fachbereichs Finanzen die Idee, wie sinnvoll und praktisch es sei, wenn alle diejenigen, die mit Zollrecht zu tun haben, zu einem regelmäßigen Gedankenaustausch zusammenkommen könnten. Gemeint waren damit die Angehörigen der Zollverwaltung, die Finanzgerichtsbarkeit, die



Der 1. Vorsitzende des EFA, Prof. Dr. Gellert mit seinen Amtsvorgängern, Prof. Dr. Witte und Prof. Dr. Wolfgang.



Ministerialdirektor Würtenberger (Bildmitte) im Gespräch mit dem 1. Vorsitzenden des EFA und einem Tagungsteilnehmer.

Wirtschaftsbeteiligten sowie die beratenden Berufe. Diese beiden Professoren, Professor Dr. Peter Witte und Professor Dr. Hans-Michael Wolfgang (letzterer heute an der WWU Münster tätig), sprachen daraufhin andere Kolleginnen und Kollegen an. Schnell war die Idee geboren, eine „Zolljuristische Vereinigung“ zu gründen und dadurch zu einer intensiveren Verständigung im Zollwesen beizutragen.

Um den Gedanken eines institutionalisierten Erfahrungsaustausches umzusetzen, wurde beschlossen, einmal jährlich im Rahmen eines „Zollrechtstages“ zusammenzukommen.

Professor Dr. Witte übernahm vom Datum der Gründung im Jahr 1988 bis ins Jahr 2001 den Vorsitz der Vereinigung. Ab 2001 wechselte der Vorsitz an Professor Dr. Wolfgang, der dieses Amt bis 2012 innehatte. Seit 2012 ist Professor Dr. Lothar Gellert vom Fachbereich Finanzen Vorsitzender der Vereinigung, die sich im Laufe der Zeit in „Europäisches Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuer und Zoll“ (EFA) umbenannte.

In den letzten Jahren hat das EFA zahlreiche internationale Kontakte in alle Kontinente geknüpft, so dass aus dem jährlich stattfindenden „Europäischen Zollrechtstag“ eine internationale Veranstaltung geworden ist. Für das EFA, das derzeit annähernd 300 Mitglieder hat, ist es eine besondere Freude, dass der Abteilungsleiter der

deutschen Zollverwaltung, Herr Ministerialdirektor Julian Würtenberger, als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats gewonnen werden konnte.

Auf der Jubiläumsveranstaltung, die im Jahr 2013 stattgefunden hat, konnte Herr Ministerialdirektor Würtenberger erstmalig im EFA begrüßt werden.

Optimierter Einführungslehrgang für Regierungsrätinnen und Regierungsräte durchgeführt

Die bewährte Seminarreihe „Einführung in die Aufgaben des höheren Dienstes – Lehrgang für Regierungsrätinnen und Regierungsräte“ hat der Fachbereich Finanzen in optimierter Form weitergeführt. Auf der Basis einer Analyse der Evaluationsergebnisse der bisherigen Veranstaltungen wurden Anregungen und Ideen aufgegriffen, um das attraktive Lehrangebot für die jungen Nachwuchsführungskräfte der deutschen Zollverwaltung weiter zu verbessern. So konnten 2013 erstmals zwanzig neueingestellte Regierungsrätinnen und Regierungsräte aus allen Bundesfinanzdirektionen, dem Zollkriminalamt und dem Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung von der fortentwickelten Lehrveranstaltung profitieren. Entsprechend der Aufgabenbreite der Zollverwaltung setzt sich der Teilnehmerkreis aus jungen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern sowie aus Chemikerinnen und Chemikern zusammen.

Mit dem insgesamt vierwöchigen Seminar wird weiterhin das Ziel einer kompakten, schwerpunktorientierten fachlichen Einführung in den höheren Dienst der Zollverwaltung verfolgt. Strukturiert wird die Lehrveranstaltung durch die Themenfelder:

- Personal- und Organisationsmanagement
- Führungs- und Steuerungsmodell der Zollverwaltung sowie
- Aufgabengebiete und Kernprozesse der Zollverwaltung.

Dieser Kontext wurde neben der bereits gepflegten Beteiligung des Bundesministeriums der Finanzen sowie der Mittelbehörden um die Perspektive des Hauptzollamts als Ortsebene erweitert. Zudem wurde die Zusammenarbeit zwischen den Fachhochschullehrerinnen und Fachhochschullehrern und Referentinnen und Referenten aus den zentralen Facheinheiten der Bundesfinanzdirektionen sowie dem Zollkriminalamt weiter intensiviert.

Nach der Einführung in die für die Zollverwaltung prägenden Rechtsgebiete des Zoll- und Verbrauchsteuerrechts, des allgemeinen Steuerrechts und des Rechts der sozialen Sicherung durch die Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs Finanzen folgen abgestimmte Gastvorträge von Behördenvertreterinnen und Behördenvertretern zu aktuellen Fragen der Rechts- und Fachaufsicht sowie zur Steuerung von Fachprozessen. Damit wird die Verzahnung unterschiedlicher Blickwinkel innerhalb der einzelnen Fachmodule weiter gestärkt.

Nachwuchsführungskräfte des deutschen Zolls: Regierungsräte-Lehrgang am Fachbereich Finanzen im Februar 2013 in Münster, Tutor RD Arnd Hilwig (rechts).



Schon traditionell runden gemeinsame Abendveranstaltungen wie z.B. ein Rundgang durch Münsters historische Altstadt mit Besuch des historisch bedeutsamen Saals des Westfälischen Friedens im Rathaus den Lehrgang ab. Das Seminar wird von Regierungsdirektor Arnd Hilwig als Tutor begleitet.

Spendenaktion

Im November 2013 übergaben Studierende des Fachbereichs Finanzen einen Scheck über 500,- EURO an den Verein zur Förderung krebskranker Kinder Münster e.V..



Das Geld wurde von den Studierenden des Kurses 9 anlässlich einer internen Feier gespendet. Die Initiatoren der Sammelaktion überreichten die Summe symbolisch in Form eines großformatigen Schecks auf der Kinderonkologiestation des Universitätsklinikums Münster an die Vorsitzende des Fördervereins, Frau Christel Hüttemann.

Frau Hüttemann stellte den Studierenden die Ziele und verschiedene Projekte des Vereins vor und bedankte sich herzlich bei den Nachwuchskräften des Zolls.

Spendenübergabe im Universitätsklinikum Münster an Frau Christel Hüttemann.

„Wir wollten das Geld persönlich übergeben, damit wir Gewissheit haben, dass es am richtigen Platz ankommt“ zeigten sich die Studierenden beeindruckt von der Arbeit des Fördervereins.

Hochschulsport am Fachbereich

Den Studierenden des Fachbereichs Finanzen steht ein breitgefächertes Angebot an Sportmöglichkeiten zur Verfügung. In der modernen Mehrzweck-Sporthalle werden dienstlich geleitete Sportaktivitäten wie Basketball, Volleyball und Fußball, aber auch Wirbelsäulengymnastik, Cardio- und Fitnessgymnastik sowie allgemeine Kräftigungs- und Dehnübungen im Rahmen eines proaktiven Gesundheitsmanagements angeboten.



Tanz-Abschlussball 2013

Großen Anklang fanden die jährlich stattfindenden Turniere. Bei Fußball, Handball, Badminton, Volleyball, Basketball und Tauziehen konnten die Kurse untereinander – im Fußball und Volleyball auch je eine Mannschaft der Dozentinnen und Dozenten - sportliches Geschick beweisen und Kräfte messen.

Auch im Jahr 2013 fand wieder ein Tanzkurs im Gymnastikraum statt, bei dem Tanzprofis des Grundstudiums den tanzinteressierten Studierenden Standardtänze beibrachten.

Kampf um die „Meisterschaft“ im Tauziehen.



Volleyball-Endspiel



Fachbereich Kriminalpolizei

Leitung:	Prof. Dr. Thorsten Heyer
Sitz / Standorte:	Wiesbaden
Studiengang:	Kriminalvollzugsdienst beim Bundeskriminalamt
Studienabschluss:	Bachelor of Arts
Studierendenzahl:	226
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	58
Hauptamtlich Lehrende:	17

Integrierte Einsatzübung „Hilders“

Vom 18 bis zum 22. März 2013 und vom 16. bis zum 20. September 2013 fand für jeweils zwei Kurse der 63. und 64. Ausbildungsgruppe gehobener Kriminaldienst des Bundes (BKA) im Rahmen des Moduls 11 die Praxisübung in Hilders/Rhön statt.

Die Übung basiert auf den Lerninhalten der Module 6 bis 11 und stellt den Abschluss beziehungsweise die Generalprobe vor dem sich anschließenden siebenmonatigen

Länderpraktikum dar.

Um die Übung möglichst realistisch gestalten zu können wird mit Unterstützung der Abteilung IT eine komplette Dienststelle mit IT-Ausstattung in dem zu diesem Zweck angemieteten Gasthof aufgebaut.



Einsatzübung „Hilders“

Die Teilnehmer der Übung müssen den Fall (rechtsextreme Gruppierung, illegaler Waffenhandel) kriminalistisch, strafrechtlich und strafprozessrechtlich bewerten und abarbeiten. Außerdem sind Maßnahmen aus

den Bereichen der Tatortarbeit sowie des integrierten Einsatztrainings durchzuführen. Besonderer Wert wird auf die Aktenführung gelegt.

Am Ende der Übung müssen die Studierenden eine komplette Verfahrensakte präsentieren, die alle durchgeführten Maßnahmen sowie Zwischen- und Abschlussberichte beinhaltet. Diese Akte soll als Musterordner für das Länderpraktikum dienen.

Kooperation zwischen dem Fritz-Bauer-Institut und dem Bundeskriminalamt

Am 27. März 2013 wurde anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Ordnung und Vernichtung“ der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) am Standort Wiesbaden des Bundeskriminalamtes eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, und dem Direktor des Fritz-Bauer-Instituts/Frankfurt, Dr. Raphael Groß, unterzeichnet.

An der Veranstaltung, die bei den Beschäftigten im Bundeskriminalamt auf großes Interesse stieß, nahmen die Amtsleitung des Bundeskriminalamtes und der Direktor des Jüdischen Museums, die Abteilungsleitungen im BKA, der Fachbereich Kriminalpolizei sowie Dr. Wolfgang Schulte, Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol), teil.

Das Fritz-Bauer-Institut ist eine Forschungs- und Dokumentationseinrichtung zur Geschichte und Wirkung des Holocaust.



Dr. Groß und Präsident Ziercke unterzeichnen den Kooperationsvertrag.

Gemeinsam mit dem Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt am Main betreibt es das Pädagogische Zentrum, in dem Angebote für verschiedene Altersstufen und Zielgruppen erarbeitet werden, die sich mit der Geschichte des Holocaust und mit der Vergangenheitspolitik der Nachkriegszeit bis in unsere Gegenwart auseinandersetzen. Für das Pädagogische Zentrum bildet dabei die Reflexion der Heterogenität der deutschen Gesellschaft der Gegenwart den Hintergrund.

Es verfolgt dabei im Wesentlichen die Aufgabe, Vermittlungsangebote zur deutsch-jüdischen Geschichte und Gegenwart zu erarbeiten.

Gerade das Verhältnis von Minderheiten und deren religiöse und politische Verfolgung und Migration soll zur Reflexion gegenwärtiger Probleme anregen und die Fähigkeit fördern, mit den eigenen Vorurteilen und der Konfrontation mit Fremdheit im beruflichen Alltag umzugehen.

Das Bundeskriminalamt sieht sich diesen Aufgaben gerade im Hinblick auf die Ausbildung des kriminalpolizeilichen Nachwuchses verpflichtet.

Vordringliches Ziel der Zusammenarbeit ist daher die Vermittlung von Wissen über die ambivalente und in weiten Teilen auch verbrecherische Verstrickung von Polizei in das NS-System, sowie die Entwicklung einer offenen Wahrnehmung von Minderheiten als integrelem Teil der deutschen Gesellschaft und Geschichte.

Die Bildungspartnerschaft zwischen dem Fritz-Bauer-Institut und dem Bundeskriminalamt soll im Schwerpunkt am Fachbereich Kriminalpolizei der FH Bund, KI36 beim Bundeskriminalamt mit Leben gefüllt werden durch regelmäßige Vorträge, Seminare und Informationsveranstaltungen.

Die vereinbarte Kooperation des BKA und des Fritz-Bauer-Instituts umfasst insbesondere folgende Aktivitäten und Themenfelder:

- Unterstützung und Beratung bei der Planung von Aus- und Fortbildungseinheiten, Projekten und Projektwochen mit Inhalten aus den Themengebieten Holocaust, Heterogenität von Kulturen bzw. Religionen sowie Polizeigeschichte.
- Beratung bei der Weiterentwicklung der Curricula des Bachelor-Studiengangs und dabei eine weitere Festigung und Erweiterung des Faches „**Polizeigeschichte**“ im Bachelor-Studiengang des Fachbereichs Kriminalpolizei der FH Bund.
- Führungen und Workshops für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Studierende des BKA zu den Themen NS-Geschichte, insbesondere Geschichte der Sicherheitsbehörden, Geschichte der NS-Prozesse und der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen in der Bundesrepublik.
- Vorbereitung einer alljährlich stattfindenden Gedenkstättenfahrt oder von Studientagen zu bestimmten Abschnitten der Geschichte der Sicherheitsbehörden in Deutschland und Europa; auch als Projekttag im Fachbereich Kriminalpolizei.
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen des Projektes „Holocaustgedenktag“ im BKA.3.

Die erste Phase der Umsetzung ist bereits im Jahr 2013 mit Workshops und Seminarveranstaltungen für die Studierenden der 65. Ausbildungsgruppe gestartet worden. Diese Aktivitäten wurden ausgewertet und werden für die kommenden Jahrgänge fortgesetzt. Die Studierenden haben großes Interesse an dieser Form der Wissensvermittlung gezeigt und messen der Thematik einen besonderen Stellenwert in ihrer Ausbildung bei.

Forschungsprojekt „Grauer Kapitalmarkt“

Bereits am 8. März 2012 fand am Fachbereich Kriminalpolizei ein Expertenhearing als **Auftakt** zum Forschungsprojekt „**Grauer Kapitalmarkt – Anlegerschutz durch Strafrecht?**“ statt. Dieses Hearing ist Teil des aktuellen gleichnamigen Forschungsprojekts von KI 36, das insbesondere eine Antwort auf die Frage liefern soll, inwieweit der strafrechtliche Anlegerschutz rund 25 Jahre nach der Einführung der speziellen Strafvorschrift des § 264a StGB, mit dem gerade Betrügereien auf dem Grauen Kapitalmarkt erfasst werden sollten, in diesem Marktsegment funktioniert.

Bei dem mit sieben Experten durchgeführten Auftakt-Hearing vom März 2012 wurden 10 von der Forschungsgruppe entwickelte Thesen diskutiert. Auf der Grundlage der Thesen und des Hearings wurden Fragebögen und Interviewleitfäden für die Befragung von Staatsanwaltschaften und Fachanwälten für Kapitalanlagerecht entwickelt und entsprechende Erhebungen bei ausgewählten Anwälten und bei allen Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Wirtschaftskriminalität durchgeführt.

Mit dem **Abschlusshearing** vom 17. April 2013 wurden die vorläufigen Ergebnisse der Erhebungen einer Überprüfung und Diskussion unterzogen. Teilnehmer waren neben den Mitgliedern der Forschungsgruppe wieder die Experten des Auftakthearings sowie ein Staatsanwalt und ein Anwalt, die an den Befragungen teilgenommen haben. Wie beim Auftakthearing bot die Veranstaltung Zuhörerinnen und Zuhörern aus dem Haus sowie Studierenden Gelegenheit, einen Einblick in diese spezielle Thematik mit hohem Praxisbezug zu erhalten, wobei sie nicht nur die Probleme beim Einsatz strafrechtlicher, sondern auch

zivilrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Bekämpfungsstrategien kennenlernten.

Beide Veranstaltungen (Auftakt- und Abschlusshearing) wurden sowohl von den Zuhörerinnen und Zuhörern als auch den externen Experten als sehr positiv bewertet.

Der Mehrwert dieser Veranstaltungsform für das Bundeskriminalamt besteht darin, dass den möglichen Anwendern aus dem Bundeskriminalamt Forschung praxisorientiert und interdisziplinär vorgestellt wird.

Einblickeveranstaltung am 27. Mai 2013 zum Thema „Polizei und Notwehr - Aktuelles aus Praxis und Lehre“

Am 27. Mai 2013 fand am Fachbereich Kriminalpolizei der FH Bund eine Einblickeveranstaltung zum oben genannten Thema statt.

Referenten waren

- **Prof. Dr. Thomas Fischer, Richter am BGH und**
- **Prof. Dr. Frank Zieschang, Universitätsprofessor an der Universität Würzburg.**

Das BGH-Urteil zum Koblenzer „Hell’s Angels Fall“, bei dem es im März 2010 zur Tötung eines SEK-Beamten des Landes Rheinland-Pfalz anlässlich eines Einsatzes gegen ein Mitglied des Hells Angels MC kam, und der Todesschütze sich erfolgreich auf Putativnotwehr berufen konnte, hat allgemein für erhebliches Aufsehen und für einige Diskussionen, auch gerade in Polizeikreisen, gesorgt.

Herr Prof. Fischer, der zu den Mitverfassern des Urteils gehörte, und Herr Prof. Zieschang haben dieses Urteil näher erläutert und das Urteil sowie weitere aktuelle

Notwehrentscheidungen mit den Studierenden und einer Vielzahl interessierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BKA diskutiert.

Herr Prof. Dr. Fischer ist, neben seiner Tätigkeit im 2. Strafsenat des BGH, auch als Autor des maßgeblichen Praktikerkommentars zum StGB, der früher unter anderem von Dreher und Tröndle bearbeitet wurde, bekannt.

Herr Prof. Dr. Zieschang kommentiert im strafrechtlichen Großkommentar „**Leipziger Kommentar**“ unter anderem die Rechtfertigungsgründe.

Projektwoche Berlin

Im Bachelorstudiengang findet eine einwöchige Projektwoche am Standort des Bundeskriminalamtes in Berlin statt, die im Modul 5, „**Berufsspezifische Vertiefung und Ergänzung**“ abgebildet ist.

Je nach dem individuellen Projektwochenthema orientiert sich der Programmablauf an den Lernzielen der Lehrveranstaltung, wonach die Studierenden nach deren Abschluss die Einrichtungen der politischen Willensbildung einordnen sowie die Tätigkeiten ausgewählter Kompetenzzentren erläutern können.

Die Studierenden vertiefen somit die erworbenen staatsrechtlichen und politischen Grundlagen im Bereich des Verwaltungshandelns.

Alternierend werden in aller Regel

- Bundestag,
- Bundeskanzleramt,
- Auswärtiges Amt,
- Stiftung „**Topographie des Terrors**“,

- Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen,
- Stasizentrale Normannenstraße sowie
- Ausgewählte Bereiche des BKA in Berlin
(GTAZ / SG / ST / IK)

besucht.

Die Projektwoche der 65. Ausbildungsgruppe im Zeitraum vom 24. Juni bis 28. Juni 2013 stand unter dem Projekttitel

„Das Netzwerk der Sicherheitsbehörden in Berlin vor dem Hintergrund der zentralen historischen und politischen Bedeutung der Bundesdeutschen Hauptstadt“.

Im Rahmen des vorgenannten Projektwochenthemas wurde **erstmalig**, in Kooperation mit dem Fritz-Bauer-Institut eine Stadtführung mit dem Thema **"Berlin im Nationalsozialismus"** durchgeführt.

Forum KI „60 Jahre Kriminalistisches Institut – Forschen für die Innere Sicherheit“

Am 26. Juni 2013 fand das KI-Forum im Bundeskriminalamt unter dem Leitmotiv **„60 Jahre Kriminalistisches Institut – Forschen für die Innere Sicherheit“** als Festakt statt.

Etwa 200 deutsche und ausländische Gäste aus Politik, Wissenschaft und polizeilicher Praxis sowie Kolleginnen und Kollegen aus dem BKA ließen sich Historie, gegenwärtige Herausforderungen und Ausblicke in die Zukunft kriminalistisch-kriminologischer Forschung im Großen Saal des BKA in Wiesbaden vor Augen führen. Nach spannenden Vorträgen zum Spannungsfeld, in dem sich kriminalistisch-kriminologische Forschung bewegt, zur Kriminologie vor der Existenzkrise, dem Technologiemo-

monitoring und ‚Pearls in Policing‘, trug Präsident Bönders zum Thema **„Praxisnahe Ausbildung vs. Hochschulische Autonomie“** vor.

Die Veranstaltung fand einen gelungenen Abschluss in der hochrangig besetzten und spannenden Podiumsdiskussion mit dem Titel **„Forschen für wen? Freiheit der Bürger vs. ‚Überwachungsstaat“**.

Der Festakt wurde in Projektverantwortung durch den stellvertretenden Leiter des Fachbereichs Kriminalpolizei, KR Reil, vorbereitet und in maßgeblicher Unterstützung durch die Studierenden der 62. Ausbildungsgruppe durchgeführt.



Präsident Bönders zum Thema **„Praxisnahe Ausbildung vs. Hochschulische Autonomie“**.



Präsident Ziercke bei der Festrede.

Ausstellungseröffnung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“

Die Innenministerkonferenz hat im April 2008 beschlossen, ein Projekt zur Polizei im NS-Staat zu initiieren und mit dessen Umsetzung die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster/Hiltrup betraut.

Von April bis August 2011 wurde als Projektteil die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ im Deutschen Historischen Museum in Berlin mit ausnahmslos positiver öffentlicher Resonanz einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Darüber hinaus wurde ein Ausstellungsmodul entwickelt, das prägnant die wesentlichen Fakten zur Polizei des NS-Staates darstellt. Im Bundeskriminalamt sind die Tafeln zunächst als Wanderausstellung an den Standorten Wiesbaden, Meckenheim und Berlin sowie im Anschluss als Dauerausstellung in den Räumlichkeiten des Fachbereiches Kriminalpolizei der FH Bund in Wiesbaden zu sehen.

Am 5. Juli 2013 konnte die Ausstellung am Standort Meckenheim vom Präsidenten des BKA, Herrn Ziercke, eröffnet werden. Es folgte ein Vortrag von Herrn Dr.



Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“.



Präsident Ziercke eröffnet die Ausstellung.

Schulte, der als Projektleiter eindrucksvoll über Projekt-auftrag, Projektbestandteile, Gremien und Qualitätssi-cherung, Kooperationspartner sowie über den wesentli-chen Ablauf und die erfolgten Veröffentlichungen des auf drei Jahre angelegten Projektes informierte.

Zu dem Auditorium zählten unter anderem Präsident Bönders, der Abteilungsleiter der Abteilung Staatsschutz beim BKA sowie ca. 100 interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes.

Twinning Projekt „Unangemessene Gewaltanwendung im Rahmen polizeilichen Handelns“ zugunsten der Türkei

Das Bundeskriminalamt führte im Zeitraum 4. Septem-ber 2011 bis 26. Juli 2013, in Kooperation mit

- der österreichischen „Sicherheitsakademie (SIAK/senior project leader)“;
- dem österreichischen „Boltzmann-Institut für Menschenrechte (BIM)“ sowie
- der deutschen „Gesellschaft für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ)“

das auf 2 Jahre begrenzte und mit 2 Millionen EURO ausgestattete Twinning-Projekt „Implementation capacity of Turkish Police to prevent disproportionate use of force“, zugunsten der Türkei, durch.

Der Leiter des Fachbereichs Kriminalpolizei der FH Bund Prof. Dr. Thorsten Heyer nahm dabei die Funktion des Projektleiters (junior project leader) und Verantwortlichen für die Koordination der deutschen „Kurzzeitexperten (STEs)“

- des Bundeskriminalamtes,
- der Polizeiakademie Hessen (HPA) sowie
- der FH Bund

wahr.

Im Projektverlauf wurde, nach einer IST-Analyse der rechtlichen, organisatorischen, taktischen und trainingsbezogenen Rahmenbedingungen polizeilichen Handelns in der Türkei, ein Vergleich mit europäischen Standards hinsichtlich der vorgenannten Rahmenbedingungen durchgeführt.

Dieser Vergleich der IST-Situation in der Türkei mit europäischen Standards führte zur Identifizierung von vier Themenfeldern, nämlich

- „Leadership“ (Befehls- vs. Auftragstaktik, Führungskreislauf),
- „Tactical communication“ (Deeskalationsstrategien, Kommunikation Polizei/Bürger),
- „crowd control“ (taktisches Vorgehen bei Großveranstaltungen / Demonstrationen, Fußballspielen unter Beachtung von Deeskalation und Verhältnismäßigkeit) sowie
- „use of force“ (Zugriffstechniken / Anwendung von Gewalt unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit),

in denen Defizite zwischen der Aufgabenwahrnehmung in der türkischen Polizei und europäischen Standards festgestellt wurden.

Auf dieser Grundlage entwickelte die Projektgruppe, in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit Experten der türkischen Polizei, vier Polizeidienstvorschriften sowie darauf aufbauend Modul- und Trainingshandbü-

cher, um in umfangreichen Trainingsmaßnahmen in den Monaten Mai und Juni 2013 insgesamt 475 türkische Polizeitrainer in 5 verschiedenen Großstädten der Türkei auszubilden.

Diese Trainingsmaßnahmen wurden am 28. Juni 2013 abgeschlossen.

Im verbleibenden Zeitraum vom 1. bis 26. Juli 2013 wurden „**Training Implementation Guidances**“ zur Überprüfung der Umsetzung der Trainingsinhalte durch Besuch ausgesuchter Kurse in Istanbul und Ankara durchgeführt.

Das Projekt wurde mit einem „**Closing event**“ am 26. Juli 2013, an dem von deutscher Seite die „**Gesellschaft für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ)**“ sowie das Bundeskriminalamt durch Prof. Dr. Heyer (Junior-project-leader) vertreten waren, abgeschlossen.

Trotz der schwierigen Begleitumstände, infolge der gewalttätigen Demonstrationen in der Türkei, wurde das Projekt durch das Monitoring der „**Europäischen Union**“ viermal mit der Note „**Gut**“ und einmal sogar mit der Note „**Sehr Gut**“ bewertet.

Auslandshospitationen

Der gesetzliche Auftrag des Bundeskriminalamtes, insbesondere seine Funktionen als nationales Zentralbüro der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) und als nationale Stelle für Europol, ist in zunehmendem Maße von grenzüberschreitender Kommunikation und Zusammenarbeit geprägt. Die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden internationalen Zusammenarbeit für eine effektive Verbrechensbekämpfung zeigt sich insbesondere in der fortschreitenden Globalisierung und der damit verbundenen Entwicklung

der internationalen Kriminalität. Allgemeinpolizeiliche und fallbezogene Erkenntnisse müssen weltweit schnell und sicher ausgetauscht werden können.

Diese Rollenübertragung ist mit besonderen Anforderungen an den kriminalpolizeilichen Sachbearbeiter verbunden. Für die Nachwuchsqualifizierung gilt es daher, Aspekte der internationalen Polizeikooperation stärker in den Fokus zu rücken. Wichtige Aufgabenbereiche des Bundeskriminalamtes sind von internationalen Bezügen geprägt, sei es innerhalb der Behörde in einschlägigen Organisationseinheiten, über die Mitarbeit in europäischen Gremien und Institutionen oder die weltweite Abordnung von Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamten.

Um diesen ambitionierten Aufgabenstellungen gerecht zu werden, hat der Fachbereich Kriminalpolizei im Studienplan eine verstärkte internationale Ausrichtung festgeschrieben. Seit 2007 werden im Rahmen des Fachhochschulstudiums mehrtägige Gruppenhospitationen beim Interpol Generalsekretariat in Lyon und bei Europol und Eurojust in Den Haag durchgeführt. Die Studierenden erhalten durch Vorträge tiefe Einblicke in die vielfältigen Aufgabenbereiche dieser Organisationen.

In Gesprächsrunden mit BKA-Kolleginnen und -Kollegen, die zu Interpol oder Europol abgeordnet sind, können die Studierenden die Inhalte der Vorträge reflektieren und bewerten, sowie über Chancen und Risiken der internationalen Polizeikooperation diskutieren.

Die Hospitation bei Interpol wurde aktuell durch ein eintägiges Trainingsszenario ergänzt (aktive Fallarbeit), das eine optimale Verzahnung von Theorie und Praxis darstellt. Erstmals im Bachelorstudiengang fand diese Gruppenhospitation neben Europol, Interpol und Eurojust auch

bei der „**Sicherheitsakademie (SIAK)**“ in Wien statt. Aufbauend auf der seit Jahren unterhaltenen Hochschulkooperation mit der SIAK, erwartete 20 Studierende der 60. Ausbildungsgruppe eine informative und abwechslungsreiche Woche in Wien.

Neben Fachvorträgen zu der Struktur des österreichischen Bundesministeriums für Inneres und der Polizeiausbildung im speziellen, erhielten die Studierenden unter anderem Einblicke in die Aufgabenwahrnehmung des österreichischen Bundeskriminalamtes, besichtigten den Kommandoraum der Landespolizeidirektion zur Koordinierung polizeilicher Großlagen und konnten als Zuschauer an einer Löschübung der Wiener Einsatzgruppe Alarmabteilung (WEGA) teilnehmen.

Die Auslandshospitationen werden sowohl von den Studierenden als auch von den Vertreterinnen und Vertretern Interpols / Europols / Eurojust und der SIAK als positiv bewertet. Die Studierenden erlangen aus erster Hand wertvolle Informationen, die ihnen für ihre spätere Tätigkeit im Bundeskriminalamt von großem Nutzen sein werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen sehen die Hospitationen als Chance, bei neuen Kolleginnen und Kollegen frühzeitig das Bewusstsein für die Notwendigkeit der internationalen Polizeikooperation zu schärfen.

Neben dieser polizeilichen Sensibilisierung eignen sich diese Hospitationen auch dazu, sich persönlich kennenzulernen, um so den Studierenden die Wichtigkeit der nationalen und internationalen **Netzwerkbildung** zu vermitteln, ohne die eine effiziente und effektive Polizeiarbeit kaum mehr leistbar wäre.

„Internationale Woche“

In der Zeit vom 26. bis 30. August 2013 richtete der Fachbereich Kriminalpolizei die inzwischen bereits dritte „**Internationale Woche**“ als Bestandteil des Bachelorstudiengangs am Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes in Brühl aus.

Neben Studierenden der 60. Ausbildungsgruppe nahmen erstmals ungarische Studierende und eine Lehrkraft der Polizeihochschule Ungarns, drei Vertreter der „**Polizeifachhochschule Kroatiens**“ sowie zwei Vertreter der österreichischen „**Sicherheitsakademie (SIAK/Wien)**“ teil.

Thema der „**Internationalen Woche**“ war programmgemäß „**Gemeinsame Ermittlungsgruppen (GEG)/ Joint Investigation Teams (JIT)**“.

Im Rahmen mehrerer Vorträge wurde den Studierenden unter anderem Gelegenheit gegeben, sich über grundlegende Aspekte der Europäischen Union zu informieren sowie die Polizeistrukturen und die Zuständigkeiten der Sicherheitsbehörden in den Teilnehmerländern kennen zu lernen. Darüber hinaus wurde die EU-Modellvereinbarung über die Bildung einer GEG/ JIT vorgestellt.

Die Vertreter von EUROJUST, EUROPOL und INTERPOL stellten ebenfalls den Aufbau, die Strukturen und die Arbeitsweise ihrer jeweiligen Einrichtungen vor.



Im Rahmen von Gruppenarbeiten hatten die Studierenden die Möglichkeit, anhand einer fiktiven Fallstudie, einen Vertragsentwurf zur gemeinsamen Bearbeitung eines Ermittlungssachverhaltes entwerfen und präsentieren zu können. Das bewährte Konzept der „**Internationalen Woche**“ konnte somit weiter ausgebaut und verbessert werden, so dass man inzwischen von einem wichtigen und erfolgreichen Bestandteil des Bachelorstudiums und dessen internationaler Ausrichtung sprechen kann.

Kooperation mit der österreichischen Sicherheitsakademie (SIAK/Wien)

Am 5. und 6. September 2013 besuchte Ministerialrat Mag. Manfred Hauser den Fachbereich Kriminalpolizei in Wiesbaden zu einem Antrittsbesuch, wo er vom Fachbereichsleiter Prof. Dr. Thorsten Heyer und dem Ansprechpartner für die Kooperation mit der österreichischen Sicherheitsakademie (SIAK), Regierungsrat Guntram Scheer, empfangen wurde.

Herr Hauser ist in einer leitenden Position am Zentrum für Grundausbildung der österreichischen SIAK tätig und koordiniert den Fachhochschullehrgang „**Polizeiliches Lehren**“ an der Fachhochschule Wiener Neustadt (FHWN).

Dort befindet sich der Fachbereich „**Sicherheit**“, der neben der viersemestrigen Ausbildung von „**Akademi-schen Lehrern des Exekutivdienstes**“ auch einen Lehrgang für „**Wirtschaftskriminalität & Cybercrime**“ sowie den Bachelor-Studiengang „**Polizeiliche Führung**“ anbietet.

Wie der Name schon erahnen lässt, unterscheidet sich der polizeiliche Bachelorstudiengang in Österreich vor allem dahingehend von dem deutschen System, dass er den Absolventinnen und Absolventen den Weg in die höhere Führungsebene der österreichischen Sicherheitsbehörden erschließt. Ein dortiges Spezifikum ist übrigens auch, dass zum erfolgreichen Abschluss des Studiums die Erstellung von zwei Studienarbeiten gehört.

Trotz dieser Unterschiede arbeiten die SIAK bzw. der Fachbereich Sicherheit der „**Fachhochschule Wiener Neustadt (FHWN)**“ und der Fachbereich Kriminalpolizei seit mehreren Jahren erfolgreich zusammen, was sich vor allem auf gemeinsame Twinning-Projekte, einen mehrfachen Dozentenaustausch und pädagogisch-didaktische Fortbildungen erstreckt.

Im Rahmen des Antrittsbesuches wurde von beiden Seiten bekräftigt, die erfolgreiche Kooperation weiter zu vertiefen, beispielsweise in Form der wechselseitigen Unterstützung bei der Betreuung von Bachelorarbeiten und des fachlichen Austauschs mit dem „**Institut für Wissenschaft und Forschung**“ an der Sicherheitsakademie.

Bereits in unmittelbarem Nachgang zu dem Besuch von Herrn Hauser konnte eine Dozentin des Fachbereichs Kriminalpolizei an einem einwöchigen, didaktischen Seminar in Wien teilnehmen und zeigte sich beeindruckt von der herzlichen Aufnahme durch die dortigen Kolleginnen und Kollegen und der hohen fachlichen Qualität der Fortbildungsmaßnahme.

Voller Erfolg der FH Bund beim „Tag der offenen Tür“ des Bundeskriminalamtes 2013

Zum dritten Mal lud das BKA am 14. September 2013 zum "Tag der offenen Tür" in die Liegenschaft W1 nach Wiesbaden ein.

Von 10:00 bis 18:30 Uhr hatten interessierte Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit sich über die unterschiedlichen Tätigkeitsfelder des Bundeskriminalamtes zu informieren.

An rund 80 Informationsständen konnten die Gäste hinter die Kulissen blicken und allgemeine als auch besondere Einblicke in die Arbeit der Sicherheitsbehörde gewinnen.

Mit vertreten war, wie bereits in den vergangenen Jahren, die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Kriminalpolizei, der Teil des kriminalistischen Instituts (KI) des Bundeskriminalamtes ist. Zusammen mit dem Referat ZV 11, der für die Personalgewinnung im BKA zuständigen Organisation, wurden umfangliche Informationen gegeben und alle Fragen zum Studiengang an der FH Bund beantwortet. Dafür stellte sich ganztags, neben den Fachdozentinnen und Fachdozenten und Kursbetreuern, der Dekan Prof. Dr. Thorsten Heyer persönlich zur Verfügung.

Unbeeindruckt von dem zum Teil heftigen Regen über den gesamten Tag stand der Bachelorstudiengang „Kriminalvollzugsdienst beim Bundeskriminalamt“ durchweg im Fokus des Interesses vor allem der jungen Besucherinnen und Besucher, die eine Anreise aus dem gesamten Bundesgebiet auf sich nahmen.

Ernennung der 60. Ausbildungsgruppe gehobener Kriminalvollzugsdienst des Bundes

Am 1. Oktober 2013 wurden die Studierenden der 60. Ausbildungsgruppe in einer feierlichen Zeremonie im Kloster Eberbach / Eltville zu Kriminalkommissarinnen und Kriminalkommissaren ernannt.

Es handelt sich hierbei um die dritte und mit 64 Studierenden bislang größte Ausbildungsgruppe, die den dreijährigen Studiengang „Kriminalvollzugsdienst - Bachelor of Arts“ am Fachbereich Kriminalpolizei der FH Bund absolviert hat.

An der Feierstunde nahmen ca. 350 Personen teil (Studierende, Angehörige, Stammpersonal des Fachbereichs Kriminalpolizei, der Präsident der FH Bund sowie hochrangige Vertreter des BKA).

Der Vizepräsident des BKA, Prof. Dr. Stock, ernannte die 64 Studierenden zu Kriminalkommissarinnen beziehungsweise Kriminalkommissaren.

Die Bachelorurkunden wurden durch den Präsidenten der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Thomas Bönders, ausgehändigt.



Für die musikalische Umrahmung sorgte die Combo des Hessischen Landespolizeiorchesters.

Die Absolventinnen und Absolventen wurden zum 2. Oktober 2013 den Abteilungen des BKA an den Standorten Wiesbaden, Meckenheim und Berlin zugewiesen.

Im Rahmen der Feierstunde wurde Frau Dr. Ehret, Dozentin für Kriminologie am Fachbereich Kriminalpolizei, durch Herrn Prof. Dr. Stock zur Professorin ernannt und leistete Ihren Amtseid auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Gemeinsamer Ratslehrgang von Bundeskriminalamt und Bundespolizei

Seit Oktober 2011 bilden Bundespolizei (BPol) und Bundeskriminalamt (BKA) Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamte sowie Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber für den höheren Polizeivollzugsdienst im 1. Studienjahr des Masterstudiums der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) gemeinsam aus.

Die ersten 10 Module des Studiengangs „**Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement**“ werden dabei abwechselnd am Fachbereich Kriminalpolizei der FH Bund in Wiesbaden und an der Bundespolizeiakademie in Lübeck unterrichtet. Dabei teilen sich die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt paritätisch die Modulverantwortlichkeiten im ersten Studienjahr.

Für die Studierenden beginnt im Folgejahr (2. Studienjahr) die zentrale Ausbildung an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster-Hiltrup, die mit dem akademischen Abschluss „**Master of Arts**“ ihren Abschluss findet.

Am 2. Oktober 2013 trat der mittlerweile 3. Gemeinsame Ratslehrgang das erste Studienjahr mit Modul 1 am Fachbereich Kriminalpolizei an und befindet sich bis Ende Januar 2014 an der Bundespolizeiakademie in Lübeck. Die Studiengruppe setzt sich aus 10 Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei und 4 Kolleginnen und Kollegen des Bundeskriminalamtes zusammen.

Besuch einer chinesischen Delegation

Im Rahmen einer mehrtätigen Informationsreise mit dem Schwerpunkt Aus- und Fortbildung der deutschen Polizei besuchte am 9. Dezember 2013 eine zwanzigköpfige Delegation des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit der Volksrepublik China den Fachbereich Kriminalpolizei am Standort Mainz-Kastel.

Delegationsleiter war der stellvertretende Generaldirektor des Referats für Personalaus- und fortbildung, Herr Cheng Renhua. Auch die Mehrzahl der Delegationsmitglieder entstammte dem Aus- und Fortbildungssektor, wobei unter anderem Vertreter der „Public Security University“ of China, der „China Criminal Police University“ und verschiedener regionaler Police Colleges zu nennen sind.

Nach einer Begrüßung durch den Leiter des Bildungsinstituts im Bundeskriminalamt, Herrn Leitenden Kriminaldirektor Unger, präsentierten der stellvertretende Fachbereichsleiter Kriminalrat Reil und sein Dozentenkollege Regierungsrat Scheer die kriminalpolizeilichen Studiengänge zum gehobenen und höheren Dienst.

Auffällig war das hohe fachliche Interesse der Delegationsmitglieder, das sich in vertiefenden Fragen über Zulassungsvoraussetzungen, Modularisierung, Kompetenzorientierung und inhaltliche Gestaltung der beiden Studiengänge widerspiegelte. Hierbei wurde deutlich,

dass man sich auch in der Volksrepublik China intensiv mit dem Bologna-Prozess auseinandersetzt. Besonders beeindruckt zeigte sich die Delegation auch vom breiten Spektrum der Vorqualifikationen der Bachelor-Studierenden am Fachbereich Kriminalpolizei. Dies insbesondere, als ein Kollege der 65. Ausbildungsgruppe, Herr KKA Cyrus, seines Zeichens Magister der Sinologie, die Besucher in fließendem Mandarin begrüßte.

Vor allem die interessierten Nachfragen und fachlichen Diskussionen unterstützen den Eindruck, dass es sich um eine gelungene, für die chinesische Seite lohnenswerte Veranstaltung handelte.

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitung:	LtdVerwD Karl Friedrich Köhler
Sitz/Standorte:	Kassel
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Dienst in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung
Studienabschluss:	Diplomverwaltungswirt(in) FH
Studierendenanzahl:	163
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	51
Hauptamtliches Lehrpersonal:	8

Am 1. Januar 2013 ging der Fachbereich LSV aus der Trägerschaft des Spitzenverbandes der landwirtschaftlichen Sozialversicherung aufgrund des Gesetzes zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG) vom 19. April 2012 (BGBl. I, S.579) im Rahmen der Rechtsnachfolge in die Trägerschaft der „Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“ (SVLFG) über. Mit diesem Gesetz vollzieht die landwirtschaftliche Sozialversicherung die größte Organisationsreform seit ihrer Existenz. Aus den bis zum 31. Dezember 2012 bestehenden 36 rechtsfähigen Körperschaften des öffentlichen Rechts samt ihres Spitzenverbandes wurde zum 1. Januar 2013 die bundesunmittelbare „Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“.

Studierende des Fachbereichs
LSV im Kanzleramt.



Studierende des Fachbereichs LSV vor dem Kanzleramt.



Im BMELV.

Im Deutschen Bundestag.



Im Februar 2013 veranstaltete der Fachbereich - wie in jedem Jahr - mit den Studierenden des Hauptstudiums eine Exkursion in die Bundeshauptstadt. Hier bestand die Möglichkeit, das politische Berlin im Dialog mit sachkompetenten Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Bundestages, des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) kennenzulernen. Dabei zeigten sich die Studierenden als ausgesprochen interessiert und informiert, was insbesondere im BMELV angemerkt wurde. Beim Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, einem ehemaligen Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, konnten die Studierenden Authentisches über die jüngere deutsche Geschichte erfahren. In Begleitung ihres Dozenten für Staats- und Verfassungsrecht erhielten sie Einblick in die Praktiken eines Unrechtssystems im Europa des 20. Jahrhunderts.

Im April haben 56 von 59 Studierenden erfolgreich die Zwischenprüfung bestanden. Bei der Wiederholungsprüfung bestanden zwei Personen, eine weitere hat das Studium abgebrochen.

48 Studierende haben im Juni am schriftlichen Teil der Abschlussprüfung nach der Ausbildungs-, Studien- und Prüfungsordnung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst der Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (ASPO-LSV) teilgenommen. 43 Studie-

rende wurden sodann zur mündlichen Prüfung zugelassen, die sie auch bestanden haben. Im Rahmen einer akademischen Feierstunde wurde ihnen im Namen des Präsidenten der FH Bund die Diplomurkunde ausgehändigt und der akademische Grad Diplomverwaltungswirt(in) (FH) verliehen.

Zum 1. Oktober 2013 wurden 51 Studierende für die Ausbildung nach der ASPO-LSV zugelassen, die nach einem einmonatigen Einführungspraktikum am 1. November 2013 zum Grundstudium antraten.

Am 19. und am 28. November 2013 hatten die Studierenden des Grundstudiums die Gelegenheit, in Begleitung ihrer Dozentin für Verwaltungsrecht das in Kassel ansässige Bundessozialgericht (BSG) zu besuchen. Bei beiden Besuchen wurden den Studierenden interessante Einblicke in die Arbeit des Gerichts und den Verfahrensablauf in der sozialgerichtlichen Revisionsinstanz gewährt.

Am 19. November 2013 erfolgte zunächst eine Präsentation der Rechtsinformationssysteme durch einen Mitarbeiter der Dokumentationsstelle. Die beim BSG im Bereich des wissenschaftlichen Dienstes eingerichtete Dokumentationsstelle bereitet sozialrechtlich relevante Rechtsprechung, Literatur und Verwaltungsregelungen für die Datenbanken des Juristischen Informationssystems der Bundesrepublik Deutschland (juris) sowie für den aktuellen Informations-

Karl Friedrich Köhler,
 Dekan des Fachbereichs LSV.



Der erfolgreiche Prüfungsjahrgang 2013.



Claudia Lex, Geschäftsführerin der SVLFG auf der Diplomfeier.



dienst des BSG auf. Hier erhielten die Studierenden wichtige und nützliche Informationen für ihre eigene praktische Arbeit mit dem für sie in der Bibliothek des Fachbereichs zugänglichen juris - Portal. Im Anschluss daran gewährten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek Einblicke in ihre Arbeit und führten die Studierenden durch die umfangreiche juristische Spezialbibliothek des BSG mit einem Bestand von ca. 176.000 Bänden. Die Studierenden wurden von dem freundlichen Bibliotheksteam ausdrücklich und herzlich eingeladen, die Bibliothek während ihres Studiums zu besuchen.

Am 28. November 2013 erhielten die Studierenden bei einem zweiten Besuch des Bundessozialgerichts die Möglichkeit, an einer Sitzung des 3. Senats teilzunehmen, in der über eine Revision aus der gesetzlichen Krankenversicherung mündlich verhandelt und entschieden wurde. Vor dem Sitzungstermin hatte die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zu einer umfassenden Gerichtsführung eingeladen, in der die Studierenden unter vielen interessanten Kurzvorträgen auch über die Geschichte des in den Jahren 1935-1938 erbauten Gerichtsgebäudes informiert wurden. Außerdem bekamen sie die Gelegenheit, Besprechungsräume und Sitzungssäle zu besichtigen und sogar einmal selbst auf den Richterstühlen Platz zu nehmen und eine Verhandlungssituation nachzuspielen.

Ebenfalls im November 2013 besuchten die Studierenden des Grundstudiums die Bibliothek der Universität Kassel. Dort erfuhren sie zunächst, wie die Universitätsbibliothek mit ihren Bereichsbibliotheken aufgebaut ist und welche Medien ausgeliehen werden können. Des Weiteren erhielten die Studierenden eine Katalogeinführung in die Benutzung des Auskunfts- und Rechercheportals KARLA (Kasseler Recherche-, Literatur- und Auskunftsportal) und eine Datenbankschulung.

Fachbereich Nachrichtendienste

Leitung:	Dir.b.BND Dr. Hans Dieter Denk
Abteilungen:	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bundesnachrichtendienst Leitung: Dir.b.BND Dr. Hans Dieter Denk ■ Verfassungsschutz Leitung: Dir.b.BfV Ralf Frauenrath
Sitz / Standorte:	<ul style="list-style-type: none"> ■ Haar (Abt. Bundesnachrichtendienst) ■ Brühl (Abt. Verfassungsschutz)
Studiengänge:	Bundesnachrichtendienst Verfassungsschutz
Studienabschluss:	Diplomverwaltungswirt / in (FH)
Studierendenzahl:	105 (64 Abt. VS, 41 BND)
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	39 (20 Abt. BND, 19 Abt. VS)
Hauptamtlich Lehrende:	7 (davon 3 für die Abt. VS)

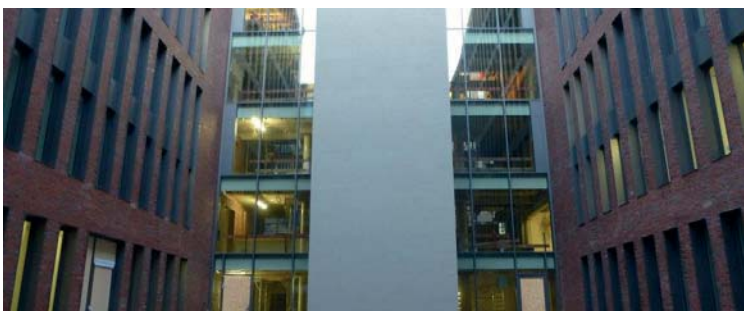
Personalsituation

Mit Wirkung vom 19. April 2013 wurde Herr Dir.b.BfV Ralf Frauenrath zum Abteilungsleiter der Abteilung Verfassungsschutz im Fachbereich Nachrichtendienste vom Bundesministerium des Innern bestellt.

Gemeinsames Studium der Nachrichtendienste

Am 20. März 2013 fand in der Chausseestraße in Berlin das Deckenfest für die Errichtung des „Zentrums für nachrichtendienstliche Aus- und Fortbildung (ZNAF)“ statt. Dort wird voraussichtlich ab Herbst 2016 der gemeinsame Studiengang für die beiden Abteilungen BND und Verfassungsschutz beginnen. Der neue Studiengang wird mit dem Diplom abschließen. Entwürfe für die Studienpläne und einzelnen Regelungen liegen bereits vor, sie müssen

jedoch noch bis zum Studienbeginn überprüft und ggf. an neuere Entwicklungen angepasst werden.



Projektwoche im gemeinsamen Grundstudium

In der Projektwoche im gemeinsamen Grundstudium wurden vom 21. bis 25. Januar 2013 zwei Projekte durchgeführt:

1. „EU und NATO - Brüssel macht Politik“

Ein Teil der Studierenden des Fachbereichs Nachrichtendienste beschäftigte sich unter Leitung von Frau Paredes mit der Arbeit Deutschlands innerhalb der EU und NATO sowie außen- und sicherheitspolitischen Aspekten der EU als supranationaler und der NATO als internationaler Organisation. Der dreitägige Aufenthalt in Brüssel wurde durch Referate zu den verschiedenen Institutionen und Themenfeldern vorbereitet sowie im Rahmen von Gruppenarbeiten nachbereitet. Hierdurch wurde das Besuchsprogramm in einen institutionellen und rechtlichen Kontext gestellt. Die Studierenden hatten vor Ort die Gelegenheit, mehr über Arbeitsweise und Aufgabenspektrum der jeweiligen Organisationen zu erfahren und mit den Mitarbeitern ins Gespräch zu kommen. Dabei wurden nicht nur die Historie erläutert und der Ist-Zustand kritisch beleuchtet, sondern häufig auch Ausblicke in die Zukunft

diskutiert. Zu den besuchten Institutionen gehörten die Deutsche Botschaft in Belgien und die Ständigen Vertretungen Deutschlands bei EU und NATO ebenso wie OCAM, das belgische Koordinierungsorgan für die Bedrohungsanalyse, und das Europäische Parlament. Nähere Einblicke in die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den jeweiligen Organisationen konnten durch Vorträge von Mitarbeitern des Intelligence Centers, das als Teil des Europäischen Auswärtigen Dienstes die zivile nachrichtendienstliche Informationsplattform der EU ist, und der NATO Intelligence Unit gewonnen werden.

2. „Mehrwert der Nachrichtendienste für die öffentliche Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“

Bei diesem von Dr. Gunter Warg geleiteten Projekt griffen die Studierenden die aktuelle Diskussion über Sinn und Notwendigkeit der Existenz von Nachrichtendiensten (insbesondere Verfassungsschutzbehörden) auf. Durch Gespräche bei Sicherheitsbehörden und Akteuren des politischen Lebens wurde der Frage nachgegangen, in welchem Maße die Nachrichtendienste jenseits der klassischen Vorfeldaufklärung tatsächlich einen Mehrwert für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland erbringen, insbesondere mithelfen können, Straftaten zu verhindern und aufzuklären.

Abteilung Bundesnachrichtendienst

Laufbahnprüfung

Im Berichtsjahr legten 13 Anwärtinnen und Anwärter ihre Laufbahnprüfung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bundesverwaltung, Studiengang Bundesnachrichtendienst, mit einer Ausnahme erfolgreich ab.

Studienfach Internationale Politik

Im Oktober 2012 wurde die Professur für Politikwissenschaft/Internationale Politik neu besetzt. Unter anwendungsbezogenen Aspekten wird ein breites Themenspektrum abgedeckt. Bearbeitet werden Fragen der Methodik, der Theorie und der Strategie, um die analytischen Fähigkeiten der Studenten auszubauen. In geographischer Hinsicht kommen zentrale sicherheitspolitische Entwicklungen aller relevanten Regionen (Nordamerika, Europa, Russland, Naher Osten, Zentralasien, Südasien, Ostasien) zur Sprache. An der Professur wurde zudem ein Kolloquium für Diplomanden eingeführt, um systematisch Exposés zu diskutieren und das wissenschaftliche Arbeiten zu vertiefen.

Forschendes Lernen

Unter der Leitung von Prof. Dr. Dietrich führten Studierende des Fachbereichs ein rechtsvergleichendes Forschungsprojekt durch, das nachrichtendienstrechtliche Regulationsstrukturen in der Bundesrepublik sowie in der Schweiz in den Blick nahm. Dabei griff das Projekt auf den in der Hochschuldidaktik bewährten Ansatz des Forschenden Lernens zurück, nach dessen Maßgabe die Lernenden ihr Wissen durch Teilnahme an einem Forschungsprojekt selbst konstruieren. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stand es, eine Steuerungsbilanz des jeweiligen Regelungsregimes aufzumachen, d.h. herauszuarbeiten, welche Normen geeignet erscheinen, überzeugende Vollzugsergebnisse zu liefern. Zur Beurteilung von Vollzugsdefiziten bzw. Steuerungsversagen wurden Instrumente der Rechtstatsachenforschung herangezogen. Die Forschungsergebnisse wurden in einer intern verbreiteten Publikation dokumentiert.

Kooperation mit der Buckingham University auf dem Gebiet der „Intelligence Studies“

In den vergangenen Jahren haben sich die „Intelligence Studies“ vor allem im anglo-amerikanischen Raum als wissenschaftliche Perspektive auf die Tätigkeit von Nachrichtendiensten etabliert. Dem Ansatz folgend hat sich eine transdisziplinäre Infrastruktur mit Schriftenreihen, Fachzeitschriften und regelmäßigen Fachtagungen entwickelt. In Großbritannien ist an der University of Buckingham das „Centre for Security and Intelligence Studies“ (BUCSIS) gegründet worden. Die Abteilung Bundesnachrichtendienst am Fachbereich Nachrichtendienste hat mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern von BUCSIS einen inhaltlichen Austausch aufgenommen und verschiedene Kooperationsprojekte auf den Weg gebracht. Prof. Dr. Dietrich war beispielsweise als Gastreferent im Rahmen der „Prebend House Advanced Studies Seminars“ tätig. Zuvor hatte bereits Prof. Anthony Glee deutsche Studierende in den britischen „Intelligence-Landscape“ eingeführt. Prof. Dr. Denzler wird – voraussichtlich im April 2014 – mit einem Vortrag zur Einführung in die Nachrichtendienstpsychologie in Buckingham vertreten sein.

Entwicklung eines Masterstudiengangs

Mittelfristig wird am Fachbereich Nachrichtendienste die Entwicklung eines nachrichtendienstspezifischen Masterstudiengangs verfolgt. Mit transdisziplinärer Zielrichtung soll hierdurch das Fach der „Intelligence Studies“ auch in Deutschland etabliert werden. Das Masterstudium versteht sich zunächst als internes Studium für Absolventinnen und Absolventen des Diplomstudiums am Fachbereich als Aufstiegsmöglichkeit in den höheren Dienst.

Mit seiner spezifischen Ausrichtung hätte der Studiengang ein Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Hochschullandschaft. Eine Umsetzung des Masterstudiengangs wird nach Aufnahme des gemeinsamen Diplomstudiums des Fachbereichs am Dienstag Berlin angestrebt.

Tunesisch-Deutscher Rechtsstaatsdialog

Auf Einladung der tunesischen Regierung referierten Prof. Dr. Dietrich und Prof. Dr. Haas im Mai 2013 anlässlich des Symposiums „Les services de renseignement dans l’Etat de droit démocratique“ in Tunis. Im Mittelpunkt ihrer Vorträge standen Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle einer Sicherheitsverwaltung im demokratischen Rechtsstaat. Von tunesischer Seite wurden die deutschen Beiträge mit großem Interesse aufgenommen. Vor allem für die anwesenden Akteure aus der tunesischen Zivilgesellschaft sowie für die Vertreterinnen und Vertreter aus Parlament und Justiz waren die Ausführungen über die Mechanismen rechtlicher Regulierung einer Sicherheitsverwaltung wichtige Anregungen für die Gestaltung des tunesischen Transformationsprozesses. In den tunesischen Medien fand dies ein positives Echo. Eine Verstetigung des Rechtsstaatsdialogs in Gestalt einer Rechtsreformberatung wurde von deutscher wie tunesischer Seite befürwortet.

Forschungsprojekt zum Einfluss von Legitimität auf Affekt und Verhalten

In einer Forschungskoooperation von Prof. Dr. Denzler u.a. mit dem Lehrstuhl für Wirtschafts-, Organisations- und Sozialpsychologie der Technischen Universität Chemnitz wird untersucht, welche Auswirkungen individuelle Legitimitätskrisen auf Affekt und Verhalten haben. Die bisherigen überwiegend experimentellen Studien zeigen,

dass niedrige Legitimität zu persönlicher Unsicherheit und diese wiederum zu einer Beeinträchtigung von Leistung führt. Die Ergebnisse wurden in einem Vortrag auf der 14. Tagung der Fachgruppe der Sozialpsychologie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, der Fachvereinigung von in Forschung und Lehre tätigen Psychologen, im September 2013 in Hagen vorgestellt.

Abteilung Verfassungsschutz

Laufbahnprüfung

Im Berichtsjahr legten 19 Anwärterinnen und Anwärter erfolgreich ihre Laufbahnprüfung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bundesverwaltung, Studiengang Verfassungsschutz, ab.

Studienfahrt im Hauptstudium

Im Rahmen des Hauptstudiums II unternahm ein Laufbahnlehrgang vom 2. bis 5. April 2013 eine Studienfahrt zu den italienischen Nachrichtendiensten in Rom. Die Gruppe wurde sowohl durch den Inlandsnachrichtendienst Agenzia Informazioni e Sicurezza Interna (AISI) als auch den Auslandsnachrichtendienst Agenzia Informazioni e Sicurezza Esterna (AISE) empfangen. Neben Vortragsveranstaltungen bei beiden Diensten wurden zum Kontaktaufbau Kultur- und Abendveranstaltungen durch die gastgebenden Dienste durchgeführt. Die Dienste gaben einen umfassenden Einblick in den Aufbau des nachrichtendienstlichen Systems Italiens. Der Schwerpunkt der Ausführungen lag dabei auf den Strukturveränderungen, die durch ein Reformgesetz aus dem Jahr 2007 vorgenommen worden waren. Desweiteren wurden nachrichtendienstliche Methodik- und Rechtsfragen im deutsch-italienischen Vergleich erörtert.

Aktuelle Fragestellungen, wie z.B. die Ausübung parlamentarischer Kontrolle, der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder die mögliche Ausweitung des Aufgabenspektrums des deutschen Inlandsnachrichtendienstes auch auf die Organisierte Kriminalität wurden angeregt diskutiert. Ein weiteres Beschäftigungsfeld waren die verschiedenen Formen der multilateralen Kooperation europäischer Nachrichtendienste.

Durch den Besuch wurde den Angehörigen des Laufbahnlehrgangs die Möglichkeit geboten, erste Einblicke in die internationale Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten zu erlangen und ihre fremdsprachlichen Fähigkeiten zu testen. Weiter regte der Austausch über verschiedene Aufbauorganisationen und methodische Herangehensweisen eine Reflektion der eigenen Tätigkeit an und gab Impulse für die eigene Arbeitsweise.

Aufnahme in den Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber wurde am 19. Februar 2013 von dem damaligen Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und der damaligen Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in den Beirat des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ berufen. Die Einrichtung, die gegenwärtig bei der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin angesiedelt ist, will zivilgesellschaftliches Engagement gegen Extremismus und Gewalt fördern.

Einladung zu Anhörungen in Landtage und Vorträge bei Bildungseinrichtungen

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber wurde 2013 mehrmals zu Anhörungen in Landtage über die Entwicklung des Rechtsextremismus oder die Neufassung von Verfassungsschutzgesetzen eingeladen, so etwa in Bayern von der CSU, in Hessen von den Grünen und in Nordrhein-Westfalen von der SPD.

Darüber hinaus hielt er regelmäßig auch extern Vorträge bei unterschiedlichen Bildungseinrichtungen wie etwa der Deutschen Richterakademie in Wustrau, dem Jüdischen Museum in Dorsten oder der Politischen Akademie in Tutzing.

Herausgabe des Jahrbuchs für „Extremismus- und Terrorismusforschung“

2013 erschien eine weitere Ausgabe des von Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber herausgegebenen „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“ in der Reihe „Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung“ der Fachhochschule des Bundes. Darin finden sich elf Beiträge zu den Themenfeldern „Grundsatzfragen“, „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Terrorismus“, wovon vier vom Herausgeber verfasst wurden.

Fachbereich Sozialversicherung

Leitung:	ADir'n Gudrun Dannhauer
Sitz / Standorte:	Berlin Bochum
Studiengang:	Sozialversicherung B. A.
Studienabschluss:	Bachelor of Arts
Studierendenzahl:	361
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	150
Hauptamtlich Lehrende:	35

Der Diplomstudiengang ist Geschichte



Verabschiedung der letzten Diplomstudierenden der Knappschaft-Bahn-See.

Mit der Verabschiedung des letzten Lehrgangs für Diplomstudierende im März 2013 ging die Ära des Diplomstudiengangs am Fachbereich Sozialversicherung zu Ende. Rund 12.000 Studierende wurden in den letzten drei Jahrzehnten zu Diplomverwaltungswirtinnen und Diplomverwaltungswirten für die Deutsche Rentenversicherung ausgebildet.

Die zuständigen Direktorinnen der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, Erste Direktorin Gundula Roßbach, und für das Saarland, Direktorin Stephanie Becker-Kretschmer, ließen es sich nicht nehmen, zusammen mit Herrn Direktor Schillinger von der Deutschen Rentenversicherung Bund ihre Absolventinnen und Absolventen persönlich zu beglückwünschen und zu verabschieden. Sie betonten die hohe Zufriedenheit der jeweiligen Rentenversicherungsträger mit der Qualität und praktischen Einsetzbarkeit der Studierenden des FB Sozialversicherung seit mehr als 3 Jahrzehnten.



Bachelorstudiengang am FB Sozialversicherung etabliert

Ende September wurde in zwei Feierstunden in Berlin und Bochum erstmals der akademische Grad „Bachelor of Arts“ an 86 Studierende der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, Saarland, Knappschaft-Bahn-See und Bund verliehen. Die Studierenden schlossen damit erfolgreich ihr dreijähriges Studium ab. Alle Absolventinnen und Absolventen der Deutschen Rentenversicherung Bund erhielten ein unbefristetes Übernahmeangebot.

Feierstunde mit Übergabe der Bachelorurkunden im Auditorium des Fachbereichs.



Der beste Bachelor-Absolvent der DRV Bund im Gespräch mit Direktor Schillinger und Dekanin Dannhauer.



Feierliche Übergabe der Bachelorurkunde durch Direktor Schillinger.



Beisammensein nach der
Überreichung der Urkunden.



Auch in der Abteilung Knappschaft-Bahn-See freuten sich 27 erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen.



Weiterentwicklung des Studienganges Sozialversicherung B.A.

Nach Ablauf des ersten Bachelorjahrgangs (2010 – 2013) wurde der gesamte Studiengang auf den Prüfstand gestellt. Im November fand am Fachbereich Sozialversicherung ein Workshop mit Lehrenden, Studierenden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung von der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See statt. Derzeit wird die Studien- und Prüfungsordnung auf der Grundlage der Ergebnisse des Workshops überarbeitet. Weitere Ergebnisse des Workshops sollen im kommenden Jahr umgesetzt werden.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sind Verordnungsgeber

Am 20. Februar 2013 ist die Erste Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung in Kraft getreten.

Die Änderungsverordnung beinhaltet in Anlage 2 zu § 10 Absatz 1 der Bundeslaufbahnverordnung die Subdelegation der Zuständigkeit für den Erlass der Rechtsverordnung, die die Ausbildung und die Prüfung für den

Vorbereitungsdienst des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Sozialversicherung regelt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), das bisher Verordnungsgeber war, hat das Recht zum Erlass auf den Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund und den Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See übertragen.

Damit hat das Ministerium den genannten Vorständen, aber auch insbesondere dem Fachbereich Sozialversicherung das Vertrauen dahingehend ausgesprochen, dass alle erforderlichen Kompetenzen für zukünftige Erlasse vorhanden sind, sodass die unmittelbare Federführung durch das BMAS zukünftig nicht mehr erforderlich ist.

200. Sitzung des Fachbereichsrates

Am 28. Mai 2013 fand die 200. Sitzung des Fachbereichsrates seit Gründung des Fachbereichs Sozialversicherung vor 34 Jahren statt. Aus diesem Anlass hob Dekanin Gudrun Dannhauer die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Trägern des Fachbereichs Deutsche Rentenversicherung Bund und Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See hervor, die insbesondere auch zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Studieninhalte führte und damit zur Steigerung der Qualität des Studiums.

Studierendenprojekt im siebenten Studienabschnitt

Studierende des Fachbereichs Sozialversicherung haben im Rahmen ihres Projekts im siebenten Studienabschnitt zum Thema „125 Jahre gesetzliche Rentenversicherung 2014“ die Motive zur Gründung der gesetzlichen Rentenversicherung unter besonderer Würdigung der sozialen



Studierendenprojekt zum Thema „125 Jahre gesetzliche Rentenversicherung 2014“.

Verhältnisse im 19. Jahrhundert bearbeitet. Neben der geschichtlichen Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wurden die Kernpunkte des Gesetzes über die Invaliditäts- und Altersversicherung beleuchtet und die Ergebnisse in drei Plakaten zu den Themen „Die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse im 19. Jahrhundert“, „Die gesetzliche Rentenversicherung – eine politisch-historische Betrachtung“ und „Kernpunkte des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes“ dargestellt. Weitere Projektthemen waren u.a. „Entwicklung einer Studierendenzeitschrift“ und „Planung eines Studentenaustauschs“.

Offenes Forum

„Selbständige in die Sozialversicherung!“ - Unter diesem Motto stand am 28. Februar 2013 das 23. Offene Forum des Fachbereichs Sozialversicherung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Moderiert von Dekanin Gudrun Dannhauer wurde in drei Vorträgen von Dr. Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Maren Schimmang, Dozentin am Fachbereich Sozialversicherung und Carsten Jeß, Hauptdezernent des Dezernats 4870 der Deutschen Renten-

Peter Schaar, der damalige Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit während seines Vortrags.



Zuhörerinnen und Zuhörer beim Offenen Forum.

versicherung Bund, das Augenmerk auf Bezüge zur gesetzlichen Rentenversicherung gelegt.

Das 24. Offene Forum widmete sich am 11. Dezember 2013 dem Thema „Informationen“. Als Gastreferent konnte der damalige Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, gewonnen werden. In seinem Beitrag skizzierte er die aktuellen Entwicklungen des Datenschutzrechts. Weitere Referenten waren Herbert Schillinger, Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund und Prof. Dr. Brigitte Jährling-Rahnefeld, Dozentin am FB Sozialversicherung.

Berufung an den Fachbereich Sozialversicherung

Am Fachbereich Sozialversicherung wurde Frau Dr. Michaela Donle zur Professorin auf Zeit im Studiengang Sozialversicherung berufen. Sie tritt die Nachfolge von Herrn Prof. Dr. Tobias Ringeisen an.



Neu am Fachbereich Sozialversicherung: Prof. Dr. Michaela Donle.

Qualifizierung von Dozentinnen und Dozenten

Am Fachbereich wurden Seminare für Dozentinnen und Dozenten zu den Themen „Angeleitetes Eigenstudium“ und „Bachelorarbeit/Thesis“ durchgeführt.

Präsenz bei Messen

Der Fachbereich Sozialversicherung hat den Studiengang Sozialversicherung B.A. bei mehreren Schulen in Berlin und Brandenburg und auf den Messen „Einstieg“, „Studieren in Berlin und Brandenburg“ sowie der Messe „Total Dual“ vorgestellt.

Bestandszahlen

Am 1. Oktober 2013 haben 150 Studierende in fünf Lehrgängen das Studium aufgenommen. Am Ende des Berichtszeitraumes waren insgesamt 15 Lehrgänge mit 361 Studierenden am Fachbereich Sozialversicherung eingerichtet. Davon sind 122 Studierende von der Deutschen Rentenversicherung Bund, 164 Studierende von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und dem Bundesversicherungsamt, 50 Studierende von der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg und 25 Studierende von der Deutschen Rentenversicherung Saarland.

Fachbereich Wetterdienst

Leitung:	RD a. D. Harald Wollkopf
Sitz / Standorte:	Offenbach, Langen, Fürstenfeldbruck
Studiengang:	Wetterdienst
Studienabschluss:	Diplom-Meteorologin / Diplom-Meteorologe
Studierendenzahl:	24
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	8
Hauptamtlich Lehrende:	5

Im März 2013 hatten elf Studierende und im September 2013 sieben Studierende am Fachbereich Wetterdienst, ihr Studium mit der Laufbahnprüfung erfolgreich abgeschlossen. Von den insgesamt 18 Absolventinnen und Absolventen waren fünf für eine spätere Verwendung beim Deutschen Wetterdienst und dreizehn für den Einsatz beim Geoinformationsdienst der Bundeswehr (GeoInfoDBw) vorgesehen.

Im Berichtszeitraum wurden an den beiden Standorten des Fachbereichs (Langen, Fürstenfeldbruck) sechs Kurse mit insgesamt 47 Studierenden von sechs hauptamtlich Lehrenden unterrichtet.

Mit der Bestellung von ORR Dr. Markus Zygmuntowski zum hauptamtlich Lehrenden (§15 Abs.1a GO-FHB) im Juli konnte die Anzahl der hauptamtlich Lehrenden am Fachbereich auf insgesamt sechs erhöht werden.

Außenbeziehungen

Am Bildungs- und Tagungszentrum des Deutschen Wetterdienstes (BTZ) in Langen, welches zugleich Standort des Fachbereichs ist, fanden im Berichtsjahr zahlreiche internationale Tagungen unter Beteiligung von Dozenten des Fachbereichs statt.

18. Februar bis 1. März 2013

NinJo-Workshop (New Integrated JAVA application, die Anwendungssoftware für den Meteorologischen Arbeitsplatz, die neben Deutschland auch in Dänemark, Kanada, Schweiz, Südafrika und bei EUMETSAT benutzt wird)

18. Februar bis 22. Februar 2013

COSMO/CLM (Consortium of Small Scale Modelling/ Climate Modeling)-Training Course: Etwa 75 Teilnehmer aus dem europäischen Ausland, Afrika sowie deutschen Universitäten wurden durch Dozenten des DWD auf dem Gebiet der Klimamodellierung basierend auf COSMO-Modellen geschult.

17. Juni bis 21. Juni 2013

Präsenzphase des internationalen Seminars zur Radarmeteorologie im Rahmen von EUMETCAL (European Meteorological Computer Assisted Learning). Diese Phase schloss sich an eine Online-Phase an, die sich aus Lernmodulen mit betreutem Selbststudium, aufgezeichnetem Fernunterricht sowie Diskussionsforen zu insgesamt acht Einzelthemen zusammensetzte. 17 Kolleginnen und Kollegen aus 12 Ländern wurden von fünf Dozenten aus vier Ländern unterrichtet.

14. Juli bis 26. Juli 2013

DWD-HRM: Etwa 30 Teilnehmer aus 17 Ländern wurden in die Nutzung der relativ hochaufgelösten Ausschnittsmodelle eingewiesen.

14. Juli bis 14. August 2013

DWD-HRM + COSMO: Ebenfalls weitere etwa 30 Teilnehmer aus 17 Ländern wurden in die Nutzung der relativ hochaufgelösten Ausschnittsmodelle eingewiesen. Zusätzlich wurden sie auf dem Gebiet der Modellierung basierend auf COSMO-Modellen geschult.

Der hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben, Dipl. Met. Udo Stengler, erhielt für das Wintersemester 2013 /2014 wieder einen Lehrauftrag für das Fach „Synoptische Meteorologie“ an der Goethe-Universität Frankfurt. Dozenten des Fachbereiches unterrichteten an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Rahmen von vier Fortbildungsveranstaltungen das Fach Meteorologie.

Panel Diskussion zum Thema „Challenge to train BSc-degree holders“.



Am Ausbildungsstandort Langen wurden unter Mitwirkung von Dozenten des Fachbereichs auch im Berichtsjahr Fortbildungsveranstaltungen für Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen mit einem Bachelor of Science durchgeführt. Eine Entscheidung für eine ausschließliche Gewinnung von Wetterberaterinnen und Wetterberatern außerhalb der FH Bund im Hinblick auf die künftige strategische Ausrichtung des DWD wurde bislang nicht getroffen.

Im Konferenzzentrum des französischen Wetterdienstes in Toulouse fanden vom 26. bis 30. August 2013 Tagungen von CALMet (Computer Aided Learning in Meteorologie) und EUMETCAL (Zusammenarbeit europäischer Wetterdienste auf dem Gebiet des Computer aided Learning) statt. Als Vertreter des DWD nahmen Hans Bauer, der Leiter des Bildungs- und Tagungszentrums des DWD, sowie zwei weitere Dozenten des Fachbereichs teil. Im Rahmen einer Panel Diskussion zum Thema „Einweisung von BSc-Absolventen“, welche von Dr. Jacobs (Dozent am FB) moderiert wurde, zeigten sich bei allen europäischen Wetterdiensten ähnliche Probleme im Hinblick auf die Rekrutierung geeigneter Anwärtnerinnen und Anwärtler für die Wetterberatung aus den BSc-Absolventinnen und BSc-Absolventen an den öffentlichen Hochschulen. Insbesondere wurden mangelnde Grundkenntnisse in praxisorientierter Synoptik sowie geringe Affinität der BSc zum praktischen Beratungsdienst beklagt.

Praxiskontakte / Praxisaufenthalte / Weiterbildung von Dozenten

Außer der üblichen Teilnahme an Tagungen und Seminaren zu meteorologischen Themen konnten Dozenten des Fachbereichs im aktuellen Berichtsjahr wieder für mehrtägige Praxisaufenthalte an verschiedenen Standorten des DWD und des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr freigestellt werden.



Prüfstand zur Bewertung der Alterung konventioneller Schalenkreuz-Anemometer



Modernes Ultraschall-anemometer



Automatische Station zum Starten von Radiosonden

Anlagen

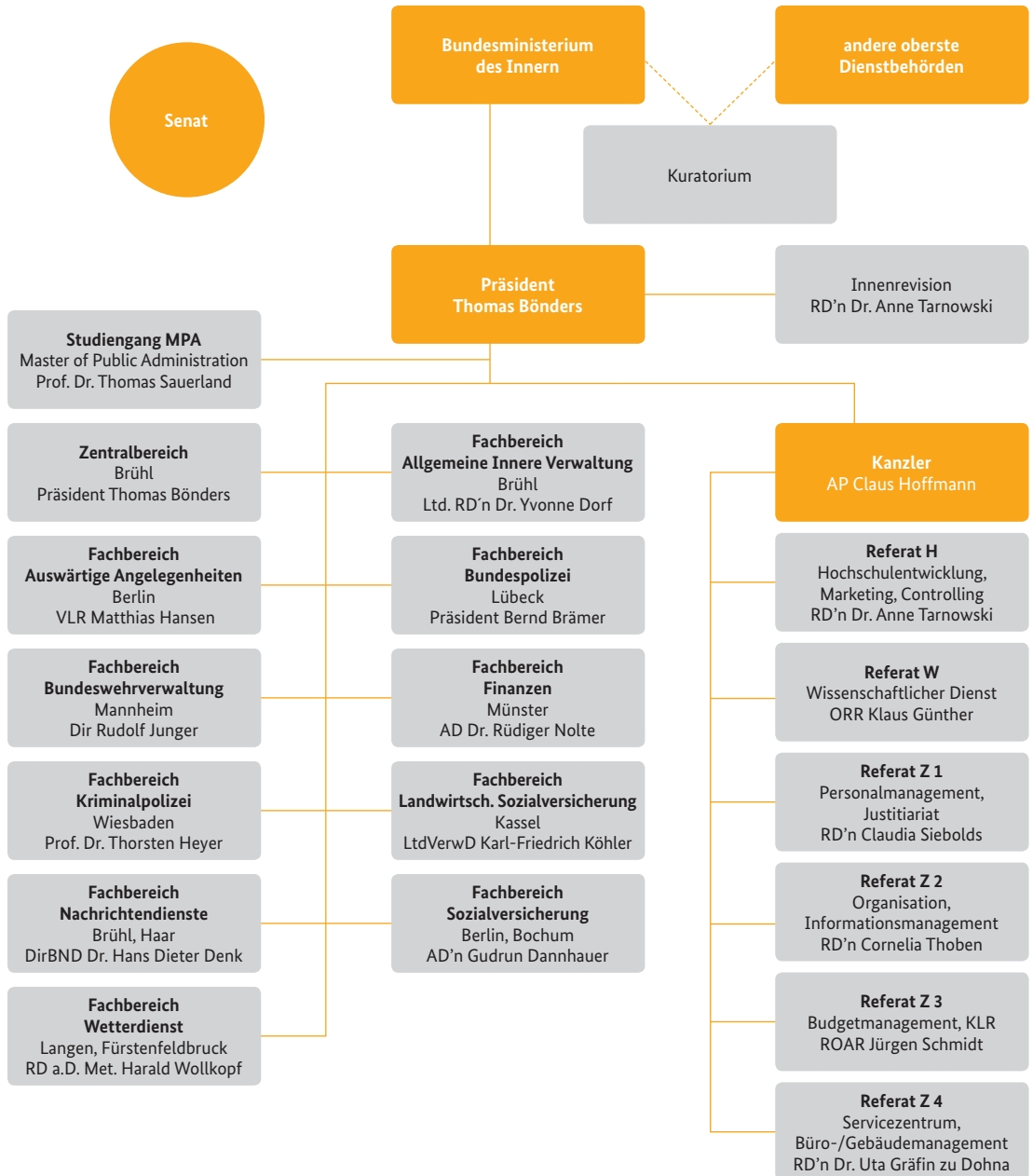
Daten und Zahlen der
Fachhochschule des Bundes

Studierendenstatistik

Eckdaten

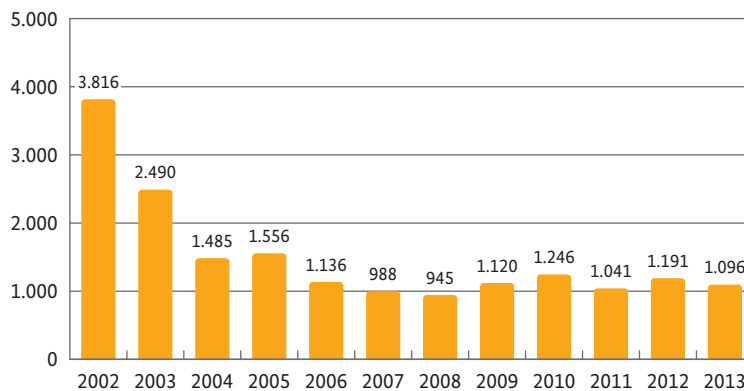
Entwicklungen

Organisation der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und ihrer Aufsicht

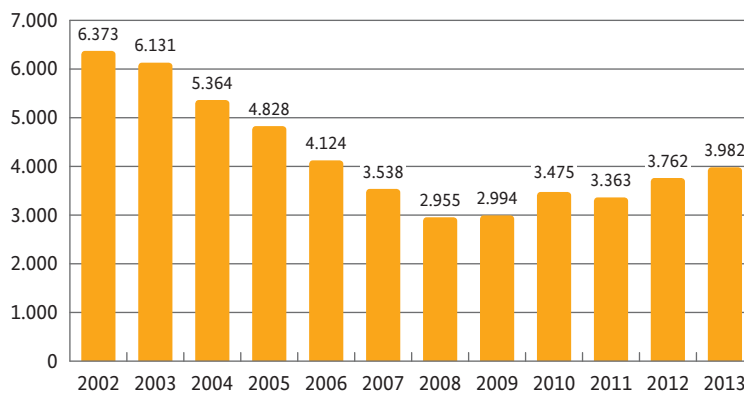


Studierendenstatistik

Entwicklung der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der FH Bund zwischen 2002 und 2013

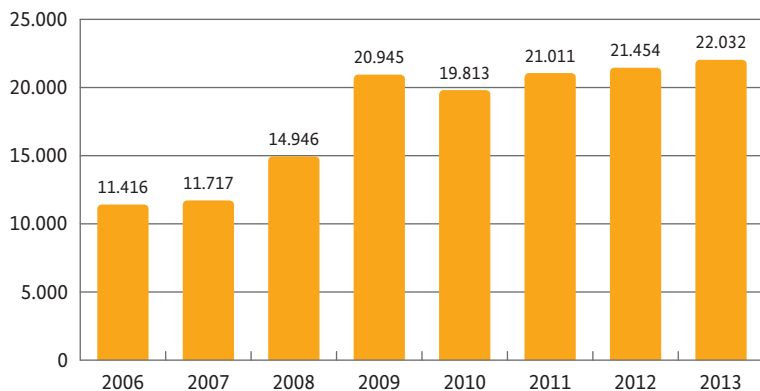


Entwicklung der Studierenden an der FH Bund zwischen 2002 und 2013

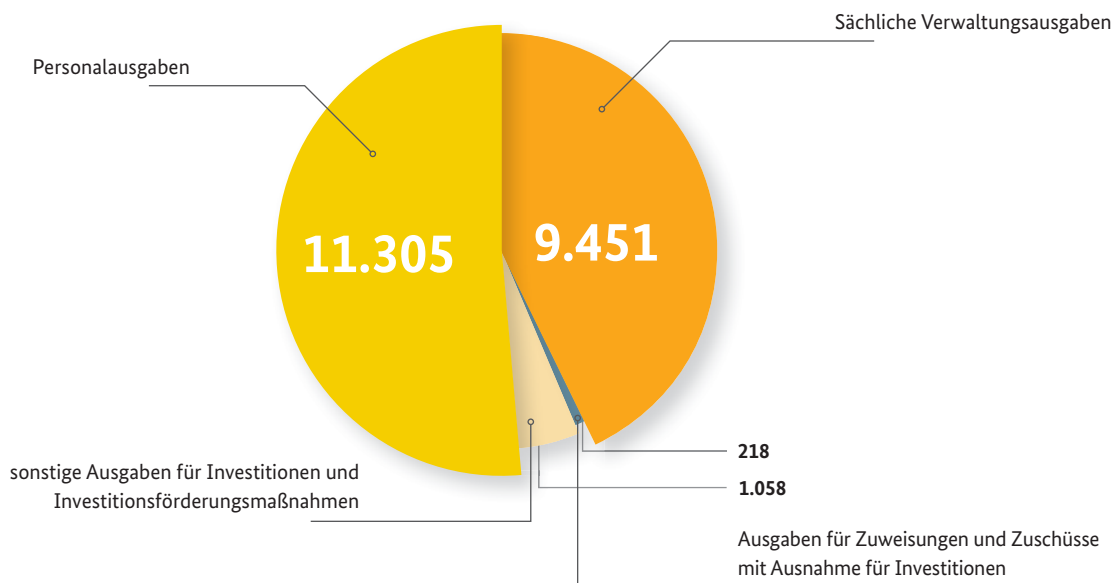


Eckdaten aus dem Haushalt

Entwicklung des Gesamthaushaltes der FH Bund (Kapitel 0612) 2006 - 2013 in TEUR



Haushaltsjahr 2013 in TEUR



Veröffentlichungen 2013

Die Angaben in diesem Verzeichnis wurden von der Autorin oder dem Autor selbstständig verfasst, für die Richtigkeit der Angaben sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Dr. jur. Alexander Block

Die Anknüpfung von Individualarbeitsverträgen des maritimen Personals auf Offshore-Anlagen

in: Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht (EuZA) 2013, Band 6 (2013), Seiten 20-36, C.H. Beck, 16 Seiten

Zur Bestimmung des gewöhnlichen Arbeitsortes bei „mobilen Arbeitsplätzen“ und Arbeitsverhältnissen im staatsfreien Raum nach Art. 8 II 1 Rom I-VO

Deinert (Hrsg.), in: Symposium für Peter Winkler von Mohrenfels zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 2013, Nomos-Verlag, Seiten 45-95, 50 Seiten

Dr. Günter Schmidt

Rechtsanwendung und Rechtskontrolle in der Europäischen Union

HWR / Berlin, 84 Seiten
ISBN: 9783732253074

Der EU-Binnenmarkt, seine Grundfreiheiten und deren Auswirkungen auf die öffentliche Verwaltung in Deutschland, 2. Auflage

MPA FH Bund / Brühl, 77 Seiten

Datenschutz in der Bundesverwaltung, 2. Auflage

MPA / Brühl, 58 Seiten

ISBN: 9783732253074

Rechtliche Integration in der Europäischen Union

HWR / Berlin, 500 Seiten

Fachbereich Bundespolizei**Dr. Robert Chr. van Ooyen****Öffentliche Sicherheit und Freiheit. Studien zu Staat,
Polizei und wehrhafter Demokratie, 2. Aufl.**

Nomos, Baden-Baden 2013, Seiten: 325

ISBN: 978-3-8487-0446-0

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/2013Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M. 2013,
Seiten: 636

ISBN: 978-3-86676-245-9

Parteiverbotsverfahren, 4. Aufl.

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., Seiten: 104

ISBN: 978-3-86676-318-0

Bundespolizei

Verlag für Polizeiwissenschaft, Seiten: 201

ISBN: 978-3-86676-307-4

Polizeiwissenschaft 1: Positionen, 2. Aufl.

Verlag für Polizeiwissenschaft, Seiten: 199

ISBN: 978-3-86676-338-8

Internationale Strafgerichtshöfe 1 und 2 (2 Bde), 4. Aufl.

Verlag für Polizeiwissenschaft, Seiten: 137 bzw. 163

ISBN: 978-3-86676-323-4 bzw. 978-3-86676-324-1

Rezensierte Verfassungspolitologie, 2. Aufl.

Verlag für Verwaltungswissenschaft, Frankfurt a.M.,

Seiten: 187

ISBN: 978-3-942731-20-1

Strafrechtspolitik

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., Seiten: 101

ISBN: 978-3-86676-316-6

**Kalte Verfassungsänderung - die Plenarentscheidung
des Bundesverfassungsgerichts zur Luftsicherheit**

in: RuP (Recht und Politik) 1/2013, Berliner Wissen-
schaftsverlag, Seiten: 26-29

ISBN: 0344-7871

**Kein zweites Parteiverbotsverfahren gegen die NPD.
Streichung der staatlichen Parteienfinanzierung als
"flexible response"**

in: RuP 3/2013, Berliner Wissenschaftsverlag, Seiten: 84-87

ISBN: 0344-7871

**Luxemburger Verfassungscoup. Die "Grundrechts-
charta-Entscheidung" des EuGH und ihre Karlsruher
Kritik im Spiegel richterlicher Selbstermächtigungen**

in: RuP 4/2013, Berliner Wissenschaftsverlag, Seiten:
199-202

ISBN: 0344-7871

Karl Popper: The Open Society And It s Enemies

Salzborn, Samuel (Hg.), in: Klassiker der Sozialwissen-
schaften, Springer VS, Wiesbaden, Seiten: 147-151

ISBN: 978-3-658-03473-3

**Integration. Die antidemokratische Staatstheorie von
Rudolf Smend im politischen System der Bundesrepublik**

Springer VS, Wiesbaden 2014, Seiten: ca. 120

ISBN: 978-3-658-03661-4

**Die Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und
Europa, 5. Aufl.**

Nomos, Baden-Baden 2014, Seiten: ca. 300

**Das Bundesverfassungsgericht im politischen System
der Bundesrepublik, 2. Aufl.**

Springer VS, Wiesbaden 2014, Seiten: ca. 600

Dr. Gunther Dietrich Gade

**Ehe und eingetragene Lebenspartnerschaft: Zwei
namensverschiedene Rechtsinstitute gleichen Inhalts?**

in: Die öffentliche Verwaltung DÖV, W. Kohlhammer,
Seiten: 10

**Rezension zu: Heller, Robert E./Soschinka, Holger:
Waffenrecht, 3. Auflage C.H.Beck 2013**

in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht NVwZ, C.H.
Beck, Seiten: 1

Prof. Dr. Anke Borsdorff

Bundespolizeigesetz

in: Buchveröffentlichung in 6. Auflage, KSV (Kommunal-
und Schulverlag), Seiten: 366

ISBN: 987-3-8293-1070-3

Gesetzensammlung für die Bundespolizei

in: Buchveröffentlichung in 6. Auflage, KSV (Kommunal- und Schulverlag), Seiten: 2000

ISBN: 978-3-8293-1099-4

Prof. Dr. Erhard Huzel**Ordnungswidrigkeitenrecht, Materielles OWi-Recht und Bußgeldverfahren, Modul 18**

in: Studienbrief MPA, FH Bund, Seiten: 48

Prof. Dr. Martin Möllers**Rezension: Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert**

in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013, Seiten: 2

ISBN: 978-3-8329-7999-7

Die Verwaltung der öffentlichen Sicherheit: Organisation und Vernetzung

Verlag für Verwaltungswissenschaft, Frankfurt/M. 2013, Seiten: 130

ISBN: 978-3-942731-15-7

Grundrechtsschutz bei Polizeimaßnahmen - Musterklausuren

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013, Seiten: 130

ISBN: 978-3-86676-304-3

Rezension: Mehde / Ramsauer / Seckelmann (Hrsg.), Staat, Verwaltung, Information: Festschrift für Hans Peter Bull zum 75. Geburtstag

in: Recht und Politik (RuP), BWV - Berliner Wissenschafts-Verlag, 2013, Seiten: 8

ISBN: 0344-7871

Öffentliche Sicherheit und Gesellschaft

in: JBÖS-Sonderband 9, Verlag für Polizeiwissenschaft,
Frankfurt/M. 2013, Seiten: 179
ISBN: 978-3-86676-247-3

Sicherheitsarchitektur des Bundes - aktuell

in: Schriften zur Bundespolizei, Band 14, mit: Robert Chr.
van Ooyen, FH Bund, Brühl, 2013, Seiten: 142
ISBN: 978-3-938407-59-2

**Bundesverfassungsgericht und Öffentliche Sicherheit 1:
Grundrechte**

in: JBÖS-Sonderband 3.1, mit: Robert Chr. van Ooyen, Verlag
für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013, Seiten: 163
ISBN: 978-3-86676-309-8

**Bundesverfassungsgericht und Öffentliche Sicherheit 2:
Sicherheit im transnationalen Kontext**

in: JBÖS-Sonderband 3.2, mit: Robert Chr. van Ooyen, Verlag
für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013, Seiten: 149
ISBN: 978-3-86676-310-4

**Grundrechtsschutz bei Polizeimaßnahmen –
Kurzlehrbuch**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013,
Seiten: 237
ISBN: 978-3-86676-303-6

Migration 1: Bedingungen, Formen, Steuerung

in: JBÖS-Sonderband 5.1, mit: Robert Chr. van Ooyen,
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013,
Seiten: 132
ISBN: 978-3-86676-321-0

Rezension: Moritz von Schenck, Pönalisierung der Folter in Deutschland - de lege lata et ferenda
in: Journal der Juristischen Zeitgeschichte (JoJZG), Walter de Gruyter, Berlin 2013, Seiten: 11
ISBN: 1863-9984

Aufstieg und Erfolg: Nachschlagewerk zur Berufswahl akademischer Aus- und Fortbildungen
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013,
Seiten: 294
ISBN: 978-3-86676-317-3

Internationale Verhaltensregeln für die Exekutive 1: Vom Dienstpflichtenkatalog bis zur korrekten Garderobe
mit: Maximilian Chr. M. Möllers, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013, Seiten: 156
ISBN: 978-3-86676-333-3

Internationale Verhaltensregeln für die Exekutive 2: Von Begrüßungszeremonien und Erstem Eindruck bis rund um die Speisetafel
mit: Maximilian Chr. M. Möllers, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013, Seiten: 150
ISBN: 978-3-86676-334-0

Parteiverbotsverfahren. Mit Gastbeiträgen von Hans Peter Bull und Christoph Gusy
in: JBÖS-Sonderband 2, mit: Robert Chr. van Ooyen,
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013,
Seiten: 104
ISBN: 978-3-86676-318-0

Wörterbuch Karriere
Verlag für Verwaltungswissenschaft, Frankfurt/M. 2013,
Seiten: 294
ISBN: 978-3-942731-16-4

Strafrechtspolitik

in: JBÖS-Sonderband 13, mit: Robert Chr. van Ooyen,
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013,
Seiten: 101
ISBN: 978-3-86676-316-6

Bundespolizei

in: JBÖS-Sonderband 11, mit: Robert Chr. van Ooyen,
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013,
Seiten: 201
ISBN: 978-3-86676-307-4

**Polizeiwissenschaft 4b: Forschungsbericht Staats- und
Gesellschaftswissenschaften**

in: JBÖS-Sonderband 7.4b, mit: Robert Chr. van Ooyen,
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013, Seiten: 119
ISBN: 978-3-86676-313-5

**Polizeiwissenschaft 4a: Forschungsbericht Öffentliche
Sicherheit**

in: JBÖS-Sonderband 7.4a, mit: Robert Chr. van Ooyen, Verlag
für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013, Seiten: 103
ISBN: 978-3-86676-312-8

Polizeiwissenschaft 3: Polizeihochschul-(Aus-)Bildung

in: JBÖS-Sonderband 7.3, mit: Robert Chr. van Ooyen,
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013,
Seiten: 184
ISBN: 978-3-86676-311-1

Polizeiwissenschaft 2: Rezensierte Polizeiwissenschaft

in: JBÖS-Sonderband 7.2, mit: Robert Chr. van Ooyen,
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M. 2013,
Seiten: 241
ISBN: 978-3-86676-315-9

Informatik in der Verwaltung

mit: Konstantin Simon M. Möllers, Verlag für Verwaltungswissenschaft, Frankfurt/M. 2013, Seiten: 179
ISBN: 978-3-942731-14-0

Prof. Dr. Andreas Peilert**Polizeiliche Strategie im Kontext auswärtiger Sicherheitsentwicklungen - Untersuchungen der Staaten Afghanistan, Irak, Pakistan und Somalia (Hrsg.)**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Seiten: 770
ISBN: 978-3-86676-289-3

Strategien gegen Sicherheitsrisiken aus fragilen Staaten im Schnittfeld von State Building und Kriminalitätsbekämpfung

Peilert, Andreas (Hrsg.), in: Polizeiliche Strategie im Kontext auswärtiger Sicherheitsentwicklungen - Untersuchungen der Staaten Afghanistan, Irak, Pakistan und Somalia, Verlag für Polizeiwissenschaft, Seiten: 43 - 161
ISBN: 978-386676-289-3

Archiv für Kriminologie - Unter besonderer Berücksichtigung der gerichtlichen Physik, Chemie und Medizin (Zeitschrift, Mithrsg.)

Schmidt Römhild
ISSN: 0003-9225

Das Recht des Auskunftsei- und Detekteigewerbes - Empirische Untersuchung, verfassungsrechtlicher Rahmen, rechtliche Befugnisse und gewerberechtlicher Novellierungsvorschlag (unveränderter Nachdruck, 2013)

Duncker & Humblot, Seiten: 835
ISBN: 3-428-08548-5

Prof. Dr. Tilmann Schott-Mehring**Visaerschleichung und Schleuserkriminalität - der Schleuserfall "Minh Khoa Vo"**

in: Kriminalist 2013, S. 86-91, Hühlig Jehle Rehm, Seiten: 6

Grenzpolizeiliches Wörterbuch, 3. Auflage 2013

Kommunal- und Schulverlag, Seiten: 347

ISBN: 978-3-8293-1053-6

RD Martin Kastner**Gesetzessammlung für die Bundespolizei 6. Auflage**

KSV in Wiesbaden, Seiten: 2.000

ISBN: 978-3-8293-1099-4

Fachbereich Bundeswehrverwaltung**ORR'in Christine Dechmann****Der praktische Fall zum Beamtenrecht: Die Thailandreise**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,

S. 346 - 351, 6 Seiten

ISSN: 0042-0611

Prof. Dr. mult. Kurt Guss**Clara T. - ein klarer Fall? Auffällige Menschen und Mitarbeiter III: Der erste Streifzug**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,

S. 152 - 159, 8 Seiten

ISSN: 0042-0611

Zwerchfellspaltung - Auffällige Menschen und Mitarbeiter IV: Der zweite Streifzug

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 205 - 211, 7 Seiten
ISSN: 0042-0611

Zauberhafte Gestalten

HEUREKA-VUG, 160 Seiten
ISBN: 978-3-944723-24-2

Psychische Krankheitsbilder

HEUREKA-VUG, 84 Seiten
ISBN: 978-3-944723-30-3

Das Beste aus HEUREKA

HEUREKA-VUG, 52 Seiten
ISBN: 978-3-927961-85-2

Rubins Becher

PRÄGNANT-VUG, 160 Seiten

Prof. Dr. Karl Heinz Hausner

Forschungsprojekt: Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit im Jahr 2012 (mit Heidemarie Engelhard und Prof. Dr. Enzo Weber)

in: Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
ISSN: 0942-167X

Dr. jur. Beatrix Jansen**Der Entgeltfortzahlungsanspruch im Krankheitsfall**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 38 - 45,
8 Seiten

ISSN: 0042-0611

**Der praktische Klausurfall - Die urlaubslustigen Tarif-
beschäftigten**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 122 - 126, 5 Seiten

ISSN: 0042-0611

Prof'in Dr. jur. Svenja Karb**Zur Reichweite einer arbeitsvertraglichen Bezugnah-
meklausel nach Betriebsübergang - Urteilsbesprechung
zu BAG v. 05.09.2012 - 4 AZR 749/10**

in: Zeitschrift für öffentliches Arbeits- und Tarifrecht
(öAT), Beck-Verlag, S. 56

ISBN: 150201303

Ausgleichszahlung nach § 11 TVUmbW (Härtefallklausel) trotz Bezugs einer befristeten Rente wegen voller Erwerbsminderung - Urteilsbesprechung zu BAG v. 22.01.2013 - 6 AZR 392/11

in: Zeitschrift für öffentliches Arbeits- und Tarifrecht
(öAT), Beck-Verlag, S. 106

ISBN: 150201305

**Höhe des Urlaubsanspruchs bei Wechsel von Vollzeit-
in Teilzeitarbeit - Urteilsbesprechung zu EuGH v.**

13.06.2013 - C - 415/12

in: Zeitschrift für öffentliches Arbeits- und Tarifrecht
(öAT), Beck-Verlag, S. 164

ISBN: 150201308

**Zur Wirksamkeit der Altersgrenzenregelung in § 32a I
Buchst. A BAT-KF a. F. - Urteilsbesprechung zu BAG v.**

12.06.2013 - 7 AZR 917/11

in: Zeitschrift für öffentliches Arbeits- und Tarifrecht
(öAT), Beck-Verlag, S. 235

ISBN: 150201308

**Interdisziplinäres Lehren und Lernen - Ein Erfahrungs-
bericht**

in: Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2012, BWV - Berliner
Wissenschafts-Verlag, S. 133 - 140

ISBN: 978-3830532781

Prof. Dr. Rolf Manz

**Die Lawine rollt! - Traumastörungen bei Bundes-
wehrsoldaten nach Auslandseinsätzen**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,

S. 135 - 142, 8 Seiten

ISSN: 0042-0611

Angst und Aggression

in: Windemuth, D; Jung, D. & Petermann, O.: Praxishand-
buch psychische Belastungen im Beruf. 2013, Wiesbaden,
Universum-Verlag, S. 353-366, 14 Seiten

ISBN: 978-3-89869-385-1

Burnout

in: Windemuth, D; Jung, D. & Petermann, O.: Praxishand-
buch psychische Belastungen im Beruf. 2013, Wiesbaden,
Universum-Verlag, S. 376-385, 10 Seiten
ISBN: 978-3-89869-385-1

Prof. Dr. Hans-Peter Schwöbel**Literaturhinweis zu "E-Mail aus Afghanistan" von
Manfred Diel**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 126, 1 Seite
ISSN: 0042-0611

**Stark statt mächtig - Worin besteht der Sinn des
Lebens?**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 160, 1 Seite
ISSN: 0042-0611

Realität und Wirklichkeit

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 286 - 288, 3 Seiten
ISSN: 0042-0611

Raum, Zeit, Macht, Kreativität und Ordnung

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 319 - 320, 2 Seiten
ISSN: 0042-0611

Prof'in Dr. jur. Michaela Wittinger**Das "Recht auf eine gute Verwaltung" in Artikel 41 Absatz 1 und 2 der Grundrechtecharta der Europäischen Union**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 3 - 7, 5 Seiten
ISSN: 0042-0611

Die Geltung der Europäischen Menschenrechtskonvention im militärischen Auslandseinsatz: zugleich eine Anmerkung zum Urteil Al-Skeini gegen Vereinigtes Königreich des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vom 07. Juli 2011

in: Neue Zeitschrift für Wehrrecht, Luchterhand Verlag, 15 Seiten
ISSN: 0028-3525

ROAR'in Kerstin Gulla**Interdisziplinäres Lehren und Lernen - Ein Erfahrungsbericht**

in: Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2012, BWV- Berliner Wissenschafts-Verlag, S. 133 - 140
ISBN: 978-3830532781

ROAR a. D. Peter Heid**Handbuch Trennungsgeldrecht**
Selbstverlag, 143 Seiten

ROAR Michael Heinrich**Steuer(n) in die richtige Richtung? - Betrachtungen zur
Finanztransaktionssteuer**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 97 - 100, 4 Seiten
ISSN: 0042-0611

**Steuer(n) in die richtige Richtung? - Betrachtungen zur
Finanztransaktionssteuer**

in: Wirtschaft - Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Springer-
Verlag Berlin Heidelberg, S. 238 - 242, 4 Seiten
ISSN: 0043-0675

ROAR Dennis Holstein**Beamtenversorgungsrecht - Schritt für Schritt zum
Ruhegehalt**

Eigen - Verlag, 128 Seiten

ROAR a. D. Horst Hopf**Korruption - Ein weltweites Phänomen - Das geht auch
Sie an! Teil 1**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 356 - 369, 14 Seiten
ISSN: 0042-0611

ORR a. D. Peter Linde**Der Anspruch auf Krankenbezüge Teil I**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 275 - 283, 9 Seiten
ISSN: 0042-0611

Der Anspruch auf Krankenbezüge Teil II

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 299 - 307, 9 Seiten
ISSN: 0042-0611

RI'in Mounira Nieschulz**Wie "hoch" ist unser Wohlstand? Teil I**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 241 - 254, 14 Seiten
ISSN: 0042-0611

Wie "hoch" ist unser Wohlstand? Teil II

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 331 - 346, 16 Seiten
ISSN: 0042-0611

RD a. D. Wolfhart Schulz**Reisekosten im öffentlichen Dienst**

Kommentar, R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg
ISBN: 978-3-7685-2577-0

Umzugskosten im öffentlichen Dienst

Kommentar, R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg

ISBN: 978-3-7685-4577-8

RD Klaus-Michael Spieß**Die Vereinten Nationen, die NATO und die EU als
Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne
von Artikel 24 Absatz 2 Grundgesetz Teil I**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,

S. 234 - 241, 8 Seiten

ISSN: 0042-0611

**Die Vereinten Nationen, die NATO und die EU als
Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne
von Artikel 24 Absatz 2 Grundgesetz Teil II**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,

S.270 - 275, 6 Seiten

ISSN: 0042-0611

RD Stephan Stein**Der praktische Fall zum Beamtenrecht: Die Thailandreise**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,

S. 346 - 351, 6 Seiten

ISSN: 0042-0611

RI'in Sarah Weeber**Die Tötung Osama bin Ladens und das Völkerrecht Teil 1**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 129 - 135, 7 Seiten

ISSN: 0042-0611

Die Tötung Osama bin Ladens und das Völkerrecht Teil 2

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 172 - 178, 7 Seiten

ISSN: 0042-0611

Die Tötung Osama bin Ladens und das Völkerrecht Teil 3

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 198 - 204, 7 Seiten

ISSN: 0042-0611

Fachbereich Finanzen**RR'in Ilka Beckmann****Neutralität und Allparteilichkeit in der Mediation -
Eine Diskussion um Begrifflichkeiten?**

Dr. Otto Schmidt, Seiten: S. 51 - 53

Prof'in Dr. Sandra Rinnert**Zollwertrecht, Art. 28 - 36**

in: Zollkodex Kommentar, Beck, Seiten: 90

ISBN: 978 3 406 644597

Schutz geistigen Eigentums von Waren im Versand- oder Lagerverfahren

in: AWPrax 2013, Bundesanzeiger, Seiten: 3
ISBN: 9473017

RR'in Annegret Focke

Einbeziehung der Tabaksteuer in die Bemessungs- grundlage der EUSt

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax), Bundes-
anzeiger, Seiten: 62 - 64

RD'in Andrea Middendorp

Die Steuerbefreiung für die gewerbliche Luftfahrt gem. § 27 Abs. 2 Nr. 1 EnergieStG unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung

in: Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern, März 2013,
Stollfuß Medien GmbH & Co. KG, Seiten: 57 - 66
ISBN: 0342-3484

Prof. Dr. Sabine Schröer-Schallenberg

Das Branntweinmonopol in Deutschland - Geschichte und Abschaffung des Branntweinmonopols

in: ZLR 2013, 159 – 178, Deutscher Fachverlag GmbH,
Seiten: S. 159 - 178 (20 Seiten)
ISSN: 0342-3476

Weinlieferungen in der Europäischen Union

in: AW Prax 2012, 414, Bundesanzeiger,
S. 414 - 418 (4 Seiten)

Kommentierung §§ 31 - 37 EnergieStG

in: Bongartz, Energiesteuer, Stromsteuer,
Vahlen, 48 Seiten
ISBN: 9783 800 645244

**The legality of non-harmonised excise duties in the
European internal market**

in: world customs journal 2012, Heft 2, 10 Seiten
ISBN: 1834-6707 (Print)/ 1834-6715 (Online)

Prof'in Dr. Frauke Schulmeister**Witte, Zollkodex Kommentar, 6. überarbeitete Auflage**

C.H. Beck Verlag, Seiten: 181-206; 222-234; 777-816;
1483-1499
ISBN: 9,78341E+12

**Witte Wolfgang, Lehrbuch des Europäischen Zoll-
rechts, 7. überarbeitete Auflage,**

nwb verlag, Seiten: 330-374
ISBN: 978-3-482-43547

**Abrechnungspflicht zw. Verspätet abgelieferte Bestand-
aufzeichnungen**

in: AW-Prax, Bundesanzeiger Verlag, Seiten: 87-89
ISBN: 0947-3017

**Aktive Veredelung und Erlass- und Erstattung von
Einfuhrabgaben**

in: Praxishandbuch Export- und Zollmanagement,
Bundesanzeiger Verlag, Seiten: T 3 A 8; T 3 D 4
ISBN: 978-3-89817-582-1

Verbringen von Waren ins Zollgebiet der Gemeinschaft

in: EG Zollrecht Zollkodex Zollwertrecht, Campus Verlag,

Seiten: E 8

ISBN: 978-3-8114-3666-4

Dr. Stefanie Vogt**Training der Selbstkontrolle. Konzeption und Evaluation
eines Trainings zur Stärkung der Selbstkontrollfähig-
keit am Arbeitsplatz**

Cuvillier Verlag Göttingen, Seiten: 281

ISBN: 978-3-95404-426-9

Prof. Dr. Lothar Gellert**Neues zur Beweislastverteilung**

in: AW-Prax, Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 3

ISBN: 0947-3017

**Ungültigkeit einer Verordnung begründet keine
höhere Gewalt**

in: AW-Prax, Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 4

ISBN: 0947-3017

Kommentierung Art. 110-113

in: EU-Verträge, Bundesanzeiger-Verlag

ISBN: 978-3-8462-0007-0

**EuGH stellt Bedingungen fest, die vorliegen müssen,
damit ein Erzeugnis als Teil einer Maschine eingereicht
werden kann**

in: AW-Prax, Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 2

ISBN: 0947-3017

Das Baby im Sack

in: AW-Prax, Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 3

ISBN: 0947-3017

Kommentar Umwandlungsverfahren

in: Praxishandbuch Export- und Zollmanagement,

Bundesanzeiger-Verlag

ISBN: 978-3-89817-582-1

Webcast Umwandlungsverfahren

Bundesanzeiger-Verlag

Webcast Freier Verkehr

Bundesanzeiger-Verlag

The Customs Procedure of Release into free Circulation

in: Zoll-Profi, Bundesanzeiger-Verlag

ISBN: 1864-2683

Prof. Dr. Malte L. Peters**Competitive Strategies – Their Relevance for Sustainable Development in the Food Industry.**

in: Journal of Management and Sustainability, Vol. 3

(2013), Canadian Center of Science and Education,

S. 148-157

ISSN: 1925-4725 (Print), 1925-4733 (Online)

Prof. Dr. Reginhard Henke

**Kommentierung der Art. 13, 19, 58 - 78, 84 – 90, 98, 99,
100-103, 106, 108, 111, 113, 137 – 144 und 247 – 249 ZK**

in: Witte (Hrsg.) Zollkodex - Kommentar, 6. Aufl.,

München (C. H. Beck) 2013, Seiten: ca. 250

ISBN: 978 3 406 64459 7

ORR Dirk Jansen**3. Deutscher Energiesteuertag - Von energiesteuerrechtlichen Experimenten an Mäusen und dem Untergang des Abendlandes**

in: Zeitschrift für Zölle- und Verbrauchsteuern (ZfZ), Heft März 2013, Stollfuß Medien Bonn, Seiten 66 bis 71
ISSN: 0342-3484

Kommentierung im Energiesteuergesetz (§ 57)

in: 7.EL zum Kommentar zum Energiesteuerrecht, Matthias Bongartz (Herausgeber), Franz Vahlen GmbH, München, 2013, Seiten: 14
ISBN: 978-3-8006-4524-4

ZOAR Hans-Joachim Kampf**Dieselmotoren in Lokomotiven eingangsabgabenfrei?**

in: aw-Prax, Bundesanzeiger, Seiten: 59 - 62
ISSN: 0947-3017

Versandrecht

in: Witte (hrsg.) Export- und Zollmanagement, Bundesanzeiger, Seiten: 35
ISBN: 978-3-89817-582-1

Zollrecht

in: Witte, Zollkodex, Kommentar, Beck, Seiten: ca. 300
ISBN: 9783 406 644597

Prof. Dr. Kai-Uwe Kock

Die Transaktionswertmethode gem. Art. 29 ZK - ein Überblick über die Tatbestandsmerkmale und ihre Prüfung im zollwertrechtlichen Gutachten

in: BDZ Fachteil, BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Seiten: F 31, F 37 bis F 39

Allgemeines Zollrecht, 3. Auflage

Mendel Verlag, Seiten: 296

ISBN: 978-3-943011-09-8

ZAM Hendrick Kohl

Finanzkontrolle Schwarzarbeit: Anzeige einer Nebentätigkeit beim Dienstvorgesetzten

in: BDZ -Magazin, dbb Verlag GmbH, Seiten: 4

Prof. Dr. Peter Witte**Zollrechtliche Begriffe**

in: Kompaktlexikon Steuerlehre und Wirtschaftsprüfung, Springer Gabler

ISBN: 978-3-658-03022-3

Einführung, Art. 1-5a,100,104,105,107,109,110,112, 114 - 136,145-160, 166-181, 201-216,233,234, 250 - 253

in: Witte, Zollkodex Kommentar, Beck

ISBN: 978-3-406-64459-7

Es ist soweit - Der Unionszollkodex ist verabschiedet

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2013, Bundesanzeiger, S. 299

ISSN: 0947-3017

Der Unionszollkodex - Ein systematischer Überblick

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2013, Bundesanzeiger, S. 373

ISSN: 0947-3017

Raub aus dem Zolllager - Zur Anwendung des Art. 206 Zollkodex

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2013, Bundesanzeiger, S.391

ISSN: 0947-3017

Der Unionszollkodex

in: Witte, Praxishandbuch Export- und Zollmanagement, Teil 1 M, Bundesanzeiger

ISBN: 978-3-89817-582-1

Der zugelassenen Wirtschaftsbeteiligte - Aktualisierung

in: Witte, Praxishandbuch Export- und Zollmanagement, Teil 2 A-C, Bundesanzeiger

ISBN: 978-3-89817-582-1

Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter - AEO - Aktualisierung

in: Graf von Bernstorff, Praxishandbuch Internationale Geschäfte Teil 4 F 5, Bundesanzeiger

ISBN: 978-3-89817-434-4

Prof. Dr. Heiko Zimmermann**Grundlagen des Zollrechts der EU, Überführung von Waren in ein Zollverfahren, Teil 1**

in: Zimmermann, Lison Stadtler (Hrsg.), Zollverfahren. Recht - IT- Praxis, Bundesanzeiger Verlag, Seiten: 30

ISBN: 978-3-89817-864-8

Grundlagen des Zollrechts der EU, Gemeinsame Bestimmungen für (besondere) Zollverfahren, Teil 1
in: Zimmermann, Lison Stadler (Hrsg.), Zollverfahren.
Recht - IT- Praxis, Bundesanzeiger Verlag, Seiten: 22
ISBN: 978-3-89817-864-8

Aktive Veredelung: Die Grundlagen
in: Zimmermann, Lison Stadler (Hrsg.), Zollverfahren.
Recht - IT- Praxis, Bundesanzeiger, Seiten: 44
ISBN: 978-3-89817-864-8

Aktive Veredelung: Bewilligung
in: Zimmermann, Lison Stadler (Hrsg.), Zollverfahren.
Recht - IT- Praxis, Bundesanzeiger, Seiten: 65
ISBN: 978-3-89817-864-8

Passive Veredelung: Grundlagen
in: Zimmermann, Lison Stadler (Hrsg.), Zollverfahren.
Recht - IT- Praxis, Bundesanzeiger, Seiten: 46
ISBN: 978-3-89817-864-8

Passive Veredelung: Bewilligung
in: Zimmermann, Lison Stadler (Hrsg.), Zollverfahren.
Recht - IT- Praxis, Bundesanzeiger, Seiten: 55
ISBN: 978-3-89817-864-8

Passive Veredelung: Zollermäßigung nach pV
in: Zimmermann, Lison Stadler (Hrsg.), Zollverfahren.
Recht - IT- Praxis, Bundesanzeiger, Seiten: 26
ISBN: 978-3-89817-864-8

Zolllagerverfahren: Bewilligung
in: Zimmermann, Lison Stadler (Hrsg.), Zollverfahren.
Recht - IT- Praxis, Bundesanzeiger, Seiten: 55
ISBN: 978-3-89817-864-8

Zollverwaltungsgesetz, Kommentar. Überarbeitung der §§ 5, 11a, 11b, 13, 25, 30

in: Dorsch (Hrsg.), Zollrecht, Kommentar, Stollfuß Verlag,
 Seiten: ca. 70
 ISBN: 978-3-08-253800-5

Zollkodex, Kommentar. Überarbeitung Art. 185 ZK

in: Dorsch, Zollrecht, Kommentar, Stollfuß Verlag, Seiten: 10
 ISBN: 978-3-08-253800-5

Fachbereich Kriminalpolizei

Prof'in Dr. Beate Ehret

Dr. Beate Ehret, Davy Dhondt, Dr. Borbála Fellegi and Dora Szegő: "Developing Peacemaking Circles in a European Context - Final Research Report."

in: Criminal Justice Programme, European Commission,
 Project: JLS/2010/JPEN/AG/1609, Tübingen: Eberhard
 Karls-Universität, Seiten: 1-445

Friedenszirkel als Modell der Restorative Justice im Strafvollzug - Wiederherstellung von Gerechtigkeit?

in: TOA-Magazin. Die Fachzeitschrift zum Täter-Opfer-Ausgleich, Nr. 1, September 2013, Eigenverlag des Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich, DBH e.V. Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik,
 Seiten: 36-40
 ISSN: 2197-5965

Ehret, Beate; Dondt, Davy and Szego, Dora: "Implementing Peacemaking Circles in a European Context: Additional Findings from a European Research Project"

in: Newsletter of the European Forum for Restorative Justice, Vol 2, 2013, European Forum for Restorative Justice (Leuven)

Kriminalrat Thorsten Reil

Forschen für die Innere Sicherheit - 60 Jahre Kriminalistisches Institut im BKA (Historie und Entwicklung)
in: Kriminalistik 12/2013, Kriminalistik Verlag, Seiten: 4
ISSN: 0023-4699

Prof. Dr. Sigmund Martin

Klausur mit Lösung im Fach Strafrecht: Lebensversicherung für Selbstmordattentäter
in: Kriminalistik 2/2014, Kriminalistik Verlag, Seiten: 4
ISSN: 0023-4699

Strafrechtliche Verantwortlichkeit des agent provocateurs, Verdeckten Ermittlers, der V-Person und des Informanten wegen ihrer Tätigkeiten durch die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden und geheimdienstlichen Behörden
in: Annales de la Faculte de Droit d'Istanbul Volume 44
No. 61, Istanbul University
ISSN: 0578-9745

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung**Ltd. VD Karl Friedrich Köhler**

Die Gelegenheitsursache im Recht der gesetzlichen Unfallversicherung
in: Vierteljahresschrift für Sozialrecht 2013, S. 47 ff., Carl Heymanns Verlag, Seiten: 28
ISSN: 0941-861X

Fachbereich Nachrichtendienste

Prof. Dr. Markus Denzler

Die Wirkung aggressiver (Online-) Computerspiele auf die Verfügbarkeit aggressiver Gedanken

in: Marx, K. & Schwarz-Friesel, M. Sprache und Kommunikation im technischen Zeitalter, DeGruyter,

Seiten: 312-321

ISBN: 978-3-11-028218-4

Dr. Gunter Warg

Verfassungsschutz und Polizei - Trennendes, Gemeinsames und Informationsaustausch

in: DIE POLIZEI 7/2013, Carl Heymanns, Seiten: 200-206

ISSN: 0032-3519

Prof. Dr. Jan-Hendrik Dietrich

Nachhaltige urbane Entwicklung durch Städtebaurecht – eine Steuerungsbilanz am Beispiel Hamburgs

in: NordÖR 2013, Nomos Verlag, S. 7-15

ISSN: 1435-2206

Zwischen Juristenprivileg und Expertifizierungstrend – Verwaltungsjuristen in Deutschland (in japanischer Sprache)

in: Osaka University Press, Osaka Law Review 2013, S. 2-27

ISSN: 0472-1381

**Virtuelles Dokument: Das Korrekturmandat, Projekt
Nexus der Hochschulrektorenkonferenz**

http://www.hrk-nexus.de/uploads/media/Korrekturmandat_01.pdf (2013)

**Offshore-Windenergieparks vs. Landesverteidigung –
Nutzungskonflikte in der ausschließlichen Wirtschaftszone
der Bundesrepublik**

in: NuR 2013, Springer Verlag, S. 628-633

ISSN: 0172-1631

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber

**Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung
2013**

Brühl 2013

**Die Besonderheiten des „neuen“ Rechtsterrorismus.
Der „Nationalsozialistische Untergrund“ in vergleichender
Perspektive**

Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), in: Extremismus
in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleich, Perspektiven,
Baden-Baden 2013, S. 113-131

**Der „demokratische Sozialismus“ der Partei DIE LINKE.
Eine Analyse aus demokratietheoretischer und ideengeschichtlicher
Sicht**

in: ebenda, S. 207-220

**Die NPD als Beispiel einer extremistischen bzw. radikalen
Partei. Fallstudie zu einer politischen Bestrebung
gegen die Normen und Regeln des demokratischen
Verfassungsstaates**

Lena-Simone Günther u.a. (Hrsg.), in: Radikalität. Frühe
Neuzeit und Moderne, Würzburg 2013, S. 154-175

**Akteure des Islamismus in der Bundesrepublik
Deutschland. Analyse ihrer Aktivitäten im Lichte einer
Gefahrenpotenzialeinschätzung**

Floris Biskamp & Stefan E. Hößl (Hrsg.), in: Islam und
Islamismus. Perspektiven für die politische Bildung,
Gießen 2013, S. 65-84

**Von der Agitation bis zur Gewalttat. Fremden- und
Integrationsfeindlichkeit als Handlungsfeld von
RechtsextremistInnen**

Heinz Ulrich Brinkmann/Haci-Halil Uslucan (Hrsg.), in:
Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland,
Wiesbaden 2013, S. 327-341

**Forschungsstand und Forschungslücken zum Phänomen
des Rechtsextremismus. Eine bilanzierende Einschät-
zung nach der Aufdeckung der NSU-Serienmorde**
Bundeskriminalamt (Hrsg.), in: Bekämpfung des Rechts-
extremismus. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforde-
rung, Köln 2013, S. 31-47

**Die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS)/DIE
LINKE**

Oskar Niedermayer (Hrsg.), in: Handbuch Parteienfor-
schung, Wiesbaden 2003, S. 541-562

**Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen.
Fallstudien über deren Verhältnis zu Demokratie und
Extremismus**

Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.),
in: Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse,
Baden-Baden 2013, S. 197-210

Die Rettung der dänischen Juden. Besondere Rahmenbedingungen und mutige Zivilcourage

in: Mut, Nr. 549 vom Oktober 2013, S. 36-46

Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen

Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2013, S. 31-55

Das identitäre Demokratieverständnis im Rechtsextremismus. Ideengeschichtliche Hintergründe und gegenwärtige Erscheinungsformen

in: ebenda, S. 56-76

Das neue Programm der Partei „Die Linke“ (2011). Eine Analyse aus demokratie- und extremismustheoretischer Perspektive

in: ebenda, S. 113-136

Denis Diderots Kirchen – und Religionskritik. Rekonstruktion, Systematisierung und Vergleich

in: Aufklärung und Kritik, Nr. 3/2013, S. 95-107

Hass auf Muslime. Das Problem ist Menschenfeindlichkeit und nicht Feindlichkeit gegenüber dem Islam als Religion (3. Januar 2013)

in: www.bnr.de

Kann und soll man die NPD verbieten? 30 Thesen zu juristischen und politischen Aspekten

in: Gegen Vergessen –für Demokratie, Nr. 75 vom Januar 2013, S. 12f.

Laizismus und Religionsfreiheit

in: www.hp.d.de, Nr. 15665 vom 15. April 2013

Genauer lesen: Wo der Antisemitismus wirklich steckt
in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6
vom Juni 2013, S. 33-36

**Antisemitismusbericht: genauer lesen! „Eine Richtig-
stellung“ Zu Y. Michael Bodemanns „Die Konstruktion
des Antisemitismus durch ‚Experten‘ – Zum Antisemi-
tismusbericht des Bundestages“ in JZ 85**
März 2013, in: Jüdische Zeitung Nr. 92 vom Oktober 2013, S. 15

Schiefe Wahrnehmungen von einer Rundreise.
Tuvia Tenebom, Allein unter Deutschen Berlin 2012,
in: www.endstation-rechts.de vom 2. Januar 2013

**Aufsätze und Interviews über Antisemitismus, Nahost-
Konflikt und Zionismus. Moshe Zuckermann, Wider
den Zeitgeist. Bd. 1**
Hamburg 2012, in: www.endstation-rechts.de vom
6. Januar 2013

**Antisemitismus in Polen nach Auschwitz. Jan T. Gross,
Angst**
Berlin 2012, in: www.hpd.de, Nr. 14701 vom 7. Januar 2013

**Die Kirchen als Arbeitgeber. Eva Müller, Gott hat hohe
Nebenkosten**
Köln 2012, in: www.hpd.de, Nr. 14735 vom 10. Januar 2013

**Burschenschaftler, FPÖ und Neonazis. Hans-Henning
Scharsach, Strache**
Wien 2012, in: www.hpd.de, Nr. 14754 vom 11. Januar 2013

**Abkehr von der Opfer-Perspektive. Peter Menasse,
Rede an uns**
Wien 2012, in: www.hpd.de, Nr. 14777 vom 15. Januar 2013

Lebenswelt als Marktgesellschaft. Michael J. Sandel, was man für Geld nicht kaufen kann

Berlin 2012, in: www.hpd.de, Nr. 14800 vom 17. Januar 2013

Die NPD unter Udo Voigt. Marc Brandstetter, Die NPD unter Udo Voigt

Baden-Baden 2013, in: www.hpd.de, Nr. 14821 vom 21. Januar 2013

Im Umfeld des Rechtsterrorismus. Patrick Gensing, Terror von rechts

Berlin 2012, in: www.hpd.de, Nr. 14846 vom 23. Januar 2013

Das Menschenbild bei europäischen Philosophen.

Kurt Salamun, Wie soll der Mensch sein?

Tübingen 2013, in: www.hpd.de, Nr. 14857 vom 24. Januar 2013

„NATO-Geheimarmeen in Europa“. Daniele Ganser, NATO-Geheimarmeen in Europa

Zürich 2012, in: www.hpd.de, Nr. 14686 vom 25. Januar 2013

Gesellschaftspolitisches Denken in den USA. Andreas Hess, gesellschaftspolitisches Denken in den USA.

Wiesbaden 2013, in: www.hpd.de, Nr. 14881 vom 28. Januar 2013

„Die Achse der Abtrünnigen“. Marco Carini, Die Achse der Abtrünnigen

Berlin 2012, in: www.hpd.de, Nr. 14998 vom 8. Februar 2013

Antisemitismus unter jungen Muslimen. Günther Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa

Essen 2012, in: www.hpd.de, Nr. 15010 vom 11. Februar 2012

Karlsruhe-Kult. Christian Rath, der Schiedsrichterstaat
Berlin 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15025 vom 12. Februar 2012

Ausmaß steigender sozialer Ungleichheit. Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung
München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15068 vom 15. Februar 2013

Caroline Y. Robertson-von Trohta (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa
Baden-Baden 2011 (18. Februar 2013),
in: www.endstation-rechts.de

Maximilian Gottschlich, Die große Abneigung
Wien 2012, in: Mitteilungen des DÖW, Folge 210 vom März 2013, S. 7f.

Jan T. Gross, Angst
Berlin 2012, in: ebenda, S. 8

Gruppen- statt Verwandtenselektion? Edward O. Wilson, Die soziale Eroberung der Erde
München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15136 vom 21. Februar 2013

Beiträge zum Zustand der Demokratie. Frank Decker, Wenn die Populisten kommen
Wiesbaden 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15216 vom 1. März 2013

Handbuch zur Politischen Gewalt. Birgit Enzmann (Hrsg.), Handbuch Politische Gewalt
Wiesbaden 2012 (2. März 2013),
in: www.endstation-rechts.de

Aus der Frühgeschichte des Linksterrorismus ...
Wolfgang Kraushaar, „Wann endlich beginnt bei Euch
der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“
Reinbek 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15229 vom
5. März 2013

Deschner: „Das Ganze heißt Christentum“. Karlheinz
Deschner, **Kriminalgeschichte des Christentums. Band 10**
Reinbek 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15349 vom 14. März 2013

Philosophieren über Gerechtigkeit. Michael J. Sanel,
Gerechtigkeit
Berlin 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15378 vom
18. März 2013

Annette Großbongardt/Dietmar Pieper (Hrsg.), Jesus
von Nazareth und die Anfänge des Christentums
München 2012, in: *Aufklärung und Kritik*, Nr. 1/2013,
S. 254f.

Andreas Hess, Gesellschaftspolitisches Denken in den USA
Wiesbaden 2013, in: ebenda, S. 255f.

Vom Adel bis zur „Occupy“-Bewegung: Antisemitismus
unter der Lupe. Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.),
Jahrbuch für Antisemitismusforschung Bd. 21
Berlin 2012 (21. März 2013), in: www.endstation-rechts.de

Eine neue Marx-Biographie. Jonathan Sperber, **Karl Marx**
München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15437 vom
22. März 2013

Warum Nationen scheitern. Daron Acemoglu/James A.
Robinson, **warum Nationen scheitern**
Frankfurt/M. 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15477 vom
26. März 2013

**Mehr Analyse, weniger Polit-Kitsch. Michael Hardt/
Antonio Negri, Demokratie**

Frankfurt/M. 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15489 vom
27. März 2013

Mehr Autobiographie denn Reformvorschläge.

Winfried Ridder, Verfassung ohne Schutz

München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15500 vom
28. März 2013

Mangelnde Gleichheit als Gefahr für Demokratie.

Pierre Rosanvallon, Die Gesellschaft der Gleichen

Hamburg 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15529 vom 2. April 2013

Politische Denker im systematischen Überblick.

Frank R. Pfetsch, Theoretiker der Politik

Baden-Baden 2013, in: www.hpd.de Nr. 155430 vom
3. April 2013

Samuel Salzborn, Demokratie

Baden-Baden 2012, in: Forum Politikunterricht,
Nr. 1/2013, S. 56

Martha C. Nussbaum, Nicht für den Profit!

Überlingen 2012, in: ebenda, S. 56f.

Sven Jochem, Die politischen Systeme Skandinaviens

Wiesbaden 2012, in: ebenda, S. 61f.

Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Band 21.

**Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), Jahrbuch für
Antisemitismusforschung 21**

Berlin 2012, in: www.hpd.de, Nr. 15573 vom 5. April 2013

**Zur „Grammatik der Freiheit“. Peter Graf Kielmansegg,
Die Grammatik der Freiheit**

Baden-Baden 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15584 vom
8. April 2013

**Die NPD in der Voigt-Ära. Marc Brandstetter, die NPD
unter Udo Voigt**

Baden-Baden 2013 (01.03.2013), in: www.bnr.de

**Israels Siedlungspolitik in der Kritik. Peter Beinart, Die
amerikanischen Juden und Israel**

München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15606 vom
9. April 2013

**Zum Selbstverständnis von Philosophie. Kurt Salamun
(Hrsg.), Was ist Philosophie?**

Tübingen 2009, in: www.hpd.de, Nr. 159696 vom
17. April 2013

Gudrun Hentges, Staat und politische Bildung

Wiesbaden 2013, in: Zeitschrift für Geschichtswissen-
schaft, Nr. 4 vom April 2013, S. 377f.

**Von links nach rechts. Manuel Seitenbecher, Mahler,
Maschke & Co.**

Paderborn 2013, in: www.hpd.de, Nr. 15800 vom
29. April 2013

**„Antideutsche“ in der politischen Linken. Anton Stengl,
Antideutsche!**

Frankfurt/M. 2012, in: www.hpd.de, Nr. 15846 vom
6. Mai 2013

Kritische Einführung in die Religion. Alfred Binder, Religion

Aschaffenburg 2012, in: www.hpd.de, Nr. 15896 vom
13. Mai 2013

**Die Strache-FPÖ – eine rechtsextremistische Partei?
Philipp Mitnik, die FPÖ – eine rechtsextreme Partei?**
Münster 2010 (15. Mai 2013), in: www.endstation-rechts.de

**Zur Re-Biologisierung der Gesellschaft. Annet Schulze/
Thorsten Schäfer (Hrsg.), Zur Re-Biologisierung der
Gesellschaft**
Aschaffenburg 2012, in: www.hpd.de, Nr. 15924 vom
16. Mai 2013

**Luther in kritischer Betrachtung. Hubertus Mynarek,
Luther ohne Mythos**
Aschaffenburg 2012, in: www.hpd.de, Nr. 16032 vom
29. Mai 2012

**„Islam als grundrechtswidrige Weltanschauung“.
Hartmut Kraus, Der Islam als grund- und menschen-
rechtswidrige Weltanschauung**
Osnabrück 2013, in: www.hpd.de, Nr. 16072 vom
3. Juni 2013

Denken der Elite und „soziale Herkunft“. Michael
Hartmann, Sozial Ungleichheit
Frankfurt/M. 2013, in: www.hpd.de, Nr. 16172 vom
17. Juni 2013

**Angelica Balabanoff, Lenin oder: der Zweck heiligt
die Mittel**
Berlin 2012, in: Osteuropa, Nr. 5-6/2013, S. 384f.

„Rassisten in Deutschland“ – missglückt. Harry Waibel,
Rassisten in Deutschland
Frankfurt/M. 2012, in: www.hpd.de, Nr. 16159 vom
14. Juni 2013

NS-Funktionsträger in der DDR – Ein Lexikon. Harry Waibel, Diener vieler Herren

Frankfurt/M. 2012, in: www.hpd.de, Nr. 16198 vom 20. Juni 2013

Studien zu rechtsextremistischer Gewalt. Andrea Röpke/Andreas Speit, Blut und Ehre

Berlin 2013, in: www.hpd.de, Nr. 16217 vom 24. Juni 2013

Uli Schöler, Wolfgang Abendroth und der „reale Sozialismus“

Berlin 2012, in: Zeitschrift für Politik, Nr. 2/2013, S. 255f.

Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 21

Berlin 2012, in: Mitteilungen des DÖW, Folge 211 vom Juni 2013, S. 9

Ultras im Abseits? Martin Thein/Janis Linkelmann (Hrsg.), Ultras im Abseits

Göttingen 2012, in: SIAK-Journal, Nr. 2/2013, S. 98f.

Neuausgabe von Karlheinz Deschner „Mit Gott und den Faschisten“. Karlheinz Deschner, Mit Gott und den Faschisten

Freiburg 2012 (13. Juli 2013), in: www.endstation-rechts.de

Leo Tolstoi zu Kirche und Religion. Leo Tolstoi, Kirche und Gesellschaft

Aschaffenburg 2012, in: www.hpd.de, Nr. 16419 vom 17. Juli 2013

**Dem Vergessen entrissen. „Politsicher Messianismus“
 und „totalitäre Demokratie“ bei Jakob Talmon. Die
 Geschichte der totalitären Demokratie**

Paderborn 2013, in: Zeitschrift für Religions- und Geistes-
 geschichte, Nr. 1/2013, S. 72-75

**„Juden. Geld. Eine Vorstellung“ – ein Ausstellungs-
 katalog. Liliane Weissberg u.a. (Hrsg.): Juden. Geld.
 Eine Vorstellung**

Frankfurt/M. 2013 (20. Juli 2013),
 in: www.endstation.rechts.de

**Karlheinz Deschner, Kriminalgeschichte des Chris-
 tentums. Bd. 10**

Reinbek 2013, in: Aufklärung und Kritik, Nr. 2/2013,
 S. 250f.

Karlheinz Deschner, Mit Gott und den Faschisten

Freiburg 2012, in: ebenda, S. 251f.

Kurt Salamun, Wie soll der Mensch sein?

Tübingen 2012, in: ebenda, S. 253f.

Marco Carini, Die Achse der Abtrünnigen

Berlin 2012, in: ebenda, S. 255f.

Peter Kropotkin, Ethik

Aschaffenburg 2013, in: ebenda, S. 257f.

Demokratie und Kapitalismus. Jakob Augstein, Sabotage

München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 16536 vom
 2. August 2013

Ältere journalistische Arbeiten zum Rechtsextremismus in Deutschland. Anton Maegerle, vom Obersalzberg bis zum NSU

Berlin 2013 (20. August 2013), in: www.endstation-rechts.de

Frank R. Pfetsch, Theoretiker der Politik

Baden-Baden 2012, in: Forum Politikunterricht,

Nr. 2/2013, S. 68

Peter Graf Kielmansegg; Die Grammatik der Freiheit

Baden-Baden 2013, in: ebenda, S. 69

Abschied vom Christentum. Kurt Flasch, Warum ich kein Christ bin

München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 16568 vom

3. September 2013

Erfolgsgeheimnis der kooperativen Intelligenz. Martin

A. Nowak, Kooperative Intelligenz

München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 16842 vom

1. Oktober 2013

Judenfeindlichkeit in der islamisch geprägten Welt.

Robert S. Wistrich, Muslimischer Antisemitismus

Berlin 2012 (3. Oktober 2013), in: www.endstation-rechts.de

Kritik Israels mit jüdischer Ethik? Judit Butler, Am Scheideweg

Frankfurt/M. 2013, in: www.hpd.de, Nr. 16880 vom

7. Oktober 2013

Plädoyer für eine artgerechte Menschenhaltung.

Franz M. Wuketits, Zivilisation in der Sackgasse

Murnau 2012, in: www.hpd.de, Nr. 16932 vom

14. Oktober 2013

Jacob L. Talmon, Die Geschichte der totalitären Demokratie

Göttingen 2013, in: Aufklärung und Kritik, Nr. 3/2013, S. 258-261

Leo Tolstoi, Kirche und Gesellschaft

Aschaffenburg 2012, in: ebenda, S. 261f.

Die Vorteile des Gebens. Adam Grant, Geben und Nehmen

München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 16963 vom 17. Oktober 2013

Dogmatisch-fanatischer Salafismus. Rauf Ceylan/ Michael Kiefer, Salafismus

Wiesbaden 2013, in: www.hpd.de, Nr. 16983 vom 21. Oktober 2013

Die Rettung der dänischen Juden. Bo Lidegaard, Die Ausnahme

München 2013, in: www.hpd.de, Nr. 17033 vom 28. Oktober 2013

Personenkult im 20. und 21. Jahrhundert. Thomas Kunze/Thomas Vogel (Hrsg.), Oh du geliebter Führer

Berlin 2013, in: www.hpd.de, Nr. 17165 vom 13. November 2013

Die NSU-Serienmorde im Vergleich zum früheren Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Gewaltintensität, Kommunikationsstrategie, Organisationsstruktur, hrsg. für den Arbeitskreis vergleichende Extremismusforschung

Heimerzheim 2013

Forschungsstand und Forschungslücken zum Phänomen des Rechtsextremismus. Eine bilanzierende Einschätzung nach der Aufdeckung der NSU-Serienmorde

Heimerzheim 2013

Die Lehre aus der Nichterkennung der NSU-Serienmorde. Plädoyer für eine Reform der Sicherheitsbehörden hin zum mehr Analyse

Heimerzheim 2013

Beiträge zur öffentlichen Auseinandersetzung um den Verfassungsschutz

Heimerzheim 2013

Das AGIKOUSW-Schema zur Analyse terroristischer Bestrebungen. Von den „Aktivisten“ über die „Kommunikation“ bis zur „Wirkung“

Heimerzheim 2013

Literatur zu Linksextremismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Integrationsdebatte, Terrorismus und Totalitarismus. Rezensionssammlung Nr. 1/2013

Heimerzheim 2013

Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen

Heimerzheim 2013

Literatur zu Linksextremismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Diktaturforschung, Gewaltforschung, Ideengeschichte und Kommunismus

in: Rezensionssammlung Nr. 2/2013, Heimerzheim 2013

**Geschichte des Linksextremismus. Die
„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)**
Heimerzheim 2013

**Aktuelle Bestandsaufnahme und bilanzierende Ein-
schätzung zu Bedeutung und Gefahrenpotential des
Linksextremismus in Deutschland**
Heimerzheim 2013

**Organisationspolitischer Linksextremismus: Von
„Avanti“ bis zu den Trotzlisten**
Heimerzheim 2013

Fachbereich Sozialversicherung

RAR Heinz-Günter Stehr

Knappschaftsrecht II - Leistungen
Hrsg. Deutsche Rentenversicherung Bund, Seiten: 80

Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) - Kommentar
Asgard-Verlag, Sankt Augustin
ISBN: 978-3-537-55020-0

Prof. Dr. Dr. Jürgen Beschorner

**Das präventive Eingreifen der Staatsaufsicht über
Sozialversicherungsträger**
Dr. Kovac, Hamburg, Seiten: 428
ISBN: 978-3-8300-7349-9

RAR'in Andrea Preker**Freiwillige Versicherung und Nachzahlung**

in: Studententext für Sozialversicherungsfachangestellte,
Deutsche Rentenversicherung Bund, Seiten: 75

Prof. Martin Löschau**Altersgrenzen bei Waisenrenten**

in: Die Rentenversicherung, Heft 6, Hrsg. Deutsche
Rentenversicherung Bund

Rentenanpassung 1. Juli 2013

in: Die Rentenversicherung, Heft 7, Hrsg. Deutsche
Rentenversicherung Bund

Kommentar Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI)

Asgard Verlag

VD Rüdiger Schaer**Mitgliedschaftliche Versicherungszeiten in der gesetzli-
chen Rentenversicherung**

in: Juris Praxis Report 11/2013, Juris

**Keine Schätzung des Einkommens eines Selbständigen
wegen des Verbots vorzeitiger Verfahrensbeendigung**

in: Juris Praxisreport 17/ 2013, Juris

Rechtsweg bei Hausverbot für Räume eines Jobcenters

in: Juris Praxisreport 12/2013, Juris

**Rücknahme eines Leistungsbescheides nach Leistungs-
bewilligung auf Grundlage eines fehlerhaften, aber
nicht mehr korrigierbaren Bescheides?**

in: Juris Praxisreport 23/2013, Juris

Rückforderung / Tod des Rentners

in: Die Sozialgerichtsbarkeit 6/2013, Erich Schmidt Verlag

Fachbereich Wetterdienst**Prof. Dr. Friedhelm Wallbaum****Zur Verwendung von Verteilungen in der beurteilenden Statistik**

in: Langen, BTZ//Langen, 12 Seiten

Statistische Grundlagen zur Verifikation von Vorhersagen

in: Langen, BTZ/Langen, Seiten: 69

Zentralbereich**Dr. Yvonne Dorf****Jedes Alter zählt**

in: Recht - Verwaltung - Veränderung, Festschrift für
Werner Finke, Maximilian Verlag, Seiten: 139 - 145
ISBN: 978-3-7869-0899-9

Luftsicherheitskontrolle durch Dritte

in: DVP, Heft 1/2013, Maximilian Verlag, Seiten: 27 - 31
ISSN: 0945-1196

Dr. Andreas Lamers**Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2012**

Bönders, Thomas (Hrsg.), in: 31. Jahresbericht des Präsi-
denten der Fachhochschule des Bundes für öff. Verwal-
tung 2012, FH Bund, Seiten: 30-34

Neustart der Evaluation am Zentralbereich

Bönders, Thomas (Hrsg.), in: 31. Jahresbericht des Präsidenten der Fachhochschule des Bundes für öff. Verwaltung 2012, FH Bund, Seiten: 45-48

Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung (7. aktual. u. überarb. Aufl.)

FH Bund, Seiten: vi + 142

Die Bundesverwaltung als moderner Betrieb II: KLR und Statistik (2., überarb. Aufl.) (zus. m. R. ORLEAN)

in: MPA - Master of Public Administration, Modul 3, FH Bund, Seiten: 106

Excel für Einsteiger – Kurzeinführung für Stud. d. Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung (AIV)

FH Bund, Seiten: 30

Laufbahntypische Bereiche der Aufgabenerfüllung - IT / Multimedia (20. überarb. Aufl.), Manuskript

FH Bund, Seiten: 47

Präsentationstechnik mit PowerPoint – Kurzeinführung für Stud. d. Fachbereichs AIV (4. Aufl.)

FH Bund, Seiten: 31

Word für Fortgeschrittene – Kurzeinführung f. Stud. d. Fachbereichs Wetterdienst (überarb. Aufl.),

FH Bund, Seiten: 16

Statistik für DWD-Kurse: Grundzüge der Wahrscheinlichkeitsrechnung

FH Bund, Seiten: 59

Statistik für DWD-Kurse: zweidim. Häufigkeitsverteilungen u. Grundbegriffe d. Regressions- und Korrelationsanalyse

FH Bund, Seiten: 25

Prof'in. Dr. Sabine Leppek

Das Laufbahnrecht der Bundesbeamten, 34. Ergänzungslieferung 2013

Hüthig Jehle Rehm

ISBN: 978-3-8073-0291-1

Prof. Dr. Thomas Sauerland

Die Fahrzeugarten im Kraftfahrzeugsteuerrecht: Abgrenzung - Steuerfolgen - Streitfragen

Erich Schmidt Verlag Berlin, Seiten: 185

ISBN: 978-3-503-14496-9

Dr. Stefan Werres

Vorbemerkungen zu §§ 32 ff. BBesG (Professorenbesoldung)

in: Clemens/Millak, Boorberg Verlag (edition moll),

Seiten: 14

ISBN: 978-3-415-02534-9

LBG NRW

in: Cockpit Beamtenrecht, Hüthig Jehle Rehm

ISBN: 978-3-8073-0015-3

Prof'in Dr. Barbara Henman-Sturm

"Quo vadis Familienpolitik? Plädoyer für mehr Systematik in der Familienpolitik und ihrer Kritik"

in: BKU-Journal-Quartalszeitschrift des Bundes Katholischer Unternehmer, Heft 1-2, 2013, S. 14 (eine Seite)

Prof. Dr. Marc Wagner

Allegorie des "racial profiling" - Die Hautfarbe als polizeiliches Kontrollkriterium

in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), Heft 3/2013, Kohlhammer, Seiten: 113-116

ISSN: 0029-859X

Ein Quantum Aufklärung - die "Hautfarbe" des § 22 Abs. 1a BPolG

in: Kriminalistik, Heft 8-9/2013, Kriminalistik-Verlag, Seiten: 565-566

ISSN: 0023-4699

Basisgesetze Einsatzrecht (2. Auflage)

Boorberg, Seiten: 268

ISBN: 978-3-415-05163-8

Übersicht der Fachbereiche und deren Leiterinnen und Leiter

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Leitende Regierungsdirektorin Dr. Yvonne Dorf

Willy-Brandt-Straße 1

50321 Brühl

Telefon: (022899) 629-0

Fax: (022899) 629-9216



Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Vortragender Legationsrat Matthias Hansen

Schwarzer Weg 45

13505 Berlin

Telefon: (03018) 17-0

Fax: (03018) 17-11 26



Fachbereich Bundespolizei

Präsident Bernd Brämer

Ratzeburger Landstraße 4

23562 Lübeck

Telefon: (0451) 20 3-0

Fax: (0451) 20 3-17 09



Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Direktor Rudolf Junger

Seckenheimer Landstraße 10

68163 Mannheim

Telefon: (0621) 42 95-0

Fax: (0621) 42 95-42 22





Fachbereich Finanzen

Abteilungsleiter Dr. Rüdiger Nolte

Gescher Weg 100

48161 Münster

Telefon: (0251) 86 70-0

Fax: (0251) 86 70-6 66



Fachbereich Kriminalpolizei

Professor Dr. Thorsten Heyer

Thaerstraße 11

65193 Wiesbaden

Telefon: (0611) 55-0

Fax: (0611) 1 67 39



Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitender Verwaltungsdirektor Karl Friedrich Köhler

Weissensteinstraße 70 – 72

34131 Kassel

Telefon: (0561) 93 59-0

Fax: (0561) 93 59-3 28

Fachbereich Nachrichtendienste

Direktor beim BND Dr. Hans Dieter Denk

Abteilung Bundesnachrichtendienst

Direktor beim BND Dr. Hans Dieter Denk

Wasserburger Straße 43-47

85540 Haar

Abteilung Verfassungsschutz

Direktor beim BfV Ralf Frauenrath

Willy-Brandt-Straße 1

50321 Brühl

Telefon: (02232) 57 93 98-0

Fachbereich Sozialversicherung

Abteilungsdirektorin Gudrun Dannhauer

Nestorstraße 23 – 25

10709 Berlin

Telefon: (030) 8 65-0

Fax: (030) 8 65-2 86 70



Fachbereich Wetterdienst

Regierungsdirektor a. D. Dipl.-Met. Harald Wollkopf

Frankfurter Straße 135

63067 Offenbach

Telefon: (069) 80 62-0



Impressum

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Straße 1
50321 Brühl
www.fhbund.de

Herausgeber

Thomas Bönders
Präsident der Fachhochschule des Bundes für öffentliche
Verwaltung

Redaktion

Steve Winter
presse@fhbund.de

Gestaltung, Layout, Satz

graphodata AG
Aachen, www.graphodata.de

Druck

Chudeck Druck Service
Gutenbergstraße 26 – 28
53332 Bornheim-Sechtem

Fotos

FH Bund